Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

6. November 1978
Jg. 6 Nr. 45

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

### 529 chilenische Gewerkschaften verboten

*z.erb.* Mit dem Verbot des Gewerkschaftsbundes CUT 1973 durch das Pinochet-Regime haben die Imperialisten die Unterwerfung der chilenischen Arbeiterbewegung nicht erreicht. Im September erst haben die Minenarbeiter von Chuquecamata gestreikt. Am 20.10. hat die Militärregierung 529 Gewerkschaften verboten. Der Gewerkschaftsbesitz wurde beschlagnahmt, Gewerkschafter des Landarbeiter- und Bauernverbandes, der Minen-, Textil-, Bau- und Metallarbeiterverbände wurden verhaftet. Das Auslandskomitee des CUT ruft die internationale Gewerkschaftsbewegung zu Aktionen auf, damit ,,Pinochet alle Maßnahmen zur Liquidierung der Gewerkschaften zurücknehmen muß''. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat die Freilassung der Inhaftierten und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte gefordert.

### Peru: Straßenkämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen

*z.pek.* Tausende Arbeiter und Studenten forderten Ende Oktober in Lima, der Hauptstadt Perus, die Rücknahme der 37%-igen Erhöhung der Busfahrpreise. Mit Knüppel und Tränengas versuchte die von der Regierung eingesetzte Polizei, die Kundgebungen aufzulösen. Alle Universitäten und Colleges der Hauptstadt wurden geschlossen. Die peruanischen Volksmassen sind entschlossen, auch dieses Ausplünderungsmanöver des Internationalen Währungsfonds zurückzuschlagen. Zwölf Tage nach der Erhöhung der Fahrpreise dauerten die Kampfaktionen nach wie vor an. Für November hat der IWF ,,Umschuldungs''verhandlungen angesetzt. Die Aussichten der Imperialisten, bis dahin durch Ausplünderung des peruanischen Volkes und Senkung der Arbeiterlöhne die Eintreibung von 1 Mrd. Dollar an kurzfristigen Kreditfälligkeiten sicherzustellen, sind trübe.

### Rumänien und China verstärken Kooperation im Maschinenbau

*z.krk.* Anläßlich eines Gespräches mit Chou Tzu-chien, dem chinesischen Minister des ersten Maschinenbauministeriums, sagte Ceaucescu, rumänischer Ministerpräsident, die Zusammenarbeit mit China im Ma-

Freilassung der Inhaftierten und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte gefordert.

Peru: Straßenkämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen

z.pek. Tausende Arbeiter und Studenten forderten Ende Oktober in Lima, der Hauptstadt Perus, die Rücknahme der 37%-igen Erhöhung der Busfahrpreise. Mit Knüppel und Tränengas versuchte die von der Regierung eingesetzte Polizei, die Kundgebungen aufzulösen. Alle Universitäten und Colleges der Hauptstadt wurden geschlossen. Die peruanischen Volksmassen sind entschlossen, auch dieses Ausplünderungsmanöver des Internationalen Währungsfonds zurückzuschlagen. Zwölf Tage nach der Erhöhung der Fahrpreise dauerten die Kampfaktionen nach wie vor an. Für November hat der IWF ,,Umschuldungs''verhandlungen angesetzt. Die Aussichten der Imperialisten, bis dahin durch Ausplünderung des peruanischen Volkes und Senkung der Arbeiterlöhne die Eintreibung von 1 Mrd. Dollar an kurzfristigen Kreditfälligkeiten sicherzustellen, sind trübe.

Rumänien und China verstärken Kooperation im Maschinenbau

z.krk. Anläßlich eines Gespräches mit Chou Tzu-chien, dem chinesischen Minister des ersten Maschinenbauministeriums, sagte Ceaucescu, rumänischer Ministerpräsident, die Zusammenarbeit mit China im Ma-

schinenbau solle verstärkt werden, genauso der Austausch von Wissenschaftlern und Ingenieuren. Er betonte, daß die Beziehungen in dem Bereich bisher in China wie in Rumänien den Aufbau des Sozialismus gefördert haben. Minister Tzu leitet eine chinesische Maschinenbaudelegation, die mehrere rumänische Betriebe besichtigt hat u.a. in Bukarest, Ploesti und Brasov. Bereits im August dieses Jahres beim Besuch Hua Guo-fengs in Rumänien ist die Gründung einer gemeinsamen Regierungskommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern vereinbart worden.

### Anhaltende Streiks im Iran

*z.lup.* Regierungsbeamte des US-Imperialismus befürchten, die ,,iranischen Ölfelder könnten nach einem möglichen Sturz des Schah unter sowjetische Kontrolle geraten''. Carter attestiert dem Schah-Regime, es sei eine ,,fortschrittliche Regierung, die für die ganze Welt großen Wert habe.'' Den Ambitionen beider Supermächte versetzt die demokratische und nationale Bewegung des Iran heftige Schläge. Die Ölarbeiter legen seit dem 31. Oktober durch einen allgemeinen Streik die gesamte Erdölproduktion und -ausfuhr lahm. Vergeblich versucht das Schah-Regime, das diese Streiks als ,,Hochverrat'' bezeichnet, durch Militäreinsatz den Streik zu brechen. Auch der Luftverkehr wird durch Streiks lahmgelegt. In zahlreichen Städten finden täglich Massendemonstrationen statt.

# Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Bagdad

## Einheitliches Oberkommando der Streitkräfte gebildet / Panarabische Friedenstruppe im Libanon verstärkt

*z.anb.* Teils erstaunt, teils grantig reagierte die Presse der westlichen Imperialisten auf die Arabische Gipfelkonferenz, die am letzten Donnerstag in Bagdad eröffnet wurde. ,,Araber-Gipfel mit ungelösten Problemen'', so die ,,Süddeutsche Zeitung'' am 3.11. Unkenrufe gehören zum üblichen Arsenal der Bourgeoisfeldzüge gegen den Klassenkampf, diesmal mischt sich Verwirrung hinein.

Im Rundfunk konnte man am Freitag Morgen Kommentare vernehmen, die die Eröffnungsrede des irakischen Staatspräsidenten Al Bakr vor der Konferenz der Arabischen Liga als ,,das Konstruktivste, was man seit langem aus dem arabischen Lager gehört hat'' bezeichneten. Der scheinbare Widerspruch in der Einschätzung löst sich in einen einfachen, aber wirkungsvollen Tatbestand auf: Gegen allen Propagandaaufwand der Sowjetunion ist keine Isolierung Ägyptens in Bagdad herausgekommen. Daß dies nicht der Zweck der Konferenz sein könne, hat der irakische Staatspräsident unmißverständlich und mehrmals betont. Stattdessen erging ein Aufruf an alle Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga, einen gemeinsamen Fonds zu bilden, in den jährlich ca. 16 Mrd DM eingezahlt werden. Aus diesem Fonds soll die gerechte Sache der Arabischen Nation, ihr entschlossener Kampf um die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes unterstützt werden. Dazu gehört sowohl die Finanzierung des gemeinsamen Oberkommandos der arabischen Streitkräfte als auch wirtschaftliche Hilfe an Ägypten, um das Land aus dem Strudel der imperialistischen Krediterpressungen zu befreien und an die Seite der arabischen Völker zu bringen. Wenn das nicht Grund für Verärgerung auf seiten der Imperialisten ist!

Daß die Außenminister der Arabischen Staaten in Vorbereitung der Gipfelkonferenz einstimmig ein Arbeitspapier beschlossen hatten, das Grundlage der Debatte wurde, ist ein weiteres, für die Imperialisten bedenkliches Zeichen der politischen Stärke der Arabischen Nation, die in hartem Ringen um die Einheit aus den bitteren Erfahrungen

hat'' bezeichneten. Der scheinbare Widerspruch in der Einschätzung löst sich in einen einfachen, aber wirkungsvollen Tatbestand auf: Gegen allen Propagandaaufwand der Sowjetunion ist keine Isolierung Ägyptens in Bagdad herausgekommen. Daß dies nicht der Zweck der Konferenz sein könne, hat der irakische Staatspräsident unmißverständlich und mehrmals betont. Stattdessen erging ein Aufruf an alle Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga, einen gemeinsamen Fonds zu bilden, in den jährlich ca. 16 Mrd DM eingezahlt werden. Aus diesem Fonds soll die gerechte Sache der Arabischen Nation, ihr entschlossener Kampf um die Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes unterstützt werden. Dazu gehört sowohl die Finanzierung des gemeinsamen Oberkommandos der arabischen Streitkräfte als auch wirtschaftliche Hilfe an Ägypten, um das Land aus dem Strudel der imperialistischen Krediterpressungen zu befreien und an die Seite der arabischen Völker zu bringen. Wenn das nicht Grund für Verärgerung auf seiten der Imperialisten ist!

Daß die Außenminister der Arabischen Staaten in Vorbereitung der Gipfelkonferenz einstimmig ein Arbeitspapier beschlossen hatten, das Grundlage der Debatte wurde, ist ein weiteres, für die Imperialisten bedenkliches Zeichen der politischen Stärke der Arabischen Nation, die in hartem Ringen um die Einheit aus den bitteren Erfahrungen

der imperialistischen Spaltung und Aggression klare Schlüsse zieht. Kurz vor dem Gipfeltreffen haben Syrien und der Irak, die ,,Todfeinde'', wie die Bourgeoispresse schrie, eine gemeinsame ,,Charta der nationalen Aktion'' unterzeichnet, in der als historische Aufgabe benannt wird, ,,die Rechte des *arabischen* palästinensischen Volkes zu garantieren und zu verwirklichen''. In zahlreichen Telegrammen an die Staatspräsidenten von Syrien und Irak haben die arabischen Völker diesen Schritt begrüßt.

Der jugoslawische Rundfunk berichtete ausführlich über die Unterzeichnung des Dokumentes und über eine gleichzeitig stattfindende Sitzung des Staatspräsidiums Jugoslawiens, auf der die Entwicklung der Lage im Nahen Osten ,,aufmerksam verfolgt wurde'' und bekräftigt wurde, daß ,,die bekannten prinzipiellen Standpunkte der blockfreien Länder hinsichtlich der Lösung in diesem Teil der Welt eine reale Grundlage für eine wirkliche Regelung des Nahost-Problems'' darstellen. ,,Diese Standpunkte beziehen den

Fortsetzung Seite 2

## Gen. R. Mugabe: Der Krieg wird fortgesetzt und ausgeweitet bis zum endgültigen Sieg



Am 2. November hat das rhodesische Kolonialregime erneut einen Überfall auf Sambia durchgeführt und dabei ein Flüchtlingslager bombardiert, in dem 14000 Schüler untergebracht sind. Smith führt Schritt für Schritt die Direktiven aus, die er sich von den US-Imperialisten bei seinem USA-Besuch geholt hat. Sie laufen darauf hinaus, Sambia aus der Front der Frontstaaten herauszubomben und die ZAPU aus der Patriotischen Front, um dann auf Camp David eine amerikanische Lösung des ,,Problems'' diktieren zu können. Aber solche US-imperialistischen Strategien sind bereits anderswo auf der Welt gescheitert, und sie werden auch das Smith-Regime nicht retten, das in Zimbabwe bereits schwerwiegende Niederlagen gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe einstecken mußte. ,,Dieser feige Piratenakt wird auf keinen Fall die tapferen Befreiungskämpfer der Patriotischen Front einschüchtern können'', erklärte der Dachverband der afrikanischen Gewerkschaften nach dem letzten Überfall des Smith-Regimes und verpflichtete sich, den Befreiungskampf weiterhin bis zum vollständigen Sieg zu unterstützen.

Der Streik der britischen Fordarbeiter



Am 2. November hat das rhodesische Kolonialregime erneut einen Überfall auf Sambia durchgeführt und dabei ein Flüchtlingslager bombardiert, in dem 14000 Schüler untergebracht sind. Smith führt Schritt für Schritt die Direktiven aus, die er sich von den US-Imperialisten bei seinem USA-Besuch geholt hat. Sie laufen darauf hinaus, Sambia aus der Front der Frontstaaten herauszubomben und die ZAPU aus der Patriotischen Front, um dann auf Camp David eine amerikanische Lösung des ,,Problems'' diktieren zu können. Aber solche US-imperialistischen Strategien sind bereits anderswo auf der Welt gescheitert, und sie werden auch das Smith-Regime nicht retten, das in Zimbabwe bereits schwerwiegende Niederlagen gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe einstecken mußte. ,,Dieser feige Piratenakt wird auf keinen Fall die tapferen Befreiungskämpfer der Patriotischen Front einschüchtern können'', erklärte der Dachverband der afrikanischen Gewerkschaften nach dem letzten Überfall des Smith-Regimes und verpflichtete sich, den Befreiungskampf weiterhin bis zum vollständigen Sieg zu unterstützen.

## Der Streik der britischen Fordarbeiter unterstützt die westdeutsche Arbeiterbewegung

*z.mif.* Rekordprofite melden die Automobilmonopole: Ford für das 2. Quartal 1978 539,8 Millionen Dollar auf einen Umsatz von 9,7 Milliarden. General Motors hat für die ersten neun Monate 1978 2,5 Mrd. Dollar Profit auf 7 Millionen verkaufte Autos gemeldet, das sind 357 Dollar Profit pro Auto. 1977 hat General Motors auf dem Weltmarkt 6,7 Mio. Kraftfahrzeuge verkauft, Ford 3,7 Millionen. Der europäische Markt ist mit 12,2 Millionen insgesamt verkauften Personen- und Lastkraftwagen ein zentraler Kampfplatz der Automonopole. General Motors und Ford beherrschten 1977 22,6% dieses Markts (2,8 Mio. Fahrzeuge). Mit dem Aufkauf der europäischen Chrysler-Ausbeutungsstätten durch Peugeot-Citroen im August dieses Jahres haben die französischen Imperialisten mit fast 4 Mio. Kfz auf dem EG-Markt klar die Führung übernommen. Die Westdeutschen liegen mit 2,5 Mio. knapp hinter dem US-Imperialismus; das britische Staatsmonopol British Leyland ist mit weniger als 0,8 Mio. Kfz deutlich abgeschlagen.

Die Automobilkonzerne rüsten gegenwärtig zum nächsten großen Waffengang um das ,,Weltauto''. 30 Milliarden Dollar steckt General Motors in die Erforschung neuer Ausbeutungstechniken; Ford will allein in Großbritannien rund 500 Mio. Pfund für diese Untersuchung ausgeben; ,,Erica'' soll das Auto heißen. 75 bis 100 Mio. Pfund lassen sie sich dafür von der britischen Regierung an Subventionen zustecken. Trotz all dieser Rekordzahlen sind die Monopolherren sehr nervös. Denn was nützt der schönste Prototyp, wenn er nicht gebaut wird. Und kein Auto fährt ohne Vergaser oder mit falschen Kotflügeln.

Die Vergaser für Ford Spanien aber werden in Großbritannien hergestellt. Die britischen Fordarbeiter streiken um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Deshalb werden bei Ford Spanien ab nächste Woche entweder Autos ohne Vergaser gebaut oder keine. Das gleiche haben die westdeutschen Ford-Manager für den 6.11. vorausberechnet. Schon seit 6. Oktober müssen in Köln Autos ohne Scheibenwischermotor auf die Halde gefahren werden. Für den ,,Capri'' fehlen die Armaturen. Ford läßt stattdessen Granadas bauen. Aber die Arbeiter lassen sich das nicht bieten, denn z.B. beim Lackieren bedeuten die Granadas erheblich mehr Arbeit als die Capris.

Ford Köln hat ,,Kurzarbeit'' angemeldet. ,,Kurzarbeit'' ist ein schönes Wort für gesetzlich geschützten Lohnraub. Die westdeutsche Bourgeoisie hat den durchsichtigen Plan, den Kampf der britischen Fordarbeiter als typisches Beispiel ,,englischer Krankheit'' zu denunzieren, die westdeutschen Arbeiter davon abzuspalten, und auf diese Weise günstige Bedingungen für die anstehenden Lohnkämpfe zu schaffen. ,,Bild am Sonntag'' widmete die Seiten 2 und 3 der Überschrift ,,Die Briten stoppen unsere Bänder''.

In Saarlouis ab 6. November, in Köln und Genk (Belgien) ab 13.11., wollen die Ford-Kapitalisten bis zu 20000 Arbeiter auf ,,Kurzarbeit'' setzen, ihnen also den Lohn kürzen. Die Arbeiter finden den Standpunkt der britischen Fordarbeiter aus naheliegenden Gründen sehr vernünftig. Nur durch Überstunden und Schichtarbeit können die Fordarbeiter in England das dortige durchschnittliche Lohnniveau erreichen, schreibt die Gewerkschaft Transport & General Workers Union in ihrer 17-seitigen Broschüre zur Begründung ihrer Forderungen. Und das durchschnittliche Lohnniveau ist verdammt niedrig. Laut Statistischem Jahrbuch 1978 betrug der durchschnittliche britische Stundenlohn im Fahrzeugbau (brutto) im Oktober 1977 179,1 Pence (6,50 DM). ,,Während etwa die Hälfte der Arbeiter in der Fahrzeugindustrie mehr als 10 Jahre in der Branche sind, gilt das bei Ford-Arbeitern nur für ein gutes Drittel'' (Gewerkschaftsbroschüre) – zu scharf ist die Antreiberei, als daß man das mehrere Jahre aushält. Die Forderung nach einer Mindesterhöhung von 20 Pfund (72 DM) pro Woche und Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 5 Stunden richtet sich gerade gegen den Zwang zur Schicht- und Überstundenarbeit.

Das Angebot der Ford-Kapitalisten, über das am Wochenende in Massenversammlungen in den Ford-Werken abgestimmt wurde, lief auf 6,52 Pfund pro Woche und 3,48 Pfund wöchentliche ,,Anwesenheitsprämie'' für die Masse der Arbeiter hinaus. Die 35-Stundenwoche und Zuschläge für Bandarbeiter wurden ausdrücklich von der Geschäftsleitung zurückgewiesen. Die Gewerkschaftsführung hat Ablehnung empfohlen. Auf Massenversammlungen am Freitag, an denen z.B. in Dagenham 15000 bis 20000 der 25000 Arbeiter teilnahmen, wurde das Angebot mit einem Stimmenverhältnis von etwa 4 : 1 abgelehnt. Insgesamt haben etwa 54000 Arbeiter abgestimmt, davon 4500 für das Angebot, die große Mehrheit dagegen. Die Gewerkschaft fordert ein neues Angebot der Kapitalisten.

In allen westdeutschen Autowerken führen die Arbeiter gegenwärtig verstärkt den Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen. In den Betriebsversammlungen aller VW-Werke haben die Arbeiter die Verschärfung der Ausbeutung durch Akkord-, Schicht- und Überstundenarbeit angegriffen. Bei Opel Bochum haben die Arbeiter die Sonderschichten, die von Herbst 78 bis Frühjahr 79 geplant waren, erfolgreich bekämpft und die daraufhin beabsichtigte Kürzung des Weihnachtsgeldes ebenfalls zurückgeschlagen. Der Betriebsratsvorsitzende von Ford Köln, Schwarzenberg, wurde wegen seiner Zustimmung zu Sonderschichten abgewählt. Auf der DGB-Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit in Köln trugen die Fordarbeiter zwei Transparente: ,,Deutsche Fordarbeiter mit dem Streik in England solidarisch'' und ,,Deutsche und englische Fordarbeiter solidarisch – weg mit den Sonderschichten''. Ein Teil der Lagerarbeiter verweigert Überstunden, weil das Streikbrecherarbeit ist.

# Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Bagdad

Fortsetzung von Seite 1
Rückzug Israels aus allen im Jahre 1967 besetzten arabischen Gebieten, die Geltendmachung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Unabhängigkeit, einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat und die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation als legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes mit ein." (Radio Belgrad, 31.10.)

Von den Sozialimperialisten erwartete man vergeblich die Meldung über das Abkommen zwischen Syrien und dem Irak. *Sie* breiteten sich im Rundfunk über die Angriffe Kossygins auf die „Verräterpolitik Sadats" aus. Es muß ein bewölkter Tag gewesen sein für die Supermacht Sowjetunion, die mit ihrem Spaltungsmanöver gegen die Arabische Liga glaubte, sich vor allem auf die „progressiven" Staaten Syrien und Irak stützen zu können, wobei sie sorgsam darauf achtete, planmäßig Widersprüche zwischen beiden zu schüren, um sie einzeln ihrem Einfluß gefügig zu machen. Syrien und der Irak haben ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, und die jahrelangen Streitigkeiten in der Frage der Verfügung über den Wasserreichtum des gemeinsamen Flusses Euphrat, die auf ungleiche Verträge und einseitige Staudammprojekte der Sowjetunion gegenüber beiden Ländern zurückgehen, werden sicher beigelegt werden. Sie sind keine günstige Voraussetzung für „eine engere Bindung an die Sowjetunion".

Im Libanon stehen die von den Imperialisten und Zionisten aufgerüsteten Milizen der Falangisten einem weiteren augenfälligen Beweis der voranschreitenden arabischen Einheit gegenüber. Die Außenministerkonferenz der Staaten, die die Panarabische Friedenstruppe im Libanon stellen, hat das Mandat für diese Truppen verlängert und konkrete Schritte unternommen, um die Isolierung der Milizverbände der Falangisten zuzuspitzen. Ihnen stehen jetzt Soldaten der saudi-arabischen Armee gegenüber, und zwar genau an den Punkten, wo die Übergriffe gegen die syrischen Truppen bislang an der Tagesordnung waren. Die Stoßtrupps der imperialistischen Aggression sehen sich den vereinigten Streitkräften der Arabischen Nation gegenüber, und das hat seine Wirkung. Letzte Woche schimpfte der französische Außenminister Guiringaud, die Christen seien schuld an der „explosiven Lage" im Libanon, worauf er sogleich von deren Führer empört Protest erntete und der Lüge und Feigheit bezichtigt wurde. Lüge weniger, Feigheit allemal.

Im Weißen Haus seien die US-Strategen über die Weltkarte gebeugt, lautete ein Kommentar im amerikanischen Rundfunk am letzten Freitag. Soeben war gemeldet worden, daß Carter den Separat-„Frieden" zwischen Israel und Ägypten so gut wie in der Tasche habe, aber was ist das alles in einer Lage, wo im Iran die gesamte Ölförderung stillsteht und die 30000 Erdölarbeiter ihren Streik für Lohnerhöhungen, Freilassung der politischen Gefangenen und Aufhebung des Kriegsrechts trotz Ultimatum der Regierung nicht einstellen? Was ist das angesichts der Milliarden, die das Zionistenregime für sein „Einlenken" von der US-Supermacht verlangt, um an der „Grenze" zu Ägypten, in der Negev-Wüste ein gewaltiges militärisches Aufmarschgebiet zu errichten, nicht zuletzt, um den USA ihre „Verantwortung für die Region" augenfällig kundzutun. Nicht daß Carter etwas gegen diese Sorte Verantwortung hätte, aber sie kostet, und das gegen die in harten Streikkämpfen erstarkende amerikanische Arbeiterklasse durchzusetzen, ist alles andere als gemütlich.

Immerhin verschafft der „Friedensvertrag" unter anderem Zugriff auf die Ölquellen Ägyptens im Sinai, die von den US-Monopolen plünderungsreif gemacht werden sollen. Und dann ist da noch das Geschäft mit dem Nilwasser, das an die Zionisten verschachert werden soll. Soll – denn selbst wenn das Machwerk am 19. November unterzeichnet wird, die Volksmassen Ägyptens werden aufstehen, wenn die nationalen Reichtümer und deren restlose Plünderung sich als das Unterpfand für diesen elenden Kompromiß eines Kriegsfriedens entpuppen.

Über die Weltkarte gebeugt verfolgen die US-Imperialisten Kriegspläne. Die „Bild-Zeitung" weiß, was sie der „Schutzmacht des Westens" schuldig ist. Die USA befürchteten, daß die Sowjetunion die Ölquellen im Iran besetzen würde, falls der Schah gestürzt wird. Kann schon sein, daß die Ölquellen besetzt werden, gegenwärtig *sind* sie es durch die Erdölarbeiter. Wird so sein, daß die US-Imperialisten die Intervention durchspielen ... man könnte gar mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Die nächste Ölpreiserhöhung scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein, „OPEC-Staaten nur noch über die Höhe uneinig", lauteten die Schlagzeilen Ende Oktober. Vorerst sichert die Spaltung: Saudi-Arabien wolle seine Ölförderung verdoppeln, falls das Iranerdöl noch länger „ausbleibt". Saudi-Arabien, der „Partner des Westens"? Diese Fehleinschätzung „begründen" die Imperialisten aus der Tatsache, daß Saudi-Arabien seine Ölförderzahlen nicht in dem Umfang gedrosselt hat wie verschiedene andere OPEC-Staaten. Aber keineswegs etwa, weil es die „Sorgen der Industriestaaten" über seine nationalen Interessen stellen würde, sondern einerseits weil seine Ölvorkommen reichhaltiger sind als die von OPEC-Mitgliedern wie Qatar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, andererseits weil Saudi-Arabien gerade deshalb aus dem Erlös des Öls hohe Beiträge in den Fonds gemeinsamer Projekte zum wirtschaftlichen und politischen Aufbau der Arabischen Nation leistet, z.B. zum Aufbau der gemeinsamen arabischen Rüstungsproduktion in Ägypten.

Die neueste „wissenschaftliche" Entdeckung von US-Experten besagt, daß die Ölreserven der Erde bis weit ins 21. Jahrhundert reichen und daher Preiserhöhungen allenfalls noch in Höhe der allgemeinen Preissteigerungsrate tragbar sind, wie überhaupt damit die OPEC überflüssig geworden sei. Das Manöver ist ziemlich leicht zu durchschauen. Die Entwicklung der Lage im Nahen Osten ist von beträchtlicher Bedeutung für die Durchkreuzung der imperialistischen Kriegspläne. Für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen ist sie erfreulich und eine Stütze in den unvermeidlichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen.

## OECD: „Gastarbeiter" sind nützlich, Kapitalexport ist besser

*z.diz.* 80000 Arbeiter, schätzt die OECD, sind von 1974 bis 1976 in die Türkei zurückgekehrt, 115000 nach Jugoslawien, 184000 nach Spanien. Finden sie keinen Ausbeuter, werden sie von den Imperialisten direkt rausgeschmissen; in Westberlin führt man dazu regelrechte Razzien durch. Denn die Arbeitslosigkeit spaltet zwar die Arbeiterklasse und drückt so auf den Lohn, sie kostet aber auch Arbeitslosengeld. Das geht an die Extraprofite.

In Westdeutschland gibt es eine gemischte Bewegung: Es verlassen vor allem Griechen und Spanier das Land, aber vor allem die Türken holen ihre Familien nach. Der Lohn reicht nicht mehr aus, um das Nötige nach Hause zu überweisen: Seit 1973 sind die Überweisungen ausländischer Arbeiter um ein Drittel weniger geworden. Der Kapitalexport der westdeutschen Kapitalisten hingegen hat kräftig zugenommen, wenngleich es ihnen noch nicht genug ist.

Die OECD formuliert das so: Es „ist eine konzertierte Anstrengung erforderlich mit einer Anzahl integraler Bestandteile: ausländische Kapitalinvestitionen, Reinvestitionsfonds, mehr arbeitsintensive Wachstumsstrategien. Integraler Bestandteil solcher Bemühungen kann eine Politik sein, die für's erste die Rückwanderung in die Entwicklungsländer bremst, bis diese in der Lage sind, die Rückwanderer zu integrieren."




Quellen: Monatsberichte der Bundesbank, Arbeits- und Sozialstatistik

### Erst ein Jahr Metallkurs

*r.hew.* Arbeitslose Jugendliche werden vom Arbeitsamt Bremen in „Grundausbildungslehrgänge" der Gewerbeförderungsanstalt geschickt. Der ökonomische Druck, kein Arbeitslosengeld zu bekommen, zwingt sie dazu, diese Arbeit anzunehmen. Die Jugendlichen, meist solche, die keinen Hauptschulabschluß haben, sollen zu Lohnarbeitern gedrillt werden. Die Rebellion, die sie in der Schule gezeigt haben, soll in dem Kurs, in dem ihnen einfache Kenntnisse in der Metallverarbeitung eingebleut werden, gebrochen werden.

Nach Abschluß des Kurses sollen sie dann die Tätigkeiten angelernter Arbeiter wahrnehmen, den Lohn bekommen sie als Ungelernte. Der Kurs bedeutet schärfste Unterdrückung und Schikane. „Die erste Zeit ist Feilen, Feilen, Feilen." Ist ein Teil um zehntel Millimeter falsch, muß noch mal von vorne angefangen werden. Was fertig ist, kommt auf den Müll. Besonders „gute" Teile werden in der Eingangshalle im Schaukasten ausgestellt. War den Jugendlichen anfangs zugesichert worden, sie könnten im Rahmen der Ausbildung auch Dinge bauen, die sie selbst gebrauchen können und sie dann mit nach Hause nehmen, so wurde es ihnen anschließend verboten.

Wer bei der Arbeit klönt, wird diszipliniert. Solche Disziplinierungen sind zum Beispiel Saubermachen in einem Raum, der für den Dreck bekannt ist, oder daß man erst als letzter an die Maschinen darf und dadurch in Verzug mit der Zeit kommt. Wer öfter klönt, hinkt dadurch hinter den anderen zurück und kommt unter ständigen Beschuß.

Sind die Jugendlichen nicht bereit, sich zu unterwerfen, wird ihnen angedroht, das Geld, das sie vom Arbeitsamt bekommen, zurückzahlen zu müssen. Auf ein Jahr bezogen werden die 305 DM monatlicher „Lohn" vom Arbeitsamt für die Jugendlichen zur unerschwinglichen Summe, die sie nie und nimmer aufbringen könnten.

Der Berufsschulunterricht, der im letzten halben Jahr mit einer Stundenaufteilung von sechs und vier an jeweils einem Tag stattfand, hat einen solchen Charakter, daß ein Jugendlicher, der den Kurs vor einem Jahr beendete, sich nicht mehr erinnern konnte, was dort gemacht wurde. Nach den vier Stunden müssen die Jugendlichen wieder zur Gewerbeförderungsanstalt. Ein Mittel, sich davon freizukaufen, ist es, abwechselnd den Meistern eine Flasche Korn mitzubringen.

Wer solch einen Kurs durchlaufen hat, ist in der Lage, einfache Metallarbeiten zu verrichten. Damit ist er genau richtig, um für die Kapitalisten einen angelernten Arbeiter zu ersetzen. In diesem Fall arbeitet der Jugendliche jetzt in einer Containerreparaturfirma. Er bekommt 6,50 DM Stundenlohn und muß im Akkord arbeiten, ohne den Akkord bezahlt zu bekommen. Für Überstunden, durch die er auf eine Arbeitszeit von zwölf Stunden kommt, gibt es 15%. Die Pausen werden von der Arbeitszeit abgezogen, Wartezeiten werden nicht bezahlt. Die Container müssen mit dem Hammer ausgebeult werden, Ohrenschützer gibt es nicht. Schlaflosigkeit, Klingeln in den Ohren und früher Verschleiß der Arbeitskraft sind die Folgen.

## Türkei antwortet auf IWF-„Umschuldung": Bergbaubetriebe verstaatlicht

Die Wirkung der erpreßten Pfundabwertung war anders berechnet

gere Bindung an die Sowjetunion".

Im Libanon stehen die von den Imperialisten und Zionisten aufgerüsteten Milizen der Falangisten einem weiteren augenfälligen Beweis der voranschreitenden arabischen Einheit gegenüber. Die Außenministerkonferenz der Staaten, die die Panarabische Friedenstruppe im Libanon stellen, hat das Mandat für diese Truppen verlängert und konkrete Schritte unternommen, um die Isolierung der Milizverbände der Falangisten zuzuspitzen. Ihnen stehen jetzt Soldaten der saudi-arabischen Armee gegenüber, und zwar genau an den Punkten, wo die Übergriffe gegen die syrischen Truppen bislang an der Tagesordnung waren. Die Stoßtrupps der imperialistischen Aggression sehen sich den vereinigten Streitkräften der Arabischen Nation gegenüber, und das hat seine Wirkung. Letzte Woche schimpfte der französische Außenminister Guiringaud, die Christen seien schuld an der „explosiven Lage" im Libanon, worauf er sogleich von deren Führer empört Protest erntete und der Lüge und Feigheit bezichtigt wurde. Lüge weniger, Feigheit allemal.

das Machwerk am 19. November unterzeichnet wird, die Volksmassen Ägyptens werden aufstehen, wenn die nationalen Reichtümer und deren restlose Plünderung sich als das Unterpfand für diesen elenden Kompromiß eines Kriegsfriedens entpuppen.

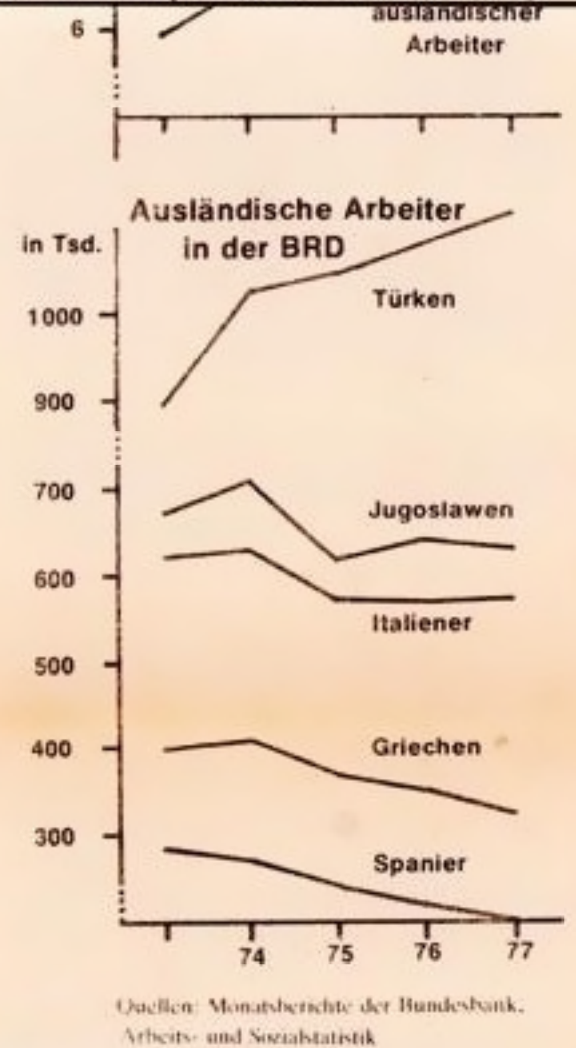
Über die Weltkarte gebeugt verfolgen die US-Imperialisten Kriegspläne. Die „Bild-Zeitung" weiß, was sie der „Schutzmacht des Westens" schuldig ist. Die USA befürchteten, daß die Sowjetunion die Ölquellen im Iran besetzen würde, falls der Schah gestürzt wird. Kann schon sein, daß die Ölquellen besetzt werden, gegenwärtig *sind* sie es durch die Erdölarbeiter. Wird so sein, daß die US-Imperialisten die Intervention durchspielen ... man könnte gar mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Die nächste Ölpreiserhöhung scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein, „OPEC-Staaten nur noch über die Höhe uneinig", lauteten die Schlagzeilen Ende Oktober. Vorerst sichert die Spaltung: Saudi-Arabien wolle seine Ölförderung verdoppeln, falls das

sengeld. Das geht an die Extraprofite.

In Westdeutschland gibt es eine gemischte Bewegung: Es verlassen vor allem Griechen und Spanier das Land, aber vor allem die Türken holen ihre Familien nach. Der Lohn reicht nicht mehr aus, um das Nötige nach Hause zu überweisen: Seit 1973 sind die Überweisungen ausländischer Arbeiter um ein Drittel weniger geworden. Der Kapitalexport der westdeutschen Kapitalisten hingegen hat kräftig zugenommen, wenngleich es ihnen noch nicht genug ist.

Die OECD formuliert das so: Es „ist eine konzertierte Anstrengung erforderlich mit einer Anzahl integraler Bestandteile: ausländische Kapitalinvestitionen, Reinvestitionsfonds, mehr arbeitsintensive Wachstumsstrategien. Integraler Bestandteil solcher Bemühungen kann eine Politik sein, die für's erste die Rückwanderung in die Entwicklungsländer bremst, bis diese in der Lage sind, die Rückwanderer zu integrieren."



Quellen: Monatsberichte der Bundesbank, Arbeits- und Sozialstatistik

zipliniert. Solche Disziplinierungen sind zum Beispiel Saubermachen in einem Raum, der für den Dreck bekannt ist, oder daß man erst als letzter an die Maschinen darf und dadurch in Verzug mit der Zeit kommt. Wer öfter klönt, hinkt dadurch hinter den anderen zurück und kommt unter ständigen Beschuß.

Sind die Jugendlichen nicht bereit, sich zu unterwerfen, wird ihnen angedroht, das Geld, das sie vom Arbeitsamt bekommen, zurückzahlen zu müssen. Auf ein Jahr bezogen werden die 305 DM monatlicher „Lohn" vom Arbeitsamt für die Jugendlichen zur unerschwinglichen Summe, die sie nie und nimmer aufbringen könnten.

Der Berufsschulunterricht, der im letzten halben Jahr mit einer Stundenaufteilung von sechs und vier an jeweils einem Tag stattfand, hat einen solchen Charakter, daß ein Jugendlicher, der den Kurs vor einem Jahr beendete, sich nicht mehr erinnern konnte, was dort gemacht wurde. Nach den vier Stunden müssen die Jugendlichen wieder zur Gewerbeförderungsanstalt. Ein Mittel, sich davon freizukaufen, ist es, abwechselnd den Meistern eine Flasche Korn mitzubringen.

Wer solch einen Kurs durchlaufen

Türkei antwortet auf IWF-„Umschuldung": Bergbaubetriebe verstaatlicht

Die Wirkung der erpreßten Pfundabwertung war anders berechnet

*z.pek.* Am 24. Oktober mußte die türkische Regierung erneut das türkische Pfund gegenüber 13 imperialistischen Währungen abwerten, – zum achten Mal in diesem Jahr und zum fünften Mal seit September. Die Abwertungen bewirken für die Türkei ein weiteres Sinken der Exporteinnahmen und eine Verteuerung der Importe von Maschinen und Anlagen aus den imperialistischen Ländern. Sie sind Teil der Bedingungen des Internationalen Währungsfonds und der anderen imperialistischen Gläubigerbanken für die „Umschuldung" der jetzt fälligen kurzfristigen Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 2,5 Mio. Dollar. Danach soll ein Zahlungsaufschub für drei Jahre und eine Umverteilung der Zins- und Tilgungszahlungen nur gewährt werden, wenn die Türkei „exportstimulierende Maßnahmen" ergreift und sich eine „Einschränkung überflüssiger Einfuhren" auferlegt (siehe KVZ, Nr. 28/78, S.13).

Ihre Absicht, die Türkei über die hohe Verschuldung, die gegenwärtig mit 20 Mrd. Dollar das anderthalbfache des Staatshaushalts 1978 ausmacht, unumschränkt ihrem Kapitalexport zu öffnen und politisch vollständig zu unterwerfen, können die Imperialisten dennoch nicht durchsetzen. Der vom IWF im Juli erzwungene „Sozialkontrakt" zwischen der Regierung und der Konföderation der türkischen Gewerkschaften, mit dem Lohnerhöhungen auf die Inflationsrate begrenzt werden sollten, ist durch Streiks der Arbeiter durchbrochen worden. Im August hat Ministerpräsident Ecevit die Kreditbedingungen der imperialistischen Gläubiger angegriffen und erklärt, daß sie „die Entwicklungsländer gewöhnlich zur Stagnation zwingen". Um die Nutzung der Rohstoffe des Landes den Händen der Imperialisten zu entreißen, hat das türkische Parlament im Oktober die Verstaatlichung des gesamten Braunkohle- und Eisenerzbergbaus beschlossen.

Kraftwerksanlage bei Istanbul.

Gegenwärtig muß die Türkei noch mehr als die Hälfte ihrer Importausgaben für den Kauf von Energie- und Rohstoffen aufwenden, obwohl das Land selbst über reiche Rohstofflager verfügt. Den größten Posten bilden dabei die Erdöleinfuhren. Als die Türkei im Sommer mit ihren Zahlungen gegenüber Mobil Oil und British Petrol in Rückstand geraten war, stellten diese die Erdöllieferungen ein. Daraufhin mußte die Türkei „Sofortlieferungen" zu höherem Preis beziehen und dafür 29 Mio. Dollar zusätzlich zahlen. Um sich aus solcher Abhängigkeit zu befreien, stärkt die Türkei ihre Verbindung mit den OPEC-Ländern. Im September trat ein Abkommen mit dem Irak in Kraft, wonach die Türkei noch in diesem Jahr 1,5 Mio. Tonnen irakisches Erdöl durch die gemeinsam errichtete Pipeline Kirkuk – Dortyol beziehen wird. Im nächsten Jahr werden diese Lieferungen auf 5 Mio. Tonnen gesteigert.

Diese Anstrengungen der Türkei haben die „Assoziierungsbemühungen" der EG-Imperialisten ins Stocken gebracht. Anfang Oktober mußte die EG-Kommission einer Aussetzung der mit dem Assoziierungsabkommen von 1970 festgelegten Senkung der türkischen Importzölle auf EG-Produkte für die nächsten fünf Jahre zustimmen.

Die Sozialimperialisten nutzen die Bestrebungen der Türkei, sich aus der Umklammerung der westlichen Imperialisten zu befreien, um sich als „besserer Partner" anzubieten. Nachdem sie sich mit ihren „Kooperationsabkommen" in Schlüsselzweigen der Industrie, wie der Stahl-, Erdöl- und Aluminiumverarbeitung festsetzen konnten, gehen sie jetzt in eine neue Offensive beim Warenexport. 1976 hatte die Türkei gerade 1,7% ihrer Importe aus der UdSSR bezogen. Das Handelsvolumen für das laufende Jahr ist um 30% höher angesetzt als im letzten Jahr. Mit dem im Oktober unterzeichneten „Rahmenabkommen über den Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen" für die nächsten drei Jahre wurde eine Steigerung um 32% für 1979, um 46% für 1980 und um 60% für 1981 festgelegt. Bei ihren Importen beschränkt sich die UdSSR auf jene Waren, die „traditionell" billig zu holen sind. Danach soll die Türkei außer Obst noch Weizen und Buntmetalle liefern. Die Exporte der UdSSR in die Türkei bestehen dagegen fast ausschließlich aus Maschinen, Anlagen und Halbfertigwaren. Im laufenden Fünfjahrplan der Türkei ist festgelegt, daß der hohe Anteil von Agrarprodukten an den Exporten verringert und der Anteil von Industrieerzeugnissen eigener Produktion erhöht werden soll.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611 / 73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611 / 73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 45: 32 000

# Die Sozialimperialisten wollen Syrien weiter erpressen können

## Sozialimperialistische ,,Militärhilfe" und Großprojekte / Syrien sucht die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt

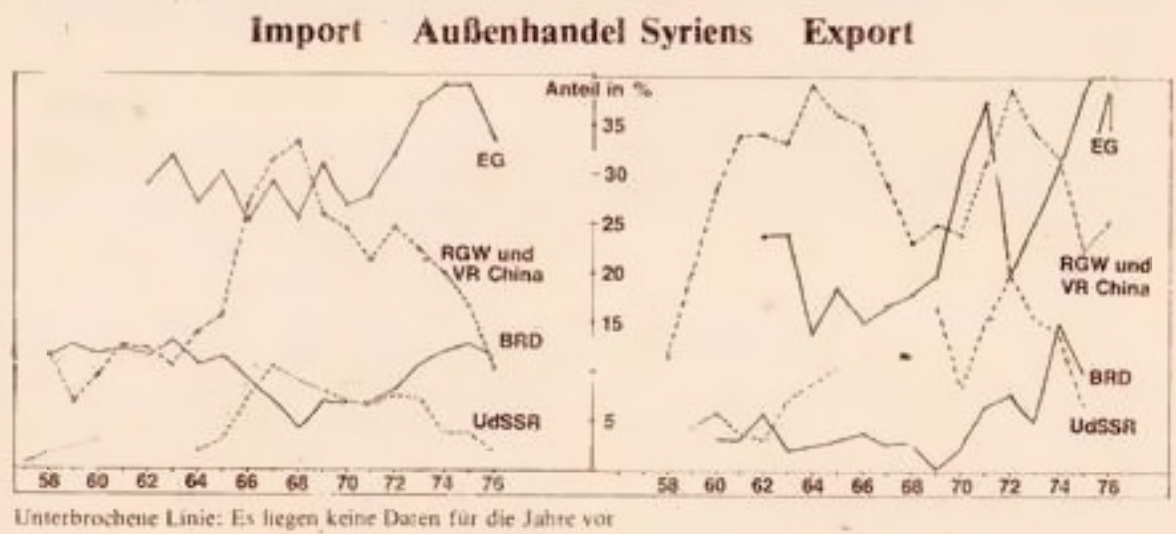
*z.hku.* Im Haushaltsausschuß hat die CDU am 19.10. gefordert, Syrien ,,Entwicklungshilfemittel von 110 Mio. DM qualifiziert zu sperren" wegen Syriens ,,Menschenrechtsverletzungen im Libanon" (Woche im Parlament, 19/78). Die SPD hat abgelehnt und darauf verwiesen, ,,daß Syrien eine Schlüsselrolle habe und keine Regelung im Nahen Osten ohne dessen Mitwirkung möglich sei. Der Abbruch der Entwicklungshilfe bringe nicht weiter." Ob die CDU denn jede Einflußnahme auf Syrien mit solchen Anträgen unmöglich machen wolle? Die westdeutschen Imperialisten haben da Erfahrungen: 1965 hat Syrien die Beziehungen mit der Bundesregierung abgebrochen, weil diese die zionistische Aggression frech unterstützte. Dadurch entging den westdeutschen Imperialisten auch der Einfluß auf ein Schlüsselprojekt Syriens, das sie schon sicher glaubten: den Bau des Staudamms am Euphrat. 1966 übernahm die Sowjetunion das Projekt.

Das syrische Volk steht seit der Befreiung vom französischen Kolonialismus als Teil der arabischen Nation in einem langandauernden Kampf gegen Imperialismus und Zionismus. 1954 wollten die USA Syrien in den imperialistischen Bagdad-Pakt hineinpressen, dann hetzten sie die Türkei wegen ,,Grenzdifferenzen" auf Syrien und überfielen nach dem gescheiterten Suez-Abenteuer 1958 den Libanon. Der US-Imperialismus und sein Statthalter, der Zionismus, sind aggressiv und starren vor Waffen. Aus dieser Erfahrung der arabischen Völker erstarkte ihr Wunsch nach Einheit und der Wille, gegen den Imperialismus die Unabhängigkeit mit der Waffe zu verteidigen und zu erkämpfen. Diese Lage machte sich die revisionistisch entartete Sowjetunion zunutze und trat als ,,natürlicher Freund der arabischen Völker" auf.

1956 schließt die Sowjetunion das erste Militärhilfeabkommen mit Syrien ab, die Sowjetunion liefert Waffen im Wert von 100 Mio. $. Diesem ersten Abkommen folgen bis 1976 weitere von insgesamt 880 Mio. $ – andere Berechnungen kommen auf 2,1 Mrd. $. Jedesmal muß Syrien einen weiteren Schwarm von ,,Beratern" in Kauf nehmen, die die Armee bis hinunter auf Kompanieebene unter der Fuchtel der Sozialimperialisten halten sollen; 1974 sind es 3500. Seitdem Ägypten 1972 solche Berater rausgeschmissen hat, ist ihr arrogantes Auftreten gut bekannt, und auch gut bekannt ist, daß die gelieferten Waffen nicht dazu taugten, Imperialismus und Zionismus zu *schlagen*. Seit 1968 häuften sich in der syrischen Hafenstadt Latakia die ,,Besuche" der russischen Mittelmeerflotte, mehrfach wurde über Verhandlungen berichtet, der Sowjetunion hier einen Stützpunkt zu überlassen. Die Sozialimperialisten haben einen solchen Stützpunkt nie von Syrien erpressen können.

Wurde in den Jahren seit 1956 ein Militärabkommen zwischen Syrien und der Sowjetunion geschlossen, kam ein ,,Wirtschaftshilfeabkommen" gleich hinterher und umgekehrt. Von 1954 bis 1975 haben die Sozialimperialisten 1300 Mio. $ Kapitalhilfe und Kredite in Syrien unterbringen können. Die gesamte Verschuldung Syriens betrug

**Import Außenhandel Syriens Export**




Unterbrochene Linie: Es liegen keine Daten für die Jahre vor

1975 696 Mio. $, der Schuldendienst 117 Mio. $. Genaue Angaben über die Gläubigerländer sind nicht veröffentlicht, aber die Sowjetunion steht mit Abstand an erster Stelle. Und in diesen Zahlen ist die Rückzahlung für die Militärhilfe nicht enthalten.

Die Kapitalhilfe wird ausschließlich an den syrischen Staat gegeben, der die große, industrielle Produktion kontrolliert und in 5-Jahres-Plänen ihre Entwicklung festlegt. 69% der Investitionen werden vom Staat getätigt; das ist so, seitdem die syrische nationale Bourgeoisie Mitte der 60er Jahre das imperialistische Kapital im Land enteignet hat. Nur durch eine solche Konzentration des Kapitals in den Händen des Staates konnte die nationale Bourgeoisie versuchen, gegen die Imperialisten eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen. Tatsächlich hat die industrielle Produktion einen Aufschwung genommen (Stromverbrauch von 606 Mio. kWh 1965 auf 1,75 Mrd. kWh 1976), ist aber weiterhin gegenüber den

Die syrischen Volksmassen fordern entschiedenen Kampf gegen US-Imperialismus und Zionismus

## Sadat bleibt nichts erspart

*z.ges.* Zusätzlich zum Friedensnobelpreis hätte Anwar El Sadat auf jeden Fall

Die Liga der arabischen Staaten

*z.jon. Im März 1945* wurde die Liga der arabischen Staaten von Ägypten, dem Iran, dem Jemen, Saudi-Arabien, Syrien, Transjordanien und dem Libanon gegründet, ,,um ihre politischen Pläne zu koordinieren und ihre Unabhängigkeit gegen jede Aggression durch geeignete Mittel zu schützen und allgemein die Angelegenheiten und Interessen der arabischen Staaten zu wahren." Jeder dieser Staaten war mit zahllosen ungleichen Verträgen an die französischen, britischen und US-Imperialisten gebunden, die nur auf das Ende ihrer Schlächterei in Europa warteten, um sich erneut auf die Plünderung der Kolonien und Halbkolonien zu stürzen. Ebenfalls auf der Gründungskonferenz anwesend waren Delegationen aus Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Palästina, die sich noch im Kampf gegen die direkte Kolonialherrschaft befanden.

*1948* riefen die zionistischen Siedler mit Unterstützung der britischen und US-Imperialisten den Staat Israel auf arabischem Boden aus und vertrieben Hunderttausende Araber von ihrem Land. Die Arabische Liga bildete das erste gemeinsame Oberkommando, das die Operationen der palästinensischen Befreiungskämpfer und der arabischen Armeen koordinieren sollte. Imperialisten und Zionisten feiern den israelisch-arabischen Krieg als Niederlage der arabischen Völker und Staaten. Tatsächlich ist es den arabischen Armeen zu verdanken, daß die Zionisten ihre Kolonialherrschaft nicht auf ganz Palästina ausdehnen konnten. Einen arabischen Sieg über die zionistischen Banden und die Zerschlagung des Siedlerregimes verhinderten die Imperialisten vor allem durch die Kontrolle, die sie selbst noch über die arabischen Armeen ausübten. Ägypten wurde von Anfang an der Nachschub gesperrt, die transjordanische Armee wurde von einem Söldner namens Glubb kommandiert. Als Antwort auf die Gründung der Festung Israel erweiterten die arabischen Staaten am 13. April 1950 den Gründungsvertrag der Liga um die ,,Konvention für die gemeinsame Verteidigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Arabischen Liga".

*1955* zwangen die US-Imperialisten dem Irak den reaktionären Bagdad-Pakt auf und versuchten mit allen Mitteln, Ägypten zu isolieren, das unter der Führung Nassers erfolgreich die imperialistische Vorherrschaft bekämpfte. 1956 verstaatlichte Ägypten den Suez-Kanal. Der Rat der Arabischen Liga stellte dazu einmütig fest: ,,Die Aktion ist seitens Ägypten ein Akt nationaler Souveränität". Britische, französische und zionistische Truppen überfielen Ägypten und besetzten die Sinai-Halbinsel und die Kanalzone. Die arabischen Massen und die Unterstützung aller arabischen Staaten verwandelten diesen zweiten

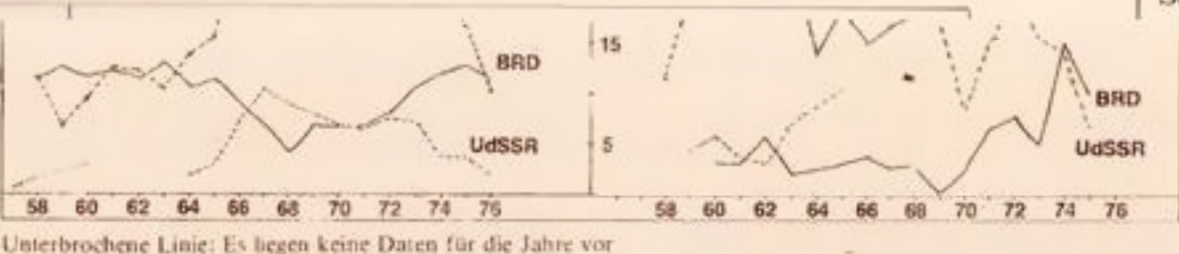
Armeen zu verdanken, daß die Zionisten ihre Kolonialherrschaft nicht auf ganz Palästina ausdehnen konnten. Einen arabischen Sieg über die zionistischen Banden und die Zerschlagung des Siedlerregimes verhinderten die Imperialisten vor allem durch die Kontrolle, die sie selbst noch über die arabischen Armeen ausübten. Ägypten wurde von Anfang an der Nachschub gesperrt, die transjordanische Armee wurde von einem Söldner namens Glubb kommandiert. Als Antwort auf die Gründung der Festung Israel erweiterten die arabischen Staaten am 13. April 1950 den Gründungsvertrag der Liga um die ,,Konvention für die gemeinsame Verteidigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Arabischen Liga".

*1955* zwangen die US-Imperialisten dem Irak den reaktionären Bagdad-Pakt auf und versuchten mit allen Mitteln, Ägypten zu isolieren, das unter der Führung Nassers erfolgreich die imperialistische Vorherrschaft bekämpfte. 1956 verstaatlichte Ägypten den Suez-Kanal. Der Rat der Arabischen Liga stellte dazu einmütig fest: ,,Die Aktion ist seitens Ägypten ein Akt nationaler Souveränität". Britische, französische und zionistische Truppen überfielen Ägypten und besetzten die Sinai-Halbinsel und die Kanalzone. Die arabischen Massen und die Unterstützung aller arabischen Staaten verwandelten diesen zweiten

arabisch-israelischen Krieg in einen gewaltigen Sieg. Wutschäumend schreibt der frühere französische Kolonialoffizier Beyssade: ,,Während des ganzen raschen Konfliktes hatte sich ununterbrochen die arabische Solidarität gezeigt, in der Presse, in den Rundfunksendungen, vor der UNO. Die syrische Armee hatte die Pumpstationen der Iraq Petroleum Company gesprengt, und Saudi-Arabien brach die diplomatischen Beziehungen zu England und Frankreich ab und stellte die Erdöllieferungen ein. Es wurde also unter ägyptischer Anstiftung von den Mitgliedsländern der Arabischen Liga eine gemeinsame Aktion dieses Kairoer Organs durchgeführt. Die französische und britische Wirtschaft waren getroffen." Seit diesem Sieg setzt die Arabische Liga immer zielbewußter ihre wirtschaftliche Macht und ihre politische Einheit im Kampf gegen die Imperialisten ein.

*1957* schließen Saudi-Arabien, Syrien und Ägypten einen Vertrag mit Jordanien, nach dem sie die Kosten für die jordanische Armee übernehmen, die bisher von Großbritannien gezahlt wurden. Jordanien kann endlich den Söldner Glubb entlassen. *1958* beschließt die Arabische Liga eine erste Hilfe für die algerische Revolution in Höhe von 12 Mio. ägyptischen Pfund. Im *Januar 1959* wird die Arabische Entwicklungsbank gegründet. Im *Februar 1959* beruft die Arabische Liga die erste Konferenz über Fragen der Erdölproduktion ein, an der auch der Iran und Venezuela teilnehmen und die ein erster Schritt zur Gründung der OPEC ist.

**Produktion von Weizen und Baumwolle**




Unterbrochene Linie: Es liegen keine Daten für die Jahre vor



Die syrischen Volksmassen fordern entschiedenen Kampf gegen US-Imperialismus und Zionismus

## Sadat bleibt nichts erspart

*z.ges.* Zusätzlich zum Friedensnobelpreis hätte Anwar El Sadat auf jeden Fall
auch einen Preis für schwarzen Humor verdient. Nach Bekanntgabe des Preisverleihs an Sadat und Begin und nach Sabbatende rief Zionistenchef Begin den ägyptischen Präsidenten an. Begin meinte, sobald man zu einem unterschriftsreifen Abkommen gelangt sei, müsse man Carter einladen: ,,Er verdient das durchaus". Sadat antwortete: ,,Ja, sicher. Der Friedensnobelpreis legt uns zusätzliche Verantwortung auf. Präsident Carter ist in dieser Angelegenheit der unbekannte Soldat." Noch selten hat sich einer zum Tanzbären machen lassen und dann seinen Kettenführer in solch humorvoller Weise gewürdigt.

In Camp David hat sich Sadat von der PLO und von der arabischen Nation abspalten lassen und hat sich und den ägyptischen Staat den Manövern des US-Imperialismus ausgeliefert. Prompt haben die Zionisten sich zu neuen Provokationen ermutigt gefühlt. Sie führten bewaffnete Überfälle auf den Libanon durch, beschlossen den Ausbau der zionistischen Siedlungen auf dem besetzten Westufer, und Begin kündigte an, er werde seinen Amtssitz nach Ostjerusalem verlegen, um damit den zionistischen Besitzanspruch zu dokumentieren. Auf den papierenen Protest Carters hat Begin mitteilen lassen, daß der Ausbau der zionistischen Siedlungen auf Absprachen in Camp David zurückgehe.

Sadat gab an seine Verhandlungskommission Weisung, nach Ägypten zurückzukehren. Viel mehr als ein bißchen Gesicht hat er nicht mehr zu wahren, nachdem er sich aus der Einheit des arabischen Lagers heraussprengen lassen hat. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Verleihung des Nobelpreises an Sadat *und* Begin bekanntgegeben. So sind die Preisverleiher schon mit Le Duc Tho umgesprungen, als sie den Eindruck hatten, daß der US-Imperialismus Vietnam an der Angel habe, und als sie Le Duc Tho *und* Kissinger den Preis verliehen. Sadat aber bleibt nicht einmal die Möglichkeit, den Preis abzulehnen, so eng ist er an Begin gefesselt.

Carter nutzte die Preisverleihung sofort, um während des Gratulationstelefonats Sadat auch noch den Abzug seiner Verhandlungsdelegation auszureden. Sadat erklärte: ,,Ich tue, worum mein Freund Jimmy Carter mich bittet. Sie werden dort bleiben und verhandeln." Wieder war eine zionistische Provokation mit einem Zugeständnis an den US-Imperialismus honoriert. ,,Wunderbar, wunderbar, Herr Präsident", war die Antwort Begins, als er von dieser Entscheidung unterrichtet wurde.

Dem ,,unbekannten Soldaten" pflegen die Imperialisten ein Denkmal zu setzen, nachdem sie die Volksmassen als Kanonenfutter in den Krieg gejagt haben. Sadat hat der Sache eine neue Wendung gegeben, indem er den Drahtzieher hinter der Unterjochung seines Landes den ,,unbekannten Soldaten" nannte. Immerhin scheint er Klarheit darüber zu haben, an wessen Leine er jetzt geht.

1975 696 Mio. $, der Schuldendienst 117 Mio. $. Genaue Angaben über die Gläubigerländer sind nicht veröffentlicht, aber die Sowjetunion steht mit Abstand an erster Stelle. Und in diesen Zahlen ist die Rückzahlung für die Militärhilfe nicht enthalten.

Die Kapitalhilfe wird ausschließlich an den syrischen Staat gegeben, der die große, industrielle Produktion kontrolliert und in 5-Jahres-Plänen ihre Entwicklung festlegt. 69% der Investitionen werden vom Staat getätigt; das ist so, seitdem die syrische nationale Bourgeoisie Mitte der 60er Jahre das imperialistische Kapital im Land enteignet hat. Nur durch eine solche Konzentration des Kapitals in den Händen des Staates konnte die nationale Bourgeoisie versuchen, gegen die Imperialisten eine eigenständige Wirtschaft aufzubauen. Tatsächlich hat die industrielle Produktion einen Aufschwung genommen (Stromverbrauch von 606 Mio. kWh 1965 auf 1,75 Mrd. kWh 1976), ist aber weiterhin gegenüber den

faltung der Produktivkräfte fesselt, und die Produktion extrem abhängig von äußeren Witterungseinflüssen geblieben ist. Von den 4,2 Mio. ha kultivierter Fläche (1976) waren nur 827000 in Kooperativbesitz, 547000 ha wurden bewässert. Der Viehbestand stagniert. Er betrug 1956: 590/1973: 496 Rinder; Schafe: 5912 / 4840; Ziegen 227 / 608 (in 1000 Stück). Die Bevölkerung ist im gleichen Zeitraum um 68% gewachsen. Die Produktion von Baumwolle ist dagegen seit dem Anstieg durch die Lieferungen in die Sowjetunion recht konstant geblieben. Das kommt offensichtlich daher, daß das bewässerte Land vor allem für die Tributlieferungen verwendet werden muß.

In den letzten Jahren hat Syrien verstärkt versucht, sich aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion zu lösen, und dabei die Konkurrenz der Imperialisten untereinander zu nutzen. Die Schwankungen des Anteils der verschiedenen Imperialisten und Imperialistengruppen (s. Schaubild 1) zeigen, wie erbittert die Konkurrenz ist. Was am

**Produktion von Weizen und Baumwolle**




Imperialisten schwach und hat keine Basis in einer entwickelten Landwirtschaft. So war die nationale Bourgeoisie auf Auslandshilfe angewiesen. Schon im ersten 5-Jahresplan 1960 waren 25% der Investitionen nur durch Auslandshilfe zu tätigen; dieses Verhältnis ist bis heute in etwa geblieben, hat sich aber durch die zunehmende Verschuldung und durch den ständigen Überschuß von Importen über die Exporte des Landes verschärft. Die Sowjetunion hat die Lage genutzt, wie man aus den steil ansteigenden Importen aus RGW-Ländern seit 1958 sehen kann (s. Schaubild 1).

Vom ersten Abkommen 1956 an haben die Sozialimperialisten alles getan, um die entscheidenden Zentren des Aufbaus mit ihren zur Abwechslung ,,zivilen" Beratern zu besetzen: Ölprospektierung, Elektrizitätsversorgung, Bewässerungsanlagen, Hauptlinien des Verkehrs. Diese Durchdringung der syrischen Wirtschaft haben die Sozialim- Schaubild nicht ablesbar ist, weil vergleichbare Daten fehlen, ist die wachsende Zusammenarbeit Syriens mit den arabischen Staaten und den Ländern der 3. Welt. Waffen hat Syrien jetzt auch in Frankreich gekauft, mit finanzieller Unterstützung Saudi-Arabiens 1974 war Auslandshilfe zugesagt von. RGW-Ländern 300 Mio. $, OECD-Ländern 292 Mio. $, Rumänien 100 Mio. $ und OPEC-Staaten 680 Mio. $.

Natürlich, die Imperialisten alten Schlages wittern Morgenluft. Die westdeutschen Imperialisten haben letztes Jahr ein Investitionsschutzabkommen durchsetzen können. Auf der anderen Seite warnen die Sozialimperialisten jetzt, wo sich *ihre* Kreditschlinge zu lockern droht, die Imperialisten wollten Syrien ,,mit Krediten erpressen" (,,horizont" 40/78). Sie wissen, wovon sie reden.

Quellen: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Weltwirtschaft am Jahreswechsel. Jahrgänge 1958 bis 1978.

## Dozentin Dr.päd. propagiert Hausfrauengewerkschaft

*z.irb.* Nach dem Plan der Dozentin der Pädagogischen Hochschule Kiel, Dr. Gerhild Heuer, „im Nebenberuf Hausfrau" (FAZ, 27.10.78), sollen sich „die" Hausfrauen in der Bundesrepublik mit ihr in einer „Deutschen Hausfrauengewerkschaft" zusammentun, um die „Anerkennung des Berufsbildes Hausfrau mit entsprechender Altersversorgung" zu erreichen und zur „Beendigung der überall spürbaren Machtlosigkeit dieser Berufsgruppe". Macht haben also „die" Männer und die anderen „Berufsgruppen" z.B. in der Frage der „Gestaltung von Fernsehprogrammen" oder „wenn es ... um jugendschädliche Produktenwerbung geht"; dort mitzubestimmen will die Frau Dr., im Hauptberuf Bourgeoisideologin, u.a. zum Interesse der – klassenneutralen – Hausfrauen erklären. Die Kapitalisten und ihre Regierung haben sich schon längst der Hausfrauen angenommen.

Bundeskanzler Schmidt in der Regierungserklärung 76: „Aber es ist zu fragen, wie wir den Hausfrauen und Müttern stärker helfen können, sich ... in der Gesellschaft zu engagieren oder in ihr tätig zu werden." Er empfiehlt u.a. ehrenamtliches Engagement und dankt für Mio. Arbeitsstunden in Nachbarschaftshilfe, Behinderten- und Altenpflege. Das Rationlisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft hat in staatlichem Auftrag herausgefunden: „,... auffällig sei, daß vor allem Arbeiterinnen in der wöchentlichen Hausarbeit besonders engagiert sind." (FAZ, 10.10.78) Zur Verringerung der Doppelbelastung wird Ausbau der Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitgestaltung, also intensivere und Schichtarbeit verlangt. Für Frauen in „Männerberufen" gilt es nach dem Handelsblatt vom 13./14.10. im wesentlichen, das Hindernis der Arbeitsschutzbestimmungen zu beseitigen. Die lohnabhängigen Frauen für Medienmitbestimmung und Konsumboykott gewinnen als Ersatz für den Lohnkampf und den Kampf gegen den bürgerlichen Staat, das will die Heuer.

„Die Industrie", die sie angeblich bekämpfen will, würde ihr eine solche Gewerkschaft mit einem Sonderhonorar danken.

## Des Kanzlers Probleme auf der Bühne

*z.bel.* Ein vielversprechendes Projekt glaubte die Sozialdemokratie mit der „2. Woche der Ruhrfestspiele" in Salzgitter in die Welt gesetzt zu haben. Kanzler Schmidt telegrafierte: „Ich hoffe darüberhinaus, daß es ihnen gelingt, den Menschen, seine Probleme und seine Gesellschaft kritisch aber auch immer zutreffend auf die Bühne zu bringen." Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen schickte den Staatssekretär Süßmilch zur Eröffnung, die CDU ließ sich nicht die Butter vom Brot nehmen. Pestel, Niedersächsischer Wissenschaftsminister, brachte es auf den Punkt: „Hervorragend geeignet als Mittler zwischen Arbeitnehmerschaft und Kunst und in der Lage, die Schwellenangst bei Arbeitnehmern abzubauen." Wenn aber die Absichten der Regierung wie der Opposition klar sind, zum Beispiel einen 2% Lohnabschluß bei Stahl durchzudrücken, wird auch keine Kritik a la Floh de cologne oder ein pseudoklassenbewußter Brechtabend die Arbeiter über die geplante Lohnsenkung hinwegtrösten. Auch die Bemühungen durch ein „Flachsfigurenkabinett" oder die Wiener Sängerknaben Arbeiterkultur zu verhöhnen, gelang nicht. Die Arbeiter sind nämlich lieber gleich zuhause geblieben in der ganz richtigen Annahme, daß ihnen diese Sorte Kultur für den Klassenkampf nichts nützen wird. Der angeblich mit Interesse erwartete Lyriker Fried – ein von der CDU verfolgter sogenannter Radikaler – mußte die Eintrittskarten zu seiner Lesung zu Sonderpreisen verkaufen lassen.

Er glaubt nach drei Stunden Verspätung harre die Masse seiner, er mußte aber vor leerem Saal dann insgesamt auf seinen Auftritt verzichten. Auch der Mitveranstalter DGB hatte nicht viel Erfolg. Das in großer Besetzung mit Heinz Oskar Vetter durchgeführte „europäische Einigungsgespräch" zur Stützung der Währungspläne des SPD-Kanzlers mußte vor halbleerem Saal und „geladenen" Gewerkschaftsfunktionären abgehalten werden. Angesichts der hier in in Salzgitter drohenden Entlassungen durch die staatliche Peine Salzgitter AG wollte auch nicht so recht Beifall aufkommen als Vetter versuchte, die hiesigen Kapitalisten zu schonen und eine europäische Version servierte. Probleme auf der Bühne, Herr Kanzler?

# Lohnkampf und politischer Zusammenschluß der Belegschaft im Spanplattenwerk Triangel

*r.chs.* Das Spanplattenwerk in Triangel bei Gifhorn ist ein Zweigbetrieb der Deutschen Novopan GmbH in Göttingen. Von den rund 290 Belegschaftsmitgliedern sind etwa 60% in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff organisiert, die mit dem Kapitalisten einen Haustarif abgeschlossen hat. Praktisch herrscht dort die 48-Stundenwoche im Dreischichtbetrieb rund um die Uhr;

samstags wird Früh- und Spätschicht gefahren, die entsprechende Nachtschichtbesetzung macht sonntags eine Reinigungsschicht, ebenso die Wartungs- und Reparaturarbeiter. Die Spanplattenarbeiter gehören zu den am schlechtesten bezahlten Industriearbeitern, selbst unter den Holzarbeitern im gesamten Bundesgebiet liegen sie an letzter Stelle. Bis Mai 1978 betrug der Ecklohn (Lohngruppe IIb) 7,93 DM, seit dem letzten Tarifabschluß von auf's Jahr gerechnet 6,31% beträgt er heute 8,32 DM, ab 1.2.1979 wird er 8,43 DM betragen. In Lohngruppe IIb sind 37 Arbeiter eingestuft, in IIa (= 9,57 DM) 73 Arbeiter und in Lohngruppe I (= 9,98 DM) 87 Arbeiter, wobei in Stufe I z.B. Handwerker nach einer dreijährigen Ausbildung eingruppiert werden.

Kampferfahren verfolgen die Holzarbeiter in Triangel ihre Interessen:

Noch im letzten Tarifkampf hatten 13 Arbeiter einen Antrag über 220 DM mehr für alle auf einer Gewerkschaftsversammlung eingebracht, über den die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung damals eine Beschlußfassung verhindern konnten. Die Arbeiter haben weiter Unterschriften gesammelt und trotz der Spaltungsmanöver 90 Arbeiter dafür gewinnen können. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß Unterschriften unter eine richtige Forderung den Kampf nicht entscheiden, daß sie die Kapitalisten und die Regierung angreifen müssen. Während dieser Auseinandersetzung haben fast 20 Arbeiter den Kampf der Soldaten in der Kaserne Wesendorf unterstützt, der sich richtete gegen eine Arreststrafe für einen Soldaten und die Versetzung von zwei Vertrauensmannkandidaten.

Durch eine Anrufaktion aus dem Betrieb in die Kaserne wurden die Forderungen unterstützt. Außerdem wurde mit Solidaritätsresolutionen der Tarifkampf der Metaller in Nordwürttemberg / Nordbaden, der VW-Arbeiter und der Druckarbeiter unterstützt. Die Belegschaft verbindet den Lohnkampf mit politischem Zusammenschluß und überwindet darin alle sozialdemokratischen Abwiegelungs- und Spaltungsmanöver.

Vor der UNO-Vollversammlung haben 12 Arbeiter, darunter 5 Ausländer, eine Resolution an die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die örtliche Presse geschickt, in der sie aufforderten, die Forderungen der Dritten Welt zu unterstützen und Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß sie die UNO-Resolutionen einhält, außerdem das beschlagnahmte Geld wieder herausgibt und die Patriotische Front anerkennt.

Mit folgendem Brief an das Landgericht Braunschweig und die örtliche Zeitung unterstützen 11 Arbeiter Anfang Oktober den Kampf gegen das Kostendämpfungsgesetz. Sie stellen zur Bezeichnung Ehrenbergs als Schreibtischmörder fest:

„Vor einiger Zeit konnten wir in unserer Lokalpresse eine Schilderung der Zustände am Gifhorner Krankenhaus lesen. Darin wurde angeprangert, daß durch die Unterbesetzung der Stationen, verschärft durch einen hohen Krankenstand der Beschäftigten, die medizinische Versorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet war. Im NDR wurde die Oberin zitiert, die zugeben mußte, daß ‚allein die Routine das vorhandene Personal völlig überlastet', und der Verwaltungschef Thiele erklärte: ‚Die Schuld trägt die staatliche Gesundheitspolitik und wirklichkeitsfremde Kostendämpfungsmaßnahmen.'

Wir sind fast alle Schichtarbeiter und haben daher ein besonderes Interesse an einer guten medizinischen Versorgung. Wir sind gegen die Kostendämpfung im Gesundheitswesen und fordern daher die Einstellung des Prozesses."

16 Arbeiter haben einen Brief an die SPD-Fraktion, den Bundesfinanzminister, an die Gewerkschafts- und die örtliche Presse geschrieben, in dem sie die Steuerpläne der Bundesregierung ablehnen.

„Dieses Manöver soll zweifellos dazu dienen, die Belegschaften zu spalten und möglichst niedrige Tarifabschlüsse vorzubereiten. Ist dies geglückt, soll dann die Mehrwertsteuer um 1% von 12 auf 13% erhöht werden. Die letzte Erhöhung liegt gerade erst um einige Monate zurück (Januar 1978), und dies wird mit Sicherheit nicht die letzte Erhöhung sein, wie sich aus Artikel 99 der Römischen Verträge, eine Harmonisierung der indirekten Steuern in der EG anzustreben, die mit Sicherheit nicht nach unten gerichtet sein wird, ersehen läßt."

Die Antwort der SPD-Fraktion:

„(...) Außerdem legen wir eine zusammenfassende Darstellung zum Steuerpaket bei, aus der u.a. zu ersehen ist, daß die steuerlichen Entlastungen für alle Arbeitnehmer wesentlich höher sind als die Mehrbelastung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer."

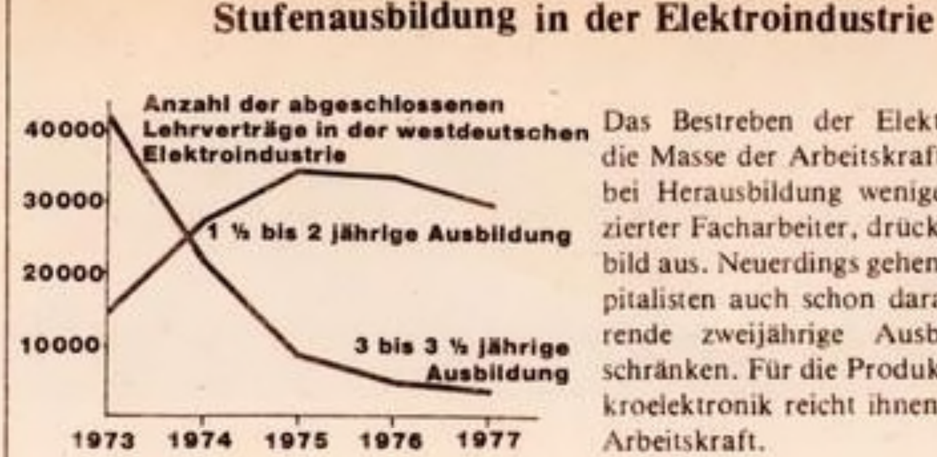
Wie kann solch eine glatte Lüge gegenüber den Erfahrungen der Arbeiter „überzeugen"? Angesichts der Tatsache, daß der politische Zusammenschluß in den Belegschaften reift und seinen Ausdruck findet in Stellungnahmen und Aktionen, versteht man des Sozialdemokraten Loderers Versuch, jetzt vorzupreschen, um die Bewegung umzukehren und die Kampfkraft aufzuweichen. Loderers „sich um alles kümmern" dient nicht der Entfaltung der Kampfkraft. Der Sozialdemokrat hat Gegenteiliges vor, Verpflichtung der Arbeiter auf das Wohl „ihrer" Kapitalisten:

„Wenn die Regierung in Tokio die japanische Werftindustrie so stark subventioniert, daß niemand mehr konkurrenzfähig ist, dann wird sich die IG Metall zu Wort melden. Weil sie nicht will, daß tausende deutscher Werftarbeiter auf der Strecke bleiben." (Rheinischer Merkur, 27.10.78)

Dieser Chauvinismus ist nicht ungefährlich, aber zu schlagen.

# Dequalifikation und Verbilligung der jugendlichen Arbeitskraft bei Siemens

**Stufenausbildung in der Elektroindustrie**




Das Bestreben der Elektrokapitalisten, die Masse der Arbeitskraft zu verbilligen bei Herausbildung weniger hochqualifizierter Facharbeiter, drückt dieses Schaubild aus. Neuerdings gehen die Elektrokapitalisten auch schon daran, die sie störende zweijährige Ausbildung einzuschränken. Für die Produktion in der Mikroelektronik reicht ihnen die angelernte Arbeitskraft.

*r.kla.* Seit 75 Jahren betreiben die Siemens-Kapitalisten die Abrichtung der jugendlichen Arbeitskraft für den kapitalistischen Produktionsprozeß. Seit 1949 haben rund 80000 Jugendliche die Lehrwerkstätten der Siemens-Kapitalisten durchlaufen. 1977 waren sie mit insgesamt 11300 Lehrlingen die zweitgrößten Ausbilder in Westdeutschland und Westberlin hinter der Ruhrkohle AG. (Zum Vergleich: Insgesamt waren 1977 bei den zehn größten privaten Kapitalen in Westdeutschland und Westberlin 60000 Lehrlinge beschäftigt.) 9000 Jugendliche bilden bei Siemens ihre Arbeitskraft in den „gewerblichen Berufen" aus, zwei Drittel davon in den Elektroberufen.

Diese Zahlen verdeutlichen, welchen Einfluß die Maßnahmen der Siemens-Kapitalisten in bezug auf die Ausbildung, auf die Dequalifizierung der Arbeitskraft in der Elektroindustrie haben. Wir haben schon mehrmals in der KVZ nachgewiesen, daß die Hauptbestrebungen der westdeutschen Elektrokapitalisten und hierunter maßgeblich von Siemens darin bestehen, den Vorsprung der amerikanischen und japanischen Imperialisten auf dem Gebiet der Mikroelektronik aufzuholen. Als entscheidende Maßnahme in diesem Konkurrenzkampf streben die Siemens-Kapitalisten an, eine Masse unqualifizierte und damit billigste Arbeitskraft im Akkord in diesem Produktionsbereich zu beschäftigen und eine kleine Anzahl hochqualifizierter Facharbeiter und Techniker. Diese Notwendigkeit für das Siemens-Kapital, will es konkurrenzfähig bleiben, hat die Siemens-Betriebsführung bereits Anfang der siebziger Jahre formuliert. Betriebsführer Plettner forderte 1970 auf einem Kongreß des Zentralverbandes der Elektroindustrie (ZVEI), „energisch alle Maßnahmen zur Einführung der Stufenausbildung zu ergreifen, um den kommenden Anforderungen der Elektroindustrie nach stärker differenzierter Arbeitskraft gerecht zu werden". 1972 wurde dann die Stufenausbildung eingeführt. Mit Hilfe dieser „Differenzierung" haben die Siemens-Kapitalisten zum Beispiel in Westberlin erreicht, daß 1977 bei den Elektroanlageninstallateuren nur 20% der Lehrlinge in die sich an die 2jährige Ausbildung anschliessende 1½jährige Ausbildung zum Energieanlagenelektroniker übernommen wurden. Noch drastischer sind die Zahlen bei den durch die Mikroelektronik besonders an Bedeutung gewinnenden Berufen des Elektrogerätemechanikers und des Nachrichtengerätemechanikers. Bei den Elektrogerätemechanikern wurden 1977 nur 8% in die sich anschließende Ausbildungsstufe des Energiegeräteelektronikers übernommen. Bei den Nachrichtengerätemechanikern waren es im selben Jahr nur 9% der Lehrlinge, die weiterlernen konnten in den Berufen des Feingeräte-, Funk- und Informationselektronikers. Für die gesamte Westberliner Elektroindustrie findet man: 1973, als die Stufenausbildung gerade erst eingeführt worden war, konnten noch 407 Jugendliche den Beruf des Elektrogerätemechanikers mit der damals 3½jährigen Ausbildung erlernen, 1977 befanden sich nur 14 Lehrlinge in der entsprechenden Ausbildung zum Energiegeräteelektroniker.

Für die Siemens-Kapitalisten kristallisiert sich diese Entwicklung zu barem Geld. In den Westberliner Werken des Siemens-Konzerns hat die Betriebsführung es mittlerweile überall durchgesetzt, daß die Lehrlinge nach der zweijährigen Ausbildung nur in Lohngruppe 4 eingestellt werden. Die Arbeitskraft ist also billiger und früher verfügbar für die Ausbeutung. Doch dies reicht den Siemens-Kapitalisten nicht. In der gleichen Woche, in der sie bekanntgegeben haben, daß sie mit der neuen Computerserie 7000 IBM ernsthaft Konkurrenz machen wollen, hat der Vorstand auch verlauten lassen, daß er als Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit mehr Jugendliche ohne Ausbildung einstellen will.

vor allem Arbeiterinnen in der wöchentlichen Hausarbeit besonders engagiert sind." (FAZ, 10.10.78) Zur Verringerung der Doppelbelastung wird Ausbau der Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitgestaltung, also intensivere und Schichtarbeit verlangt. Für Frauen in „Männerberufen" gilt es nach dem Handelsblatt vom 13./14.10. im wesentlichen, das Hindernis der Arbeitsschutzbestimmungen zu beseitigen. Die lohnabhängigen Frauen für Medienmitbestimmung und Konsumboykott gewinnen als Ersatz für den Lohnkampf und den Kampf gegen den bürgerlichen Staat, das will die Heuer.

„Die Industrie", die sie angeblich bekämpfen will, würde ihr eine solche Gewerkschaft mit einem Sonderhonorar danken.

Des Kanzlers Probleme auf der Bühne

z.bel. Ein vielversprechendes Projekt glaubte die Sozialdemokratie mit der „2. Woche der Ruhrfestspiele" in Salzgitter in die Welt gesetzt zu haben. Kanzler Schmidt telegrafierte: „Ich hoffe darüberhinaus, daß es ihnen gelingt, den Menschen, seine Probleme und seine Gesellschaft kritisch aber auch immer zutreffend auf die Bühne zu bringen." Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen schickte den Staatssekretär Süßmilch zur Eröffnung, die CDU ließ sich nicht die Butter vom Brot nehmen. Pestel, Nie-

Kampferfahren verfolgen die Holzarbeiter in Triangel ihre Interessen:

Noch im letzten Tarifkampf hatten 13 Arbeiter einen Antrag über 220 DM mehr für alle auf einer Gewerkschaftsversammlung eingebracht, über den die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung damals eine Beschlußfassung verhindern konnten. Die Ar-

Presse geschickt, in der sie aufforderten, die Forderungen der Dritten Welt zu unterstützen und Druck auf die Bundesregierung auszuüben, daß sie die UNO-Resolutionen einhält, außerdem das beschlagnahmte Geld wieder herausgibt und die Patriotische Front anerkennt.

Mit folgendem Brief an das Landge-

die Steuerpläne der Bundesregierung ablehnen.

„Dieses Manöver soll zweifellos dazu dienen, die Belegschaften zu spalten und möglichst niedrige Tarifabschlüsse vorzubereiten. Ist dies geglückt, soll dann die Mehrwertsteuer um 1% von 12 auf 13% erhöht werden. Die letzte Erhöhung liegt gerade erst um einige Monate zurück (Januar

„Wenn die Regierung in Tokio die japanische Werftindustrie so stark subventioniert, daß niemand mehr konkurrenzfähig ist, dann wird sich die IG Metall zu Wort melden. Weil sie nicht will, daß tausende deutscher Werftarbeiter auf der Strecke bleiben." (Rheinischer Merkur, 27.10.78)

Dieser Chauvinismus ist nicht ungefährlich, aber zu schlagen.

Dequalifikation und Verbilligung der jugendlichen Arbeitskraft bei Siemens

Stufenausbildung in der Elektroindustrie

## EG-Programm zur „Rohstoffrückgewinnung" aus Hausmüll

*z.gek.* Einen „Vorschlag für ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm der EG auf dem Gebiet der Rückgewinnung von Industrie- und Hausmüll (Sekundärrohstoffe)" haben die BRD-Imperialisten der EG-Kommission vorgelegt. Begründung: „ Es liegt im Interesse der Gemeinschaft, ihre Abhängigkeit von dritten Ländern in der Versorgung mit Rohstoffen so weit wie möglich zu verringern." Problem: die Sache muß, kapitalistisch betrieben, Profit abwerfen. Lösung: die Trennung und (teilweise) Lagerung des Haushaltmülls „am Entstehungsort". Man ahnt die Gedankengänge der Rohstoffstrategen im Bonner Ministerium. Die Herren sind ja schließlich nicht von gestern. Ungefähr so: Stufe 1. Richtlinie des Europäischen Rates über das Sortieren der „Sekundärrohstoffe" und Aufstellung entsprechender Behälter in geeigneten Wohnungs- und Kellerräumen. Stufe 2. Einführung des Blockwartsystems zur Überwachung der Rohstoffrückgewinnung „am Entstehungsort" im europäisch-vaterländischen Geist. Stufe 3. Kampf bis zum Endsieg.

## Wettbewerbsgesetz: Ausspähung des Betriebs verboten

*z.gab.* Am 22.9. hat Schmidt den Regierungsentwurf zur „Änderung des unlauteren Wettbewerbsgesetzes" veröffentlichen lassen. Beklagt hatten sich die Kapitalisten darüber, daß nach geltendem Recht das Ausspähen von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ohne Verwendung nicht strafbar ist, z.B. die Ablichtung eines geheimen Dokuments der Betriebsleitung über geplante Kürzungen von Akkordvorgabezeiten u.ä. Insbesondere, die „geltende Regelung, die darauf abstellt, daß der Täter das Geheimnis ‚durch eine gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstoßende eigene Handlung' erlangt hat, hat sich wegen des Merkmals der ‚guten Sitten' als schwer anwendbar erwiesen", heißt es in der Begründung der Bundesregierung.

## Nachholbedarf: 3000 Logopäden

*z.mif.* Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein und andere Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion haben im Juli 77 den „Entwurf eines Gesetzes über den Beruf des Logopäden" in den Bundestag eingebracht. Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit empfiehlt jetzt Annahme. „Logopädie" setzt voraus: dreijährige Ausbildung, staatliche Prüfung, nicht eines Verhaltens schuldig sein, aus dem sich die Unzuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs ergibt und nicht wegen Gebrechen, Schwäche der geistigen oder körperlichen Kräfte oder Sucht unfähig oder ungeeignet sein. Ein „enormer Nachholbedarf" von mehr als 3000 Logopäden stehe fest, denn in der BRD leben „mindestens ca. 400000 behandlungsbedürftige Sprachgestörte, dazu 150000 Stimmgestörte und über 150000 Kinder mit Hörstörungen". Man begreift, der Logopäde (Sprachheiler, Behandlung von Stottern usw.) muß angesichts der sich ergebenden Schnüffel- und Schikanemöglichkeiten ein Mann staatlichen Vertrauens sein.

## Berufsgefördert lohngesenkt

*z.hev.* „Überraschend günstige Ergebnisse" der Kosten-Nutzen-Analyse für „berufsfördernde Maßnahmen" Behinderter, verlautet aus dem Ehrenbergministerium. Geheuchelte Überraschung. Eine Überschlagsrechnung macht das deutlich: Im Juli 1978 erhielten rund 1,85 Mio. Arbeiter und Angestellte 836,4 Mio. DM Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten, das sind 5425 DM pro Mann und Jahr. 100000 Behinderte berufsgefördert lohngesenkt ergäbe 5,4 Milliarden eingesparte Versicherungsgelder im Jahr; die paar Hundert Millionen, die das arbeitsmarktgerechte Zurechtstutzen Behinderter kostet, sind dagegen ein Klacks. 1977 waren es 159200 Rehabilitationsverfahren, 100000 mehr als vor 10 Jahren, bestimmt nicht „aus humanitären Erwägungen."

# Schmücker muß 35 Millionen als Sonderzahlung herausrücken

## Manteltarifverhandlungen vor dem Abschluß / eine Reihe nützlicherForderungen

*r.hor.* Der Golf ist nach wie vor ,,Marktrenner" im ,,frühesten Frühling des Käuferinteresses", und der ,,Autoboom sprengt alle Rekorde", vermeldet Schmückers Hauspostille ,,Autogramm" in ihrer Oktoberausgabe. Im Monat August 1978 verkaufte der VW-Konzern 171400 Wagen, 11,4% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. 6,4 Milliarden DM Rohertrag hat Schmücker im Laufe des Jahres 1978 aus den Arbeitern herauspressen können.

Schon vor den Werksferien im August hatte der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates von VW und Audi, Siegfried Ehlers, auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg bekanntgegeben, daß Verhandlungen um eine Sonderzahlung stattfinden würden. Die spontane Bewegung unter den Arbeitern hatte Ehlers dazu gezwungen, nachdem er ein Vierteljahr zuvor auf der Betriebsversammlung ausgepfiffen wurde wegen der 150 DM Einmalzahlung, die Schmücker zunächst zur Tariflohnerhöhung geboten, aber nicht gezahlt hatte. Auf der letzten Betriebsversammlung im Oktober dieses Jahres erklärte sich Schmücker bereit, 35 Millionen zusätzlich an die 105000 Beschäftigten bei VW auszuzahlen. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Gesamtbetriebsrat und dem VW--Vorstand liegt jetzt vor: Im Jahre 1978 eingestellte Arbeiter bekommen 345 DM Weihnachtsgeld und 100 DM Sonderzahlung. Arbeiter, die bis zu 10 Jahren bei VW arbeiten, bekommen 940 DM Weihnachtsgeld und 300 DM Einmalzahlung. Über 10 Jahre bei VW beschäftigte Arbeiter bekommen 1043 DM und 375 DM Sonderzahlung. Auszubildende bekommen 490 DM Weihnachtsgeld und 125 DM Einmalzahlung. Wegen der Steuerprogression wird das Weihnachtsgeld im November gezahlt, die Sonderzahlung am 5. Dezember.

Die Kämpfe bei VW um eine Sonderzahlung haben auch bei dem Autozulieferer Teves mit dem Hauptwerk in Gifhorn Auswirkungen gehabt. Die Teves-Arbeiter fordern eine Sonderzahlung um 400 DM. Der Gesamtbetriebsrat von Teves fordert für die 10000 Beschäftigten 4 Millionen DM. Am 31. Oktober bot die Betriebsführung von Teves 2,2 Millionen DM an, die nach folgendem Modus verteilt werden sollten: 1. Grundbetrag für jeden, gestaltet nach Werkszugehörigkeit, 2. Zuschlag nach Anzahl der Überstunden abzüglich sämtlicher Fehlzeiten durch Krankheit, Mutterschaft, Bildungsurlaub usw. Das hat der Betriebsrat abgelehnt. Neue Verhandlungen wurden für den 2. November geplant, bei deren Scheitern will der Betriebsrat die Zustimmung zu sämtlichen Überstunden am Wochenende verweigern.

Die Tarifkommission soll am 2. November eine tariflich abgesicherte Sonderzahlung besprochen haben. Auf derselben Sitzung wurden auch die Ergebnisse der Manteltarifvertragsverhandlungen zwischen der IGM und Schmücker beraten. Erhöhung der Schichtzulage für Nachtarbeit von 28 auf 30%, für Nachtschichtarbeit von 33 1/3 auf 35% mußte Schmücker zugestehen. Ebenso eine tarifliche Vereinbarung, daß bei Kurzarbeit bis zu zehn Tagen VW einen Zuschuß bis zu 95% des vorherigen Nettolohns zahlen muß, bei Krankheit jetzt elf statt dreizehn Wochen lang. Erstmals wurde ein gemeinsamer Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte durchgesetzt. Diese Ergebnisse stärken die Einheit der Belegschaft.

Hinter dem ,,Autoboom" lugt bereits die nächste Krise hervor. Nützliche Schranken gegen die Absichten der Kapitalisten, insbesondere dann einen Teil der Arbeiter außer Lohn und Brot zu setzen, um den anderen um so schärfer auszupressen, sind gesetzt worden.

Vertrauensleute aus dem Werk Braunschweig berichten, daß Schmücker über Sonderschichten verhandeln will, und ,,geeignete Maßnahmen", um in Zukunft den hohen Stand der Abwesenheit am Freitag zu bekämpfen, hat er angekündigt. Die vereinbarte Sonderzahlung und der Manteltarifvertrag, über den die Tarifkommission am 9.11.1978 Beschluß fassen will, schwächen bereits seine Ausgangsposition.

,,IG Metall will sicher über 5% fordern", schrieb die ,,Braunschweiger Zeitung" am 2.11. ,,Auf keinen Fall sollten Steuersenkungen niedrige Lohnerhöhungen zur Folge haben", sagte Loderer. Das ist richtig. 1% Lohnerhöhung sind bei VW 25 DM im Durchschnitt. Eine Forderung ist von der IG-Metall noch nicht beschlossen.

Die Gewerkschaftsbeiträge – laut Beschluß der IGM erst ab 1. Januar zwecks Anrecht auf höheres Streikgeld zu erhöhen – werden schon zum 1. Dezember heraufgesetzt. Für den Kampf um eine 150 DM-Festgeldforderung kann das schon nützlich sein.

### Evangelische Kirche Westberlins zahlt kein 13. Monatsgehalt

*z.juh.* Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat am 24.10. den Entwurf für den kirchlichen Haushalt verabschiedet, der im November von der Synode beschlossen werden soll. Entsprechend einem bereits im Sommer von der Synode gefaßten Grundsatzbeschluß, dem sog. Sparbeschluß, hat die Kirchenleitung entschieden, daß die Beschäftigten der Landeskirche kein 13. Monatsgehalt zu Weihnachten erhalten. Stattdessen ist für alle Mitarbeiter unabhängig von ihrer Gehaltshöhe eine Pauschale von 1000 DM als Weihnachtsgeld vorgesehen. Für jedes ,,zuschlagsberechtigte" Kind zusätzlich 150 DM und für den nichtberufstätigen Ehepartner 400 DM. Begründet werden diese Maßnahmen damit, daß zum einen aufgrund der Kirchenaustritte (in den fünf letzten Jahren 125000) weniger Kirchensteuer eingenommen wird. Zum anderen läge der Grund vor allem in der bevorstehenden Lohn- und Einkommenssteuerreform. Dadurch können die Kirchenoberen nur noch mit einem ,,Ertrag" von 182 Mio. DM für 1979 rechnen, während es 1978 noch 190 Mio. DM waren. Gegen diesen Beschluß haben der Verband der ,,Mitarbeiter in der Kirche" und die Gewerkschaft ÖTV protestiert und die Auszahlung des 13. Monatsgehalts gefordert.


# Italienischer Krankenhausstreik vor der Entscheidung

## Gärung im ganzen öffentlichen Dienst / Wird der Pandolfi-Plan fallen?

*z.ulg.Rom.* Nach einem Monat ist die Streikbewegung an den italienischen Krankenhäusern in eine entscheidende Phase getreten. So haben die Belegschaften, auch wo sie dem Drängen der bürgerlichen Führer der Gewerkschaftsbünde wie der ständischen Autonomen Gewerkschaften gefolgt sind und den unbefristeten Streik ausgesetzt haben, immer gleich andere Kampfmaßnahmen festgelegt. Aber werden die Krankenhausbeschäftigten durchhalten können?

Am letzten Dienstag hat Andreotti vor dem Parlament eine Regierungserklärung abgegeben. Sie gipfelte in einem dreifachen Nein: Nein zu zusätzlichen Lohnerhöhungen, wie sie einzelne Regionen unter dem Druck der Streikbewegung hatten zugestehen müssen, Nein zu den 27000 Lire monatlich als ,,Anreiz zur beruflichen Fortbildung", die Andreottis eigener für den öffentlichen Dienst zuständiger Staatssekretär am 20. Oktober bereits unterschrieben hatte, Nein auch zu einem Vorschuß auf künftige Tariferhöhungen. Aber zugleich hat die Regierung ein neues Spaltungsmanöver gestartet: die Laufzeit aller Tarifverträge für den öffentlichen Dienst, auch wenn sie, wie der der Krankenhausbeschäftigten, erst Mitte nächsten Jahres ausgelaufen wären.

für alle, außer für die Antreiber und Ärzte, und rückwirkende Zahlung der Tariflohnerhöhung für die Zeit seit Ablauf des alten Tarifvertrags, also ab 1.1.1977. Weiter: Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden und Neueinstellungen statt Überstunden. Nach dem neuen Tarifvertrag kriegt ein ausgebildeter Krankenpfleger etwa 414000 Lire (ca. 1000 DM) brutto im Monat, bei fast 30% Abzügen. Nur mit ungeheurer Überstundenschinderei kann man überhaupt vom Lohn leben. Wir haben an der römischen Poliklinik Lohnzettel mit 60, 80 Überstunden im Monat gesehen. Seit Mitte Oktober hat sich die Streikbewegung auf das ganze Land ausgebreitet. Die Führer der Einheitsgewerkschaft FLO, die den Streik von Anfang als ,,korporativistisch" und ,,verantwortungslos gegenüber den Kranken" bezeichnet hatten, sahen sich gezwungen, Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Am 20. Oktober wurde eine zusätzliche Erhöhung um 27000 Lire, aber geknüpft an die Teilnahme an Fortbildungskursen, also zusätzliche Überstunden, vereinbart. Als in den folgenden Tagen überall die streikenden Belegschaften diesen Spaltungsversuch zurückwiesen und Fortsetzung des Streiks beschlossen, wollte die Regierung von dieser




25000 Streikende demonstrieren am 27.10. in Florenz. Eine Krankenschwester hat ihren Lohnzettel auf ein Transparent gemalt.

Streikversammlung von über 1000 den Rücktritt der nationalen Leitung der FLO gefordert. In vielen Krankenhäusern sind Neuwahlen zum Delegiertenrat, vergleichbar unseren Vertrauensleutekörpern, beschlossen worden.

* Im ganzen öffentlichen Dienst gärt es. Bei den 320000 Staatsbeamten ist

löst. 6 Beschäftigte sind verhaftet und wegen ,,Nötigung" und ,,Verlassen eines Dienstes von öffentlichem Nutzen" angeklagt worden, ein Paragraph, den die Faschisten eingeführt haben und der gegen jeden Streik im öffentlichen Dienst angewandt werden kann. Eine für letzten Freitag in Rom

### Mexiko – Kampf um das Streikrecht im öffentlichen Dienst

*z.gek.* Die Fluglotsen auf den Flughäfen Mexikos haben 23 Tage im Streik ausgeharrt, um ihre erkämpften Rechte, speziell das Streikrecht, zu sichern. Bisher waren sie Angestellte einer Privatfirma gewesen und hatten in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeitskämpfen mit den Kapitalisten ausgefochten. Mit ihrer kürzlichen Übernahme in den staatlichen Dienst sollte ihnen auch das Streikrecht genommen werden. Dies haben sie, vertreten durch ihre Gewerkschaft, einmütig abgelehnt. Ihr Kampf hat die Unterstützung der ganzen mexikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gefunden, die mit der Regierung in einer schweren Auseinandersetzung wegen des Versuchs steht, das Streikverbot für den öffentlichen Dienst nicht nur weiter aufrechtzuerhalten, sondern sogar auf die Arbeiter in den verstaatlichten Sektoren der Industrie, d.h. vor allem in den Öl-, Stahl-, Elektrizitäts- und Telefonbetrieben, auszudehnen. In diesem Sommer hat es eine Reihe schwerer Zusammenstöße mit der Polizei, vor allem bei Streiks in Krankenhäusern in Mexiko City, gegeben. Aus einem Krankenhaus sind über 100 Bedienstete während eines Streiks verhaftet worden. – Nach den vorliegenden Meldungen haben die Fluglotsen Ende Oktober ihren Streik, vorläufig ohne


# Italienischer Krankenhausstreik vor der Entscheidung

## Gärung im ganzen öffentlichen Dienst / Wird der Pandolfi-Plan fallen?

*z.ulg.Rom.* Nach einem Monat ist die Streikbewegung an den italienischen Krankenhäusern in eine entscheidende Phase getreten. So haben die Belegschaften, auch wo sie dem Drängen der bürgerlichen Führer der Gewerkschaftsbünde wie der ständischen Autonomen Gewerkschaften gefolgt sind und den unbefristeten Streik ausgesetzt haben, immer gleich andere Kampfmaßnahmen festgelegt. Aber werden die Krankenhausbeschäftigten durchhalten können?

Am letzten Dienstag hat Andreotti vor dem Parlament eine Regierungserklärung abgegeben. Sie gipfelte in einem dreifachen Nein: Nein zu zusätzlichen Lohnerhöhungen, wie sie einzelne Regionen unter dem Druck der Streikbewegung hatten zugestehen müssen, Nein zu den 27000 Lire monatlich als ,,Anreiz zur beruflichen Fortbildung", die Andreottis eigener für den öffentlichen Dienst zuständiger Staatssekretär am 20. Oktober bereits unterschrieben hatte, Nein auch zu einem Vorschuß auf künftige Tariferhöhungen. Aber zugleich hat die Regierung ein neues Spaltungsmanöver gestartet: die Laufzeit aller Tarifverträge für den öffentlichen Dienst, auch wenn sie, wie der der Krankenhausbeschäftigten, erst Mitte nächsten Jahres ausgelaufen wären, soll auf Ende diesen Jahres verkürzt, sofort können Tarifverhandlungen eingeleitet werden. Ein Ansatzpunkt zur Ausbreitung und Vereinheitlichung der Streikbewegung? Vielleicht, aber Andreottis Absicht ist genau entgegengesetzt. Erst einmal soll der Streik an den Krankenhäusern niedergeworfen werden, und *dann* will die Regierung unter diesem Vorzeichen über die neuen Tarife verhandeln, natürlich in den engen Schranken des Pandolfi-Planes.

Die Streikenden fordern zusätzlich zu dem am 15.10. abgeschlossenen Tarifvertrag 40000 Lire (knapp 100 DM) für alle, außer für die Antreiber und Ärzte, und rückwirkende Zahlung der Tariflohnerhöhung für die Zeit seit Ablauf des alten Tarifvertrags, also ab 1.1.1977. Weiter: Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden und Neueinstellungen statt Überstunden. Nach dem neuen Tarifvertrag kriegt ein ausgebildeter Krankenpfleger etwa 414000 Lire (ca. 1000 DM) brutto im Monat, bei fast 30% Abzügen. Nur mit ungeheurer Überstundenschinderei kann man überhaupt vom Lohn leben. Wir haben an der römischen Poliklinik Lohnzettel mit 60, 80 Überstunden im Monat gesehen. Seit Mitte Oktober hat sich die Streikbewegung auf das ganze Land ausgebreitet. Die Führer der Einheitsgewerkschaft FLO, die den Streik von Anfang als ,,korporativistisch" und ,,verantwortungslos gegenüber den Kranken" bezeichnet hatten, sahen sich gezwungen, Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Am 20. Oktober wurde eine zusätzliche Erhöhung um 27000 Lire, aber geknüpft an die Teilnahme an Fortbildungskursen, also zusätzliche Überstunden, vereinbart. Als in den folgenden Tagen überall die streikenden Belegschaften diesen Spaltungsversuch zurückwiesen und Fortsetzung des Streiks beschlossen, wollte die Regierung von dieser Vereinbarung auch nichts mehr wissen: ihr Staatssekretär habe seine Vollmachten überschritten. Daraufhin rief auch die FLO für zwei Tage zum Streik auf. Am 27.10. demonstrierten 25000 in Florenz.




25000 Streikende demonstrieren am 27.10. in Florenz. Eine Krankenschwester hat ihren Lohnzettel auf ein Transparent gemalt.

Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit ist zur entscheidenden Frage für die Weiterführung und Ausdehnung des Streiks geworden. ,,Ich bin seit 16 Jahren in der CGIL", sagt ein Mailänder Krankenpfleger, ,,aber jetzt ist es notwendig, diese Gewerkschaft zu verändern." Auf Vorschlag der Provinzleitung der FLO hat in Turin eine Streikversammlung von über 1000 den Rücktritt der nationalen Leitung der FLO gefordert. In vielen Krankenhäusern sind Neuwahlen zum Delegiertenrat, vergleichbar unseren Vertrauensleutekörpern, beschlossen worden.

* Im ganzen öffentlichen Dienst gärt es. Bei den 320000 Staatsbeamten ist die im Frühjahr vereinbarte Erhöhung um 10000 Lire noch immer nicht ausgezahlt, jetzt fordern die Beamten 15-20000 Lire zusätzlich. Ähnlich die 900000 Lohnabhängigen an den staatlichen Schulen und die 600000 Beschäftigten der Gemeinden.

Mit Polizei, mit Militär und ,,freiwilligen" Rot-Kreuz-Helfern versucht die Regierung, den Streik zu brechen. Seit Wochen schon sind in vielen Krankenhäusern Feldküchen der Armee eingesetzt. Am 23.10. hat die Polizei eine Streikversammlung auf dem Gelände der römischen Poliklinik aufgelöst. 6 Beschäftigte sind verhaftet und wegen ,,Nötigung" und ,,Verlassen eines Dienstes von öffentlichem Nutzen" angeklagt worden, ein Paragraph, den die Faschisten eingeführt haben und der gegen jeden Streik im öffentlichen Dienst angewandt werden kann. Eine für letzten Freitag in Rom geplante nationale Demonstration hat die Polizei verboten. Die Regierung bereitet ein Rahmengesetz für den öffentlichen Dienst vor, nach dem die Tariffreiheit praktisch auf die reinen Lohnfragen beschränkt, alles andere – Lohngruppen, Eingruppierung usw. – einseitig durch Gesetz geregelt werden soll. Wird die Mischung aus offener Unterdrückung und raffinierter Spaltung einschlagen? Für die kommende Woche haben die Gewerkschaften zu Streiks im ganzen öffentlichen Dienst aufgerufen. Andreottis Schuß kann leicht nach hinten losgehen.

### Mexiko – Kampf um das Streikrecht im öffentlichen Dienst

*z.gek.* Die Fluglotsen auf den Flughäfen Mexikos haben 23 Tage im Streik ausgeharrt, um ihre erkämpften Rechte, speziell das Streikrecht, zu sichern. Bisher waren sie Angestellte einer Privatfirma gewesen und hatten in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeitskämpfen mit den Kapitalisten ausgefochten. Mit ihrer kürzlichen Übernahme in den staatlichen Dienst sollte ihnen auch das Streikrecht genommen werden. Dies haben sie, vertreten durch ihre Gewerkschaft, einmütig abgelehnt. Ihr Kampf hat die Unterstützung der ganzen mexikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gefunden, die mit der Regierung in einer schweren Auseinandersetzung wegen des Versuchs steht, das Streikverbot für den öffentlichen Dienst nicht nur weiter aufrechtzuerhalten, sondern sogar auf die Arbeiter in den verstaatlichten Sektoren der Industrie, d.h. vor allem in den Öl-, Stahl-, Elektrizitäts- und Telefonbetrieben, auszudehnen. In diesem Sommer hat es eine Reihe schwerer Zusammenstöße mit der Polizei, vor allem bei Streiks in Krankenhäusern in Mexiko City, gegeben. Aus einem Krankenhaus sind über 100 Bedienstete während eines Streiks verhaftet worden. – Nach den vorliegenden Meldungen haben die Fluglotsen Ende Oktober ihren Streik, vorläufig ohne Ergebnis, abbrechen müssen.

### Massenentlassungen bei Massey-Ferguson

*z.ulg.Rom.* Anfang Oktober hat der kanadische Konzern Massey-Ferguson (MF) die Absicht bekannt gegeben, insgesamt 9000 Arbeiter, davon 4000 in den europäischen Konzernbetrieben, zu entlassen und die Baumaschinenproduktion ganz bei Hanomag in Hannover zu konzentrieren. Den 1700 Arbeitern und Angestellten des italienischen Baumaschinenwerks in Aprilia südlich von Rom drohen Massenentlassungen oder sogar völlige Betriebsstillegung. Der europäische Konzernchef Camtbell hat dem Fabrikrat vage Versprechungen von wegen einer möglichen Umstellung auf Landmaschinenproduktion andrehen wollen. Dabei ist bekannt, daß in dem französischen Traktorenwerk von MF ebenfalls 900 Arbeiter entlassen werden sollen. Der Fabrikrat hat daraufhin die Verhandlungen abgebrochen. In einer Versammlung während der Arbeitszeit haben die Arbeiter die Lage beraten und bis Ende Oktober zunächst vier Stunden Streik beschlossen. Die Metallergewerkschaft FLM hat eine nationale Koordination der italienischen MF-Werke gebildet, die in den nächsten Wochen unter anderem mit den westdeutschen und französischen Gewerkschaften über gemeinsame Kampfmaßnahmen beraten wird. Am 27.10. haben die Arbeiter der anderen Fabriken des Industriegebiets von Aprilia in einem dreistündigen Streik ihre Solidarität bekräftigt.

### Erst Baum, dann Schmidt

*z.ulg.Rom.* ,,Seit einem Jahr hat es in Deutschland keine terroristischen Anschläge größeren Ausmaßes mehr gegeben, in Italien *dagegen* hat sich der Terrorismus in der letzten Zeit intensiviert." Wer so die italienische Regierung der Unfähigkeit bezichtigt, ist Innenminister Baum. Vorletzte Woche ist er nach Rom gefahren, um dem italienischen Innenminister und Andreotti selbst auf die Finger zu klopfen. In Westdeutschland, hat er dort verkündet, würde die Polizei durch das BKA koordiniert, auf europäischer Ebene sei wohl leider nur ,,an bilaterale Vereinbarungen" zu denken. Am liebsten hätte er ein Euro-Kriminalamt, mit Sitz in Bonn natürlich oder in Wiesbaden. Allerheiligen kam der Kanzler höchstselbst, den 500-Mio.-Dollar-Kredit eines Bankenkonsortiums ,,unter Führung der Deutschen Bank" an das italienische Staatsmonopol ERI im Kreuz. Das soll nicht der letzte gewesen sein. Jedenfalls äußerte sich Schmidt überzeugt, daß Italien am europäischen Währungssystem teilnehmen wird, so manche Krediterpressung also noch zu landen ist.

### Orgatechnik '78 – Richtungsweisend für Rationalisierung

*z.ans.* Vom 24. – 29.10. fand in Köln die Orgatechnik '78, eine ,,der bedeutendsten Order- und Informationsmärkte der Büro- und Informationsbranche" statt. Gezeigt wurden Textverarbeitungsgeräte und -systeme, Maschinen und Anlagen für den Geldverkehr, Zahlen- und Datenverarbeitung, Büroeinrichtungen. Weit über 800 Kapitalisten waren zur Stelle, um den zum größten Teil ,,aus den Chefetagen der Unternehmen" kommenden Besuchern augenfällig zu machen, ,,wie durch Rationalisierung im Bürobereich ... die steigende Kostenflut einzudämmen und die Produktivität in den Angestelltenberufen zu steigern" sei. Die Terminalkapitalisten wollen vorankommen in der scharfen Konkurrenz auf dem Terminalmarkt, auf dem bisher lediglich SEL, Harris und Datasaab größere Absätze erzielen konnten, IBM jedoch nach wie vor dominierend ist. Neben den Textverarbeitungssystemen preisen die Kapitalisten elektronische Geräte an, durch die der gesamte Arbeitsablauf und die Lohnabhängigen selbst für die Kapitalisten lückenlos kontrollierbar gemacht werden sollen wie die elektronische Stempeluhr.

### ,,Schlechte Zeiten sind gesünder"

*z.ger.* Das Elend soll wieder Standard werden, das Fleisch soll vom Küchenzettel der Massen gestrichen werden. Die bürgerliche Presse erfüllt gewissenhaft ihren Auftrag: ,,Schlechte Zeiten sind ,gesünder' ", schreibt letzten Samstag die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung". Die Tabelle gibt Auskunft über den Gesundheitsstand der Massen in den schlechten Zeiten nach dem Kriege. Das starke Ansteigen der meisten Infektionskrankheiten ab 1965, die allesamt auf mangelhafte Ernährung zurückgehen, fällt genau mit dem Zeitpunkt zusammen, als die Kapitalisten daran gingen, sich durch scharfen Druck auf den Lohn für die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt zu rüsten.

**Infektionskrankheiten**
Zahl der Erkrankungen in Hannover
(umgerechnet auf die Einwohnerzahl von 1977)

| | Typh | Enc | Hep | GK | TB |
|---|---|---|---|---|---|
| 1947 | 139 | 0 | 437 | 11970 | 2062 |
| 1950 | 77 | 0 | 187 | 4673 | 2100 |
| 1953 | 91 | 0 | 33 | 2438 | 1458 |
| 1956 | 36 | 0 | | 1540 | 922 |
| 1959 | 43 | 0 | | 1295 | 757 |
| 1962 | 12 | 6 | | 1114 | 675 |
| 1965 | 10 | 11 | | 1071 | 725 |
| 1968 | 35 | 52 | 186 | 1159 | 566 |
| 1971 | 51 | 76 | 185 | 1578 | 374 |
| 1974 | 199 | 49 | 241 | 1617 | 365 |
| 1977 | 225 | 47 | 190 | 1008 | 295 |

Typh = Typhus, Paratyphus u. Salmonellose, Enc = Gehirnentzündung, Hep = Infekt. Gelbsucht, GK = Geschlechtskrankheiten, TB = Tuberkulose.

## Kirchliche Bulle zum Lohnkampf

*z.bil.* Die Arbeiter stehen vor den Tarifkämpfen. Nach dreijähriger Arbeit hat der Rat der evangelischen Kirche eine Denkschrift beschlossen. Die Denkschrift handelt vom Leistungsprinzip. Die evangelische Kirche vertritt, Christen sollen das nicht verteufeln: ,,Leistungsprinzip, Wettbewerbsgesellschaft und christliches Gedankengut sind grundsätzlich vereinbar.'' Wer zweifelt eigentlich daran? Nach dieser Grundfeststellung, daß der evangelischen Kirche die Ausbeuterei lieb und teuer ist, folgen äußerst konkrete Vorschläge. Sie sind mit Bedacht jetzt veröffentlicht, um den Lohnkampf der Arbeiter zu zersetzen. ,,Durch Gesetze müsse klargestellt werden, daß beim Verfolgen von Eigeninteressen auch dem Gesamtinteresse gedient wird und im Konfliktfall dem letzteren Vorrang zukommt.'' Den Vorzug des Gesamtinteresses haben die Arbeiter in den letzten Jahren beim Essen spüren können, als die Lohnsenkungen die Lebensmittel weggekürzt haben.

,,Durch geeignete Rahmenbedingungen und eine abgestimmte Politik der Regierung, der Bundesbank und der Arbeitgeber müsse unvermeidlichen Konjunkturschwankungen entgegengewirkt werden'', so die kirchliche Bulle. Die christlichen Gewerkschaften haben in der letzten Woche eine ,,Umfrage'' veröffentlicht. ,,Arbeitnehmer gegen die 35-Stunden-Woche'', war die Überschrift des Artikels in der ,,Bild''-Zeitung. Wahr ist nur, daß die Arbeiter es ablehnen, noch mehr Muskel und Hirn zu verausgaben, weil sie wissen, daß die Kapitalisten versuchen werden, bei Verkürzung der Arbeitszeit noch mehr Leistung aus ihnen herauszuholen. Weshalb die Forderung nach Verbot von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit dringlich ist.

### Kreuzesfahnen sollen uns warnen...

*z.ulg.Rom.* Nach dem Tod des Luciani-Papstes war sozusagen als dessen letzter Wille verbreitet worden, noch in diesem Jahr habe er nach dem Libanon fahren wollen. Da will der zweite Johannes Paul hinter dem ersten nicht zurückstehen. Gleich in der ersten Woche nach der Amtseinführung hat der neue Papst durchblicken lassen, auch er ,,schließe'' eine derartige Heimsuchung des Libanon ,,nicht aus''. Und wem hat er das anvertraut, auf daß er die frohe Botschaft sogleich der interessierten Öffentlichkeit mitteile? Ausgerechnet Giscard d'Estaing, der ebenso wie

# Baunachfrage steigt – Konkurrenz der Baukapitalisten für die Bauarbeiter günstig

Bauauftragsbestände reichen für 3,6 Monate / Modernisierungen zur Mieterhöhung / Mietkauf und die Kreditschlinge wird zugezogen

*z.brp.* Während die Baukapitalisten Monat für Monat wieder mehr Profite aus den Bauarbeitern herauspressen – sie sprechen vom ,,Bau-Boom'' – führen die Bauarbeiter einen hartnäckigen Kampf gegen die maßlose Überarbeit. Die Bau-Auftragsbestände reichen zur Zeit für 3,6 Monate, Anfang des Jahres lagen sie noch bei 2,5 Monaten. Die Genehmigungen für Wohnneubauten liegen in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 20% höher als in den Vorjahresmonaten, im Juni '78 werden z.B. 42949 Neubauten genehmigt, ähnliches gilt für die Wirtschaftsgebäude und den Tiefbau (Genehmigungen Wirtschaftsbau +15%, Tiefbau +20%, öffentlicher Hochbau +10%). Die meisten Bauvorhaben sind termingebunden, was die Baukapitalisten nutzen, um die Arbeiter zur Nacht- und Schichtarbeit zu zwingen und zur Verschärfung der Akkordarbeit.

Seit zwei Jahren kämpfen die Bauarbeiter für die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Organisation auf dem Bau. Diese war während der 1974 einsetzenden Überproduktionskrise von den Baukapitalisten fast vollständig zerschlagen – durch die Auflösung der Belegschaften. Von 1974 bis 1977 haben sie ein Viertel aller Bauarbeiter auf die Straße gesetzt (380000), die Belegschaften sind inzwischen fast vollständig ausgewechselt und umgewälzt worden, das gesamte Lohnniveau ist gedrückt.

**Umwälzung der Belegschaften (Anzahl der Bauarbeiter, Anteil der Lohngruppen)**

| Jahr | Facharbeiter LGI, II a-c | | Fachwerker, Werker, LGIV, V | | Auszubildende, Umschüler, Anlernlinge | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1973 | 895797 | 68,34% | 382996 | 29,22% | 31855 | 2,43% |
| 1974 | 809843 | 69,94% | 314059 | 27,12% | 34015 | 2,93% |
| 1975 | 731126 | 71,03% | 263123 | 25,56% | 34950 | 3,40% |
| 1976 | 726483 | 71,40% | 253319 | 24,89% | 37680 | 3,70% |
| 1977 | 664350 | 68,87% | 254815 | 26,41% | 45430 | 4,70% |
| 5/78 | 653569 | 67,61% | 263555 | 27,26% | 49584 | 5,13% |

Klar ist, daß die Baukapitalisten noch höhere Profite wittern, aber damit ist der ,,Bau-Boom'' nicht geklärt.

Die Bauwirtschaft unterteilt sich in Tief- und Hochbau, und beide Zweige entwickeln sich unterschiedlich. Im *Hochbau*, also Wohnungsneubau, Bau von Industrie- und Verwaltungsgebäuden, Modernisierungen und Erneuerungen, setzt die Stockung der Profitproduktion vor der Überproduktionskrise aller anderen Industriezweige ein.

1973 werden wertmäßig in der gesamten Industrie Westdeutschlands für 467010 Mio. DM Waren produziert, eine Steigerung um 10,4% gegenüber 1972. In der Bauwirtschaft liegt die Steigerung noch bei 6,3%, im nächsten Jahr, also 1974, können die Baukapitalisten ihre Profite nicht wie erwartet realisieren, die Produktion schrumpft um 3,5%. Erst 1975 lohnt sich die Plusmacherei für die übrigen Industriekapitalisten nicht mehr, die Gesamtproduktion schrumpft auf einen wertmäßigen Warenbestand von 493970 Mio. DM (– 0,2%/ Bauwirtschaft – 5,2%).

Im *Tiefbau* ist die Entwicklung fast gegenläufig.

Die Interessen der Bourgeois auf dem Bausektor sind verschieden, das ist das erste, was man feststellen kann.

Die *industriellen Kapitalisten* sind daran interessiert, daß möglichst viele fixe Bestandteile des Kapitals auf den Staat übergewälzt werden. Dazu gehört die Beschleunigung des Transports, der schnelle Warenumschlag, Bereitstellung von billiger Energie, Wasser, reibungsloser Abtransport von Abwässern usw. Das alles sind Tiefbauvorhaben, die vom Staat ausgeführt werden und deren Kosten, vermittelt über die Steuer, auf die Volksmassen abgewälzt werden.

Bereits in ihrem ,,Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 – 1985'', unter Brandt in Arbeit gegeben, versprechen die Sozialdemokraten dem Finanzkapital: ,,Die Verkehrspolitik muß darauf gerichtet sein, ein hohes Maß an Mobilität für den einzelnen Bürger und einen reibungslosen Austauch von Gütern und Dienstleistungen zu möglichst geringen sozialen Kosten anzubieten.''

1973 erreicht die Staatsverschuldung eine Höhe von 61356 Mio. DM, 1974 steigt sie ,,unwesentlich'' auf 72138 Mio. DM. Der Fallensteller Brandt war nicht der geeignete Mann dafür – nach den Versprechungen mit Steuererleichterungen – damals den Volksmassen noch höhere Staatsverschuldung und damit Anziehen der Steuerschraube zu verkaufen. Schmidt weitet von Anfang an die von Brandt eingeleitete Steuerausplünderung aus. Schon 1975 steigt die Verschuldung des Bundes beim Finanzkapital – das heißt, der Zugriff des Finanzkapitals auf Lohnteile – auf 108502 Mio. DM. Heute liegt sie bei 163203,6 Mio. DM, der Haushaltsplan 1979 sieht eine Neuverschuldung von 36 Mrd. DM vor. 1975 verabschiedete die Bundesregierung das ,,Programm für Zukunftsinvestitionen'', das bis heute 16 Mrd. DM für den Ausbau der Infrastruktur vorsieht. Der alte Leber-Plan wird wiederbelebt und der Ausbau der Bundesfernstraßen und Autobahnen vorangetrieben.

**Aufträge von Bund, Ländern und Gemeinden**
in Mio. DM

| Jahr | insgesamt | Straßenbau | Brückenbau | Tiefbauten* |
|---|---|---|---|---|
| 1972 | 13469 | 5955 | 1622 | 5893 |
| 1973 | 13761 | 6049 | 1418 | 6294 |
| 1974 | 15503 | 7206 | 1661 | 6636 |
| 1975 | 15779 | 6719 | 1503 | 7556 |
| 1976 | 15421 | 6714 | 1582 | 7125 |
| 1977 | 17025 | 7753 | 1669 | 7604 |

* einschl. Hafenausbau

Die Staatsausgaben für Infrastrukturmaßnahmen steigen *stetig* von Jahr zu Jahr – 1979: 10 Mrd. DM (Ministerium Verkehr und Raumordnung und Bauwesen) – sie sind also nicht die Ursache für die gestiegene Nachfrage im Bausektor.

Auch von den *Kapitalisten als Bauherren* geht wenig ,,Bau-Boom'' aus. Die umbaute Fläche für ,,Nichtwohngebäude'' nimmt seit 1973 langsam, aber ständig ab (1975 steigt sie kurzfristig).

Anders ist es bei den *wohnungbesitzenden Kapitalisten*. Ihnen geht es um die Modernisierung der Gebäude und Wohnungen als Mittel, beachtliche Mieterhöhungen ohne große Veränderungen der Bausubstanz unterzubringen. Seit 1974 fördern die Bundesregierung und die Landesregierungen die Modernisierung von Wohnungen. Für Sanierungsmaßnahmen im Städtebau und Modernisierungen zahlen sie den wohnungsbesitzenden Kapitalisten von 1974 bis 1978 7,6 Mrd. DM, hinzu kommen 14,3 Mrd. DM Steuervergünstigungen (§ 10 EStG, § 7b und § 54 EStG, Grundsteuerermäßigung). 14% der Modernisierungskosten werden auf die Miete angerechnet, mit dem neuen Energiespargesetz vom 1.6.78 können nochmals 11% der Kosten auf die Volksmassen abgewälzt werden.

Die Bundesregierung berät derzeit einen Gesetzentwurf – im Dezember wird er den Verbänden vorgelegt – wonach die Mietbindungen im sozialen Wohnungsbau fallen sollen: Nach Rückzahlung der staatlichen Darlehen, frühestens nach 10 Jahren oder bei Kündigung der Wohnung – kann die Miete dem ,,freien Wohnungsmarkt angepaßt'' werden.

Im ,,Orientierungsrahmen'' versprechen die Sozialdemokraten den Volksmassen ,,eine freie Wahl... dies gilt auch für die Wohn- und Eigentumsformen''. Diese Wahl hat sich längst entpuppt als Wahl zwischen einem teuren Loch und der Kreditschlinge durch die Banken. Die Bundesregierung holt jetzt einen Gesetzentwurf von 1976 aus der Schublade, mit der ,,Mietkauf'' gefördert werden soll.

Die *Volksmassen als ,,Eigenheimerbauer''* stützen zwar den ,,Bau-Boom'', aber von ihnen geht er nicht aus. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres nimmt der Ein- und Zweifamilienhausbau zu, jedoch im Verhältnis zum Mehrfamilienhausbau bleibt die Zunahme gering. Wer Ein- und Zweifamilienhäuser baut, sind die Beamten, die auch mit Abstand die meisten Bausparverträge haben (Von 1000 Beamten schlossen 1977 145 neue Bausparverträge ab, bei den Arbeitern 75).

Es sind also die wohnungsbesitzenden Kapitalisten, die den ,,Bau-Boom'' auslösen. Und es sind die Wohnungsbaukonzerne, die im Hinblick auf die von Ehrenberg betriebene Mobilität der Arbeiter zunehmend kleine Wohnungen, 1-Zimmer-Wohnungen, bauen. Sie rechnen damit, daß die Familien weiter auseinandergerissen werden, die Entfernung zwischen Wohnort der Familie und Arbeitsplatz des Mannes oder der Frau so groß sein wird, daß der Mann sich am Arbeitsplatz eine eigene Wohnung mieten muß.

Die Bauarbeiter, die die Profite der Baukapitalisten mit Lebenszeit bezahlen sollen, können die Lage gut für den Zusammenschluß gegen die Baukapitalisten nutzen, deren Konkurrenz absolut ist und die bei ihren Terminbauten schnell unter Druck gesetzt werden.

# Höherer Krankenstand, weniger Leistung, lückenlose Kontrolle

Betriebskrankenkasse VW: Erfolge Ehrenbergscher Kostendämpfungspolitik

*z.pel.* Der Vorstand der VW-AG hat im Oktober per internem Aushang im Werk Wolfsburg eine Sachbearbeiterstelle ausgeschrieben. Aufgaben: ,,Laufende Überprüfung des Krankenstandes mit Hilfe der EDV. Analyse




Verlangen der Betriebskrankenkasse zur mündlichen Erörterung seines Antrages... persönlich erscheinen. Er soll sich ferner... ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen,... '' (Seite 4)

gewirkt werden'', so die kirchliche Bulle. Die christlichen Gewerkschaften haben in der letzten Woche eine ,,Umfrage'' veröffentlicht. ,,Arbeitnehmer gegen die 35-Stunden-Woche'', war die Überschrift des Artikels in der ,,Bild''-Zeitung. Wahr ist nur, daß die Arbeiter es ablehnen, noch mehr Muskel und Hirn zu verausgaben, weil sie wissen, daß die Kapitalisten versuchen werden, bei Verkürzung der Arbeitszeit noch mehr Leistung aus ihnen herauszuholen. Weshalb die Forderung nach Verbot von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit dringlich ist.

Kreuzesfahnen sollen uns warnen...

z.ulg.Rom. Nach dem Tod des Luciani-Papstes war sozusagen als dessen letzter Wille verbreitet worden, noch in diesem Jahr habe er nach dem Libanon fahren wollen. Da will der zweite Johannes Paul hinter dem ersten nicht zurückstehen. Gleich in der ersten Woche nach der Amtseinführung hat der neue Papst durchblicken lassen, auch er ,,schließe'' eine derartige Heimsuchung des Libanon ,,nicht aus''. Und wem hat er das anvertraut, auf daß er die frohe Botschaft sogleich der interessierten Öffentlichkeit mitteile? Ausgerechnet Giscard d'Estaing, der ebenso wie

auf die Straße gesetzt (380000), die Belegschaften sind inzwischen fast vollständig ausgewechselt und umgewälzt worden, das gesamte Lohnniveau ist gedrückt.

massen abgewälzt werden.

Bereits in ihrem ,,Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 – 1985'', unter Brandt in Arbeit gegeben, versprechen die Sozialdemokraten dem Finanzkapi-

Umwälzung der Belegschaften (Anzahl der Bauarbeiter, Anteil der Lohngruppen)

| Jahr | Facharbeiter LGI, II a-c | | Fachwerker, Werker, LGIV, V | | Auszubildende, Umschüler, Anlernlinge | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1973 | 895797 | 68,34% | 382996 | 29,22% | 31855 | 2,43% |
| 1974 | 809843 | 69,94% | 314059 | 27,12% | 34015 | 2,93% |
| 1975 | 731126 | 71,03% | 263123 | 25,56% | 34950 | 3,40% |
| 1976 | 726483 | 71,40% | 253319 | 24,89% | 37680 | 3,70% |
| 1977 | 664350 | 68,87% | 254815 | 26,41% | 45430 | 4,70% |
| 5/78 | 653569 | 67,61% | 263555 | 27,26% | 49584 | 5,13% |

Klar ist, daß die Baukapitalisten noch höhere Profite wittern, aber damit ist der ,,Bau-Boom'' nicht geklärt.

Die Bauwirtschaft unterteilt sich in Tief- und Hochbau, und beide Zweige entwickeln sich unterschiedlich. Im Hochbau, also Wohnungsneubau, Bau von Industrie- und Verwaltungsgebäuden, Modernisierungen und Erneuerungen, setzt die Stockung der Profitproduktion vor der Überproduktionskrise aller anderen Industriezweige ein.

tal: ,,Die Verkehrspolitik muß darauf gerichtet sein, ein hohes Maß an Mobilität für den einzelnen Bürger und einen reibungslosen Austauch von Gütern und Dienstleistungen zu möglichst geringen sozialen Kosten anzubieten.''

1973 erreicht die Staatsverschuldung eine Höhe von 61356 Mio. DM, 1974 steigt sie ,,unwesentlich'' auf 72138 Mio. DM. Der Fallensteller Brandt war nicht der geeignete Mann dafür – nach den Versprechungen mit Steuer-

* einschl. Hafenausbau

Die Staatsausgaben für Infrastrukturmaßnahmen steigen stetig von Jahr zu Jahr – 1979: 10 Mrd. DM (Ministerium Verkehr und Raumordnung und Bauwesen) – sie sind also nicht die Ursache für die gestiegene Nachfrage im Bausektor.

Auch von den Kapitalisten als Bauherren geht wenig ,,Bau-Boom'' aus. Die umbaute Fläche für ,,Nichtwohngebäude'' nimmt seit 1973 langsam, aber ständig ab (1975 steigt sie kurzfristig).

Anders ist es bei den wohnungbesitzenden Kapitalisten. Ihnen geht es um die Modernisierung der Gebäude und Wohnungen als Mittel, beachtliche Mieterhöhungen ohne große Veränderungen der Bausubstanz unterzubringen. Seit 1974 fördern die Bundesregierung und die Landesregierungen die Modernisierung von Wohnungen. Für Sanierungsmaßnahmen im Städtebau und Modernisierungen zahlen sie den wohnungsbesitzenden Kapitalisten von 1974 bis 1978 7,6 Mrd. DM, hinzu kommen 14,3 Mrd. DM Steuervergünstigungen (§ 10 EStG, § 7b und § 54

nis zum Mehrfamilienhausbau bleibt die Zunahme gering. Wer Ein- und Zweifamilienhäuser baut, sind die Beamten, die auch mit Abstand die meisten Bausparverträge haben (Von 1000 Beamten schlossen 1977 145 neue Bausparverträge ab, bei den Arbeitern 75).

Es sind also die wohnungsbesitzenden Kapitalisten, die den ,,Bau-Boom'' auslösen. Und es sind die Wohnungsbaukonzerne, die im Hinblick auf die von Ehrenberg betriebene Mobilität der Arbeiter zunehmend kleine Wohnungen, 1-Zimmer-Wohnungen, bauen. Sie rechnen damit, daß die Familien weiter auseinandergerissen werden, die Entfernung zwischen Wohnort der Familie und Arbeitsplatz des Mannes oder der Frau so groß sein wird, daß der Mann sich am Arbeitsplatz eine eigene Wohnung mieten muß.

Die Bauarbeiter, die die Profite der Baukapitalisten mit Lebenszeit bezahlen sollen, können die Lage gut für den Zusammenschluß gegen die Baukapitalisten nutzen, deren Konkurrenz absolut ist und die bei ihren Terminbauten schnell unter Druck gesetzt werden.

Höherer Krankenstand, weniger Leistung, lückenlose Kontrolle

Betriebskrankenkasse VW: Erfolge Ehrenbergscher Kostendämpfungspolitik

z.pel. Der Vorstand der VW-AG hat im Oktober per internem Aushang im Werk Wolfsburg eine Sachbearbeiterstelle ausgeschrieben. Aufgaben: ,,Laufende Überprüfung des Krankenstandes mit Hilfe der EDV. Analyse

Verlangen der Betriebskrankenkasse zur mündlichen Erörterung seines Antrages... persönlich erscheinen. Er soll sich ferner... ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen,... '' (Seite 4)

der Papst am Libanon ,,besonders interessiert ist'' (Corriere della Serra, 27.10.). Der französische Präsident ist bekanntlich lebhaft daran interessiert, seinen Paras unter der UNO-Flagge baldmöglichst Verstärkung in die ehemalige Kolonie hinterherzuschicken. Die libanesische Regierung hat erst kürzlich seinen Interventions,,angeboten'' erneut eine Abfuhr erteilt, und vorletzte Woche hat die Arabische Liga die Verlängerung des Mandats der arabischen Friedenstruppen im Libanon bestätigt und damit die Söldner,,milizen'' der Imperialisten mit dem Kreuz auf der Brust weiter isoliert. Mit deren Patron, dem Maronitenpatriarchen von Antiochia, hat der Papst gleich nach der Audienz für Giscard die Möglichkeiten zur ,,Vermittlung'' sondiert.

Pünktlich erinnert das Jesuitenorgan ,,Civitá Cattolica'' daran, daß die Zugehörigkeit dieses Patriarchats zur römischen Kirche eine Errungenschaft – der Kreuzzüge ist. Und Giscard hat sich bei seinem Rombesuch die Würde des Kanonikus der päpstlichen Lateranbasilika verleihen lassen, die den französischen Staatsoberhäuptern ,,seit unerdenklichen Zeiten'', vermutlich ebenfalls seit den Kreuzzügen, zusteht. Daß es den französischen Imperialisten im Libanon schlechter noch als in den Kreuzzügen ergehen wird, daran wird auch ein Papst in den Bunkern von Beirut nichts ändern können.

des Krankenstandes und Ursachenforschung. Fürsorgliche Betreuung durch Einzelgespräche mit Werksangehörigen über die Ursachen ihrer häufigen Abwesenheit;''Verdienst: Gehaltsgruppe 9 bis 12, d.h. 3000 bis 4000 DM.

Das Gehalt zeigt: Der Vorstand mißt dieser Tätigkeit offensichtlich einige Bedeutung zu; einige Daten mögen das belegen. 121148 Mitglieder zählt die Kasse am 1.1.1978. Der ausgewiesene Gewinn beläuft sich auf 4,02 Mio. DM. Das ist nach 1976 das zweite Jahr, das überhaupt mit einem Gewinn abgeschlossen wurde. Der Geschäftsbericht für 1977 vermerkt: ,,... die Kostenbremse hat im Berichtsjahr offensichtlich gegriffen.'' Die Bourgeoisie kann ihren Jubel nur mühsam unterdrükken. Obwohl der Krankenstand bei VW 1977 auf 6,69% der Gesamtbelegschaft angestiegen ist, konstatiert der Geschäftsbericht, daß die Ausgaben für Behandlung und Pflege in den meisten Bereichen weit unter den Haushaltsansätzen geblieben sind, und es wird frech behauptet: ,,Es scheint nunmehr nach Befriedigung eines gewissen Nachholbedarfs eine Sättigung in der Versorgung eingetreten zu sein.''

Die ,,Sättigung der Versorgung'' stellt sich für den VW-Arbeiter dar als rigorose Kürzung der Krankenkassenleistungen und zunehmend *direkte* Plünderung (neben den Beiträgen) des Lohns über Arzneimittelgebühr, Eigenbeteiligung bei Zahnersatz u.a. (siehe Schaubild)

All dies sind Auswirkungen Ehrenbergscher Kostendämpfungspolitik.

Ergebnisse Ehrenbergscher Kostendämpfung: bei allen betrachteten Leistungen flachen die Kurven im Jahre 1977 ab oder fallen sogar. Dabei verschleiern die zugrunde gelegten absoluten Zahlen noch die Entwicklung. Wird nämlich die Leistung pro Krankheitsfall berechnet, (was nur bei Arzneien möglich war) so wird erst richtig deutlich, in welchem Maße die Reproduktion der Arbeitskraft verhindert wird. Hinter der starken Abnahme des Krankengeldes steht der Druck der Massenentlassungen 1974/75, der Anstieg bei Zahnersatz 1974 ist Resultat langjähriger hartnäckiger Kämpfe. Alle Zahlen sind inflationsbereinigt um jährlich 4%.

Einige Male ist diese Politik als Schreibtischmord bezeichnet worden. Der VW-Vorstand ist es jedenfalls zufrieden. Naiv fragt er, ,,ob schon die vorbereitende und begleitende Diskussion oder erst die gesetzlichen Bestimmungen eine bewußtere Verantwortung gegenüber der Solidargemeinschaft bewirkt haben''(Geschäftsbericht), um dann nachzusetzen. 4000 DM für jemanden, der den ganzen Tag damit beschäftigt ist, den Krankenstand zu drücken, und eine neue Krankenordnung sind erste Schlüsse, die die Kapitalisten aufgrund der vorliegenden Statistiken gezogen haben.

Die Krankenordnung, im September erlassen, enthält gegenüber der alten einen neuen §1 ,,Verhalten der Versicherten und der mitversicherten Angehörigen''. Dort heißt es: ,,Wer Leistungen beantragt... , ist verpflichtet, der Betriebskrankenkasse alle... Beweismittel, die sie zur Entscheidung... kennen muß, vorzulegen, sowie der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.'' Weiter: ,,Der Anspruchsberechtigte soll auf

Mit ausgedehnter Spitzelei und massivem Druck soll den Arbeitern klar gemacht werden, daß sie gesund sind und die Krankheit womöglich eingebildet bzw. selbst verschuldet ist. Im Geschäftsbericht 1977 lassen die VW-Kapitalisten dann auch mit Genugtuung mitteilen, daß von 12000 kranken Arbeitern, die zum Vertrauensarzt vorgeladen waren und nicht erschienen, 10700 am nächsten Tag arbeitsfähig zur Arbeit kamen.

Von 128734 im Jahr 1975 auf 176233 1977 ist der Krankenstand bei VW gestiegen. 71% der Erkrankungen sind Erkrankungen von Kreislauf, Atmungsorganen, Verdauungsorganen, Muskel- und Bindegewebserkrankungen. Es sind zu allermeist Folgen der Akkordarbeit in Schmutz und Zugluft. Ein Arbeiter, der drei Jahre lang Antriebswellen gefräst hat, wovon er vier gleichzeitig mit den Händen ein- und festspannen mußte (550 mal pro Schicht bei großer Kraftanstrengung), mußte sich einen Bruch operieren lassen. Die Kapitalisten sprechen in solchen Fällen von ,,angeborener Schwäche des Bindegewebes'' und lassen durch ihre Vertrauensärzte gesund schreiben und empfehlen mehr ,,Bewegung''.

Soll der Intensivierung der Ausbeutung begegnet werden und die Kassen aus einem Druckmittel und Kapitalgeber der Kapitalistenklasse in Instrumente der Lohnabhängigen verwandelt werden, ist die Durchsetzung der Selbstverwaltung der Versicherten wie die Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten nützlich.

# ÖTV fordert für Seeleute 240 DM

## Diese Heuererhöhung ist bitter nötig

*z.gel.* Am 30.11.78 läuft der Heuertarifvertrag für die Seeschiffahrt aus. Die Forderung der ÖTV lautet: 240 DM mehr Grundheuer für alle Seeleute, davon abweichend 120 DM mehr für alle Auszubildende und Ungelernte unter 6 Monaten Fahrzeit und Auszahlung der Seemannsrente ab dem 55. Lebensjahr! Diese Forderungen scheinen auf den ersten Blick hoch, gegenüber anderen Tarifbereichen zu sein. In den Reaktionen der Reeder bezeichnen diese sie als „abenteuerlich" und „wirklichkeitsfremd", reden sie vom derzeitigen Überlebenskampf des westdeutschen Reederkapitals, wo überhaupt keine Heuererhöhungen drin sein können. Weitere Rationalisierungen an Bord, so drohen sie, wären die Folge.

Wir haben ausgerechnet, welche Auswirkung die Forderung nach 240 DM hat. In dem Schaubild haben wir die Entwicklung der Löhne der Seeleute und der Hafenarbeiter im Verhältnis zu den Apfelpreisen und den Preisen für Brathähnchen aufgetragen, und zwar seit 1971. Es ist die dem KVZ-Leser bekannte Darstellung der Lohnkontenrechnung. Im unteren Teil des Schaubilds haben wir aufgetragen, wieviel Prozent vom Stundenlohn die Seeleute bzw. Hafenarbeiter für 1 kg Tafeläpfel ausgeben mußten in der Entwicklung über die verschiedenen Jahre.

Um überhaupt diese Lohnvergleiche zu machen, mußten wir uns nach den Angaben aus den Geschäftsberichten der ÖTV richten. Die Hafenarbeiter-Stundenlöhne konnten wir übernehmen (Lohngruppe III), die Monatsgrundheuer (Matrose ab dem 5. Jahr) haben wir in Stundenlöhne umgerechnet. Dabei ist zu beachten, daß die Grundheuer der Mannschaftsdienstgrade und der unteren Offiziere an Bord weit unter dem durchschnittlichen Lohn für vergleichbare Arbeit an Land liegt. Ein Seemann kann von der Grundheuer nicht existieren, und schon gar nicht mit Familie. Er ist zu Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit und Nachtarbeit gezwungen. Durch das Seemannsgesetz ist der rechtliche Rahmen für die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft gegeben, und die Kapitäne können ziemlich willkürliche Arbeitszeitordnungen erlassen. Besatzungen, die sich dagegen zur Wehr setzen, sind durch Kürzung von Überstunden zu spalten und zu unterdrücken, weil die Seeleute ohne Überstunden zu wenig verdienen.

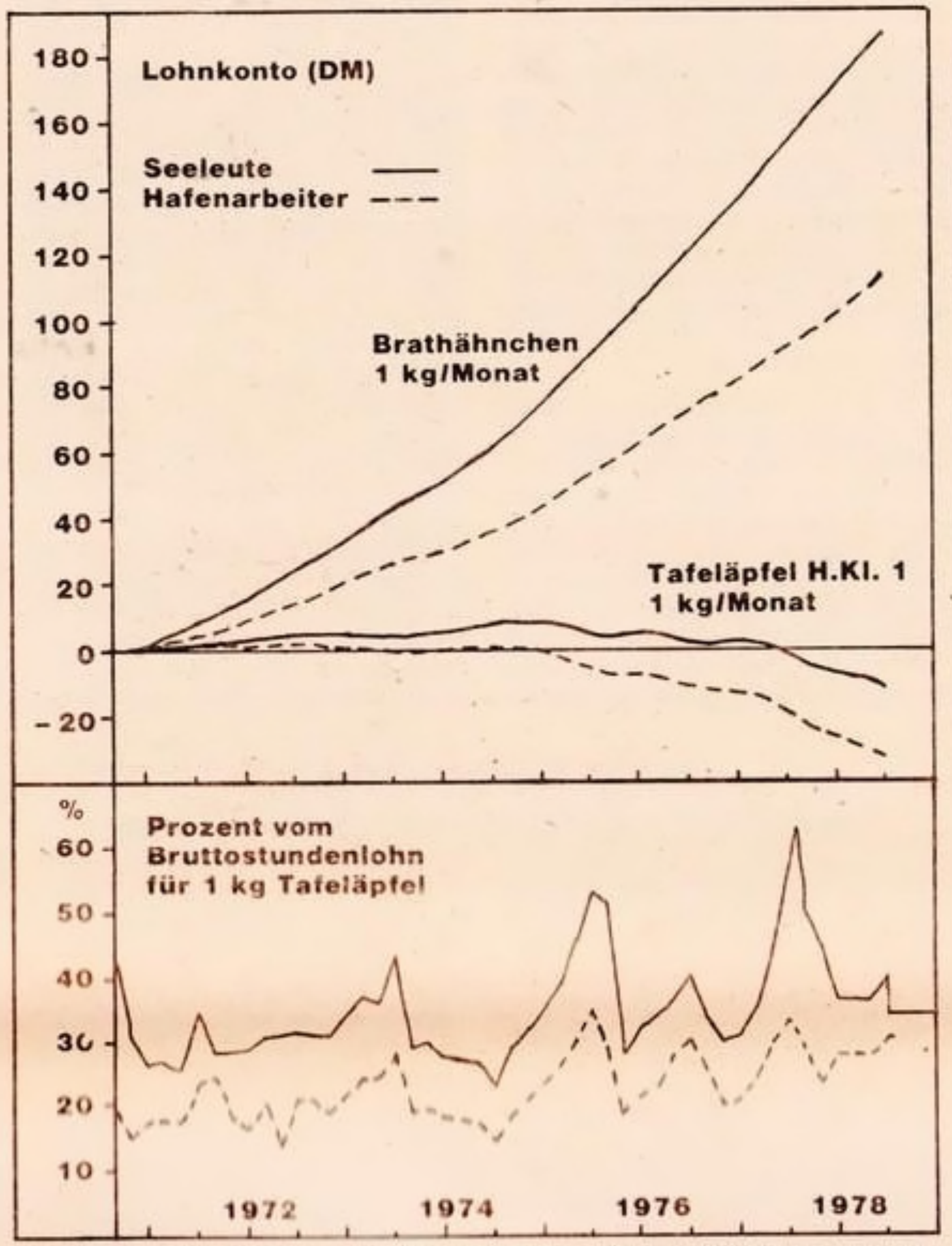
Gegen den Zwang, sich freiwillig in die Überstundenschinderei und die Nachtarbeit zu werfen, schafft die Durchsetzung der 240 DM-Forderung gute Bedingungen. Erhält doch ein Matrose mit 1395 DM Grundheuer von 240 DM brutto noch etwa 170 DM ausbezahlt. Dies ist gerade für die unteren Lohngruppen von großer Bedeutung, und mit dieser Forderung können aber noch die unteren Offiziere für den Lohnkampf gewonnen werden.

Unsere Vergleiche der Löhne der Seeleute mit denen der Hafenarbeiter haben ergeben, daß die Seeleute im Jahre 1970 nur knapp ⅔ des Lohns der Hafenarbeiter erhalten, sich die Seeleute aber gegenüber den Hafenarbeitern ständig verbessern. Man kann dies an dem schneller steigenden Konto Brathähnchen sehen und auch daran, daß das Konto der Seeleute für Äpfel erst Jahre später in den negativen Bereich fällt. Wenngleich die Seeleute also fix aufholen, so erreichen doch die Seeleute, selbst wenn sie die 240 DM durchsetzen, nicht das Niveau der Hafenarbeiter. Dies kann man im unteren Teil des Schaubildes sehen, wo die Prozentanteile des Stundenlohns verglichen werden, was die Seeleute/Hafenarbeiter für 1 kg Äpfel ausgeben müssen. Mit Durchsetzen der 240 DM und vorausgesetzt gleichbleibende Apfelpreise bezahlen die Seeleute im Dezember 1978 immer noch 34% des Stundenlohns für 1kg Äpfel, während die Hafenarbeiter noch vor der kommenden Lohnerhöhung „nur" 30% dafür zahlen.

Die Seeleute haben im letzten Jahr dafür bezahlen müssen, daß sich ihre Gewerkschaftsführung von den Kapitalisten hat in die Alternative zwängen lassen, entweder die Lohnforderungen durchzusetzen oder die Forderungen zum Manteltarif. In Wirklichkeit nutzt die Einführung der 40-Stundenwoche ja nichts, wenn der Lohn so niedrig bleibt, daß nach wie vor so lange gearbeitet werden muß wie bisher. Die Tatsache, daß die Heuer nicht erhöht wurde, nutzten die Reeder aus, um die Mannschaften zu spalten. So wurden Auszubildende eingesetzt für Ladearbeiten (da gibt es einen hohen Zuschlag, wenn sie als Überstunden gearbeitet werden), während Matrosen zum Malen eingesetzt wurden. Die Streichung der Backzulage hat natürlich bei den Köchen die Lust, Brötchen und Kuchen zu backen, erheblich reduziert. Es gibt also eltener morgens ein frisches Brötchen an Bord und noch seltener Kuchen, alles eine Folge der Zulagenstreichung durch den Manteltarifvertrag. Natürlich haben die Reeder nicht freiwillig die 40-Stundenwoche zugestanden. Natürlich war eine Heuererhöhung ohne Streik nicht drin.

Aber die Seeleute waren streikbereit und hatten auch 1972 bewiesen, wie gut die Reeder zu treffen sind, wenn die Schiffe nicht fahren.

Das Argument der Reeder, daß die Forderungen des Manteltarifvertrages wie eine starke Heuererhöhung wirken, stimmte also nicht, zumal im Manteltarif auch noch der Überstundenzuschlag um 5% gekürzt wurde und jetzt mehr Stunden als Überstunden gerechnet werden, aber diese Überstunden weniger DM je Stunde an Lohn einbringen. Wie eine starke Heuererhöhung wirken, stimmte also nicht. Dies wurde auch den Vertretern der ÖTV vorgerechnet, wenn sie an Bord kamen, um „vor Ort" die Auswirkungen des neuen Manteltarifvertrages zu untersuchen. Die Seeleute haben den Gewerkschaftsvertretern unüberhörbar zu verstehen gegeben, daß die Verlängerung des letzten Lohntarifs überhaupt nicht im Interesse der Masse der Seeleute war. (Lediglich die Kapitäne und die leitenden Offiziere hatten eine 10,7%-Erhöhung erhalten durch Erhöhung eines Pauschalbetrags ausschließlich für Gehaltsempfänger). Deshalb war der ÖTV-Hauptvorstand gezwungen, die 240 DM-Festgeldforderung aufzustellen, und es sind jetzt gute Bedingungen vorhanden, diese Forderungen durchzusetzen, zudem die Hafenarbeiter auch gegenwärtig den Lohnkampf vorbereiten und sich Seeleute und Hafenarbeiter gegenseitig besonders gut unterstützen können.




Die Angaben für die Preise für Äpfel bzw. Brathähnchen entstammen der vom Statistischen Landesamt geführten Übersicht. Die Konten geben nicht das wirkliche Defizit bei Äpfeln an, da natürlich eine Familie nicht nur ein Kilo Äpfel im Monat konsumiert, sondern mehr.

### Erbitterte Konkurrenz auf den Weltmeeren

*z.anb.* Mit allen möglichen Rechentricks versuchen die imperialistischen Konkurrenten, die gewaltige Verschärfung des Handelskrieges auf den Weltmärkten zu verschleiern. Es werden unterschiedliche Gewichtseinheiten verwendet, wie z.B. das Pennygewicht, das ungefähr das Eineinhalbfache des bei uns üblichen Grammgewichtes beträgt, teilweise wird das Leergewicht der Schiffe angegeben, um ihre Größe zu kennzeichnen, teilweise jedoch die Anzahl der Tragfähigkeitstonnen, die den zur Verfügung stehenden Frachtraum angeben.

#### Entwicklung der Welthandelsflotte

Von 1955 bis 1977 betrug der Anstieg über 400%. Gegenwärtig umfaßt sie 394 Mio Bruttoregistertonnen (BRT). 1977 erhöhte sich die Zahl der Tragfähigkeitstonnen um 6,7%, das war die niedrigste Steigerung seit über zehn Jahren, das Frachtaufkommen stieg hingegen nur um 5%. Die inaktive, d.h. ungenutzte Tonnage wuchs auf 57 Mio BRT an.

Auf die Überproduktionskrise in der Werftindustrie reagieren die Schiffahrtskapitalisten mit der Umwälzung der Produktion und der enormen Verschärfung der Ausbeutung der Werftarbeiter. „Abwrackprämien", wie sie die EG zahlt, sollen die Konzentration des Kapitals und die Entwicklung profitträchtigerer Schiffsneubauten vorantreiben. Das „Tankersterben", nach dem „Tankerboom" Anfang der 70er Jahre, hat dieses Jahr erstmals seit 1945 die Tankerneubauten übertroffen. Containerschiffe und „meerestechnische Anlagen", d.h. Produktionsanlagen auf Hoher See, versprechen das Geschäft. Die Bundesregierung will 1979 250 Mio DM für die Profitschlacht der Werftkapitalisten aus dem Lohn der Massen bereitstellen.

#### Anteile an der Welthandelsflotte

Der Anteil der Industriestaaten ist von 80 auf 55% zurückgegangen. Die westdeutschen Kapitalisten halten mit 8,9 Mio BRT nur noch wenig mehr als 1975. Der Anteil der dritten Welt an der Handelsflotte ist dagegen auf 8% angewachsen. 89 Länder der dritten Welt haben heute eigene Handelsflotten, die größte darunter ist die indische mit nahezu 5 Mio BRT.

In gemeinsamen Anstrengungen haben die arabischen Staaten 1973 eine Schiffahrtsgesellschaft (United Arab Shipping Company) gegründet. Heute beläuft sich ihr Anteil an der Welthandelsflotte auf ca. 2%. Ihr Ziel ist, innerhalb der kommenden fünf Jahre 30% des gesamten Frachthandels in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu bestreiten. Insgesamt stehen den arabischen Staaten 4,55 Mio BRT Frachtraum zur Verfügung. Aus der sich verschärfenden Konkurrenz der imperialistischen Schiffahrtsmonopole haben die Staaten der Dritten Welt ihren Nutzen zu ziehen gewußt: Die Arab Shipping Company kauft gerade jetzt Schiffe, vor allem Tanker und Trockengutfrachter, die die Imperialisten abstoßen und die deshalb preisgünstig sind. Bei vorübergehenden Nachfragesteigerungen verkaufen sie bestimmte Schiffe zu recht ansehnlichen Preisen.

Höhere Werftsubventionen - Die Chance zur Erpressung anderer Länder soll genutzt werden

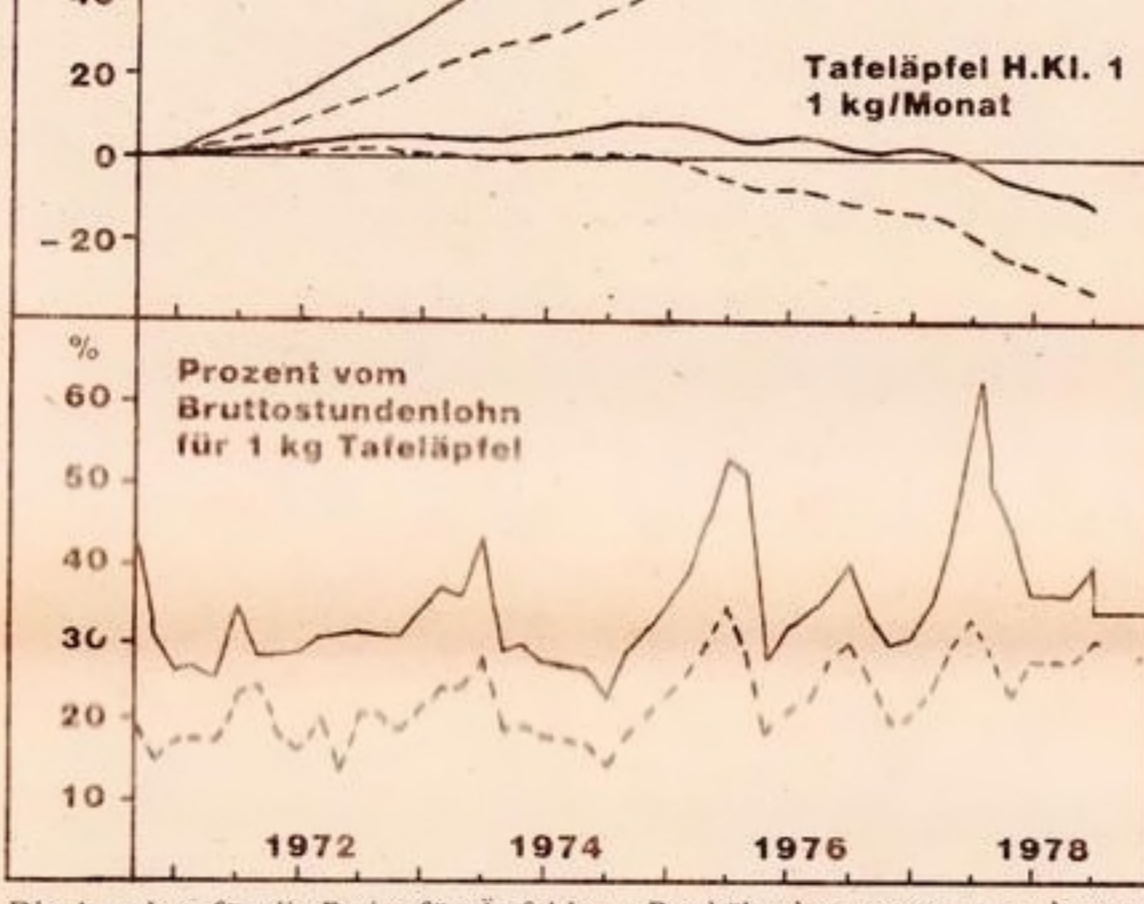
r.ped. „Wir gehen davon aus, daß es nicht Ziel sein kann, jeden Arbeits-
ler Konsequenz. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß Polen, Ko-
die Konkurrenz bei normalen Schiffstypen. Aber die BRD-Werften haben
Vernichtung der westeuropäischen Konkurrenz zu kassieren – das ist

Um überhaupt diese Lohnvergleiche zu machen, mußten wir uns nach den Angaben aus den Geschäftsberichten der ÖTV richten. Die Hafenarbeiter-Stundenlöhne konnten wir übernehmen (Lohngruppe III), die Monatsgrundheuer (Matrose ab dem 5. Jahr) haben wir in Stundenlöhne umgerechnet. Dabei ist zu beachten, daß die Grundheuer der Mannschaftsdienstgrade und der unteren Offiziere an Bord weit unter dem durchschnittlichen Lohn für vergleichbare Arbeit an Land liegt. Ein Seemann kann von der Grundheuer nicht existieren, und schon gar nicht mit Familie. Er ist zu Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit und Nachtarbeit gezwungen. Durch das Seemannsgesetz ist der rechtliche Rahmen für die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft gegeben, und die Kapitäne können ziemlich willkürliche Arbeitszeitordnungen erlassen. Besatzungen, die sich dagegen zur Wehr setzen, sind durch Kürzung von Überstunden zu spalten und zu unterdrücken, weil die Seeleute ohne Überstunden zu wenig verdienen.

Gegen den Zwang, sich freiwillig in die Überstundenschinderei und die Nachtarbeit zu werfen, schafft die

dafür zahlen.

Die Seeleute haben im letzten Jahr dafür bezahlen müssen, daß sich ihre Gewerkschaftsführung von den Kapitalisten hat in die Alternative zwängen lassen, entweder die Lohnforderungen durchzusetzen oder die Forderungen zum Manteltarif. In Wirklichkeit nutzt die Einführung der 40-Stundenwoche ja nichts, wenn der Lohn so niedrig bleibt, daß nach wie vor so lange gearbeitet werden muß wie bisher. Die Tatsache, daß die Heuer nicht erhöht wurde, nutzten die Reeder aus, um die Mannschaften zu spalten. So wurden Auszubildende eingesetzt für Ladearbeiten (da gibt es einen hohen Zuschlag, wenn sie als Überstunden gearbeitet werden), während Matrosen zum Malen eingesetzt wurden. Die Streichung der Backzulage hat natürlich bei den Köchen die Lust, Brötchen und Kuchen zu backen, erheblich reduziert. Es gibt also eltener morgens ein frisches Brötchen an Bord und noch seltener Kuchen, alles eine Folge der Zulagenstreichung durch den Manteltarifvertrag. Natürlich haben die Reeder nicht freiwillig die 40-Stundenwoche zugestanden. Natürlich war eine Heuererhöhung ohne Streik nicht drin.




Die Angaben für die Preise für Äpfel bzw. Brathähnchen entstammen der vom Statistischen Landesamt geführten Übersicht. Die Konten geben nicht das wirkliche Defizit bei Äpfeln an, da natürlich eine Familie nicht nur ein Kilo Äpfel im Monat konsumiert, sondern mehr.

„Tankersterben", nach dem „Tankerboom" Anfang der 70er Jahre, hat dieses Jahr erstmals seit 1945 die Tankerneubauten übertroffen. Containerschiffe und „meerestechnische Anlagen", d.h. Produktionsanlagen auf Hoher See, versprechen das Geschäft. Die Bundesregierung will 1979 250 Mio DM für die Profitschlacht der Werftkapitalisten aus dem Lohn der Massen bereitstellen.

Anteile an der Welthandelsflotte

Der Anteil der Industriestaaten ist von 80 auf 55% zurückgegangen. Die westdeutschen Kapitalisten halten mit 8,9 Mio BRT nur noch wenig mehr als 1975. Der Anteil der dritten Welt an der Handelsflotte ist dagegen auf 8% angewachsen. 89 Länder der dritten Welt haben heute eigene Handelsflotten, die größte darunter ist die indische mit nahezu 5 Mio BRT.

In gemeinsamen Anstrengungen haben die arabischen Staaten 1973 eine Schiffahrtsgesellschaft (United Arab Shipping Company) gegründet. Heute beläuft sich ihr Anteil an der Welthandelsflotte auf ca. 2%. Ihr Ziel ist, innerhalb der kommenden fünf Jahre 30% des gesamten Frachthandels in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu bestreiten. Insgesamt stehen den arabischen Staaten 4,55 Mio BRT Frachtraum zur Verfügung. Aus der sich verschärfenden Konkurrenz der imperialistischen Schiffahrtsmonopole haben die Staaten der Dritten Welt ihren Nutzen zu ziehen gewußt: Die Arab

#### Der Kampf um die Frachtraten

Auf 28% der Welthandelsflotte belaufen sich gegenwärtig die „Billigflaggen". 31% davon gehören den US-Imperialisten, 9,2% den japanischen Imperialisten, 20,7% Griechenland. Unter den Flaggen von Panama, Zypern, Liberia, Honduras, Libanon, Singapur und Somalia suchen die Imperialisten den Extraprofit. Im Kampf um Frachtratenanteile haben die Sozialimperialisten eine besondere Strategie ausgekocht. Um 17,6% haben sie ihre Handelsflotte von 1973 bis 1976 gesteigert auf ca. 10 Mio BRT. Sie kontrollieren damit an die 10% des Welthandels, obwohl ihr Frachtaufkommen 2% ausmacht. Durch Dumping bis zu 30% bei den Frachtraten haben sie sich z.B. auf der Europa-Ostafrika-Linie bis zu 16% des Frachtaufkommens unter den Nagel gerissen, auf der Nordatlantik-Route kontrollieren sie 13,1%, auf der Fernost-Linie 5,6%.

Die Länder der dritten Welt fordern in bezug auf die Frachtraten bei Abkommen zwischen zwei Ländern und Einbeziehung von Dritten eine Aufteilung nach dem Schlüssel 40:40:20%. Über die UNCTAD, die Welthandelskonferenz, führen sie den Kampf gegen die Ausplünderungspraktiken der imperialistischen Schiffahrtsmonopole.

# Höhere Werftsubventionen - Die Chance zur Erpressung anderer Länder soll genutzt werden

*r.ped.* „Wir gehen davon aus, daß es nicht Ziel sein kann, jeden Arbeitsplatz um jeden Preis zu sichern. Aber es kommt darauf an, eine technologisch leistungsfähige Werftindustrie am Leben zu erhalten, die uns morgen und übermorgen vor der Erpressung anderer schützt." Das stammt von SPD-Vorstandsvize Koschnick, verkündet auf dem „Nautischen Essen" im Parkhotel zu Bremen. Der „Weser-Kurier" steuert sein Teil als „Tatsachenmaterial" zur allgemeinen Beschwörung der Vaterlandsverteidigung im Angesicht der Entlassungen und Kurzarbeit auf den Werften zu: Auf den 11. Platz hinter Südkorea – man denke – seien die westdeutschen Werften beim Weltauftragsbestand im ersten Halbjahr 1978 zurückgefallen.

Was ist daran? Wer erpreßt wen?

Der Marktpreis eines 300000 tdw-Tankers ist geringer als der eines schnell laufenden Zweischrauben-Kühlcontainers mit 42000 tdw. Erstere, einfache Bulker und Frachter werden in Japan, Polen, Spanien, Brasilien, Südkorea, Taiwan hergestellt, letztere haben in der beschriebenen Qualität fast ausschließlich westeuropäische und hier vordem BRD-Werften produziert. Kein Wunder, daß auf der Ebene des reinen BRT-Vergleichs die Rangliste zugunsten ersterer Länder, beim wertmäßigen Vergleich zugunsten letzterer gelingt. Nur, den Kapitalisten geht es um den *Wert*, um das Bare.

„Dumpingpreise... politische Kampfpreise, wenn hier also die sogenannte ‚Freie Marktwirtschaft' versagt... Wir als einer der stärksten Wirtschaftsnationen sollten dann ebenfalls vor Dumping nicht zurückschrecken. Wenn schon politische Kampfpreise, dann auch bei uns mit aller Konsequenz. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß Polen, Korea, Taiwan und Japan einen längeren finanziellen Atem haben sollten als wir." So Bremens Bürgermeister Franke auf der AG-Weser-Kundgebung. Die Forderung der Sozialdemokraten: 10% Reederhilfe und 15% Werftenförderung je Auftrag soll bei Inlandsaufträgen sich zu einer Gesamtförderung von 25% addieren gegenüber bisher 17,5%. Das gäbe folgende Lage im internationalen Preisvergleich (Zahlen nach Hansa 7/78, „Unzureichende Schiffbauzuschüsse"):

| | Werft A (BRD) | Werft B (BRD) | C-Japan | D-Südkorea |
|---|---|---|---|---|
| A. Basispreis (Mio. DM) | 51,20 | 50,500 | 37,5 | 32,0 |
| bisheriger Zuschuß (17,5%) | 8,96 | 8,835 | | |
| bisheriger Nettopreis | 42,24 | 41,665 | | |
| geplanter Zuschuß (25%) | 12,80 | 12,625 | | |
| geplanter Nettopreis | 38,40 | 37,875 | | |
| B. Basispreis (Mio. DM) | 34,000 | 32,0 | 25,0 | 22,0 |
| bisheriger Zuschuß (17,5%) | 5,950 | 5,6 | | |
| bisheriger Nettopreis | 28,050 | 26,4 | | |
| geplanter Zuschuß (25%) | 8,500 | 8,0 | | |
| geplanter Nettopreis | 25,500 | 24,0 | | |

A-Schiffstyp: Container 20000 tdw; 1100 TEU; 17500 PS; 18,5 kn
B-Schiffstyp Mehrzweckfrachter 16000 tdw; 22000 cbm; 10000 PS; 16 kn

Man sieht, die Abwanderung westdeutscher Reeder auf ausländische Werften wird für die *normalen* Schiffstypen konterkariert. Das ist der eine Schachzug. Im Export, der jetzt mit 15% statt 10% gefördert wird, bleibt die Konkurrenz bei *normalen* Schiffstypen. Aber die BRD-Werften haben aufgrund hoher Produktivität der Werftanlagen und Geschicks der Werftarbeiter bei *hochwertigen* Schiffstypen bereits einen Vorsprung, nicht gegenüber den „jungen Schiffbaunationen" – die bauen diese Schiffe gar nicht – sondern gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz. Diese baut vereinzelt solche Typen gleichfalls, aber nur bei Subventionen in der Höhe von 75% der Deckung der Verluste aufgrund „nicht kostendeckender Preise" in den Niederlanden, 50% Subventionen in Italien und Frankreich, 27% in Großbritannien, 30% in Schweden.

Die Massenschiffproduktion in den Billiglohnländern neutralisieren, den hochwertigen Spezialschiffbau durch Vernichtung der westeuropäischen Konkurrenz zu kassieren – das ist kurz gesagt der Plan, den die westdeutschen Propagandisten der Vaterlandsverteidigung der Werften im Auge haben und zielstrebig beschreiten.

Daß dieser Prozeß mit Entlassungen (in Bremen von 21000 Werftarbeitern 1975 auf 16500 heute) und mit Kurzarbeit einhergeht, ist dazu kein Widerspruch. Über die Rationalisierungen, den Einsatz von Maschinerie mit höherer Produktivität sagt das gewandelte Bild der Werften in den letzten fünf Jahren alles aus. Gleichzeitig sind in den ersten fünf Monaten auf dem Bremer Vulkan die abgegebenen Akkorde im Schiffbau durchschnittlich um 1% angestiegen. Das heißt, um 1% ist der Lohn gestiegen, weil die Arbeitsleistung je Stunde erhöht wurde.

1981/82/83 seien die „entscheidenden Jahre" nach der „Durststrecke", wo man „voll an Deck" sein will, „um die Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Chancen zu schaffen", führte Bremens Senator Willms im Bundesrat bei Vorlage der Entschließung für zusätzliche Hilfsmaßnahmen aus.

Welche Chance? Die „Erpressung" der anderen, wie Koschnick eingangs sagte. Denn, so eben dieser Koschnick, „wahr ist, daß Kaufleute oft der Politik den Weg geebnet haben." Hegemonie in Europa. Am 3.11. vermeldete der „Weser-Kurier", daß das Bundesverteidigungsministerium zu den zwölf bereits beschlossenen Fregatten F 122 zwei weitere beschlossen hat, bauen zu lassen. „Der Politik den Weg geebnet." Wo ist der Grund, daß die Werftarbeiter diesem vaterländischen Kurs ihr Hurra beisteuern sollten? Das Gegenteil ist richtig und auch der Fall.

### Einnahmequelle Bußgelder

*z.alb.* Daß im ersten Halbjahr 1977 allein 38572 Bußgeldanzeigen wegen Arbeitsüberlastung der Bußgeldstelle nicht bearbeitet wurden, hat der Rechnungshof bei Überprüfung der Finanzen Westberlins entdeckt. „Der mit erheblicher Arbeitszeit verbundene Einsatz der Polizisten und der Politessen bei der Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten ist in diesen Fällen nutzlos vertan“, stellt er in einem Gutachten fest. Automatische Datenverarbeitung soll jetzt diese Quelle der staatlichen Ausplünderung wieder frei sprudeln lassen. 2,2 Mio. DM Mehreinnahmen aus „Geldstrafen und Geldbußen“ sind im Haushalt 1978 bereits fest eingeplant, 13% mehr als 1977. Schon im Jahr davor hatte sich die wachsende Zahl der Politessen bezahlt gemacht:

75% mehr Verwarnungsgelder haben sie ausgestellt als 1974. „Verkehrsdelikte“ sind auch eine Instanz höher ein einträgliches Geschäft: Von den 1974 abgeschlossenen Strafverfahren waren die Hälfte solche wegen „Vergehen im Straßenverkehr“. Allein 43% fielen unter die Gummiformel „Gefährdung des Straßenverkehrs“, 30% wurden wegen „fahrlässiger Körperverletzung“ nach einem Unfall bestraft. Zahlen mußten über 90%. Rund eine Viertel Mrd. DM sind dabei zusätzlich zusammengeraubt worden.

### Neue Fragebogen in der Führerscheinprüfung

*z.wim.* Neuerdings sind bei der Bundesregierung Änderungen des theoretischen Teils der Führerscheinprüfung im Gespräch. Die „Bild“-Zeitung hat im Oktober bereits zweimal festgestellt, daß zuviel „dumme und überflüssige Fragen“ gestellt werden. Jeder Dritte fällt in der Prüfung durch. Am Bürokratendeutsch und -geist soll es also liegen, daß jährlich Hunderttausende um einige -zig Millionen DM allein an den bürgerlichen Staat geprellt werden. Die Bundesregierung soll nun bereitwillig zugesagt haben, Mitte des nächsten Jahres einen neuen Fragenkatalog mit Schwerpunkt in der praktischen Seite der Fragen zu präsentieren.

Man darf auf einen breit angelegten Betrug gefaßt sein, der ehrenbergsche Ausmaße erreicht. An jedem Führerschein kassiert der bürgerliche Staat ab: Anmeldegebühr: 34,– DM; Prüfungsgebühr: 55,50 DM; 1.-Hilfe-Kurs: 15,– DM; Sehtest: 4,50 DM. Zusammen sind das: 109.– DM.

1977 haben 1266609 Personen den Führerschein Klasse 3 gemacht. Hinzugerechnet die ⅓ Durchfaller, hat der bürgerliche Staat eingenommen: 184080508 DM.

in der Führerscheinprüfung

z.wim. Neuerdings sind bei der Bundesregierung Änderungen des theoretischen Teils der Führerscheinprüfung im Gespräch. Die „Bild“-Zeitung hat im Oktober bereits zweimal festgestellt, daß zuviel „dumme und überflüssige Fragen“ gestellt werden. Jeder Dritte fällt in der Prüfung durch. Am Bürokratendeutsch und -geist soll es also liegen, daß jährlich Hunderttausende um einige -zig Millionen DM allein an den bürgerlichen Staat geprellt werden. Die Bundesregierung soll nun bereitwillig zugesagt haben, Mitte des nächsten Jahres einen neuen Fragenkatalog mit Schwerpunkt in der praktischen Seite der Fragen zu präsentieren.

Man darf auf einen breit angelegten Betrug gefaßt sein, der ehrenbergsche Ausmaße erreicht. An jedem Führerschein kassiert der bürgerliche Staat ab: Anmeldegebühr: 34,– DM; Prüfungsgebühr: 55,50 DM; 1.-Hilfe-Kurs: 15,– DM; Sehtest: 4,50 DM. Zusammen sind das: 109.– DM.

1977 haben 1266609 Personen den Führerschein Klasse 3 gemacht. Hinzugerechnet die ⅓ Durchfaller, hat der bürgerliche Staat eingenommen: 184080508 DM.

### Prämienbegünstigtes Abwracken von Binnenschiffen

*z.bil.* Die Binnenschiffahrt ist für den schnellen Umschlag von Waren überholt. Die Tanker und Schlepper sind zu langsam. Das Kapital muß sich rasch verwerten. Die Regierung des Finanzkapitals behandelt zur Zeit einen Gesetzentwurf im Bundesrat, mit dem der Vorgang des Abwrackens von Binnenschiffen entschieden beschleunigt werden soll. „Zur Behebung verkehrs- und volkswirtschaftlicher Schäden in der Binnenschiffahrt, insbesondere infolge eines Überhangs an Schiffsraum, wird bei der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Duisburg ein Abwrackfonds gebildet“, ist im Gesetz über die Binnenschiffahrt von 1969 festgelegt. Der kleine selbständige Binnenschiffer erhält für seine Ruinierung eine Prämie. Für die Binnenschiffahrts-Kapitalisten liegen die Prämien hoch und sind in ihren Händen nicht Sterbehilfe, sondern Anlagekapital. Seit Inkrafttreten des Gesetzes 1969 sind 1,7 Mio. Tonnen Schiffsraum abgewrackt worden. Der Bundesrat stellt fest, daß noch reichlich Überhang an Schiffsraum besteht. Deshalb die Gesetzesänderung. Die bisherige Regelung sah die Prämie für Trockengüterschiffe und Tankschiffe vor, die im Jahre 1969 ein Alter von 29 bzw. 21 Jahren hatte. Alle Schiffe nach 1969 konnten nicht mehr erfaßt werden.

Die neue Regelung wird die Prämie auszahlen, wenn bei Stellung des Antrags die Schiffe das Alter erreicht haben.

# Westberlin als Drehscheibe gen Osten

**Stobbe: „Unsere Stadt soll keine Mausefalle für die Unternehmer sein“**

*r.brr.* Die Ergebnisse der Verhandlungen von Staatssekretär Gaus mit dem Außen- und Verkehrsministerium der DDR über weitere „Verkehrsvereinbarungen“ bezüglich der Verbindungen mit Westberlin sollen am 15. November dem Bundeskabinett zur Billigung vorgelegt werden. Für den 16. November ist die Paraphierung der Texte in Berlin (DDR) durch die beiden Verhandlungsführer vorgesehen. Die Texte beinhalten Vereinbarungen über den Bau der sogenannten Nordautobahn zwischen Westberlin und Hamburg sowie Vereinbarungen über die „Wiedereröffnung des Teltowkanals“.

Inwieweit es dem ehemaligen „Spiegel“-Journalisten und jetzigen Verhandlungsführer der BRD Gaus gelungen ist, die Absichten der westdeutschen Imperialisten durchzudrücken, ist noch nicht bekannt. Neben Gaus waren es in den letzten Wochen eine ganze Reihe von bürgerlichen Politikern, insbesondere natürlich Westberliner Politiker, die kundtaten, daß die Möglichkeiten zum Ausbau Westberlins als Verkehrsknotenpunkt Mitteleuropas, zum Ausbau als „Drehscheibe zwischen Ost und West“ noch lange nicht erschöpft seien.

In der Tat bemühen sich die Politiker von SPD, CDU und FDP in der letzten Zeit emsig, dem westdeutschen Finanzkapital eine Stadt zu gestalten, die als strategisch wichtiger Punkt zum „Umschlagsplatz des Ostgeschäftes“ werden soll. Das größte Problem ist und bleibt der Luftverkehr. Die alliierten Fluggesellschaften Pan Am, British Airways (BA) und Air France haben die Hoheitsrechte für die Nutzung der Luftkorridore. Die Lufthansa hat keine Rechte. Dies veranlaßte den Westberliner CDU-Vorsitzenden Lorenz jüngst zu einem nicht sorgfältig durchdachten Vorstoß. Lorenz regte Verhandlungen der „Westmächte mit der UdSSR“ zur stärkeren Einbeziehung Westberlins in den internationalen Flugverkehr an. Der Westberliner Senat wies dieses Ansinnen nachdrücklich zurück. Befürchtet wird, daß die USA mit der UdSSR zu Vereinbarungen gelangen könnten, die wohl den Profiten der alliierten Fluggesellschaften als auch den Expansionsinteressen der UdSSR Rechnung tragen, aber nicht den Interessen der westdeutschen Imperialisten nach Nutzung Westberlins als Drehscheibe gen Osten. Bundessenator Korber erklärte sogleich, daß der Vorschlag von Lorenz „politisch schädlich“ sei. Verfahren sei die Lage deshalb, weil auch wenig Aussicht bestehe, das Problem des Flugverkehrs „innerdeutsch“ zu regeln. Die DDR verlangt Überflugrechte über Westdeutschland, wenn sie der Lufthansa das Anfliegen Westberlins gestatten würde. Das wiederum mißfällt den westdeutschen Imperialisten, weil so nicht Tegel / Westberlin, sondern der DDR-Flughafen Schönefeld aufgrund seiner besseren logistischen Einrichtungen und Verbindungen mit dem Umland schnell zur Drehscheibe im Warenverkehr zwischen Ost- und Westeuropa werden könnte.

In Anbetracht dieser Situation unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig alles, um in dem Rahmen der Flugkorridore den Flugverkehr nach Tegel zu verstärken. Momentan wird an der Errichtung einer regelmäßigen Flugverbindung nach Saarbrücken gebastelt.

Im Straßenverkehr hat die Bundesregierung nachdrücklich darauf Wert gelegt, daß die „Nordautobahn“ in das Transitrecht integriert wird. Vereinbart ist mit der DDR die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung zum Bau einer durchgehenden Autobahn zwischen Bad Hersfeld und Eisenach für Anfang der achziger Jahre. Ferner soll von der „Nordautobahn“ eine „Stichstraße“ nach Niedersachsen geführt werden, die vormals für den Transitverkehr benutzte Bundesstraße soll weiterhin Transitstrecke bleiben.

Darüberhinaus soll der Verkehr zu Wasser in das Transitrecht integriert werden. Als erster Schritt soll nun der Teltow-Kanal im Süden Berlins wieder geöffnet werden. Der Regierende Bürgermeister Stobbe interpretierte die ganzen Bemühungen mit den Worten: „Unsere Stadt soll keine Mausefalle für die Unternehmer sein.“




*r.kea.* 1938 wurde unter faschistischer Herrschaft und durch Zwangsarbeit mit dem Reichsarbeitsdienst der Mittellandkanal fertiggestellt.
Die westdeutsche Bourgeoisie feiert 40-jähriges Jubiläum und sie hat gute Gründe dafür. Die heutige Bezeichnung: „geographisches Herzstück eines europäischen Wasserstraßennetzes“ (Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hannover) meint dasselbe wie 1938 das Reichsverkehrsministerium: „Hunderttausende deutscher Volksgenossen haben an dem großen Werk gearbeitet, das die Vereinigung der Wasserstraßen ‚von der Maas bis an die Memel' bringt.“ Der Mittellandkanal verbindet die Industriezentren an Rhein, Ruhr und in Niedersachsen sowohl mit den Rohstoffpotentialen der DDR und Osteuropas, als auch mit den Meereshäfen der Nordsee. Um die gegenwärtige Transportstagnation zu überwinden, wird der Kanal derzeit auf den Tiefgang der Europaschiffsklasse ausgebaggert und verbreitert.

## Hertie Rundschreiben: Beim Personal gibt es keine Sollbesetzung

*r.als.* Von den 70 geplanten Entlassungen (11% der Belegschaft) konnten bei Hertie in Braunschweig erst 25 durchgesetzt werden. In dem Rundschreiben vom September 1978 „Maßnahmen zur Erreichung der Personalkostenziele“ geben die Herren Grüschow und Weidner von der Hertie-Zentrale den Geschäftsleitungen die Richtung an. Unter der Parole „es gibt keine Sollbesetzung, die nicht unterschritten werden kann“ wird darin angewiesen:

„Keine Mehrarbeit, die mit Geld abgegolten werden muß“, kein „zusätzliches Personal für Vertretungen, Aktionen etc.“, „innerbetrieblicher Personalaustausch“ und Verpflichtung der „Mitarbeiter auch zu einer anderen zumutbaren Tätigkeit“ sowie „Beachtung des Krankenstandes und sonstiger Fehlzeiten“. Nach diesen vorbereitenden Maßnahmen kommen sie zum Punkt: „In fast allen Häusern wird . . . eine Reduzierung der Zahl der Mitar-

Neben den Entlassungen sei „zu prüfen, ob das angestrebte Ziel nicht durch individuelle Arbeitszeitreduzierung erreicht werden kann“, und zwar durch „Umwandlung von Vollzeitbeschäftigung in Teilzeit sowie . . . Reduzierung der Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten“, und dies unter dem „Gesichtspunkt der Kundenfrequenzen“, um die „Arbeitszeiten neu festzusetzen“.

Bei Hertie in Braunschweig gibt es Kampf gegen die Durchsetzung der Mehrarbeit. Ware bleibt unausgepackt in den Gängen stehen. Überstunden werden in vielen Abteilungen verweigert. Mit der jetzt beschlossenen Forderung der Tarifkommission der HBV nach der 40-Stundenwoche an fünf Arbeitstagen und der Einbeziehung der Pausen in die Arbeitszeit als Schritt zum 7-Stundentag sowie einem gleichzeitig in Bearbeitung befindlichem Rationalisierungsschutzabkommen sind

die als strategisch wichtiger Punkt zum „Umschlagsplatz des Ostgeschäftes“ werden soll. Das größte Problem ist und bleibt der Luftverkehr. Die alliierten Fluggesellschaften Pan Am, British Airways (BA) und Air France haben die Hoheitsrechte für die Nutzung der

Westeuropa werden könnte.

In Anbetracht dieser Situation unternimmt die Bundesregierung gegenwärtig alles, um in dem Rahmen der Flugkorridore den Flugverkehr nach Tegel zu verstärken. Momentan wird an der Errichtung einer regelmäßigen

Hertie Rundschreiben: Beim Personal gibt es keine Sollbesetzung

r.als. Von den 70 geplanten Entlassungen (11% der Belegschaft) konnten bei Hertie in Braunschweig erst 25 durchgesetzt werden. In dem Rundschreiben vom September 1978 „Maßnahmen zur Erreichung der Personalkostenziele“ geben die Herren Grüschow und Weidner von der Hertie-Zentrale den Geschäftsleitungen die Richtung an. Unter der Parole „es gibt keine Sollbesetzung, die nicht unterschritten werden kann“ wird darin angewiesen:

„Keine Mehrarbeit, die mit Geld abgegolten werden muß“, kein „zusätzliches Personal für Vertretungen, Aktionen etc.“, „innerbetrieblicher Personalaustausch“ und Verpflichtung der „Mitarbeiter auch zu einer anderen zumutbaren Tätigkeit“ sowie „Beachtung des Krankenstandes und sonstiger Fehlzeiten“. Nach diesen vorbereitenden Maßnahmen kommen sie zum Punkt: „In fast allen Häusern wird . . . eine Reduzierung der Zahl der Mitar-beiter notwendig sein . . . fordern wir sie hiermit nochmals auf, bis an die Grenze des Vertretbaren zu gehen“.

Neben den Entlassungen sei „zu prüfen, ob das angestrebte Ziel nicht durch individuelle Arbeitszeitreduzierung erreicht werden kann“, und zwar durch „Umwandlung von Vollzeitbeschäftigung in Teilzeit sowie . . . Reduzierung der Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten“, und dies unter dem „Gesichtspunkt der Kundenfrequenzen“, um die „Arbeitszeiten neu festzusetzen“.

Bei Hertie in Braunschweig gibt es Kampf gegen die Durchsetzung der Mehrarbeit. Ware bleibt unausgepackt in den Gängen stehen. Überstunden werden in vielen Abteilungen verweigert. Mit der jetzt beschlossenen Forderung der Tarifkommission der HBV nach der 40-Stundenwoche an fünf Arbeitstagen und der Einbeziehung der Pausen in die Arbeitszeit als Schritt zum 7-Stundentag sowie einem gleichzeitig in Bearbeitung befindlichem Rationalisierungsschutzabkommen sind gute Möglichkeiten geschaffen, dieser unbegrenzten Ausbeutung Grenzen zu setzen.

## Glas statt Kupfer - optische Glasfaserleiter

*r.ger.* Eine große Umwälzung wird in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren in der Nachrichtenübertragung (Telefon, Fernsehen und Datenübertragung) stattfinden. Statt teurer Kupferleitungen sollen Lichtleitfasern aus Quarzglas verwendet werden. Die Kapitalisten versprechen sich davon eine beträchtliche Senkung des Kapitalaufwands für die erwartete und für sie notwendige Kapazitätsausweitung ihres Kommunikationsnetzes. Bis 1980 wird eine Vermehrung der Datenstationen, Fernkopierer und Teletexanschlüsse auf das acht- bis 20-fache erwartet. Was darüberhinaus die Imperialisten besonders reizt, ist, daß sie mit den Glasfaserleitern ihre Abhängigkeit von dem knappen Rohstoff Kupfer vermindern, den sie hauptsächlich aus den Ländern der Dritten Welt wie Chile, Zaire, Zimbabwe importieren. Quarz gibt es überall.

Käufliche Nachrichtenübertragungssysteme mit Lichtleiterfasern haben schon jetzt eine Übertragungskapazität

städtische Telefonnetz verwendet werden, wo sie dicke Kupferkabel mit vielen hundert Adern ersetzen. Damit ersparen sich die Kapitalisten die großen Kosten für neue Kabelkanäle. Ein Lichtleiterkabel von wenigen Millimetern Durchmesser kann mehrere tausend Telefonverbindungen herstellen. Die Kapitalisten messen diesen Fortschritt am Profit. Einen Milliarden-DM-Markt gilt es gegen die japanischen, britischen und US-Kapitalisten zu erobern.



Das Lichtleiterkabel (rechts) hat mindestens

Werk gearbeitet, das die Vereinigung der Wasserstraßen ‚von der Maas bis an die Memel' bringt.“ Der Mittellandkanal verbindet die Industriezentren an Rhein, Ruhr und in Niedersachsen sowohl mit den Rohstoffpotentialen der DDR und Osteuropas, als auch mit den Meereshäfen der Nordsee. Um die gegenwärtige Transportstagnation zu überwinden, wird der Kanal derzeit auf den Tiefgang der Europaschiffsklasse ausgebaggert und verbreitert.

Glas statt Kupfer - optische Glasfaserleiter

r.ger. Eine große Umwälzung wird in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren in der Nachrichtenübertragung (Telefon, Fernsehen und Datenübertragung) stattfinden. Statt teurer Kupferleitungen sollen Lichtleitfasern aus Quarzglas verwendet werden. Die Kapitalisten versprechen sich davon eine beträchtliche Senkung des Kapitalaufwands für die erwartete und für sie notwendige Kapazitätsausweitung ihres Kommunikationsnetzes. Bis 1980 wird eine Vermehrung der Datenstationen, Fernkopierer und Teletexanschlüsse auf das acht- bis 20-fache erwartet. Was darüberhinaus die Imperialisten besonders reizt, ist, daß sie mit den Glasfaserleitern ihre Abhängigkeit von dem knappen Rohstoff Kupfer vermindern, den sie hauptsächlich aus den Ländern der Dritten Welt wie Chile, Zaire, Zimbabwe importieren. Quarz gibt es überall.

Käufliche Nachrichtenübertragungssysteme mit Lichtleiterfasern haben schon jetzt eine Übertragungskapazität wie die Richtfunkstrecken für die Fernübertragung von Telefongesprächen. Sie können aber auch für das inner-

städtische Telefonnetz verwendet werden, wo sie dicke Kupferkabel mit vielen hundert Adern ersetzen. Damit ersparen sich die Kapitalisten die großen Kosten für neue Kabelkanäle. Ein Lichtleiterkabel von wenigen Millimetern Durchmesser kann mehrere tausend Telefonverbindungen herstellen. Die Kapitalisten messen diesen Fortschritt am Profit. Einen Milliarden-DM-Markt gilt es gegen die japanischen, britischen und US-Kapitalisten zu erobern.



Das Lichtleiterkabel (rechts) hat mindestens die gleiche Kapazität an Telefonverbindungen wie das Kabel (links) mit vielen hundert Adern aus Kupferdraht.

# Wer keinen Lohn erhält, dem kann er auch nicht gekürzt werden

**Neue Berechnungsmodalitäten für „Nettoerlöse“ von Behindertenwerkstätten in Vorbereitung**

*r.her.* „Meine Nachprüfungen haben ergeben, daß im Gegensatz zu den wiederholten Erklärungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte nicht alle Werkstätten die geltende Regelung beachtet haben. Soweit das zu zu hohen Entgeltzahlungen geführt hat, werden allerdings künftig nur niedrigere Entgelte gezahlt werden können.“ Das ist die Antwort des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit auf eine Anfrage im Landtag, ob denn die geplanten Lohnkürzungen in den Werkstätten für Behinderte sozial gerechtfertigt und mit dem Ziel der Rehabilitation vereinbar seien. Sie sind. Der Sozialminister hat das Landessozialamt angewiesen sicherzustellen, daß die geltende Regelung beachtet wird. Gleichzeitig ist der Sozialminister dabei, in seinem Hause neue Richtlinien des Ehrenbergministeriums zu übernehmen, unter bisheriger Ausschaltung des Landessozialamtes. Offensichtlich hat das Landesozialamt nicht den nötigen Nachdruck für die Durchsetzung der schon 1975 gefaßten Regelung angewendet.

Danach sollten die „Entgelte“ für die Behinderten von 100 DM auf 60 DM im ersten „Ausbildungsjahr“ und 80 DM im zweiten Jahr heruntergesetzt werden. Das Schwerbehindertengesetz, das seit 1974 in Kraft ist und das erstmals Regelungen für die Behindertenwerkstätten enthält, sieht vor, daß den Behinderten ein „angemessenes Entgelt“ für ihre Arbeit zu zahlen sei. Damit es aber nicht zu einer Auszahlung kommt – über Auftragsmangel von den Kapitalisten haben diese „Werkstätten“ selten zu klagen – hat man den Begriff „Nettoerlös“ eingeführt. Danach werden von dem Bruttoerlös aus der Auftragsarbeit, die die Behinderten meist in Akkord oder akkordähnlicher Arbeit erledigt haben, die Ausgaben für die Personalkosten der Einrichtung sowie für die Verwaltung, Kantine usw. und für weitere „Gemeinkosten“ abgezogen. Was dann bleibt, ist der Nettoerlös. Wer glaubt, daß den die Arbeiter ausgezahlt bekommen, irrt. In Niedersachsen wird zu 80% „ausgeschüttet“. Aus dem Rest wird eine Rücklage gebildet, die letztendlich an den Staatsapparat zurückfließt. Die Ideologen rechtfertigen: Die sog. Behinderten verursachen sowieso nur Kosten.

In Bethel / Bielefeld werden in bewährter christlicher Tradition lediglich 60% ausgeschüttet. Wahrscheinlich wird der neue Ehrenbergplan eine Vereinheitlichung in diese Richtung anstreben. Eine weitere Abzugsmöglichkeit wird als Fortschritt gepriesen: daß die Arbeiter in den Behindertenwerkstätten sich sozial versichern können. Dafür werden ihnen von der Ausschüttung 350 DM im Monat abgezogen; berechnet auf ein fiktives Gehalt von 1750 DM, das lediglich dazu dient, den Nettoerlös zu senken. Mit dem, was dann noch bleibt, wird z.B. in den Neuköder Anstalten im Raum Braunschweig folgendermaßen verfahren: Die Arbeiter müssen 35 Stunden pro Woche arbeiten. Im Monat erhalten sie dafür 50 DM (noch 10 DM unter dem Regelsatz der Landesregierung), aber nicht ausgezahlt. Die Betreuergruppe „berät“ über ein wöchentliches Taschengeld, das zwischen 5 und 10 DM liegt. Der Rest wird auf das Konto überwiesen. Über den Kontostand wird nicht unterrichtet. Wenn aber das Konto mehr als 3000 DM aufweist, wird der „Überschuß“ als „Eigenleistung“ des Rehabilitanten vom Staat einkassiert.

Wie man jedoch leicht aus der Hausordnung des Annastiftes in Hannover ersehen kann, „brauchen“ die Behinderten auch kein Geld: Alkoholgenuß ist ohne Ausnahme verboten. Geraucht werden darf nur mit der Genehmigung des Arztes, und gegessen wird, was auf den Tisch kommt. Wer sich in der Kantine zusätzlich etwas kaufen will, muß dazu ebenfalls die ausdrückliche Genehmigung des Arztes vorweisen. Wer sich etwa Geld oder Schmucksachen, also Wertgegenstände, mit in die Einrichtung bringt, dem wird das alles sicher verwahrt, sprich abgenommen, weil die Anstalt keine Haftung für Wertsachen übernehmen kann. Außer Kleidung und Zahnbürste darf nichts mitgebracht werden.

Um die Arbeitskraft der sog. Behinderten auch voll ausschöpfen zu können, sind die Rehabilitationseinrichtungen heute auch nicht mehr ausdrücklich daran gebunden, nur solche „Fälle“ aufzunehmen, die wieder auf den „freien Arbeitsmarkt“ entlassen werden können, sondern es sei durchaus der Sinn des Gesetzes, solche Werkstätten als Dauerarbeitsplatz zu betrachten. Sonderschüler seien dafür besonders geeignet, stellen die Kommentatoren Wilrodt und Neumann zu dem Schwerbehindertengesetz erst. „Immer noch die billigste Lösung“, meinen diese Herren. Das Ehrenberg-Ministerium hat angekündigt, es wird alles tun, um diese Einrichtungen auszubauen.

Im Kampf der Arbeiterklasse für die Übernahme der Versicherungskassen in Selbstverwaltung, der eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung hat, kann sie diese modernen Arbeitshäuser beseitigen.

# Milchüberschuß?
# Die alte Lüge zu neuen Angriffen auf die Milchbauern

*z.scc.Brüssel.* Seit jetzt 10 Jahren sprechen die EG-Imperialisten unablässig von „schweren Krisen im Milchsektor", wälzen ihre Landwirtschaftsminister auf ihren zahllosen Sitzungen das Problem, das sie „Milchüberschuß" nennen, ersinnen sie Maßnahme auf Maßnahme, die dem kleinen und mittleren Bauern die letzte Milchkuh und schließlich ihn selbst von Hof treiben soll.

1968 beschlossen die EG-Imperialisten die „Marktordnung" für Milch und Milcherzeugnisse. Ihr Kernstück – die Imperialisten preisen es als „Errungenschaft" für die Bauern – ist die „staatliche Abnahmegarantie", die nichts anderes bedeutet, als daß die



Kundgebung am 28.10. von armen Bauern und Pächtern auf dem Hof des Bauern Machno in Preslay, der vom Grundbesitzer vertrieben werden soll. In ganz Frankreich fanden am 28.10. Demonstrationen zur Unterstützung des Kampfes der Bauern im Larzac gegen die Errichtung eines Truppenübungsplatzes auf ihrem Land statt. Anläßlich einer Reise des Premierministers Barre nach Südfrankreich demonstrierten in mehreren Departements die Bauern gegen die von der französischen Regierung unterstützte EG-Agrarpolitik. Die Regierung bereitet ein neues Landwirtschaftsrahmengesetz vor, das eine neue Welle des Bauernlegens organisieren soll, u.a. durch die Zwangsverrentung älterer Bauern.

Bauern einen wachsenden Teil ihrer Milchprodukte zu einem *niedrigeren* Preis als dem durchschnittlichen abliefern. In den Wirtschaftsjahren 1969/70 und 1970/71 wurden die Erzeugerpreise für Milch eingefroren;

just zu diesem Zeitpunkt schnellten allerorten die Verbraucherpreise für Milch sprunghaft in die Höhe und begann der Milchverbrauch abzunehmen. In den späteren Jahren folgten Abschlachtungs- und Umstellungskampagnen. 1976 legte die EG-Kommission ein „Aktionsprogramm 1977 bis 1980" vor, dessen einzelne Maßnahmen 1977 in Kraft traten und in diesem Jahr zum ersten Mal verlängert wurden. So sind die Milchbauern mit einer Erzeugerabgabe in Höhe von 1,5 bis 4% des Milchpreises, frech „Mitverantwortungsabgabe" genannt, belegt, sollen sie ferner mit Prämienregelungen zur Abschlachtung ihres Milchviehs und zur „Nichtvermarktung von Milch" gelockt werden. Damit verbunden haben die EG-Imperialisten ein feines Netz der schikanösesten Kontrolle über die Höfe der Milchbauern gezogen. Wer nämlich Antrag auf die Prämie stellt, muß sich gefallen lassen, daß staatliche Kontrolleure nicht nur die Milchkühe, für die er die Prämie beantragt, sondern „alle weiblichen Tiere, die zur Milcherzeugung geeignet sind", erfassen und mittels einer peinlichst genauen Kennkarte ihren weiteren Werdegang kontrollieren; daß sie weiter sein gesamtes Land, nicht nur die Futterflächen, registrieren und sich über jede Änderung der Nutzung Rechenschaft ablegen lassen.

Diese Maßnahmen, so hart sie jeden einzelnen kleinen Milchkuhhalter treffen, entfalten dennoch nicht die beabsichtigte Durchschlagskraft. Zwar haben die EG-Imperialisten den Bauern bis zum 1.4.1978 über 60 Mio. ERE (1 ERE ca. 2,60 DM) an „Mitverantwortungsabgabe" abgepreßt. Doch trotz dieser zusätzlichen Lasten, trotz der winkenden Prämie geben nur wenige Bauern ihre Milchwirtschaft auf: Im 1. Jahr des Aktionsprogrammes wurden in Westdeutschland weit weniger als 1% der 22 Mio. Milchkühe, nämlich 174000 zur Abschlachtung angemeldet. „Immer noch", drohen die Landwirtschaftsminister, sei jeder dritte Bauer „von der Milchwirtschaft abhängig". Um Abhilfe zu schaffen, bereiten sie erneut das Einfrieren der Milchpreise vor. Damit nicht genug. Die Frankfurter Allgemeine legt der gesamten westeuropäischen Monopolbourgeoisie die Pläne des niederländischen Landwirtschaftsministeriums wärmstens ans Herz: die Erzeugerpreise „radikal (zu) *senken*", und, damit das den Großbauern nicht zum Schaden gereiche, „den Erzeugern als Ausgleich mit direkten Beihilfen bei(zu)springen". Gezielt, versteht sich. Andere Pläne, im Hause Ertl ausgebrütet, sehen vor, die Interventionspreise für Milcherzeugnisse abzuschaffen. Haben diese lange dazu gedient, die Erzeugerpreise zu drücken, so beginnen sie sich für weitergehende Preissenkungen inzwischen als Hemmnis auszuwirken.

Während die armen und mittleren Bauern durch die Preispolitik und Erzeugerabgaben buchstäblich erwürgt werden, werden die großen Milchviehzüchter durch ein umfangreiches „Beihilfe"system ermutigt, die Milcherzeugung zu rationalisieren und zu steigern.

Zur „Verbesserung der Agrarstruktu- ren" in der Milchwirtschaft, zu deutsch: zur Förderung der Konzentration und zur Stärkung der Konkurrenzsituation der Großbetriebe, gaben die EG-Imperialisten allein über ihren Landwirtschaftsfonds EAGFL zwischen 1964 und 1976 230 RE (über 800 Mio. DM) aus – ein EG-Parlamentarier ließ sich kürzlich im „Europäischen Parlament" beiläufig darüber aus, daß der EAGFL von vorneherein nur Anträge von entsprechend großen Höfen und Gutsbesitzen bearbeitet.

Zwischen 1960 und 1975 ist die „durchschnittliche Milchleistung je Milchkuh" in der EG von 3083 kg pro Jahr auf 3637 kg gestiegen. In der BRD lag sie 1975 mit 3999 kg erheblich über dem Durchschnitt, sie kletterte 1977 gar auf 4181 kg. Der – „beihilfs"belohnte – Einsatz von Maschinerie und die Anwendung neuer Techniken in der Milchproduktion sind die wesentlichsten Gründe für diese Steigerung, ein gewisser Vorsprung der westdeutschen Agrarier ausschlaggebend für die überdurchschnittlichen Milchleistungen ihrer Kühe:

| | BRD | F | I | NL | B | GB | Irl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zahl der Milchkühe | 38 | 50 | u.100 | 100 | 58 | ü.100 | 93 |
| % der Milchkuhhalter | 1,6 | 1,2 | u.0,3 | 0,7 | 0,8 | u.7,3 | 1,0 |

Der kleine, ja selbst der mittlere Bauer, kann die gewaltigen Kapitalien nicht mehr aufbringen. Nur eine Handvoll allergrößter Milchkuhhalter ist überhaupt zur Anschaffung von Melkanlagen in der Lage. Folgende Tabelle gibt einen Überblick, bei welcher durchschnittlichen Zahl von Milchkühen 1975 Melkanlagen zum Einsatz kamen:

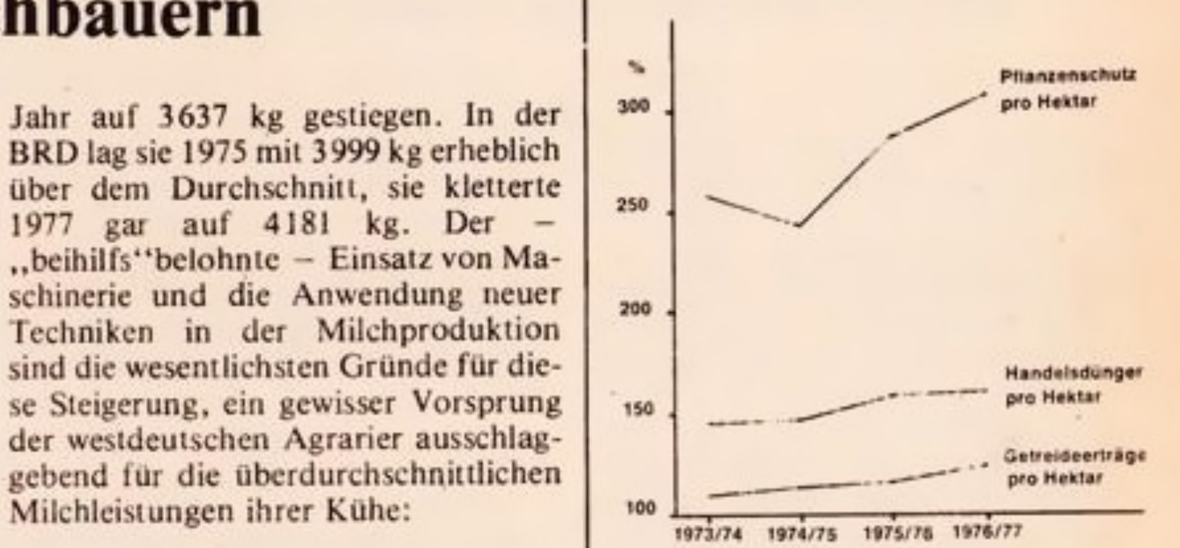
**Melkanlagen je 1000 Milchkühe**

| | 1960 | 1970 | 1975 |
|---|---|---|---|
| BRD | 55 | 89 | 89 |
| F | 16 | 38 | 46 |
| I | – | 19 | – |
| NL | 24 | 45 | – |
| B | 32 | 48 | 49 |
| GB | – | – | 35 |
| Irl | 6 | 22 | – |
| Dk | 95 | – | – |

„Milchüberschuß"? Den gibt es nicht. Wohl gibt es eine Unterversorgung der lohnabhängigen Bevölkerung mit Milch, wie die anhaltend sinkenden Verbrauchsziffern eindrucksvoll belegen. Wohl gibt es berstend gefüllte Butter- und Magermilchpulverlager.

Die EG-Imperialisten, die den Weltmarkt bei Käse zu 38%, bei Vollmilchpulver zu 68% und bei Kondensmilch zu 92% beherrschen, planen die Expansion in den Bereichen Butter und Magermilchpulver (bisheriger Anteil am Weltmarkt 25 bzw. 23%). Sie lassen sie sich finanzieren – durch die „Mitverantwortungsabgabe" der Milchbauern! 9 Mio. der über 60 Mio. ERE wurden 1977/78 zur „Erweiterung der Märkte außerhalb der Gemeinschaft" bzw. zur „technischen Beratung zur Förderung des Absatzes" auf dem Weltmarkt ausgegeben.

## „Vergiften uns die Bauern?" – „Der Spiegel" verspritzt Gift




*z.rak.* Die dargestellten Kurven zeigen, wie sich die Getreideerträge und der Einsatz von Handelsdünger und 50000 DM Standardbetriebseinkommen (StBE) im Verhältnis zu dem Kleinbetrieb unter 20000 DM StBE entwickeln. Die Erträge und der Dünger und Pflanzenschutzaufwand auf den Kleinbetrieb sind immer gleich 100% gesetzt. Aus dem Schaubild geht hervor, daß die Großgrundbesitzer 1976/77 23% höhere Erträge je ha erzielten, daß sie aber gleichzeitig 62% mehr Handelsdünger und sogar 207% mehr Pflanzenschutzmittel ausbrachten. Diese Erscheinung wird vom „Spiegel" auf die Gewinnsucht, Faulheit und Dummheit aller Bauern zurückgeführt. „Mehr Chemie" und die Einführung der Monokultur sind die Kennzeichen der Konkurrenzschlacht der Kapitalisten in der Landwirtschaft. Folge, die letzten Reserven des Bodens werden „mobilisiert" und der Boden dadurch letztendlich zerstört. Bei sinkenden Erzeugerpreisen sollen die kleinen Bauern auf jeden Fall dabei auf der Strecke bleiben.

## Elsässische Jäger demonstrieren gegen reiche Pächter

*z.hal.* Welsche Unbotmäßigkeit und Fremdenfeindlichkeit wittert das Organ der westdeutschen Finanzbourgeoisie hinter Demonstrationen elsässischer Bauern und Jäger. Eine halbe Seite widmet die Frankfurter Allgemeine (27.10.) einer Kundgebung 200 französischer Bauern und Jäger gegen die Absicht einiger Bürgermeister im Elsaß, die Genehmigung zur Verpachtung gemeindeeigenen Grundeigentums und das von Großgrundbesitzern an westdeutsche und schweizerische Bourgeois zu erteilen. Man kennt sie, diese schwerreichen Sonntagsjäger, die für die Elchtrophäe aus Kanada oder Schweden oder den 14-Ender aus Ungarn zur Zierde ihres Kamins mit Tausendern um sich werfen. Für ihre verkommenen Vergnügungen ist ihnen die Verdreifachung des Pachtzinses, den die Großgrundbesitzer zu realisieren hoffen, nicht zu hoch – entledigt er sie doch der lästigen Konkurrenz der kleinen Bauern, für die die Jagd wirtschaftliche Bedeutung hat. Eier seien geflogen, weiß die FAZ, die der Demonstration gern eine „fremdenfeindliche" Seite abgewinnen möchte, zu berichten, nicht ohne zu erwähnen, daß es sich um „ehemaliges Reichsland Elsaß-Lothringen" handelt.


# Höchstprämie für kleine Kutter nur durch Stillegung erreichbar



Kundgebung am 28.10. von armen Bauern und Pächtern auf dem Hof des Bauern Machno in Preslay, der vom Grundbesitzer vertrieben werden soll. In ganz Frankreich fanden am 28.10. Demonstrationen zur Unterstützung des Kampfes der Bauern im Larzac gegen die Errichtung eines Truppenübungsplatzes auf ihrem Land statt. Anläßlich einer Reise des Premierministers Barre nach Südfrankreich demonstrierten in mehreren Departements die Bauern gegen die von der französischen Regierung unterstützte EG-Agrarpolitik. Die Regierung bereitet ein neues Landwirtschaftsrahmengesetz vor, das eine neue Welle des Bauernlegens organisieren soll, u.a. durch die Zwangsverrentung älterer Bauern.

Bauern einen wachsenden Teil ihrer Milchprodukte zu einem *niedrigeren* Preis als dem durchschnittlichen abliefern. In den Wirtschaftsjahren 1969/70 und 1970/71 wurden die Erzeugerpreise für Milch eingefroren;

just zu diesem Zeitpunkt schnellten allerorten die Verbraucherpreise für Milch sprunghaft in die Höhe und begann der Milchverbrauch abzunehmen. In den späteren Jahren folgten Abschlachtungs- und Umstellungskampagnen. 1976 legte die EG-Kommission ein „Aktionsprogramm 1977

sind", erfassen und mittels einer peinlichst genauen Kennkarte ihren weiteren Werdegang kontrollieren; daß sie weiter sein gesamtes Land, nicht nur die Futterflächen, registrieren und sich über jede Änderung der Nutzung Rechenschaft ablegen lassen.

Diese Maßnahmen, so hart sie jeden einzelnen kleinen Milchkuhhalter treffen, entfalten dennoch nicht die beabsichtigte Durchschlagskraft. Zwar haben die EG-Imperialisten den Bauern bis zum 1.4.1978 über 60 Mio. ERE (1 ERE ca. 2,60 DM) an „Mitverantwor-

senen vor, die Interventionspreise für Milcherzeugnisse abzuschaffen. Haben diese lange dazu gedient, die Erzeugerpreise zu drücken, so beginnen sie sich für weitergehende Preissenkungen inzwischen als Hemmnis auszuwirken.

Während die armen und mittleren Bauern durch die Preispolitik und Erzeugerabgaben buchstäblich erwürgt werden, werden die großen Milchviehzüchter durch ein umfangreiches „Beihilfe"system ermutigt, die Milcherzeugung zu rationalisieren und zu steigern.

Zur „Verbesserung der Agrarstrukturen" in der Milchwirtschaft, zu deutsch: zur Förderung der Konzentration und zur Stärkung der Konkurrenzsituation der Großbetriebe, gaben die EG-Imperialisten allein über ihren Landwirtschaftsfonds EAGFL zwischen 1964 und 1976 230 RE (über 800 Mio. DM) aus – ein EG-Parlamentarier ließ sich kürzlich im „Europäischen Parlament" beiläufig darüber aus, daß der EAGFL von vorneherein nur Anträge von entsprechend großen Höfen und Gutsbesitzen bearbeitet.

Zwischen 1960 und 1975 ist die „durchschnittliche Milchleistung je Milchkuh" in der EG von 3083 kg pro

| | 1960 | 1970 | 1975 |
|---|---|---|---|
| BRD | 55 | 89 | 89 |
| F | 16 | 38 | 46 |
| I | – | 19 | – |
| NL | 24 | 45 | – |
| B | 32 | 48 | 49 |
| GB | – | – | 35 |
| Irl | 6 | 22 | – |
| Dk | 95 | – | – |

„Milchüberschuß"? Den gibt es nicht. Wohl gibt es eine Unterversorgung der lohnabhängigen Bevölkerung mit Milch, wie die anhaltend sinkenden Verbrauchsziffern eindrucksvoll belegen. Wohl gibt es berstend gefüllte Butter- und Magermilchpulverlager.

Die EG-Imperialisten, die den Weltmarkt bei Käse zu 38%, bei Vollmilchpulver zu 68% und bei Kondensmilch zu 92% beherrschen, planen die Expansion in den Bereichen Butter und Magermilchpulver (bisheriger Anteil am Weltmarkt 25 bzw. 23%). Sie lassen sie sich finanzieren – durch die „Mitverantwortungsabgabe" der Milchbauern! 9 Mio. der über 60 Mio. ERE wurden 1977/78 zur „Erweiterung der Märkte außerhalb der Gemeinschaft" bzw. zur „technischen Beratung zur Förderung des Absatzes" auf dem Weltmarkt ausgegeben.

schaft. Folge, die letzten Reserven des Bodens werden „mobilisiert" und der Boden dadurch letztendlich zerstört. Bei sinkenden Erzeugerpreisen sollen die kleinen Bauern auf jeden Fall dabei auf der Strecke bleiben.

Elsässische Jäger demonstrieren gegen reiche Pächter

z.hal. Welsche Unbotmäßigkeit und Fremdenfeindlichkeit wittert das Organ der westdeutschen Finanzbourgeoisie hinter Demonstrationen elsässischer Bauern und Jäger. Eine halbe Seite widmet die Frankfurter Allgemeine (27.10.) einer Kundgebung 200 französischer Bauern und Jäger gegen die Absicht einiger Bürgermeister im Elsaß, die Genehmigung zur Verpachtung gemeindeeigenen Grundeigentums und das von Großgrundbesitzern an westdeutsche und schweizerische Bourgeois zu erteilen. Man kennt sie, diese schwerreichen Sonntagsjäger, die für die Elchtrophäe aus Kanada oder Schweden oder den 14-Ender aus Ungarn zur Zierde ihres Kamins mit Tausendern um sich werfen. Für ihre verkommenen Vergnügungen ist ihnen die Verdreifachung des Pachtzinses, den die Großgrundbesitzer zu realisieren hoffen, nicht zu hoch – entledigt er sie doch der lästigen Konkurrenz der kleinen Bauern, für die die Jagd wirtschaftliche Bedeutung hat. Eier seien geflogen, weiß die FAZ, die der Demonstration gern eine „fremdenfeindliche" Seite abgewinnen


# Höchstprämie für kleine Kutter nur durch Stillegung erreichbar

## „Nordsee-Hilfsprogramm" der Regierung treibt die kleinen Fischer in den Ruin

*z.heh.* Von den insgesamt 100 Mio. DM Subventionen gehen 300000 DM an die Bremerhavener Kutterfischergenossenschaft, die man der Kleinen Hochseefischerei zurechnet. Sie werden in drei Formen vergeben:

1. Bei Anlandung konsumfähiger Ware der neuen Fischarten Grenadierfisch, Seeteufel und Blauer Wittling wird die Differenz zu einem normalen Fangergebnis der herkömmlichen Sorten gezahlt.

2. Beim Fischen in neuen Fanggebieten gibt es für jeden Tag einen Zuschuß, dessen Höhe sich nach der Länge des Schiffes richtet.

3. Stillegungsprämien, um „Überkapazitäten" abzubauen: Liegt ein Kutter das ganze Jahr still, so erhält sein Eigner die Höchstprämie von 8% des festgesetzten Neuwertes. Wird er nicht vollständig stillgelegt, sondern nur zeitweilig, so erhält der Eigner bei höchstens 180 Seetagen 25% der Höchstprämie. Bei 181 Seetagen und mehr erhält er nichts. Fährt er jedoch weniger als 180 Tage, so erhält er für jeden gesparten Tag eine Zusatzprämie.

Die Bremerhavener Kutterfischergenossenschaft umfaßt heute 18 in Bremerhaven beheimatete Kutter. Davon sind 12 sogenannte Großkutter. Sie haben relativ starke Maschinen, sind hochmodern ausgerüstet und können bis nach Norwegen hinausfahren. Entsprechend kostet ein Neubau heute ca. 2,5 Mio. DM. Er wird mit staatlicher Kredithilfe von Banken über 15 Jahre finanziert. Die sechs kleineren sind sogenannte Kriegsfischkutter aus Holz.



1975 sollte an die Subventionsvergabe des Senats die Bedingung geknüpft werden, daß die Fischer ihre Fangpläne zur Genehmigung vorlegen. Die Küstenfischer streikten daraufhin und kippten der Stadtverwaltung frisch gefangenen Ostseedorsch vor den Haupteingang, da sie ihn ohne Verluste nicht verkaufen konnten.

Fünf stammen noch von 1945. Ihre Ausrüstung ist total veraltet, ihre Maschinen schwach. Ihr Radius reicht nur bis Skagen und in die mittlere Nordsee. Auf ihnen ist die Arbeit nicht so produktiv, sie haben viel kleinere Fangmengen. Für sie kommt die Förderung nach der ersten Form nicht in Frage. Sie können die lukrativen Fangplätze für die neuen Fischarten nicht erreichen. Dazu kommt, daß diese Fische meistens klein und dementsprechend zeitraubend zu verarbeiten sind. Das ist auf den kleinen Kuttern überhaupt nicht zu schaffen. „Bei den großen Fischen stehen wir schon 30-40 Stunden hintereinander an Deck und schlachten. Das kann man kaum aushalten. Mehr ist nicht drin."

Auf den großen Kuttern ist das anders. Aufgrund ihrer Ausrüstung mit modernen nautischen und Fanggeräten kriegen die Matrosen während des Fischens immerhin noch täglich zwei Stunden Schlaf.

Zur zweiten Form: Wieder können die größten Kutter in neue Fanggebiete vordringen. Am schlimmsten wirkt die dritte Form. Zwei Beispiele:

1. Ein Großkutter mit mehr als 30m Länge. Sein Neubauwert ist nach dem Hilfsplan mit 1,5 Mio. festgesetzt. Liegt er das ganze Jahr still, erhält er 8% als Prämie, das sind 120000 DM. Damit ist nicht einmal der jährliche Kapitaldienst abgedeckt. Das kommt nicht in Frage. Fährt er jedoch nur 180 Tage, so erhält er 25% gleich 30000 DM. Für jeden weiteren ersparten Tag kriegt er 500 DM. Es kommt also für einen Großkutter darauf an, seine festgesetzte Quote in möglichst kurzer Zeit zu fischen.

2. Für die Kriegsfischkutter ist aufgrund ihres Alters die ganzjährige Stillegung günstig. Bei 24m Länge erhalten sie dann etwa 70000 DM. Bei weiterer Verringerung der Quoten für die von ihnen gefangenen Fischarten wird die Stillegungsprämie die günstigste Lösung sein. Man kann damit rechnen, daß es nach 1981, wenn das Hilfsprogramm ausläuft, diese Kutter nicht mehr geben wird.

Als Zweck dieses „Hilfsprogramms" stellt sich heraus eine großangelegte Vernichtung kleiner Betriebe durch Stillegung der Kutter, eine Konzentration von immer mehr Umsatz auf immer weniger Schiffe und eine unvorstellbare Verschärfung des Verschleißes der menschlichen Arbeitskraft.

## Österreich: „13% der Bauern unter der Armutsgrenze"

*z.pek. Wien.* Fast jede siebte Bauernfamilie liegt mit ihrem Einkommen unter der ohnehin elend niedrigen offiziellen Armutsgrenze. Zu diesem Ergebnis kam jetzt eine staatliche Studie über die Lage der österreichischen Bauern. Danach sind die Kosten für Betriebsstoffe und Düngemittel im letzten Jahr um 8% hochgesetzt worden. Durchschnittlich 67 bis 72 Stunden in der Woche haben sich die Bauern das ganze Jahr über auf den Feldern geschunden. Die Früchte ihrer Arbeit haben die Banken einkassiert. Die Zinsbelastung durch die Verschuldung der Bauern erhöhte sich um 9,6%. Das Einkommen der Bauern ist dieser Studie zufolge um durchschnittlich 3,5% gesunken. Die Verluste für die kleinen Bauern liegen noch wesentlich höher. Das durchschnittliche Einkommen einer „Familienarbeitskraft" in der Landwirtschaft betrug 1977 5836 Schilling (810 DM) brutto. Mit der Studie wird den österreichischen Imperialisten belegt, daß es ihnen trotz fortschreitender Verelendung großer Teile der Bauern nicht gelingt, diese von ihren Höfen zu vertreiben. Landwirtschaftsminister Haiden hat deshalb bei ihrer Veröffentlichung auch gleich seine Absicht bekräftigt, das Bauernlegen zu beschleunigen. Er erklärte, daß es bei Getreide, Wein, Milch und Fleisch immer noch eine beträchtliche Überproduktion gebe, die abgebaut werden müsse.

## 4. Jugendbericht: Arbeitslehre! Berufsgrundbildungsjahr!

*z.haw.* Am 19.9.78 hat die Bundesregierung den vierten Jugendbericht veröffentlicht. Zur Ausarbeitung hat eine „Sachverständigenkommission" in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendinstitut ganze 5 Jahre gebraucht. Einen einheitlichen Bericht hat die Kommission dennoch nicht zustande gebracht, somit liegt ein Mehrheits- und ein Minderheitsbericht vor. Dem Mehrheitsbericht mag die Bundesregierung in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Unterdrückung in JUSO-Verpakkung kommt im Moment nicht an, ist ihre Einschätzung, deshalb scheint es der Bundesregierung z.Z. ratsamer, die Arbeiterjugend über Mit- und Selbstverantwortungs-, Arbeitsplatzgestaltungs- und Grundgesetzgesäusel einzulullen, wie es der Minderheitsbericht vorschlägt.

Im Prinzip sind Bundesregierung und Kommission sich aber einig über die Einrichtung des Berufsgrundbildungsjahres als „anrechnungsfähigen Teil der Berufsausbildung". Die neue Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung hat sie denn auch bereits am 1. August 1978 in Kraft gesetzt. „Dieses Berufsbildungsjahr bietet den Jugendlichen nicht nur die Möglichkeit, seine spezielle Berufswahl sachkundiger und gezielter durchzuführen, sondern erhöht auch die Fähigkeit zur Mobilität und damit erleichtert es einen etwaigen späteren Berufswechsel" (Mehrheitsbericht, S. 99). In dem Minderheitsbericht wird dieser Empfehlung zugestimmt, „... soweit sie eine möglichst breite und aktuelle Berufswahl fordert".

Einigkeit herrscht auch darüber, daß die Arbeiterjugend während der Ausbildung kaserniert werden muß: „... wenn es in den industriellen Zentren eine ausreichende Zahl pädagogisch gut geleiteter Wohnheime für Auszubildende gäbe" (Mehrheitsgruppe). Daß so was nur über schwere Kämpfe gegen die Arbeiterjugend durchzusetzen ist, wissen ausgekochte Sozialdemokraten, deshalb schlägt die Minderheitsgruppe auch vor, diese Schweinerei über die Eltern durchsetzen zu lassen, „auf die Lehrlingswohnheime sollten auch die Eltern Einfluß nehmen können".

Noch nicht einigen konnte man sich auf die Einführung eines Beratungspasses, in dem die „bescheinigte Teilnahme an Berufsberatung und ärztlicher Untersuchung... zwingende Voraussetzung für den Abschluß des Ausbildungsvertrages sein" sollte.

## „AZUBI" besser als „Monopoly" – Bund Junger Katholiken empfiehlt neues Spiel

*z.mac.* „Azubi" heißt das Spiel, das der „Bund Junger Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung" herausgebracht hat. Die Konkurrenz um den Verkauf der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt, die die Arbeiterklasse überwinden muß, um die Kapitalisten erfolgreich bekämpfen zu können, findet ihre Entsprechung in der Konkurrenz auf dem Spielfeld; dort wird sie systematisch geschürt im Kampf „auf dem Weg von der Diskothek zum sicheren Arbeitsplatz".



Entscheidend fürs Vorankommen auf diesem Weg sind die Anweisun-

„trotzdem noch Bankangestellter werden will. Zurück in die Diskothek." Die Aussicht, keinen Ausbeuter zu finden, wird zum Hauptübel der kapitalistischen Gesellschaft erklärt; unverschämt soll einem da der „Unternehmer *Hans Bangemann*" vorkommen, der sein Kapital auf der Bank schatzt, statt es in die Profitproduktion zu stecken: „Bewerber um einen Ausbildungsplatz werden abgewiesen. Drei Feldar zurück."

Dies liefert die Grundlage, auf der dann die Maßnahmen zur Lohndrükkerei und verschärften Ausbeutung ddr Jugend als Erfolg der SPD im Kampf gegen die Kapitalisten und die CDU propagiert werden.

Unterwerfen soll sich die Jugend dem Staatsapparat; dafür wird der Spieler entsprechend belohnt. Zieht er die Ereigniskarte, wo „*Thomas Blecheimer*" zum Arbeitsamt geht, kann er schnell vorrücken, direkt ins Ziel kommt man mit der Karte, wo „*Azubi Luis Pfefferkorn*" durchsetzt, daß bei der Abschlußprüfung auch „Arbeitnehmervertreter" im

## „AZUBI" besser als „Monopoly" – Bund Junger Katholiken empfiehlt neues Spiel

*z.mac.* „Azubi" heißt das Spiel, das der „Bund Junger Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung" herausgebracht hat. Die Konkurrenz um den Verkauf der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt, die die Arbeiterklasse überwinden muß, um die Kapitalisten erfolgreich bekämpfen zu können, findet ihre Entsprechung in der Konkurrenz auf dem Spielfeld; dort wird sie systematisch geschürt im Kampf „auf dem Weg von der Diskothek zum sicheren Arbeitsplatz".



Entscheidend fürs Vorankommen auf diesem Weg sind die Anweisun-
gen, die der Spieler auf den „Alternativ-" und „Ereignisfeldern" erhält. Keine Chance hat, wer sich nicht als Hilfsarbeiter zu Niedrigstlöhnen ausbeuten lassen will, wie „*Ernst August Napoleon*", der mit einer 5 im Hauptschulabschluß

„trotzdem noch Bankangestellter werden will. Zurück in die Diskothek." Die Aussicht, keinen Ausbeuter zu finden, wird zum Hauptübel der kapitalistischen Gesellschaft erklärt; unverschämt soll einem da der „Unternehmer *Hans Bangemann*" vorkommen, der sein Kapital auf der Bank schatzt, statt es in die Profitproduktion zu stecken: „Bewerber um einen Ausbildungsplatz werden abgewiesen. Drei Feldar zurück."

Dies liefert die Grundlage, auf der dann die Maßnahmen zur Lohndrükkerei und verschärften Ausbeutung ddr Jugend als Erfolg der SPD im Kampf gegen die Kapitalisten und die CDU propagiert werden.

Unterwerfen soll sich die Jugend dem Staatsapparat; dafür wird der Spieler entsprechend belohnt. Zieht er die Ereigniskarte, wo „*Thomas Blecheimer*" zum Arbeitsamt geht, kann er schnell vorrücken, direkt ins Ziel kommt man mit der Karte, wo „*Azubi Luis Pfefferkorn*" durchsetzt, daß bei der Abschlußprüfung auch „Arbeitnehmervertreter" im
Ausschuß sitzen.

„Azubi" besser als „Monopoly" meint der Bund Junger Katholiken und will die Arbeiterjugend damit in die Fänge des „Beratungsnetzes" und der Zwangsarbeitsmaßnahmen treiben.

## Kein Berufsverbot für die Lehrerin Dege!

*z.jud.* „Wir brauchen Lehrer, die auf unserer Seite stehen." „Weg mit dem Berufsverbot gegen Frau Dege." „Wir wollen keine Prügellehrer." „Weg mit dem Notenterror." – fordern 40 Schüler, Eltern und Lehrer in Hamburg-Wilhelmsburg in mehreren Aktionen und Flugblättern. Gegen den Notenterror des Englischlehrers Helle hatten sie mit Unterstützung von Frau Dege vor den Ferien alle Fünfen und Sechsen zurückgeschlagen. Als in den Ferien die Kündigung der Lehrerin Dege kam, schlossen sie sich in der „Initiative von Eltern und Schülern" zusammen. Am 3.10. zogen sie zur Schulbehörde (siehe Bild), wo sofort alles verriegelt wurde. Balken und Bretter liegen dort ständig bereit, weil Protestaktionen von Schülern, Studenten, Eltern und Lehrern gegen die Schulbehörde seit Jahren gang und gäbe sind. Der Oberschulrat Kaiser und Schulsenator Grolle ließen sich verleugnen, wollten dann aber zwei Vertreter reinlassen. Die Antwort der Schüler war lautstark und entschlossen: „Alle oder keiner!" Am nächsten Tag belagerten sie die Sprechstunde des Schulrats im Wilhelmsburger Rathaus und verteilten Flugblätter, was auch durch die Polizei nicht verhindert werden konnte.

In der ersten Prozeßrunde entschied



das Gericht auf „Störung des Betriebsfriedens", und die Lehrerin darf seit 1.10. nicht mehr an der Schule arbeiten. Jetzt wird die nächste Prozeßrunde vorbereitet und dazu in Wilhelmsburg eine Veranstaltung durchgeführt.

In Wilhelmsburg wohnen vor allem Arbeiter und einfache Leute mit vielen Klassenkampferfahrungen. Sie bekämpfen die Schulunterdrückung als Teil der zunehmenden Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. In einer Pilot-Studie hat der Hamburger Senat untersuchen lassen, daß in Wilhelmsburg 26% aller Hauptschulabgänger keinen Abschluß bekommen und 14,3% (Gesamt-Hamburg 8,6%) der Jugendlichen arbeitslos sind. Sonderschulen, Psychiatrie, Knast, Sozialhilfe und Zwangsarbeit werden als geeignete „Abhilfe"maßnahmen angepriesen.

## Landeseinheitliche Fachschaftsratswahlen in Baden-Württemberg sind erreichbar

### Landesweite Konferenz der Fachbereichsgruppen und Fachschaften am 11. November in Stuttgart

*z.mas.* Daß es dem ehemaligen baden-württembergischen Kultusminister Hahn gelungen ist, das gesetzliche Verbot der studentischen Vertretungen, der ASten und Fachschaften durchzusetzen und einen beträchtlichen Teil dieser Vertretungen zu zerschlagen, wird ihm von der Bourgeoisie als bleibendes Verdienst angerechnet. Daß es ihm dennoch nicht gelingen konnte, die Studentenmassen der vollständigen Knebelung durch die Senatsasten als „Instrumente studentischer Mitwirkung" unter Federführung der Hochschulrektoren zu unterwerfen, hat seine Ablösung und die Einrichtung eines besonderen Hochschulministeriums Engles befördert. Im großen und ganzen ist der Bourgeoisie die Zerschlagung der Fachschaften nie gelungen. Sie konnte auch nicht gelingen, denn diese Vertretungen sind für jeden noch so elementaren Kampf gegen die Professorenreaktion unverzichtbar. Heftige Schläge haben die Kämpfe der Studentenmassen gegen die Professorenreaktion an den Fachbereichen der Bourgeoisie erneut versetzt.

Am Fachbereich Mathematik der Universität Heidelberg haben die Studenten am Ende des vergangenen Semesters mehrere Wochen eine Vorlesung bestreikt, um die Rücknahme von Strafanzeigen gegen die Fachschaftsvertretung zu erreichen. Zu Beginn des Wintersemesters wurde die Fachschaft vom Rektor relegiert. Am 6. November führt die Fachschaft Wirtschaftswissenschaften der Universität Karlsruhe einen Warnstreik gegen eine neue Prüfungsordnung durch, nachdem bereits vor zwei Wochen eine Demonstration zum Dekanat stattgefunden hatte. Diese Kämpfe müssen unterstützt werden. Aber ihnen sind in ihrer Zersplitterung Schranken gesetzt, wogegen die Möglichkeiten der Reaktionäre groß sind, ihre Kräfte zur Unterdrückung des jeweiligen Kampfes zu konzentrieren.

„Wir sind der Meinung, daß es jetzt höchste Zeit ist, die Bewegung gegen die Landesregierung, die Universitätsleitungen und Fakultäten, in einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen. So können wir vorankommen in der Erkämpfung des Koalitions- und Streikrechts für die Studenten und der Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit... Die Durchführung einheitlicher Fachschaftswahlen an allen Hochschulen Ende November ist gegen alle diese Pläne der Landesregierung der richtige Schritt, wo wir unsere Kraft, die in unserem organisierten Zusammenschluß für unsere Forderungen gegen die Studienbedingungen besteht, zusammenfassen können." Das hat die Fachschaft Chemie der Universität Heidelberg in einem Brief „An alle!" an über 250 Fachschaftsvertretungen, Asten, gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Organisationen geschrieben. Breite Unterstützung findet dieser Vorschlag an allen Hochschulen des Landes. Fachschaftsvertretungen, die um die 15000 Studenten vertreten, haben diesen Vorschlag begrüßt. Fachbereichsgruppen, zum Teil von Fachbereichen, an denen Fachschaften zur Zeit nicht bestehen, haben in vergleichbarer Zahl diesen Vorschlag unterstützt.

„Wer heute etwas von Neuwahlen erzählt, bringt die Errungenschaften der Heidelberger Studenten, die von ihnen gewählten Fachschaften, in Gefahr", vergipfelte sich die von den Revisionisten besetzte Fachschaft Germanistik an der Universität Heidelberg angesichts des Briefs der Chemikervertretung. Im vergangenen Semester mag mancher noch zu Recht die schlichte Existenz einer Fachschaft für eine „Errungenschaft" gehalten haben. Schon da ging es um eine Position, die die Studentenbewegung nur ausbauen oder verlieren kann. Jetzt aber erkennt die gewerkschaftlich organisierte Studentenbewegung immer besser, daß es ansteht, vorwärtszugehen und die Voraussetzungen für große Kampfaktionen und erfolgreiche Schritte im Wiederaufbau der ASten und im Kampf um ihre Anerkennung zu machen. Die Heidelberger Revisionisten wollen ihr Stöhnen dem Brief der Fachschaft Chemie hinterherschicken. Das kann man nur begrüßen. Von der Errungenschaft solcher Erbärmlichkeit halten die Studentenmassen nichts.

Von der Universität Stuttgart aus haben die Fachschaften Elektrotechnik und Architektur zu einer landesweiten Konferenz eingeladen, um einen einheitlichen Aufruf für Fachschaftswahlen im ganzen Land zu beschließen. Der Vertreter des MSB Spartakus in der Fachschaft Architektur hat dies unterstützt. In bundesweiten Aktionstagen vom 27.11. bis 2.12., wo auch die landesweiten Fachschaftswahlen stattfinden sollen, wollen die Revisionisten – halten wir uns an ihren Aufruf – „zeigen, daß Gesetze, die die Verfaßte Studentenschaft liquidieren sollen, Papier und die ASten und Fachschaften lebendig bleiben". Sollte sich da nicht doch der Vorschlag der Fachschaft Chemie als zweckmäßig und seine Unterstützung auch durch von Revisionisten besetzte Fachschaften als unumgänglich erweisen?

Daß vor Beginn dieses Semesters erstmalig keine landesweite Beratung der Studentenschaften stattgefunden hat, mag sich der Hochschulminister als Lorbeer ankränzen. Der Lorbeer ist bereits verwelkt; die landesweite Konferenz findet statt. Gut zwei Dutzend Fachschaften haben ihr Kommen versichert; ebenso haben die Studentenparlamente der PF Reutlingen und der PH Ludwigsburg Vertreter entsandt. Weit mehr Vertretungen werden dies beraten. Daß es in Stuttgart zu einer eindeutigen Beschlußfassung über die Fachschaftswahl und für ein Aktionsprogramm der Fachbereichsgruppen kommt, darum geht jetzt der Kampf. Er kann zum Erfolg geführt werden.

## Erörterung des gesetzlichen Gebührenbegriffs oder Kampf gegen das Energieprogramm

### Studenten sollen Grohnde-Demonstration in Hausarbeit erörtern

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Münsterland-Emsland für die Universität Osnabrück, Abt. Vechta, FH Osnabrück, Kath. FH — 31. Oktober 1978 — Nr. 11

*z.pir.* Mit folgender Hausarbeit sollen sich nach dem Willen der Professoren Küchenhoff (SPD-MdL) und Jahn (CDU-MdB) und zweier OVG-Richter einige hundert Studenten in den nächsten Wochen beschäftigen:

finanzieren, weil der ja im Interesse aller nötig sei.

Die Professorenriege geht noch einen Schritt weiter. Ihr OKD will gleich noch die Kosten des ganzen Einsatzes bezahlt haben. Sie setzen in ihrem Fall

„wie der Demonstrationsleiter diese (seine bzw. der Profs) Auffassungen mit Erfolg durchsetzen kann." Danach sollen die Studenten sich in ellenlangen Definitionen und Lehrmeinungen darüber auslassen, was der „allgemein, insbesondere gesetzlich anerkannte Gebührenbegriff" sei und inwieweit danach die Kosten für „Schutz und Sicherung der Demonstration zum Wohle der Allgemeinheit" den Teilnehmern oder Leitern aufgebürdet werden könne oder auch nicht.

Strafanzeigen gegen die Fachschaftsvertretung zu erreichen. Zu Beginn des Wintersemesters wurde die Fachschaft vom Rektor relegiert. Am 6. November führt die Fachschaft Wirtschaftswissenschaften der Universität Karlsruhe einen Warnstreik gegen eine neue Prüfungsordnung durch, nachdem bereits vor zwei Wochen eine Demonstration zum Dekanat stattgefunden hatte. Diese Kämpfe müssen unterstützt werden. Aber ihnen sind in ihrer Zersplitterung Schranken gesetzt, wogegen die Möglichkeiten der Reaktionäre groß sind, ihre Kräfte zur Unterdrückung des jeweiligen Kampfes zu konzentrieren.

„Wir sind der Meinung, daß es jetzt

stützt.

„Wer heute etwas von Neuwahlen erzählt, bringt die Errungenschaften der Heidelberger Studenten, die von ihnen gewählten Fachschaften, in Gefahr", vergipfelte sich die von den Revisionisten besetzte Fachschaft Germanistik an der Universität Heidelberg angesichts des Briefs der Chemikervertretung. Im vergangenen Semester mag mancher noch zu Recht die schlichte Existenz einer Fachschaft für eine „Errungenschaft" gehalten haben. Schon da ging es um eine Position, die die Studentenbewegung nur ausbauen oder verlieren kann. Jetzt aber erkennt die gewerkschaftlich organisierte Studentenbewegung immer besser, daß es

Daß vor Beginn dieses Semesters erstmalig keine landesweite Beratung der Studentenschaften stattgefunden hat, mag sich der Hochschulminister als Lorbeer ankränzen. Der Lorbeer ist bereits verwelkt; die landesweite Konferenz findet statt. Gut zwei Dutzend Fachschaften haben ihr Kommen versichert; ebenso haben die Studentenparlamente der PF Reutlingen und der PH Ludwigsburg Vertreter entsandt. Weit mehr Vertretungen werden dies beraten. Daß es in Stuttgart zu einer eindeutigen Beschlußfassung über die Fachschaftswahl und für ein Aktionsprogramm der Fachbereichsgruppen kommt, darum geht jetzt der Kampf. Er kann zum Erfolg geführt werden.

## Erörterung des gesetzlichen Gebührenbegriffs oder Kampf gegen das Energieprogramm

### Studenten sollen Grohnde-Demonstration in Hausarbeit erörtern

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Münsterland-Emsland für die Universität Osnabrück, Abt. Vechta, FH Osnabrück, Kath. FH — 31. Oktober 1978 — Nr. 11

*z.pir.* Mit folgender Hausarbeit sollen sich nach dem Willen der Professoren Küchenhoff (SPD-MdL) und Jahn (CDU-MdB) und zweier OVG-Richter einige hundert Studenten in den nächsten Wochen beschäftigen:

„Im Kreis A kommt es während eines angemeldeten Demonstrationszuges gegen den Bau eines Kernkraftwerkes zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Polizei Federn lassen muß... Nach der Demonstration fordert der Oberkreisdirektor (OKD) als Polizeibehörde vom Demonstrationsleiter L die Entrichtung von Gebühren für den Polizeieinsatz in Höhe von 38260 DM. Zusätzlich zum Ersatz von Kosten für Heilbehandlung, Wiederbeschaffung und Instandsetzung von ‚Polizeimaterial' will der OKD die Kosten einiger Fuhrunternehmer, die auf seine Anweisung hin während der Demonstration Info-Stände abgerissen und wegtransportiert haben, von L ersetzt bekommen."

Ein Fall aus dem Leben! Hat doch z.B. die Bezirksregierung Hannover erst am 14.9.1978 18 Teilnehmern der Grohnde-Demonstration Schadenersatzforderungen in Höhe von jeweils 12995,89 DM zugeschickt. Für den „Schaden am Polizeimaterial" in Höhe von 233926,09 DM soll jeder der 18 gemäß §823 Abs.1 und 2 BGB i.V.m. §§223, 223a StGB und 303 StGB sowie §§830, 840 BGB, §95 NBG in vollem Umfang als Gesamtschuldner haften. Das Ultimatum, die Teilzahlungen zu leisten, ist auf den 20.10.78 befristet.

Wenn Polizeitruppen beim Versuch, kapitalistisches Privateigentum zu schützen, (hier der KWU) von den Volksmassen Prügel beziehen, sollen diese ihnen noch die Heilkosten bezahlen, damit sie fit für den nächsten Einsatz sind. Die Vorstellung entspricht vollständig der Logik der Bourgeois, nicht sie, sondern das Volk hätte den staatlichen Unterdrückungsapparat zu

finanzieren, weil der ja im Interesse aller nötig sei.

Die Professorenriege geht noch einen Schritt weiter. Ihr OKD will gleich noch die Kosten des ganzen Einsatzes bezahlt haben. Sie setzen in ihrem Fall
einen ausgemachten Opportunisten an die Spitze der Demonstration, der „die Schadensersatzforderungen (Grohnde 233000 DM) im Einzelfall anerkennt" und nur gegen die Gebühren für die Demonstration überhaupt und die Beseitigung der Info-Stände angeht. Er meint: „Schutz und Sicherung einer Demonstration könnten wie jeder hoheitliche Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit, insbesondere von Polizeikräften, nach dem allgemein anerkannten Gebührenbegriff niemals gebührenpflichtig gemacht werden."

Die Linie der Hausarbeit wird klar. Die Masse der Studenten, die gegen Beschränkungen der Demonstrationsfreiheit ist, soll so unter der Hand die laufenden Schadensersatzforderungen erst schon mal akzeptieren. Dann müssen sie den verqueren Gedanken des von den Professoren konstruierten Demonstrationsleiters folgen, denn als Ergebnis wird nicht nach der Rechtslage allgemein, sondern danach gefragt,

„wie der Demonstrationsleiter diese (seine bzw. der Profs) Auffassungen mit Erfolg durchsetzen kann." Danach sollen die Studenten sich in ellenlangen Definitionen und Lehrmeinungen darüber auslassen, was der „allgemein, insbesondere gesetzlich anerkannte Gebührenbegriff" sei und inwieweit danach die Kosten für „Schutz und Sicherung der Demonstration zum Wohle der Allgemeinheit" den Teilnehmern oder Leitern aufgebürdet werden könne oder auch nicht.

Wir sind völlig dagegen, daß man die Sache *so* verhandelt. Wir haben deshalb die Anwälte der in Grohnde und Brokdorf angeklagten Demonstrationsteilnehmer um Zusendung der jeweiligen Klagen und Klageerwiderungen gebeten. Wir rufen deshalb die Studenten, die die Hausarbeit schreiben müssen, auf, die Materialien und die Hausarbeit gemeinsam zu besprechen und in Arbeitsgruppen dann kritisch zu bewältigen.

Eine Wandzeitung, auf der die Schadensersatzforderungen gegen die Grohnde-Demonstranten dokumentiert und als Vorlage der Hausarbeit gekennzeichnet wurden, fand großes Interesse am Fachbereich. Während sich die Studenten an die Arbeit machten und einige eine Kritikgruppe gründeten, mußte Küchenhoff in der Vorlesung drohen: „Schadensersatzansprüche haben in dieser Arbeit nichts zu suchen."

### Engels: Über die Theoretiker des Staatsrechts

„Der Staat aber, einmal eine selbständige Macht geworden gegenüber der Gesellschaft, erzeugt alsbald eine weitere Ideologie. Bei den Politikern von Profession, bei den Theoretikern des Staatsrechts und den Juristen des Privatrechts nämlich geht der Zusammenhang mit den ökonomischen Tatsachen erst recht verloren. Weil in jedem einzelnen Falle die ökonomischen Tatsachen die Form juristischer Motive annehmen müssen, um in Gesetzesform sanktioniert zu werden, und weil dabei auch selbstverständlich Rücksicht zu nehmen ist auf das ganze schon geltende Rechtssystem, deswegen soll nun die juristische Form alles sein und der ökonomische Inhalt nichts. Staatsrecht und Privatrecht werden als selbständige Gebiete behandelt, die ihre unabhängige geschichtliche Enwicklung haben, die in sich selbst einer systematischen Darstellung fähig sind und ihrer bedürfen durch Ausrottung aller Widersprüche."

(Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21 S. 302)

# „Transarktische Route" Murmansk – Wladiwostok

*z.mih.* Für die Verbesserung der Schlagkraft der sowjetischen Marine, für den Krieg um die Weltherrschaft ist größere Mobilität vonnöten. In großangelegten Manövern haben die Sozialimperialisten bereits im April 1975 die Vereinigung ihrer Baltik-Flotte mit der Nordischen Flotte üben lassen, d.h. die Verbindung ihrer Einheiten in der Barent-See mit denen im Nordatlantik. In diese Übung war die Handelsschiffahrt miteinbezogen. Ein simulierter Konvoi wurde vor dem Nordkap intensiven Luftangriffen ausgesetzt. Was die Sozialimperialisten interessiert, ist die Frage, ob es ihnen gelingen kann, den Nachschub aus den asiatischen Teilen des Landes sicherzustellen.

Für den Krieg in Europa soll die Verbindung der um Europa stationierten Einheiten mit der Pazifik-Flotte gesichert werden. Allein dem Kommando in Wladiwostok unterstehen 750 Einheiten: 10 Kreuzer mit verschiedenen Raketen, 80 Zerstörer, 125 U-Boote, davon 50 atombetrieben, 300 kleinere Schiffe und 240 Begleit- und Versorgungseinheiten. Die Heranführung dieser Verbände über den Indischen Ozean ist viel zu zeitraubend und aufgrund der internationalen politischen Lage kaum zu bewerkstelligen. Die blockfreien Staaten und insbesondere die Anlieger des Indischen Ozeans fordern energisch dessen Verwandlung in eine Zone des Friedens und verlangen den bedingungslosen Abzug der fremden Flottenverbände und die Auflösung der Militärstützpunkte. Ein Ausweichen der Sozialimperialisten auf „heimische" Gewässer scheint da angeraten, ist aber mit Schwierigkeiten verbunden, da diese bislang nur kurze Zeit passierbar waren aufgrund der Witterungsbedingungen. Durch den Einsatz atombetriebener Eisbrecher, die in langjähriger „internationaler Arbeitsteilung" entwickelt worden sind, ist nun die Errichtung der „transarktischen Route" möglich. Die Eisbrecher halten die Fahrrinne frei von der Barent-See, vorbei am Atomwaffen-Testgebiet Nowaja Zemlja, durch die Kara-See bis zur Behringstraße, genauer gesagt bis zu zweien der drei Stützpunkthäfen der Pazifik-Flotte, Wladiwostok und Petropawlowsk.

Speziell konstruierte Frachtschiffe für das Eismeer, aus der DDR geliefert, nutzen die transarktische Route für die rasche Beförderung der strategisch wichtigen Rohstoffe aus Sibirien. Monatelang haben U-Boote unter dem arktischen Eis neue, kürzere Wege gesucht. Ende Oktober meldeten die Sozialimperialisten, daß der atombetriebene Eisbrecher „Sibir" von einer „erfolgreichen Reise durch schweres Eis" zurückgekehrt sei. Die Besatzung hat die Aufgabe abgeschlossen, kürzere Verbindungsstrecken zwischen der Halbinsel Kola und Magadan durch das arktische Becken zu erforschen. Magadan liegt an der Küste des Ochotskischen Meeres, Kamtschatka gegenüber, nördlich von Wladiwostok. Die Fahrt der „Sibir" war die Generalprobe auf die Verbindung der beiden wichtigsten Marinestützpunkte der Sowjetunion in Murmansk und in Wladiwostok.

Von den japanischen Imperialisten hat die Sowjetunion jetzt Schwimmdocks (80000 t, 330 Meter lang, 84 Meter breit) gekauft, die für Reparatur- und Überholungsarbeiten genutzt werden. Sie sind mit 25 Senkrechtstartern und 25 Helikoptern ausgestattet und zumeist in den nördlichen Meeren stationiert. Ende Oktober wurde die Pazifik-Flotte mit der ersten dieser schwimmenden Inseln ausgestattet.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Verbesserung der „Mobilität" der „roten Flotte" ist die planmäßige Erneuerung und Vergrößerung der Marineeinheiten. 1976 umfaßte die sowjetische Flotte 449 Unterseeboote, 939 Überwasser-Kampfeinheiten, 386 Minensucher und -leger, 200 Landungsschiffe und 1381 Marinefliegerkräfte. 40% dieses Bestandes stammt aus den 50er und 60er Jahren. Seither werden jährlich 12 neue atombetriebene U-Boote, 2 Kreuzer und 4 Zerstörer in Dienst gestellt. Dazu sind neue Kapazitäten auf den Werften im Raum Murmansk geschaffen und die Abgaben der „Bruderländer" erhöht worden. Die Hebung der Qualität der Logistik, der Reichweite, Bestückung und Geschwindigkeit der Kriegsschiffe soll durch wachsende „sozialistische Integration" gewährleistet werden. Gleichzeitig haben die neuen Zaren die Halbinsel Kola unweit der Grenze zu Nordnorwegen zum größten Marinestützpunkt der Welt ausbauen lassen. Ständig werden neue Verbände von Luftwaffe und Armee dorthin verlegt. Mit der Errichtung der „transarktischen Route" untermauern die Sozialimperialisten ihre Aggressionsakte gegen die Nordseeländer, vor allem gegen Norwegen, in der Absicht, sich in der Nordsee ein Hausrecht zu erpressen.

# Benzinkostenerstattung! Dienstausgleich! Lohnfortzahlung!

## Vertrauensleutewahlen in den Kasernen

*r.cog.* „Das Einritzen des Namens in die Tischplatte, das Beschmieren von Toilettenwänden, das Mitnehmen von Gläsern, Geschirr und Besteck auf die Stube oder der Versuch, aus dem Automaten Zigaretten oder eine Büchse Cola mit wenig oder ohne Geld herauszuholen ..." usw., das zu verhindern soll nach „W 15-Magazin für junge Soldaten" (4/78), der Kantinenpostille des Bundesverteidigungsministeriums, die Aufgabe der Vertrauensmänner in der Bundeswehr sein. Rechtzeitig zu den Vertrauensmännerwahlen, die jetzt in den Kasernen stattgefunden haben, ist dieses Heft herausgekommen. Mit dem Artikel hat das Ministerium einen Versuch unternommen, die Forderungen der Soldaten zu unterdrücken. Apels „Angebot" mit zwei bezahlten Zugheimfahrten ist auf breiteste Ablehnung unter den Soldaten gestoßen, wie die Briefe der 156 Soldaten der Deutschordenskaserne Bad Mergentheim und der 152 Soldaten der Nibelungenkaserne Walldürn zum Ausdruck bringen.

Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Vertrauensleutewahlen wurden die Forderungen diskutiert, die in den Briefen erhoben werden, nach Bezahlung aller Benzinkosten und Rücknahme des Disziplinarverfahrens gegen den Gefreiten Peters, der wegen Unterschriftensammlung in der Deutschordenskaserne Bad Mergentheim zu 6 Tagen Arrest verurteilt worden war.

Ein Soldat des Panzerpionierbataillons in Bad Mergentheim, der den Kampf von Anfang an unterstützt hat und gegen die Disziplinarmaßnahme aufgetreten ist, wurde von den Soldaten seiner Einheit zum Vertrauensmann gewählt. In der Walldürner Kaserne wurden in zwei Kompanien Vertrauensmänner gewählt, die die Unterschriftensammlung selber unterstützt haben und die Forderungen vertreten. In einer der beiden Kompanien konnte im politischen Unterricht die Vorstellung der Kandidaten durchgesetzt werden. Der Soldat, der später gewählt wurde, knüpfte an seine Arbeit im öffentlichen Dienst als Vertrauensmann und griff die Zusatz- und Wach- und Bereitschaftsdienste an. Gemeinsam mit den Soldaten der Kompanie wird dort jetzt eine Untersuchung durchgeführt über Lohnausfall, Verschuldung und Kosten der Heimfahrt, um die Forderungen der Soldatenbewegung gegenüber der Bundeswehrführung bekräftigen zu können.

„Im Rahmen von Bestandsaufnahmen im Bundesministerium der Verteidigung wird gegenwärtig dies Anliegen (nach voller Erstattung der Benzinkosten) durch eine Kommission geprüft. Bei dieser Prüfung werden neben dem verständlichen Anliegen der Soldaten auch die Gesichtspunkte der Fürsorge und der Verkehrssicherheit Berücksichtigung finden müssen, dies insbesondere angesichts der hohen Zahl von




Das sind die Aufgaben des Vertrauensmanns aus Sicht der Armeeführung und nach dem Soldatengesetz.

Verkehrsunfällen bei PKW-Fahrten von Soldaten außer Dienst", schreibt die Lokalzeitung „Fränkische Nachrichten" in einem Kommentar zu dem Brief der Walldürner Soldaten, den sie abdrucken mußte. Der Kampf für die Erstattung der Benzinkosten ist ein Teil des Kampfes für Lohnfortzahlung.

Apels Versuche, die Soldatenbewegung zu spalten und zu unterdrücken, können mit diesen Forderungen zurückgeschlagen werden. Die gewählten Vertrauensleute werden diese durch die Untersuchung bekräftigen.

# Französische Besatzer als Lohndrücker bei der Weinernte eingesetzt

*z.klh.Trier.* Vor zehn Tagen sind die in Trier stationierten französischen Besatzertruppen aufgefordert worden, sich „freiwillig" zur Weinlese zu melden. Das solle der „Völkerverständigung" dienen, gab die französische Armeeführung bekannt. Eingesetzt werden die Besatzersoldaten bei der Weinlese im Weinbaugebiet Mosel/Saar/Ruwer. Für 8 Stunden Arbeit im Wingert gibt es 35 DM, das macht einen Stundenlohn von knapp 4,38 DM.

Der Aufruf der Armeeführung ist unter den zwangsrekrutierten französischen Besatzersoldaten auf wenig Begeisterung gestoßen. In einer Kompanie von 150 Mann hat sich gerade ein Viertel gemeldet, von denen dann schließlich nur sechs zur Weinlese abkommandiert wurden. In anderen Kompanien haben sich noch weniger gemeldet. Aufgrund des Hungersolds von 270 Francs, rd. 130 DM im Monat, den die zwangsrekrutierten Besatzersoldaten bekommen, hatte die Armeeführung damit gerechnet, daß diese in Begeisterung ausbrechen.

Die Besatzersoldaten haben der Armeeführung erst einmal den Rücken gezeigt, bei solchen Stundenlöhnen, wo sie genau wissen, daß ansonsten bei der Weinlese Stundenlöhne von 5 DM bis 7 DM gezahlt werden. Der Zweck dieses Aktes von „Völkerverständigung", der den ansässigen westdeutschen Volksmassen einmal mehr demonstrieren sollte, daß die französischen Besatzertruppen vom westdeutschen Territorium nicht wegzudenken sind und obendrein noch „nützliches" leisten, wobei das Nützliche sowieso nur in den Geldsack der großen Weinbauern wandert, ist mißglückt.

Daß sich in dieser Kompanie trotzdem rund ein Viertel zu diesem Einsatz gemeldet hat, hat vor allem zwei Gründe, wie uns französische Besatzersoldaten berichten: Einmal ist es der elend niedrige Sold, zum anderen aber die Aussicht, wenigstens ein paar Tage der Kasernenunterdrückung zu entkommen. Vom Wecken morgens um 6 Uhr bis 18.30 Uhr, wo sie dann dienstfrei haben, sind sie den endlosen Schikanen ihrer Vorgesetzten ausgesetzt.

In der großen Garnison Wittlich, unweit von Trier wurde jetzt ein Soldatenkomitee aufgebaut, das eine Unterschriftensammlung für Solderhöhung, heimatnahe Stationierung und Bezahlung der Heimfahrten durchführte. Der französischen Armeeführung ist das schon zu viel gewesen. Soldaten, die die Unterschriftensammlung unterstützten, wurden verhört, ein Soldat war gleich für zwei Wochen verschwunden, ohne daß jemand erfuhr, wohin. Wahrscheinlich wurde er in den Bau eingelocht, anschließend ist er gleich, ohne noch mit jemanden sprechen zu können, versetzt worden.

Man muß das richtig sehen. Es gibt keinen Grund für die westdeutschen Volksmassen die Forderung nach „heimatnaher Stationierung" zu unterstützen. Als ob die französischen Besatzertruppen „heimatnah" an der französischen Grenze eher geduldet werden könnten, als mitten im westdeutschen Territorium.

Unterstützung können die zwangsrekrutierten französischen Soldaten von den westdeutschen Volksmassen nur erwarten, wenn sie ihre Forderung nach Solderhöhung mit der Forderung nach Abzug der Besatzertruppen aus Westdeutschland verbinden.

wichtigen Rohstoffe aus Sibirien. Monatelang haben U-Boote unter dem arktischen Eis neue, kürzere Wege gesucht. Ende Oktober meldeten die Sozialimperialisten, daß der atombetriebene Eisbrecher „Sibir" von einer „erfolgreichen Reise durch schweres Eis" zurückgekehrt sei. Die Besatzung hat die Aufgabe abgeschlossen, kürzere Verbindungsstrecken zwischen der Halbinsel Kola und Magadan durch das arktische Becken zu erforschen. Magadan liegt an der Küste des Ochotskischen Meeres, Kamtschatka gegenüber, nördlich von Wladiwostok. Die Fahrt der „Sibir" war die Generalprobe auf die Verbindung der beiden wichtigsten Marinestützpunkte der Sowjetunion in Murmansk und in Wladiwostok.

Von den japanischen Imperialisten hat die Sowjetunion jetzt Schwimmdocks (80000 t, 330 Meter lang, 84 Meter breit) gekauft, die für Reparatur- und Überholungsarbeiten genutzt werden. Sie sind mit 25 Senkrechtstartern und 25 Helikoptern ausgestattet und zumeist in den nördlichen Meeren stationiert. Ende Oktober wurde die Pazifik-Flotte mit der ersten dieser schwimmenden Inseln ausgestattet.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Verbesserung der „Mobilität" der „roten Flotte" ist die planmäßige Erneuerung und Vergrößerung der Marineeinheiten. 1976 umfaßte die sowjetische Flotte 449 Unterseeboote, 939 Überwasser-Kampfeinheiten, 386 Minensucher und -leger, 200 Landungsschiffe und 1381 Marinefliegerkräfte. 40% dieses Bestandes stammt aus den 50er und 60er Jahren. Seither werden jährlich 12 neue atombetriebene U-Boote, 2 Kreuzer und 4 Zerstörer in Dienst gestellt. Dazu sind neue Kapazitäten auf den Werften im Raum Murmansk geschaffen und die Abgaben der „Bruderländer" erhöht worden. Die Hebung der Qualität der Logistik, der Reichweite, Bestückung und Geschwindigkeit der Kriegsschiffe soll durch wachsende „sozialistische Integration" gewährleistet werden. Gleichzeitig haben die neuen Zaren die Halbinsel Kola unweit der Grenze zu Nordnorwegen zum größten Marinestützpunkt der Welt ausbauen lassen. Ständig werden neue Verbände von Luftwaffe und Armee dorthin verlegt. Mit der Errichtung der „transarktischen Route" untermauern die Sozialimperialisten ihre Aggressionsakte gegen die Nordseeländer, vor allem gegen Norwegen, in der Absicht, sich in der Nordsee ein Hausrecht zu erpressen.

schriftensammlung in der Deutschordenskaserne Bad Mergentheim zu 6 Tagen Arrest verurteilt worden war.

und der Verkehrssicherheit Berücksichtigung finden müssen, dies insbesondere angesichts der hohen Zahl von

rückgeschlagen werden. Die gewählten Vertrauensleute werden diese durch die Untersuchung bekräftigen.

Französische Besatzer als Lohndrücker bei der Weinernte eingesetzt

z.klh.Trier. Vor zehn Tagen sind die in Trier stationierten französischen Besatzertruppen aufgefordert worden, sich „freiwillig" zur Weinlese zu melden. Das solle der „Völkerverständigung" dienen, gab die französische Armeeführung bekannt. Eingesetzt werden die Besatzersoldaten bei der Weinlese im Weinbaugebiet Mosel/Saar/Ruwer. Für 8 Stunden Arbeit im Wingert gibt es 35 DM, das macht einen Stundenlohn von knapp 4,38 DM.

Der Aufruf der Armeeführung ist unter den zwangsrekrutierten französischen Besatzersoldaten auf wenig Begeisterung gestoßen. In einer Kompanie von 150 Mann hat sich gerade ein Viertel gemeldet, von denen dann schließlich nur sechs zur Weinlese abkommandiert wurden. In anderen Kompanien haben sich noch weniger gemeldet. Aufgrund des Hungersolds von 270 Francs, rd. 130 DM im Monat, den die zwangsrekrutierten Besatzersoldaten bekommen, hatte die Armeeführung damit gerechnet, daß diese in Begeisterung ausbrechen.

Die Besatzersoldaten haben der Armeeführung erst einmal den Rücken gezeigt, bei solchen Stundenlöhnen, wo sie genau wissen, daß ansonsten bei der Weinlese Stundenlöhne von 5 DM bis 7 DM gezahlt werden. Der Zweck dieses Aktes von „Völkerverständigung", der den ansässigen westdeutschen Volksmassen einmal mehr demonstrieren sollte, daß die französischen Besatzertruppen vom westdeutschen Territorium nicht wegzudenken sind und obendrein noch „nützliches" leisten, wobei das Nützliche sowieso nur in den Geldsack der großen Weinbauern wandert, ist mißglückt.

Daß sich in dieser Kompanie trotzdem rund ein Viertel zu diesem Einsatz gemeldet hat, hat vor allem zwei Gründe, wie uns französische Besatzersoldaten berichten: Einmal ist es der elend niedrige Sold, zum anderen aber die Aussicht, wenigstens ein paar Tage der Kasernenunterdrückung zu entkommen. Vom Wecken morgens um 6 Uhr bis 18.30 Uhr, wo sie dann dienstfrei haben, sind sie den endlosen Schikanen ihrer Vorgesetzten ausgesetzt.

In der großen Garnison Wittlich, unweit von Trier wurde jetzt ein Soldatenkomitee aufgebaut, das eine Unterschriftensammlung für Solderhöhung, heimatnahe Stationierung und Bezahlung der Heimfahrten durchführte. Der französischen Armeeführung ist das schon zu viel gewesen. Soldaten, die die Unterschriftensammlung unterstützten, wurden verhört, ein Soldat war gleich für zwei Wochen verschwunden, ohne daß jemand erfuhr, wohin. Wahrscheinlich wurde er in den Bau eingelocht, anschließend ist er gleich, ohne noch mit jemanden sprechen zu können, versetzt worden.

Man muß das richtig sehen. Es gibt keinen Grund für die westdeutschen Volksmassen die Forderung nach „heimatnaher Stationierung" zu unterstützen. Als ob die französischen Besatzertruppen „heimatnah" an der französischen Grenze eher geduldet werden könnten, als mitten im westdeutschen Territorium.

Unterstützung können die zwangsrekrutierten französischen Soldaten von den westdeutschen Volksmassen nur erwarten, wenn sie ihre Forderung nach Solderhöhung mit der Forderung nach Abzug der Besatzertruppen aus Westdeutschland verbinden.

# Die „selbstlosen" Waffenlieferungen Großbritanniens an Sambia

*z.hef.London.* Sambia forderte im vorletzten Monat bei dem Treffen zwischen Präsident Kaunda und dem britischen Premierminister die Lieferung von Waffen, um gegen die Übergriffe des rhodesischen Siedlerregimes besser vorgehen zu können. In der letzten Woche begann der Lufttransport von Flugabwehrkanonen und -raketen von Typ „Tigercat" – fast 6 Wochen nach der Anforderung.

Die sambische Flugabwehr konnte gegen die Truppen des Smith-Regimes wenig ausrichten, als sie in der vorletzten Woche mit Kampfflugzeugen aus britischer Fertigung Sambia überfielen. Das britische Verteidigungsministerium gibt seine Version bekannt: Die vor zehn Jahren von Sambia in Großbritannien gekauften Rapier-Systeme hätten nicht funktioniert, so hätte eine kürzlich entsandte Beraterdelegation herausgefunden, weil sie „zu komplex" seien, „um von den Sambiern – die nur eine beschränkte Zahl von Technikern haben – bedient zu werden". (Guardian, 2.11.) Sowohl das britische Fernsehen wie verschiedene Zeitungen berichten versehentlich die tatsächlichen Ursachen: Es fehlen seit längerer Zeit Ersatzteile und Ersatzraketen, die von Großbritannien nicht geliefert wurden.

Sowohl Verzögerung der Lieferungen von Ersatzteilen als auch die späten Lieferungen der jetzigen Systeme sind ein direkter Beitrag der britischen Regierung zum Gelingen der Überfälle ihres Regimes in Zimbabwe gegen Sambia. Am 30. Oktober demonstrierten mehrere hundert Studenten in Lusaka und griffen auf Transparenten die britische und die US-Regierung wegen ihrer Komplizenschaft bei den Überfällen an.

Sambia mußte große Anstrengungen unternehmen, um sich von der kolonialen und neokolonialen Einmischung der Imperialisten Schritt für Schritt zu befreien. Die britischen Imperialisten erreichten, daß die alte Kolonialarmee unangetastet blieb, als Sambia nach langem Kampf 1964 unabhängig wurde. 1971 entließ Präsident Kaunda den (britischen) Brigadegeneral Reid, der die Armee kommandierte, und mit ihm 15 weitere hohe britische Armeeoffiziere sowie zwei Luftwaffenoffiziere. Sie wurden durch Sambier ersetzt. Um Sambias Luftwaffe gegen die Bedrohung der von den Imperialisten gepäppelten Sielerregimes zu stärken, wurde Anfang der siebziger Jahre mit Unterstützung der VR China die hochmoderne Luftwaffenbasis Mombwa gebaut. Die VR China unterstützte Sambia gleichzeitig bei dem Bau strategisch bedeutender Straßen und der Tansam-Bahn. Nach verschiedenen Versuchen der (überwiegend britischen) Fluglotsen, die Luftwaffentätigkeit zurückzuschrauben mit dem Hinweis auf die „gefährdete Sicherheit des Zivilverkehrs" wurde das gesamte europäische Flugsicherungspersonal entlassen und ein Vertrag mit Indien über die Besatzung und Ausbildung durch indische Fachleute geschlossen. Sambia wird regelmäßig nicht nur von Truppen des rhodesischen, sondern auch des südafrikanischen Siedlerregimes angegriffen. Das letztere verfügt über 345 Kampfflugzeuge, das erstere über 84. Sambia hat gerade 30. Präsident Kaunda verlangte von Callaghan auch die Lieferung anderer Waffen, wie z.B. von Flugzeugen. Die britischen Imperialisten lehnten ab, und liefern auch die Flugabwehrwaffen nur unter Bedingungen: Sie dürfen nur zur Verteidigung eingesetzt werden und sollen vor allem um Lusaka – also weit weg von der Grenze – stationiert werden. Das soll zumindest den Weg zu manchen Lagern für die rhodesischen Bomber freilassen. Außerdem werden 35 „Berater", die Hälfte von ihnen Soldaten, zu Ausbildungszwecken nach Sambia kommen.

Nigeria hat Sambia 4000 Soldaten, Flugzeuge und Piloten angeboten. Über das Angebot ist noch nicht entschieden. Es wurde *ohne* Bedingungen gemacht.

# Castro denkt an Dollar

*z.gek.* ,,Mein Denken ist nicht rein marxistisch-leninistisch, es ist auch nationalistisch und patriotisch'', hat Fidel Castro einer Gruppe von Exilkubanern aus den USA versichert, die er Ende August nach Kuba eingeladen hatte. Was immer Castro, rein oder nicht rein, denkt – der Wink mit dem Zaunpfahl hatte jedenfalls den bestimmten Zweck, eine neuerliche diplomatische Offensive Richtung Carter-Regierung einzuleiten. Dies hat auch zu Resultaten geführt. Seit September legt der Generalbundesanwalt der USA dem Ministerpräsidenten Kubas in kurzen Abständen Listen mit erwünschten Gefangenen vor, meistens früheren CIA-Söldnern, die es in der Schweinebucht oder bei anderen Gelegenheiten erwischt hat, und Castro liefert prompt und pünktlich. Ob und wieviel Dollars bei dem Deal im Spiel sind, ist nicht bekannt. Tatsache ist, daß Castro dringend welche braucht, dank der ,,internationalistischen Hilfe'' der Sozialimperialisten. Diese lassen sich den größten Teil der Zucker- und Tabakernte Kubas abliefern, und liefern im Gegenzug außer Gütern des täglichen Bedarfs vor allem Erdöl und Waffen. Nach Weltmarktpreisen bleibt ein Defizit von 3 Millionen Dollar *pro Tag*. Diese werden ,,großzügig'' verrechnet, d.h. im RGW umgelegt und Castro für die Söldnerdienste seines 40000-Mann-Afrikakorps gutgeschrieben. Die Stützpunktrechte für die sowjetische Flotte auf Kuba nicht zu vergessen. Resultat ist, daß Kuba eine drückende Schuldenlast von etlichen Milliarden Dollar bei den neuen Zaren mitschleppt und eine halbkolonial verkrüppelte Wirtschaft, die es aussichtslos macht, auf die eigenen Beine zu kommen. Jetzt gehen die Sozialimperialisten an die Bodenschätze Kubas, vor allem das Nickel, heran. Castro soll liefern und sich die nötigen Produktionsanlagen, vor allem eine große Fabrik zur Herstellung von Eisen-Nickel-Legierungen, in den USA kaufen. Und dazu eben braucht er Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba – und Dollar!

# Kanada: Sondergesetze gegen Streiks der Post- und Schiffsarbeiter

*z.gek.* Mit jeweils in einer Nacht durchs Parlament gepeitschten Sondergesetzen ist die kanadische Regierung gegen die Streiks von 23000 Postarbeitern sowie mehreren hundert Arbeitern der Schiffahrtsgesellschaften auf den Großen Seen und dem Sankt Lorenz vorgegangen. Diese hatten ei-



nen ,,Zurück-zur-Arbeit''-Befehl der Regierung zunächst nicht befolgt. Sie fordern Lohnerhöhung und Sicherheiten gegen die kapitalistische Rationalisierung. Durch die Sondergesetze hat sich die Regierung Vollmacht geben lassen, Polizei und Militär einzusetzen, die Streikführer bis zu zwei Jahren ins Gefängnis zu werfen, sowie alle Arbeiter fristlos zu entlassen, die zum angesetzten Termin nicht am Arbeitsplatz antreten. Die Gewerkschaftsführungen haben daraufhin den Streik für jeweils 90 Tage ausgesetzt, innerhalb deren sich ein staatlicher Schlichter versuchen wird.

Der kanadischen Bourgeoisie steht das Wasser am Hals. US-Monopole kontrollieren mit Investitionen von 34 Mrd. Dollar (1976) weitgehend den inneren Markt und monopolisieren zugleich *zwei Drittel* des gesamten kanadischen Außenhandels. Der Wert des US-Dollars, der überall gefallen ist, ist gegenüber dem kanadischen Dollar in den letzten zwei Jahren um fast *20% gestiegen*. D.h., die US-Imperialisten verkaufen ihre Industriewaren teuer und kaufen die kanadischen Rohstoffe spottbillig ein. Der Playboy Trudeau, der die Verwandlung des Landes in ein Militärzuchthaus vorantreibt, sieht nach den großen Streikbewegungen der kanadischen Arbeiterklasse in den letzten beiden Jahren ziemlich alt aus. Auch im Streik der Postarbeiter und Schiffsleute ist nichts gelöst.

# Nationale Unabhängigkeit für Kalatdlit Nunat (Grönland)!

*z.bag.* Am 1.1.79 will Dänemark Kalatdlit Nunat – so nennen die grönländischen Eskimos ihr Land – in die ,,Selbstverwaltung entlassen''. Die dänische Verwaltung Grönlands bereitet

Welt. Nach jahrhundertelangem Raubbau an Walen, Seehunden und Dorschen sind die Imperialisten heute in Kalatdlit Nunat gierig auf Öl, das seit 1975 vor der Küste gesucht wird;

arbeitern sowie mehreren hundert Arbeitern der Schiffahrtsgesellschaften auf den Großen Seen und dem Sankt Lorenz vorgegangen. Diese hatten ei-



nen ,,Zurück-zur-Arbeit''-Befehl der Regierung zunächst nicht befolgt. Sie fordern Lohnerhöhung und Sicherheiten gegen die kapitalistische Rationalisierung. Durch die Sondergesetze hat
ter fristlos zu entlassen, die zum angesetzten Termin nicht am Arbeitsplatz antreten. Die Gewerkschaftsführungen haben daraufhin den Streik für jeweils 90 Tage ausgesetzt, innerhalb deren sich ein staatlicher Schlichter versuchen wird.

Der kanadischen Bourgeoisie steht das Wasser am Hals. US-Monopole kontrollieren mit Investitionen von 34 Mrd. Dollar (1976) weitgehend den inneren Markt und monopolisieren zugleich *zwei Drittel* des gesamten kanadischen Außenhandels. Der Wert des US-Dollars, der überall gefallen ist, ist gegenüber dem kanadischen Dollar in den letzten zwei Jahren um fast *20% gestiegen*. D.h., die US-Imperialisten verkaufen ihre Industriewaren teuer und kaufen die kanadischen Rohstoffe spottbillig ein. Der Playboy Trudeau, der die Verwandlung des Landes in ein Militärzuchthaus vorantreibt, sieht nach den großen Streikbewegungen der kanadischen Arbeiterklasse in den letzten beiden Jahren ziemlich alt aus. Auch im Streik der Postarbeiter und Schiffsleute ist nichts gelöst.

Nationale Unabhängigkeit für Kalatdlit Nunat (Grönland)!

z.bag. Am 1.1.79 will Dänemark Kalatdlit Nunat – so nennen die grönländischen Eskimos ihr Land – in die ,,Selbstverwaltung entlassen''. Die dänische Verwaltung Grönlands bereitet
dafür auch die Herausgabe eigenen Geldes auf Basis der Dän. Krone vor – wie auf den Färöer-Inseln, wo es solche eigenen Kronen mit eigenem Bild, aber ohne selbständige ökonomische Funktionen schon gibt. So soll die ,,Selbstverwaltung'' aussehen. Gleichzeitig hat die Verwaltung beschlossen, den Ausschank von Alkohol für Grönländer zu rationieren und nach einem aufwendigen System von ,,Alkoholpunkten'' zu kontrollieren. Das ist so eine Idee von den Pharisäern der dänischen Imperialistenvereine in Grönland, der ,,Vereinigung dänischer Unternehmer auf Grönland'' und der ,,Königlich-dänischen Handelsgesellschaft''. Solch Kontrollsysteme mit




Transparente beim traditionellen Sommertreffen (,,Aussivik'') 1977 auf Kalatdlit Nunat: ,,Unterdrückte aller Länder, vereinigt euch! Gemeinsam sind wir stark!''

dem Heiligenschein der Heilsarmee haben sie bitter nötig, denn der Wind der grönländischen Unabhängigkeitsbewegung bläst ihnen kräftig ins Gesicht.

Diese Bewegung hat sich in den letzten Jahren verstärkt durch die zunehmend erbittert werdende Jagd der Kapitalisten nach den Rohstoffen der

Welt. Nach jahrhundertelangem Raubbau an Walen, Seehunden und Dorschen sind die Imperialisten heute in Kalatdlit Nunat gierig auf Öl, das seit 1975 vor der Küste gesucht wird;
auf Kryolit (für die Herstellung von Aluminium), Molybdän, Chrom, Zink und Blei. Sie sind gierig auf 15000 bis 30000 t Uran, die im westlichen Gebirge gefunden wurden. ,,Selbstverwaltung'' ist bei solchen Schätzen mehr als genug, sagen die Imperialisten.

In Händen halten sie die Schätze Grönlands noch lange nicht. Die Bohrarbeiten für das Erdöl gehen durch Protestaktionen der Fischer nicht recht voran. Im ersten Streik der grönländischen Arbeiterklasse haben die Arbeiter der Mine ,,Schwarzer Engel'' im vergangenen Jahr die gleiche Entlohnung für Grönländer durchgesetzt. Neben der Bewegung, die für ,,Eigenverwaltung'' eintrat und damit die Wahlen gewann, organisiert sich die Unabhängigkeitsbewegung neu in der ,,Inuit Ataqutgiit'', die die vollständige Trennung von Dänemark, das vollständige Eigentumsrecht über die Bodenschätze der Insel, den Austritt aus den imperialistischen Bündnissen sowie den Abzug der US-Besatzertruppen fordert.

# Carters ,,Anti-Inflations-Programm'' dient zur Sicherung der Inflationsgewinne der Monopole

## Nach der Entwertung der Löhne und Einkommen jetzt Generalangriff auf die Tariflöhne

*z.gek.* Zwei Monate hat sich Carter Zeit gelassen mit seinem schon im August angekündigten ,,Anti-Inflationsprogramm''. Wie's der Teufel will, war das eine Periode, in der die ,,Geldpolitik der Regierung Amok gelaufen zu sein scheint'' (Newsweek, 6.11.). Im September hat die Ausdehnung der umlaufenden Menge an Geldscheinen (M 1 in der Bezeichnung der bürgerlichen Ökonomen) eine Steigerungsrate von 16% erreicht. Zuvor lag sie schon bei 8-10%.

Die US-Imperialisten machen wirklich kein großes Geheimnis daraus, woher der Kursverfall des Dollar kommt (vgl. KVZ 44/78). Die hunderte Milliarden Dollar, die sie mit der Notenpresse auf den Weltmarkt geschmissen

weg über Barguthaben zwischen einer und vier Milliarden Dollar verfügen, die sie nicht investieren, sondern als Wucherkapital zu Zins ausleihen. Das Ergebnis ist eine ungeheure Akkumulation von neuem, frischem Kapital in den Händen der größten Monopole. Wie der Kursverfall des Dollar nach außen, ist auch diese Wirkung der Inflation im Innern für eine begrenzte Zeitperiode erwünscht und kalkuliert, um für Entscheidungsschlachten auf dem Weltmarkt zu rüsten.

Worum es sich jetzt für die US-Imperialisten handelt, ist, diese Teuerung selbst als Druckmittel *gegen* den Lohnkampf der Arbeiter einzusetzen und eine dauernde Senkung insbesondere der

Entscheidend ist der Angriff auf den Tariflohn. Carters Aufruf vom April an die Arbeiter, sich ,,als Amerikaner'' mit 5,5%-Abschlüssen zufriedenzugeben, ist unbeachtet geblieben. Die gesamte Lohnsumme, die die Kapitalisten nach den Tarifverträgen dieses Jahres herausrücken müssen, ist um 8,5% gestiegen. Sie verteilt sich allerdings sowohl auf Lohn- wie auf Zahlungen an Renten- und Krankenversicherungsfonds, und ist ebenso zwischen den verschiedenen Tarifverträgen ungleichmäßig verteilt. So haben die 3,5 Millionen Bundesbediensteten (einschließlich des Militärs) sich einem Lohndiktat von 5,5% unterwerfen müssen, in Kraft seit dem 1. Oktober. Nicht viel höher liegen die Abschlüsse vieler städtischer Arbeiter und Bediensteter, und ebenso der Tarifvertrag, der den 600000 Postarbeitern durch Zwangsschlichtung aufgenötigt wurde. Auch die Abschlüsse für die 300000 kommunalen Arbeiter und Angestellten in New York kommen dem Volumen nach kaum über 6%. Mit einem entscheidenden Unterschied: sie enthalten Mindest- und Festgeldforderungen, die es erlauben, die Einheit der verschiedenen Lohnkategorien zu wahren.

Auch in einer Reihe von Tarifverträgen in der Industrie, am erfolgreichsten im Vertrag der Kohlebergarbeiter, der 1 Dollar mehr pro Stunde für alle vorsieht, sind Mindest- und Festgeldforderungen zunehmend enthalten. Diese Abschlüsse liegen auch durchweg höher, so die Verträge von Arbeitern in der Zement- und Flugzeugindustrie, für Eisenbahnarbeiter, Textilarbeiter und Seeleute, um die wichtigsten zu nennen. Aber: alle diese Verträge haben, wie es in den letzten Jahren eingerissen ist, eine Laufzeit von drei Jahren, mit niedrigeren Erhöhungen in den beiden kommenden Jahren. Und fast alle binden die endgültige Lohnerhöhung zu einem Teil an einen ,,automatischen Teuerungsausgleich''. An diesen reformistischen Schwächen der bestehenden Tarifverträge knüpft Carters ,,Lohn- und Preisleitlinie'' und ,,Reallohn-Versicherung'' listig an. Seine Taktik heißt: *erst* unterwühlen und *dann* draufschlagen. Das Ziel sind, wenn schon, *minus* 7%.

Im Dezember beginnen die Tarifverhandlungen mit der *Transportarbeiter*gewerkschaft, den Teamstern. Es folgen Anfang des Jahres die *Automobil*arbeiter, sowie große Gruppen der *Bau-* und *Gummi*arbeiter. Insgesamt werden bis Ende 1979 für 4,5 Mio. Arbeiter die Löhne neuausgehandelt. Gefährlich für die Arbeiterbewegung ist, daß die Vorsitzenden der Teamster-



haben, haben inzwischen auf den inneren Markt der USA selbst zurückgewirkt. Die offizielle Inflationsrate liegt über 10%. Sie beruht in erster Linie auf einer noch weit höheren Teuerung der Lebensmittel der Arbeiter und breitester Volksmassen, angefangen bei Brot, Gemüse und Fleisch, über Mieten und Wohnungspreise, zu den Heizungskosten, den Aufwendungen für Verkehrsmittel, den Kosten für die Aufzucht und Erziehung von Kindern. Und nicht nur die Löhne der Arbeiter, auch die Einkommen der selbstarbeitenden Farmer und Handwerker sind massiv entwertet und gesenkt worden. Noch mehr: der Druck der Monopol- und Finanzbourgeoisie auf die kleine und mittlere Bourgeoisie ist ebenfalls sprunghaft gewachsen, zusammen mit der Steuerausplünderung durch den Staat. Um ihren Zahlungsverpflichtungen und Schuldterminen nachzukommen, sind sowohl die Arbeiter und Farmer wie auch die nicht mehr konkurrenzfähigen Bourgeois gezwungen, sich in noch größerem Umfang, zu um-

gewerkschaftlichen Tariflöhne um eine ganze Stufe zu erzielen. ,,Wir sehen einer Zeit nationaler Einschränkungen entgegen. Harte Entscheidungen sind notwendig, wenn wir noch schlimmere Konsequenzen vermeiden wollen'', hat Carter in einem düster umwölkten Fernsehauftritt verkündet. Sein ,,Anti-Inflationsprogramm'' läuft auf folgende Hauptmaßnahmen hinaus:

1. Die Aufstellung von ,,Lohn- und Preisrichtlinien'' und ihre staatliche Überwachung. Die Preise sollen ½% weniger als im letzten Jahr, maximal 9,5% erhöht werden dürfen, die Löhne nur noch um 7%. Eine ,,Reallohn-Versicherung'' soll (angeblich) die Differenz zwischen Lohn- und Preissteigerungen durch einen ,,Steuerrabatt'' ausgleichen.

2.Kürzungen im staatlichen Haushalt, vor allem durch rigorose Rationalisierung des Öffentlichen Dienstes; von jeweils zwei freien Planstellen soll

Auch in einer Reihe von Tarifverträgen in der Industrie, am erfolgreichsten im Vertrag der Kohlebergarbeiter, der 1 Dollar mehr pro Stunde für alle vorsieht, sind Mindest- und Festgeldforderungen zunehmend enthalten. Diese Abschlüsse liegen auch durchweg höher, so die Verträge von Arbeitern in der Zement- und Flugzeugindustrie, für Eisenbahnarbeiter, Textilarbeiter und Seeleute, um die wichtigsten zu nennen. Aber: alle diese Verträge haben, wie es in den letzten Jahren eingerissen ist, eine Laufzeit von drei Jahren, mit niedrigeren Erhöhungen in den beiden kommenden Jahren. Und fast alle binden die endgültige Lohnerhöhung zu einem Teil an einen ,,automatischen Teuerungsausgleich''. An diesen reformistischen Schwächen der bestehenden Tarifverträge knüpft Carters ,,Lohn- und Preisleitlinie'' und ,,Reallohn-Versicherung'' listig an. Seine Taktik heißt: erst unterwühlen und dann draufschlagen. Das Ziel sind, wenn schon, minus 7%.

Im Dezember beginnen die Tarifverhandlungen mit der Transportarbeitergewerkschaft, den Teamstern. Es folgen Anfang des Jahres die Automobilarbeiter, sowie große Gruppen der Bau- und Gummiarbeiter. Insgesamt werden bis Ende 1979 für 4,5 Mio. Arbeiter die Löhne neuausgehandelt. Gefährlich für die Arbeiterbewegung ist, daß die Vorsitzenden der Teamster-



haben, haben inzwischen auf den inneren Markt der USA selbst zurückgewirkt. Die offizielle Inflationsrate liegt über 10%. Sie beruht in erster Linie auf einer noch weit höheren Teuerung der Lebensmittel der Arbeiter und breitester Volksmassen, angefangen bei Brot, Gemüse und Fleisch, über Mieten und Wohnungspreise, zu den Heizungskosten, den Aufwendungen für Verkehrsmittel, den Kosten für die Aufzucht und Erziehung von Kindern. Und nicht nur die Löhne der Arbeiter, auch die Einkommen der selbstarbeitenden Farmer und Handwerker sind massiv entwertet und gesenkt worden. Noch mehr: der Druck der Monopol- und Finanzbourgeoisie auf die kleine und mittlere Bourgeoisie ist ebenfalls sprunghaft gewachsen, zusammen mit der Steuerausplünderung durch den Staat. Um ihren Zahlungsverpflichtungen und Schuldterminen nachzukommen, sind sowohl die Arbeiter und Farmer wie auch die nicht mehr konkurrenzfähigen Bourgeois gezwungen, sich in noch größerem Umfang, zu um-
so schlechteren Zinsbedingungen, zu verschulden. Kredite und Anleihen zu kurzem Termin und saftigem Zins sind zu einem Riesengeschäft der Banken geworden, und ebenso der mit ihnen verflochtenen Monopole, die ihnen das Geld ausleihen. Eine kürzliche Untersuchung hat ergeben, daß die größten Kapitalgesellschaften der USA durch-

gewerkschaftlichen Tariflöhne um eine ganze Stufe zu erzielen. ,,Wir sehen einer Zeit nationaler Einschränkungen entgegen. Harte Entscheidungen sind notwendig, wenn wir noch schlimmere Konsequenzen vermeiden wollen'', hat Carter in einem düster umwölkten Fernsehauftritt verkündet. Sein ,,Anti-Inflationsprogramm'' läuft auf folgende Hauptmaßnahmen hinaus:

1. Die Aufstellung von ,,Lohn- und Preisrichtlinien'' und ihre staatliche Überwachung. Die Preise sollen ½% weniger als im letzten Jahr, maximal 9,5% erhöht werden dürfen, die Löhne nur noch um 7%. Eine ,,Reallohn-Versicherung'' soll (angeblich) die Differenz zwischen Lohn- und Preissteigerungen durch einen ,,Steuerrabatt'' ausgleichen.

2.Kürzungen im staatlichen Haushalt, vor allem durch rigorose Rationalisierung des Öffentlichen Dienstes; von jeweils zwei freien Planstellen soll
nur noch eine neubesetzt werden.

3. Aufhebung aller ,,inflationären'' Nebenkosten für die Industrie, in erster Linie die von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren erkämpften Sicherheits- und Gesundheitsauflagen, wie z.B. die Begrenzung des Baumwollstaubes in den Textilfabriken.

und Automobilarbeitergewerkschaft, die bisher den harten Mann markiert haben, jetzt Carters Programm ,,eine Chance geben'' wollen. Klarer ist da der alte Reaktionär Meany, Vorsitzender der AFl/CIO: ,,Dies Programm versucht die Löhne zu kontrollieren und niedrig zu halten ...und sonst gar nichts.''

### US-Neokolonialismus in Nord-Irland

*z.gek.* Die Kapitalanlagen von US-Monopolen in Nord-Irland sind 1978 sprunghaft gewachsen. General Motors, Ford Motor Co., Goodyear Tires, Hughes Tool Co. AVX Corp. New York haben Projekte von 100 Millionen Dollar in Ausführung. Diese werden die Gesamtinvestitionen des US-Imperialismus in Nord-Irland auf fast 1 Mrd. Dollar bringen und die Zahl der ausgebeuteten Arbeiter (jetzt 18000) erheblich steigern. Die US-Imperialisten nutzen zielstrebig die angeschlagene Stellung der britischen Kolonialmacht, andererseits die Spaltungen unter den Volksmassen Nord-Irlands, um sich einzunisten. ,,Die alten ,Leinen-Lords', die protestantischen Eigentümer der großen Fabriken, sind verschwunden. ... Die neuen Fabriken, die Plastikteile, Textilien und elektronische Elemente herstellen, gehören multinationalen Gesellschaften. Die neuen Manager kümmern sich wenig um die Barrikaden in Derry, und auf welcher Seite davon ...ein Arbeiter wohnt.'' (IHT, 26.7.78) ,,modern'' und ,,multinational'' auftretend, glauben die US-Imperialisten, den Schlägen des irischen Befreiungskampfes entgehen zu können.

### Portugal: Kehrt der neue Besen besser?

*z.jon.* Der am 25.10. ernannte portugiesische Premierminister Mota Pinto tritt unter der Devise ,,Stärkung der Autorität des Staates'' an. Er soll endlich die vom Internationalen Währungsfonds befohlenen Gesetze durchsetzen. Erst jetzt hat in Lissabon eine internationale Bankierskonferenz erneut gefordert, die Schuldenrückzahlungen Portugals zu beschleunigen. Pinto ist willig wie sein Vorgänger. Schon seit Monaten werden im öffentlichen Dienst die Löhne nicht oder verspätet ausgezahlt. Aber Pintos Vorgänger ist am Widerstand der Bauern im Alentejo gegen die Landreformgesetze gescheitert. Auch hat er die Antistreik- und Lohnleitliniengesetze gegen die Arbeiterbewegung nicht durchsetzen können. Wird Pinto halten können, was sich die Imperialisten von ihm versprechen? Am Tag nach seiner Ernennung traten 200000 Metallarbeiter in den Streik, weil Regierung und Kapitalisten ihre Lohnerhöhung auf 12%, 10% unter die offizielle Lohnleitlinie, drücken wollen.

### Aussöhnung zwischen Angola und Zaire

*z.mih.* Zum Abschluß seines dreitägigen Staatsbesuches in Angola unterzeichneten der zairische Präsident Mobuto und der angolanische Präsident Neto am 17. Oktober ein gemeinsames Kommunique und ein entsprechendes Rahmenabkommen. Beide Staaten bekräftigen darin ihren Willen, Frieden und Sicherheit an ihren gemeinsamen Grenzen zu gewährleisten sowie gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zu entwickeln. Das Rahmenabkommen legt die Schaffung einer gemeinsamen Kontrollkommission zur Sicherung ihrer gemeinsamen Grenze, Länge 2600 km, unter Schirmherrschaft der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) fest. Weiterhin einigten sich beide Seiten auf ein Verkehrsabkommen. Im November wird die Benguela-Bahn, Schienenstrang zwischen der zairischen Provinz Shaba und dem angolanischen Überseehafen Luanda,

# Afrikas Gewerkschaften stehen in vorderster Front für die nationale Befreiung

*z.hef.* Vor zwei Wochen hat das Siedlerregime in Zimbabwe die Führer der afrikanischen Gewerkschaften Zimbabwes festgenommen. Das Siedlerregime reagiert auf die erfolgreichen gewerkschaftlichen Aktionen, die als Teil des Befreiungskampfes in den letzten Monaten durchgeführt worden sind, wie z.B. der Bergarbeiterstreik in den Manguela-Bergwerken.

Trotz wiederholter Anstrengungen ist den Imperialisten die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung in Zimbabwe nicht gelungen. Die Geschichte der Befreiung Afrikas zeigt, daß die Gewerkschaften eine entscheidende Rolle im Befreiungskampf der Völker spielen. Das ist Ausdruck der Tatsache, daß die Arbeiterklasse die führende Kraft des Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Befreiung ist, obgleich sie zahlenmäßig im Verhältnis zu den Bauern – ihren engsten Verbündeten – klein ist und in den meisten Fällen ihre eigene Partei noch nicht aufgebaut hat. Nigeria, Guinea und Algerien sind drei gute Beispiele dafür.

### Nigeria

Seit dem Beginn der Kolonisierung ab 1861 und der sofort beginnenden Zwangsarbeiterrekrutierung gab es in Nigeria Kämpfe gegen diese Ausbeutung. 1921 streikten Eisenbahnarbeiter das erste Mal in einem längeren Streik. Wie die vorhergehenden Kämpfe wurde er von noch stammesmäßig organisierten Gewerkschaftsvorläufern getragen. Das entsprang der Lage, daß die meisten der Arbeiter in der Hauptsache Bauern waren, und nur zur Zwangsarbeit und um das Geld für die Kopf-und Hüttensteuern zu verdienen, Lohnarbeiter wurden. Je weiter sich die Klasse ständiger Lohnarbeiter entwickelte und je schärfer die Zusammenstöße mit den Kapitalisten wurden, desto deutlicher zeigten sich die Mängel solcher Struktur. Mehr und mehr wurden sie durch betriebliche gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, wie die Boss Boys (Vorarbeiter)-Komitees ersetzt, und schließlich Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre durch überbetriebliche Gewerkschaften. Die Arbeiter mußten sich dabei gegen die Unterdrückung der britischen Imperialisten wie gegen die sozialdemokratische Führung des britischen TUC erwehren, die in den Regierungs-Kolonialausschüssen saß, „Berater" in die Kolonien ausschickte und den Gewerkschaften am liebsten die politische Betätigung verbieten wollte.

Zwischen 1940 und 1944 stieg aufgrund der heftigen Kämpfe gegen die Kolonialisten, speziell die Angriffe auf den Lohn während des Weltkrieges, die Mitgliederzahl der nigerianischen Gewerkschaften von 4000 auf 30000. Die Aufzeichnungen der britischen Imperialisten melden für 1940 keinen Streik, für 1942 elf größere mit 5300 beteiligten Arbeitern. 1945 organisierten die Gewerkschaften einen 37tägigen Generalstreik gegen die Lohnerhöhungsverbote der britischen Regierung. 30000 Arbeiter aus 17 Gewerkschaften beteiligten sich. Diese Aktionen der Arbeiter, die weniger als 3% der arbeitenden Massen Nigerias ausmachten, hatten entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung. 1946/47 führte die Unabhängigkeitsbewegung mit starker Gewerkschaftsbeteiligung eine erfolgreiche Kampagne gegen die „Autonomie"-Verfassung durch, die die Briten ausgebrütet hatten. Als die Imperialisten 1949 21 streikende Bergarbeiter erschossen, erhoben sich unter der Führung der Arbeiter die Volksmassen der Ostteile Nigerias. Diese und weitere Kämpfe führten zur Zusage der Unabhängigkeit und zu ihrer Erlangung 1960. Innerhalb des unabhängigen Nigerias bekämpfte die Arbeiterbewegung die Politik der damaligen Regierung, die den Imperialisten das Land weit öffnete. Die Streikkämpfe 1963 um den Lohn und der Generalstreik 1964, beide hauptsächlich gegen imperialistische Monopole geführt, waren Vorboten des Sturzes der Regierung durch das Militär 1966.

### Guinea

Die französischen Imperialisten erlaubten 1932 erstmals in ihren Kolonien die gewerkschaftliche Organisierung von Afrikanern – für diejenigen, die französisch lesen konnten und ein Grundschulzeugnis hatten. Gleichzeitig unternahmen alle französischen Gewerkschaften erfolgreiche Versuche, die Gewerkschaftsbewegung der Kolonien unter Kontrolle zu bekommen. Hauptsächlich die von Opportunisten und Revisionisten beherrschte CGT war aktiv, sie hatte bis 1955 50% aller Gewerkschaftsmitglieder in den Kolonien organisiert. Zu den ersten, die sich dagegen wehrten, gehörte die 1945 in Guinea gegründete afrikanische Gewerkschaft und ihr Präsident Sekou Touré. 1947 gründete die Gewerkschaft die Demokratische Partei Guineas, die für die Unabhängigkeit kämpfte. 1952 wurde der erste Generalstreik in Guinea gegen die französische Kolonialmacht durchgeführt. Als 1958 in allen Kolonien Referenden über die neue Verfassung Frankreichs durchgeführt wurden, stimmten die Massen Guineas mit 95,4% gegen die Verfassung und für Unabhängigkeit. Die Republik Guinea wurde ausgerufen, und auch ein Handelsboykott Frankreichs konnte die Unabhängigkeit nicht mehr zerstören.

### Algerien

1954 lösten sich die algerischen Gewerkschaften von der CGT und schlossen sich der nationalen Befreiungsbewegung FNL an. Die Gewerkschaften, die schon in den dreißiger Jahren mit einer Massenstreikbewegung die französischen Imperialisten angegriffen hatten, hatten großen Anteil an der Mobilisierung für den siegreichen Krieg gegen das französische 800000 Mann Heer. Als die Imperialisten in der Niederlage ein wirtschaftliches Chaos anrichteten, organisierten die Gewerkschaften die Übernahme vieler Betriebe durch die Arbeiter. 70000 Arbeiter beteiligten sich daran und vereitelten so die Absicht de Gaulles, Algerien wirtschaftlich zu strangulieren.

Die Arbeiterklasse hat kein Privateigentum an Produktionsmitteln, und sie betreibt die industrielle Produktion, die fortgeschrittenste Produktion. Sie hat dadurch Disziplin und Organisation – über frühere Stammesgrenzen hinweg – erlangt. Das macht sie zur führenden Kraft im Kampf für die Befreiung. Die afrikanischen Gewerkschaften hatten sich in diesem Kampf vielerlei Gängelei und Unterdrückungsversuchen durch Imperialisten und Sozialimperialisten, bzw. in ihrem Sold stehende Gewerkschaftsführungen, erwehren müssen. Dagegen haben sie 1975 mit Hilfe der OAU die „Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit" (OATTU) gegründet, die sich ausdrücklich gegen jede Beteiligung an den jeweils von Imperialisten und Sozialimperialisten beeinflußten Weltgewerkschaftsorganisationen richtet.

Die Streikbewegung der brasilianischen Metallarbeiter weitet sich aus

z.erb. Im „Herzstück Lateinamerikas", wie die Imperialisten das Industriegebiet um Sao Paolo in Brasilien nennen, haben 500000 streikende Metallarbeiter die vollständig von ausländischen Konzernen beherrschte Automobilindustrie und die gesamte Metallbranche lahmgelegt. Der Streik nahm seinen Ausgang bei den Werken von Fiat in Betim, der ebenfalls Fiat gehörenden Gießerei FBN und den Werken von Krupp. Am 23. Oktober traten in diesen Betrieben insgesamt 12000 Arbeiter – 9500 bei Fiat, 2600 bei FBN und 700 bei Krupp –, die der Nachtschicht für mehr Lohn und gewerkschaftliche Rechte in den Streik. Die Metallgewerkschaft fordert gegenüber dem Lohndiktat der Regierung von 43% – dies entspricht der amtlichen Teuerungsrate – eine Lohnerhöhung von 63%, einen Mindestlohn von umgerechnet 330 DM sowie die Bezahlung der Streiktage, Kündigungsschutz für die Betriebsräte und die Wiedereinstellung von gemaßregelten Arbeitern. Seit der Nachtschicht von Sonntag auf
Krieg gegen das französische 800000
trieben beteiligt sind. Überall wird das Lohndiktat abgelehnt, zusätzlich wurde die Forderung nach Verallgemeinerung bereits vorher vereinbarter Zuschläge aufgenommen.

In den letzten Jahren haben die Tarifabschlüsse in Höhe der amtlichen Teuerungsrate zu einer starken Senkung des Reallohns geführt. 1973 beispielsweise dekretierte die brasilianische Regierung „Lohnerhöhungen" von nur 13,7%, während die Teuerung selbst nach Angaben der imperialistischen Weltbank 26,7% betrug. Fälschungen nutzen sich ab – so hat das brasilianische Parlament erst kürzlich das Streikverbot bekräftigt, wonach Streiks, die die „öffentliche Sicherheit" gefährden, verboten sind. Zur „Sicherheit" der Fiat-Kapitalisten hat die Militärregierung dann auch gleich zu Streikbeginn 80 Soldaten der Militärpolizei und etwa 50 Polizisten vor dem Werk aufgeboten, denen aber die geschlossene Streikfront der Arbeiter keine Möglichkeit für einen Angriff
tionen richtet.



Seit dem Beginn der Kolonisierung ab 1861 und der sofort beginnenden Zwangsarbeiterrekrutierung gab es in Nigeria Kämpfe gegen diese Ausbeutung. 1921 streikten Eisenbahnarbeiter das erste Mal in einem längeren Streik. Wie die vorhergehenden Kämpfe wurde er von noch stammesmäßig organisierten Gewerkschaftsvorläufern getragen. Das entsprang der Lage, daß die
Die Aufzeichnungen der britischen Imperialisten melden für 1940 keinen Streik, für 1942 elf größere mit 5300 beteiligten Arbeitern. 1945 organisierten die Gewerkschaften einen 37tägigen Generalstreik gegen die Lohnerhöhungsverbote der britischen Regierung. 30000 Arbeiter aus 17 Gewerkschaften beteiligten sich. Diese Aktionen der Arbeiter, die weniger als 3% der arbeitenden Massen Nigerias
die französisch lesen konnten und ein Grundschulzeugnis hatten. Gleichzeitig unternahmen alle französischen Gewerkschaften erfolgreiche Versuche, die Gewerkschaftsbewegung der Kolonien unter Kontrolle zu bekommen. Hauptsächlich die von Opportunisten und Revisionisten beherrschte CGT war aktiv, sie hatte bis 1955 50% aller Gewerkschaftsmitglieder in den Kolonien organisiert. Zu den ersten, die sich

1919 wurde die erste Gewerkschaft von azanischen Arbeitern in Azania gegründet, die Industrial- and Commerce Workers Union. Obwohl die Imperialisten nach großen Kämpfen diese Gewerkschaft zersetzen und zerstören konnten, nachfolgende Gewerkschaften illegal oder halblegal arbeiten mußten, hat seitdem die Gewerkschaftsbewegung nicht aufgehört, zu bestehen. Das Bild zeigt Streikkämpfe in Natal 1959.

# Die Streikbewegung der brasilianischen Metallarbeiter weitet sich aus

*z.erb.* Im „Herzstück Lateinamerikas", wie die Imperialisten das Industriegebiet um Sao Paolo in Brasilien nennen, haben 500000 streikende Metallarbeiter die vollständig von ausländischen Konzernen beherrschte Automobilindustrie und die gesamte Metallbranche lahmgelegt. Der Streik nahm seinen Ausgang bei den Werken von Fiat in Betim, der ebenfalls Fiat gehörenden Gießerei FBN und den Werken von Krupp. Am 23. Oktober traten in diesen Betrieben insgesamt 12000 Arbeiter – 9500 bei Fiat, 2600 bei FBN und 700 bei Krupp –, die der Nachtschicht für mehr Lohn und gewerkschaftliche Rechte in den Streik. Die Metallgewerkschaft fordert gegenüber dem Lohndiktat der Regierung von 43% – dies entspricht der amtlichen Teuerungsrate – eine Lohnerhöhung von 63%, einen Mindestlohn von umgerechnet 330 DM sowie die Bezahlung der Streiktage, Kündigungsschutz für die Betriebsräte und die Wiedereinstellung von gemaßregelten Arbeitern. Seit der Nachtschicht von Sonntag auf Montag letzter Woche hat sich der Streik auf die gesamte Metallindustrie des Bundesstaates Sao Paolo ausgedehnt. 60% der Nachtschicht und seit der Montagsfrühschicht die gesamten Belegschaften haben sich der Streikbewegung angeschlossen, an der jetzt eine halbe Million Arbeiter in 13000 Betrieben beteiligt sind. Überall wird das Lohndiktat abgelehnt, zusätzlich wurde die Forderung nach Verallgemeinerung bereits vorher vereinbarter Zuschläge aufgenommen.

In den letzten Jahren haben die Tarifabschlüsse in Höhe der amtlichen Teuerungsrate zu einer starken Senkung des Reallohns geführt. 1973 beispielsweise dekretierte die brasilianische Regierung „Lohnerhöhungen" von nur 13,7%, während die Teuerung selbst nach Angaben der imperialistischen Weltbank 26,7% betrug. Fälschungen nutzen sich ab – so hat das brasilianische Parlament erst kürzlich das Streikverbot bekräftigt, wonach Streiks, die die „öffentliche Sicherheit" gefährden, verboten sind. Zur „Sicherheit" der Fiat-Kapitalisten hat die Militärregierung dann auch gleich zu Streikbeginn 80 Soldaten der Militärpolizei und etwa 50 Polizisten vor dem Werk aufgeboten, denen aber die geschlossene Streikfront der Arbeiter keine Möglichkeit für einen Angriff ließ. Die Kampfmaßnahmen der Metallarbeiter werden durch verschiedene Protestaktionen der Massen in den Städten Sao Paolos gegen die Teuerung unterstützt, unter anderem haben große Demonstrationen in den Städten Osasca und Sao Fernando do Campos stattgefunden.

---

wieder in Betrieb genommen, so daß der Warenaustausch zwischen beiden Ländern sich wieder entwickeln und Zaire seine Erze über Luanda ausführen kann. Ein gemeinsames Fischereiabkommen ist in der Vorbereitung, und die Rückführung Zehntausender Flüchtlinge in beide Staaten soll in Angriff genommen werden.

### Neue Zaren feiern Jahrestag der Eroberung Armeniens

*z.nop.* Durch den „Anschluß" Ostarmeniens an das zaristische Rußland vor 150 Jahren sei das armenische Volk vor seiner Vernichtung bewahrt worden, läßt die sowjetische Presse den Vorsitzenden des armenischen Ministerrats verkünden. „Rußlands Vordringen nach Süden brachte zahlreichen Völkern große Erleichterung", so fabuliert dieser Imperialistenzögling in der Zeitung „Sowjet-Union heute". Tatsache ist, daß das großrussische Zarenreich im Zuge seiner Eroberungsfeldzüge 1828 Ostarmenien eroberte und diese Annexion durch geheime Raubverträge mit den anderen imperialistischen Großmächten absicherte. Das armenische Volk, das jahrhundertelang erbittert um seine Unabhängigkeit kämpfte, wurde dabei nicht gefragt. Lenin trat deshalb 1917 „für die sofortige Veröffentlichung der geheimen Raubverträge" und ihre „sofortige Anullierung" ein (Werke Bd. 24, S. 349). Er forderte die Verankerung des „Rechts auf freie Lostrennung" im Parteiprogramm und führte dazu aus: „Nachdem wir die Macht errungen haben, werden wir unbedingt... Armenien und jeder vom Zarismus unterdrückten Nationalität unverzüglich dieses Recht zuerkennen" (Werke Bd. 26, S. 163). Zugleich sollte allen diesen Völkern die Bildung eines gemeinsamen Staates vorgeschlagen werden. Die armenischen Arbeiter und Bauern haben nach Eroberung der Macht in ihrem Land dieses Angebot angenommen. Heute wird das armenische Volk erneut unterdrückt und ausgebeutet. Seine Bodenschätze werden geplündert, während die Wasserversorgung und die Landwirtschaft weiter unentwickelt sind. Ein hoher Tribut für diese Art imperialistischer „Befreiung".

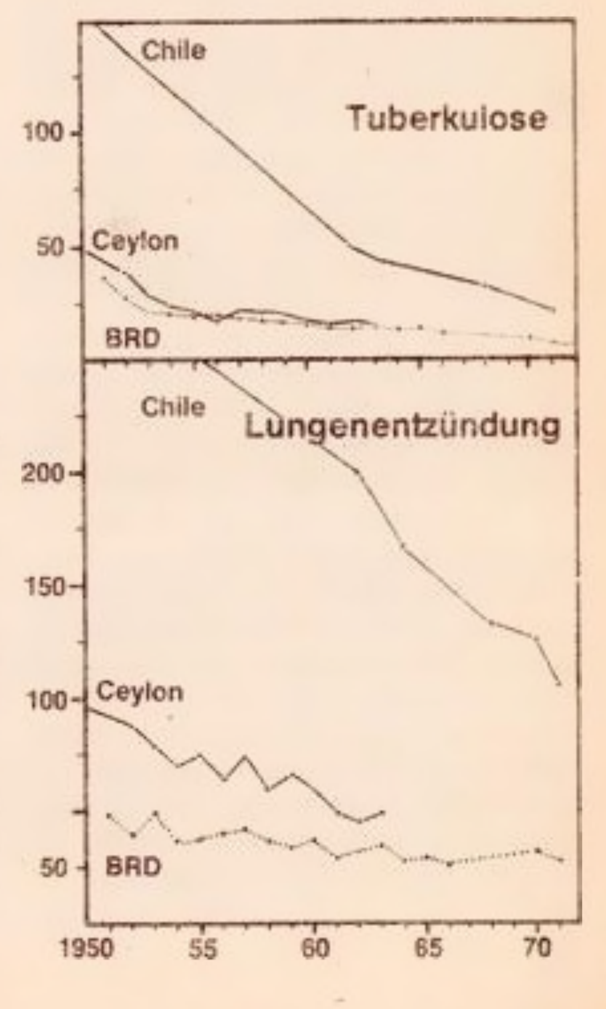
### Vajpayee: Grenzfrage mit China durch Verhandlungen zu lösen

*z.krk.* Am 30.10.78 ist der indische Außenminister Vajpayee in die VR China gereist, um dort über die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, in erster Linie über die Lösung der strittigen Grenzfragen zu verhandeln. Es war schon immer das Interesse der Imperialisten, die zwei volkreichsten Länder Asiens und der Welt gegeneinander auszuspielen, um ihren gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus zu verhindern. „Der chinesisch-indische Grenzkonflikt ist das Erbe der Aggression des britischen Imperialismus", sagte Tschou En-lai 1962, als Indien einen von langer Hand vorbereiteten Angriff gegen Gebiete startete, die selbst aufgrund imperialistischer Karten zu China gehören. Nachdem Großbritannien Indien erobert hatte, richtete es die Spitze seiner Aggression gegen China, wobei es Indien als Aggressionsbasis benutzte. In die Fußstapfen des britischen Imperialismus trat die Supermacht Sowjetunion, die Indien beim Angriff auf die VR China 1962 mit Waffen und propagandistisch tatkräftig unterstützte. Obwohl Gromyko anläßlich des Moskau-Besuchs Vajpayees im September erneut versucht hat, gegen die VR China zu hetzen, erklärte der indische Außenminister, seine Regierung strebe an, die bestehenden strittigen Fragen mit der VR China, wie mit allen seinen Nachbarn, durch Verhandlungen zu lösen.

### Infektionskrankheiten – Erbe des Kolonialismus

*z.alb.* Auf ihren Raubzügen haben die Kolonialisten Krankheiten in alle Welt verschleppt. Die Sklavenschinderei der Kolonialisten, die nachfolgende Ausbeutung durch die Imperialisten, haben der Ausbreitung dieser Krankheiten guten Boden bereitet. Den Kampf der Völker der Dritten Welt gegen dieses Erbe des Kolonialismus spiegeln die Schaubilder wider. In Chile wurde 1952 das Volksgesundheitswesen aufgebaut. Der hohe Anteil an Bergarbeitern, die unter schlechtesten Bedingungen arbeiten, ist Ursache der hohen Ausgangszahl. In Ceylon hat die rascheste Senkung der Sterblichkeit ab 1946 im Kampf für Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus stattgefunden. Bis 1949 sank die Sterberate von 20 auf 14 Promille, darunter die Grippesterblichkeit um 43%, die Todesfälle wegen Lungenentzündung um 21%.

Sterbefälle pro 100000 Einwohner



# Marshall-Plan der Sozialistischen Internationale in Afrika soll imperialistische Expansion sichern

## ,,Weniger Resolutionen, mehr Kleinarbeit'' – Arbeitsweise der SI soll neu ausgerichtet werden

*z.ere.* Als am vergangenen Freitag in der kanadischen Stadt Vancouver der 14. Kongreß der Sozialistischen Internationale mit einer Ansprache ihres Vorsitzenden Willy Brandt eröffnet wurde, meinten die westdeutschen Sozialdemokraten, einen ,,schlagenden Durchbruch schon erzielt zu haben''. Neben den 63 sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Organisationen und Parteien war es gelungen, 50 Nicht-Mitglieds-Parteien und Organisationen aus Afrika und Südamerika für diesen Kongreß, auf dem auch die Mission der Sozialistischen Internationale nach Südamerika im Mai 1978 erörtert werden soll, zu ,,gewinnen''. ,,Frieden und Entwicklung'' ist das Grundthema dieses Kongresses, der zum ersten Mal außerhalb Europas stattfindet. Die ,,Lösung der gedanklichen Fixierung auf Europa'' hatte Brandt unlängst als eine ,,wichtige Aufgabe der Sozialistischen Internationale'' bezeichnet.

Bei ihrem Gespräch in Wien 1975 hatten die drei führenden Vertreter der Sozialistischen Internationale, Brandt, Kreisky und Palme, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit von ,,wichtigen Parteien aus der Dritten Welt mit der Sozialistischen Internationale'' beraten. Der Gedanken- und Erfahrungsaustausch gerade mit diesen Parteien habe sich als eine ,,sinnvolle Ergänzung staatlicher Außenpolitik erwiesen'', stellten sie fest. Kreisky pries die Kühnheit seiner Vorstellungen, ,,diese Zusammenarbeit, die wir im politischen Bereich haben, auf den staatlichen auszudehnen''. Etwa in der Bewässerung oder im Kraftwerksbau schlug er ein ,,deutsch-schwedisch-österreichisches Gemeinschaftsprojekt'' vor, bei dem die drei Staaten 1% ihres Bruttosozialprodukts in einen ,,entsprechenden Fonds'' zu zahlen hätten. ,,Stellen wir fest, daß eine Milliarde benötigt wird, teilen wir diese Summe unter uns auf.'' Auch Olof Palme konnte sich gut vorstellen, daß ,,die Bewässerung und Elektrifizierung Afrikas ein für die europäische Wirtschaft hochinteressantes Vorhaben'' sei. Um in die Nähe solcher Projekte zu kommen, so stellte Brandt fest, ist es erforderlich, ,,daß wir den Hang zum Resolutionären zurückdrängen – weniger Resolutionen, mehr Kleinarbeit'', das ist es, was die Arbeitsweise der Internationale bestimmen sollte.

Als zweiten Punkt in der Tagesordnung befaßt sich der Kongreß mit den ,,Problemen der Weltwirtschaft'', wozu sich Senegals Präsident und Vorsitzender der Sozialistischen Partei, Léopold S. Senghor, äußerte. Senghor hatte erst am Dienstag letzter Woche in Bonn über die Finanzierung des Bewässerungsprojekts im Senegalbecken verhandelt. Und so soll einmal eines der beiden Staudammprojekte des afrikanischen Senegalflusses aussehen – Dammgröße 1500 Meter, gestaute Wasserfläche so groß wie der Bodensee. ZDF-Berichterstatter Udo Philipp verfiel bei seinem Gemälde von der Bewässerung des Senegalgebietes dem Gigantismus – ,,gigantisch, gigantisch aber auch die Kosten, mehr als 1,2 Mrd. DM für das Gesamtprojekt''. Die Bundesregierung erhöhte ihren Anteil an den ,,Finanzierungshilfen''. Rund 190 Mill. DM will die westdeutsche Finanzbourgeoisie zunächst mal in dem Projekt anlegen, das sagte jedenfalls der ehemalige Entwicklungsminister Walter Scheel den Präsidenten von Senegal und Mali, Senghor und Traore, sowie dem mauretanischen Planungsminister Samel zu.

Die ganz großen Projekte wie z.B. Assuan oder Cabora Bassa haben ,,noch andere gemacht'', bedauerte Olaf Palme bei besagtem Wiener Gespräch. Das ist jetzt anders geworden, nachdem, wie es Willy Brandt 1973 in einem Artikel in der ,,New York Times'' formulierte, Europa künftig ,,eigene Interessen – nicht nur ökonomische, auch nicht nur regionale – wirksamer'' wahrnehmen werde.

Einen ,,von Kleinasien und Afrika bis in die Karibik reichenden Handelsblock aus Europäischer Gemeinschaft und assoziierten Ländern'' unter Führung der westdeutschen Finanzbourgeoisie und Ausnutzung der kolonialistischen Erfahrungen ihrer europäischen Konkurrenten, das ist der Expansionskurs der westdeutschen Finanzbourgeoisie der BRD-Imperialisten.

Zielstrebiger Verfechter dieses von Rudolf Augstein als ,,europäische Vision'' umschriebenen Expansionskurses ist die deutsche Sozialdemokratie. Ganz im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie liegt es, wenn Brandt in eben diesem ,,New York Times''-Artikel ,,das neue Selbstbewußtsein Europas'' proklamiert. Der westdeutsche Imperialismus sucht Zeit, um seine Hegemonie in Westeuropa zu errichten. ,,Langfristige Zukunftssicherung'' mit Hilfe der Expansion, das verlangt die Bourgeoisie von ihrer Regierung.

,,Die Welt und vor allem Europa betrachten unsere Regierung und das sozialliberale Bündnis als entscheidendes neues Element in der politischen Landschaft unseres *Kontinentes*, als eine wetterfeste, zuverlässige Konstruktion, auf die Europa bauen kann und mit der man Europa bauen kann'', teilte Brandt auf dem Hannoveraner Parteitag den Delegierten mit. Das klingt süß in den Ohren der Bourgeoisie und die deutsche Sozialdemokratie hat sich seit Jahrzehnten für diese Idee verwendet, ihr diesbezüglicher Erfahrungsschatz ist groß und reicht weit zurück:

### Einige Beispiele von Projekten der sozialdemokratischen Bundesregierung in Ländern der Dritten Welt

**Sierra Leone:** Aufbau einer ,,Straßentransportgesellschaft mit Vorort- und Überlandbussen und LKW von Daimler-Benz''. ,,Umfassende Managementberatung'', ,,Aufbau des Rechnungswesens'', ,,Fahrplangestaltung'' und ,,Reparaturdienst''.

**Togo:** Bau des Hygieneinstituts in der Hauptstadt Lomé für 10 Mio. DM. Beratung bei der Gesundheitsgesetzgebung und Gesundheitskontrolle durch deutsche Ärzte und medizinisch-technische Assistentinnen über weitere regionale Laboratorien.

**Kolumbien:** Ausbau von Fachbereichen für Leibeserziehung an der Sporthochschule in Cali. Ausbildung von Sportlehrern, die ,,Konflikte'' an Internaten mit Schülern vom Land ,,spielerisch entschärfen'' sollen.

**Malaysia:** Ausbildung von Rundfunkchefredakteuren des Landfunks in Kuala-Lumpur mit besonderem Schwerpunkt ,,Interviewtechnik'', ,,landwirtschaftliche Mustersendungen'', ,,lokalbezogene Musikeffekte'' und Teilnehmern aus 15 Ländern Asiens. Durchgeführt von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Jordanien:** Bau der 116 km langen ,,Akaba-Bahn'', die Phosphat aus den Minen im Landesinnern zum einzigen Seehafen Akaba transportiert. ,,Zehn deutsche Techniker sorgen für eine reibungslose Fahrt.'' ,,Das größte deutsche Entwicklungsprojekt im Nahen Osten'', verbunden mit dem ,,Ausbau der Transportinfrastruktur''.

So steht Willy Brandt ganz im Einvernehmen mit dem Redakteur der ,,Internationalen Korrespondenz'', Herman Kranold, der 1915 die internationale Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie als eine die ,,Kulturmenschheit einigende Kraft'' hervorhob, die durch ihr Eingreifen ein ,,Vorkämpfer der noch immer in Westeuropa beheimateten Menschheitsinteressen'' werden muß, auf der ,,Bahn der Agitation die Bruderparteien mitzureißen und so als Vorstufe zur Organisierung alles menschlichen Wirtschaftens, die westeuropäische Wirtschaft zu organisieren''.

Und Willy Brandt wollte dafür sorgen, daß ,,der kleine Same'', wie es Kranold formulierte, ,,der größte unter den Bäumen wird''. Der Schatten dieses Baumes soll weit über Europa hinausreichen. Man wird zunehmend lernen müssen, ,,sich der Klaviatur der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu bedienen'', ließ Brandt Bruno Kreisky wissen. Dabei geht es um ,,globale strategische Konstruktionen'' – Internationale Solidarität, wie es Olof Palme nicht zynischer sagen kann. ,,Soll jedoch die europäische Sozialdemokratie die Rolle spielen, die sie für die Entwicklung der Welt im großen spielen kann, muß sie sich ihrer eigenen Stärke und ihrer Solidarität bewußt sein, sie mehren und sie verteidigen.''

Für Expansion und Einmischung über Europa hinaus ist vor allem die Verbreiterung der Ausgangsbasis des BRD-Imperialismus notwendig, die ökonomische Durchdringung Westeuropas, die Zusammenfassung des westeuropäischen Kapitals unter federführender Beteiligung des westdeutschen Kapitals. ,,Westeuropa muß eine Supermacht werden – gleichrangig neben den USA und der Sowjetunion'', so zitierte der BDI den früheren stellvertretenden US-Außenminister. Die deutsche Sozialdemokratie preist sich eines geeigneten Programms, die Sozialistische Internationale spielt dabei eine bedeutende Rolle.

Noch bevor Willy Brandt 1976 auf dem 13. Kongreß in Genf den Vorsitz übernahm, unterbreitete er ein Paket von Vorschlägen, wie die Arbeitsweise der Sozialistischen Internationale reorganisiert werden sollte. Die Genfer Konferenz war dann auch gekennzeichnet durch eine Stärkung und Ausweitung der Organisation sowie durch Erneuerung der Führung. Die Stellung des Büros in London wurde erheblich erweitert. Gegenüber früher 10 Mitgliedern besteht das Büro jetzt aus allen Mitgliedsparteien und befreundeten Organisationen. Neu geschaffen wurde ein Finanz- und Verwaltungsausschuß. Die Satzung wurde grundlegend verändert. Nach seiner einstimmigen Wahl rief Brandt zu drei Offensiven auf, die nach seiner Meinung ,,jeden Staat und jedes Volk in der Welt''



Während die westdeutschen Imperialisten ihre Beteilung am Bau des Staudammes in der Sahel-Zone als Beitrag für den Fortschritt der Menschheit bejubeln, führt das saharauische Volk unter Führung der FPolisario einen immer erfolgreicheren Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Sie ist die Voraussetzung für die Befreiung der Produktivkräfte der Völker der Dritten Welt und die Beseitigung des imperialistischen Elends und Raubbaus.

# Genosse Generaldirektor

*z.mif.* Es stimmt ja nicht, daß in den Memoiren des Parteivorstandsmitglieds der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Alex Möller, ,,Genosse Generaldirektor'', kein Arbeiter vorkommt. Beispielsweise 1933, als Möller im Wahlkreis Halle-Merseburg kandidierte, sprach er auf einer Versammlung von 1000 Mann, ,,die meisten Anhänger der KPD und der Rot-Front-Organisation. ... Der bekannte Kommunistenführer Wilhelm Könen versuchte sofort, die Leitung der Versammlung an sich zu reißen... Ich... erreichte bei den ausbrechenden Tumulten die Auflösung der Versammlung durch die Polizei'' (S. 20f.).

Möller, Jahrgang 1903, trat 1922 in die SPD ein. Ihm war sonnenklar, daß nach dem definitiven Verrat der SPD an der Arbeiterklasse diese Partei ein Hauptmittel für die Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft sein mußte. Laut Möller wäre der Faschismus auch ganz überflüssig gewesen, wenn die ausländischen Bourgeoisien der Sozialdemokratie die gleichen Zugeständnisse gemacht hätten, die sie dann Hitler machten. ,,Es war und bleibt auch heute nicht zu fassen, welche Toleranz diese Staaten gegenüber Deutschland entwickelten, als Hitler die Regierungsmacht übernommen hatte'' (S.13). Als Beweis nennt Möller die Einführung der Wehrpflicht und den Einmarsch ins Rheinland durch Hitler.

1933 ging Möller ins Versicherungsgewerbe, 1936 beriefen ihn die Faschisten in den Vorstand der Karlsruher Lebensversicherung, die er 1945 bis 1969 als Generaldirektor übernahm. Selbstverständlich war er während des Faschismus furchtbaren Verfolgungen ausgesetzt, viele seiner Untergebenen wurden an die Front abgezogen, so daß er 1945 ziemlich von vorn anfangen mußte.

Woher kommt es eigentlich, daß führende westdeutsche Sozialdemokraten der Berliner und Hamburger Schule sich so begeistert auf Kant berufen, den königlich-preußischen Hofphilosophen? Möller schreibt: ,,Die moralische Vollkommenheit des Menschen – so sagt Kant – ist, seine Pflicht zu tun, und zwar aus der Erkenntnis, daß das Gesetz nicht bloß die Regel, sondern auch die Triebfeder seiner Handlungen sei'' (S. 526f.). ,,Immanuel Kant: Vor allem die Denkenden sollen die Not der Zeit ändern'' (S. 534). Jener Philosoph, der die Interessen der deutschen Bourgeoisie ins königlich-preußische Feudaljoch paßgerecht einbaute, hat denen nützliche Ratschläge zu geben, die seit Bernstein danach trachten, die Interessen der Arbeiterklasse auf die Diktatur der Bourgeoisie festzulegen.

Kant schreibt in seiner ,,Metaphysik der Sitten'': ,,Wider das gesetzgebende Oberhaupt des Staates gibt es also keinen rechtmäßigen Widerstand des Volkes; denn nur durch Unterwerfung unter seinen allgemein-gesetzgebenden Willen ist ein rechtlicher Zustand möglich; also kein Recht des *Aufstandes* (seditio), noch weniger des *Aufruhrs* (rebellio), am allerwenigsten gegen *ihn*, als einzelne Person (Monarch), unter dem Vorwande des Mißbrauchs seiner Gewalt (tyrannis), *Vergreifung* an seiner Person, ja an seinem Leben (monarchomachismus sub specie tyrannicidii). Der geringste Versuch hiezu ist *Hochverrat* (proditio eminens), und der Verräter dieser Art kann als einer, der sein *Vaterland umzubringen* versucht (parricida), nicht minder als mit dem Tode bestraft werden... Eine Veränderung der (fehlerhaften) Staatsverfassung, die wohl bisweilen nötig sein mag, kann also nur vom Souverän selbst durch *Reform*, aber nicht vom Volk, mithin durch *Revolution*, verrichtet werden, und, wenn sie geschieht, so kann jene nur die *ausübende Gewalt*, nicht die gesetzgebende, treffen.'' (S. 439f., Band 7 der zehnbändigen Ausgabe des Insel-Verlags 1956, Hervorhebungen und Klammern von Kant) Geschrieben 1797, acht Jahre nach der Französischen Revolution.

Liest sich das nicht wie ein Kommentar zum Godesberger Programm? Dessen erster Satz lautet: ,,Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.'' Möller war ,,Berichterstatter der Redaktionskommission'' des Godesberger Programms und ist seitdem im Parteivorstand der SPD.

Etwa gleichzeitig sorgte er mit der Unterstützung der SPD für die Kandidatur Kiesingers zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten für die erste Große Koalition, den Probelauf für die Bundesregierung. Als Erhardt in der Krise 1966/67 den Bundeshaushalt nicht ausgleichen konnte und die FDP aus der Koalition mit der CDU austrat, schlug Alexens große Stunde. Er hatte das Wahlprogramm von Brandt bereits auf finanzielle Durchführung berechnet, und Franz-Josef Strauß war von Möllers Konzept der mittelfristigen Finanzplanung so angetan, daß er ihn noch 1977 im Bundestag dafür lobte, wie Möller stolz vermerkt (S. 345). Die Große Koalition hatte nach Möllers Darstellung die Aufgaben: Notstandsgesetze, Finanzreform, Stabilitätsgesetz und Wahlrecht. Das Mehrwertsteuergesetz ist ein Teil dieser epochalen Leistungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, vollbracht in der Großen Koalition.

Nach dem SPD-Wahlsieg 1969 wurde Möller Finanzminister, trat 1971 zurück, um ,,alle Fraktionen des Bundestages wieder zurückzuführen auf den Weg der finanzpolitischen Solidität'' (S.480) und steht seither zur Verfügung für Spezialaufgaben der Bourgeoisie. Er wurde nach Leipzig und Moskau geschickt zur Ausweitung des Osthandels, in die USA zur Ausrichtung des westdeutschen Beitrags zum 200-jährigen Bourgeoisjubiläum, nach Ägypten für acht Monate zur Untersuchung der staatlichen Finanzen. In seinem finanzpolitischen Wirken hat er sich ganz offensichtlich stets an folgenden Kantschen Lehrsatz gehalten: ,,Auf diesem ursprünglich erworbenen Grundeigentum beruht das Recht des Oberbefehlshabers, als Obereigentümers, ... Abgaben durch die Landtaxe, Akzise und Zölle... zu fordern..., auch als gezwungene (von dem bisher bestandenen Gesetz abweichende) Anleihe, nach dem Majestätsrechte, als in einem Falle, da der Staat in Gefahr seiner Auflösung kommt, erlaubt ist. Hierauf beruht auch das Recht der Staatswirtschaft, des Finanzwesens und der Polizei, welch letztere die öffentliche *Sicherheit, Gemächlichkeit* und *Anständigkeit* besorgt (denn daß das Gefühl für diese... nicht abgestumpft werde, erleichtert der Regierung gar sehr ihre Geschäfte, das Volk durch Gesetze zu lenken).'' (S. 445)

## ,,Stabilitätsgesetz'' – zur Füllung der Staatskassen und zum Lohnraub im Krisenfall

*z.mif.* Das ,,Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft'' wurde von der Großen Koalition am 8. Juni 1967 verabschiedet. ,,Erstmals wird der Versuch gemacht, Grundsätze für eine in der heutigen Zeit als notwendig erkannte koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Form von Rechtspflichten für die staatlichen Organe in Bund und Ländern verbindlich zu machen'' (Alex Möller, Kommentar zum Stabilitätsgesetz, S. 16). In § 1 des Gesetzes wird die Stabilität definiert: ,,Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.'' In § 3 wird die ,,Konzertierte Aktion'' eingeführt, Fessel für den Lohnkampf der Arbeiterklasse: ,,Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitig aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung.'' In den weiteren Paragraphen werden ,,antizyklische Haushaltspolitik'', ,,mittelfristige Finanzplanung'', ,,obligatorische Konjunkturausgleichsrücklage'', ,,steuerliche Maßnahmen der Konjunkturpolitik'' und ähnliche Belebungsmittel für die Profitrate festgelegt. Nach § 26 kann die Regierung durch Rechtsverordnung für ein Jahr 10% der Lohnsteuer zusätzlich einziehen oder nachlassen, ebenso für die Körperschaftssteuer. Nach § 30 kann die Rentenversicherung verpflichtet werden, bis 60% einer Monatsausgabe in ,,Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren'' der Bundesbank anzulegen, die zur Deckung der Staatsschuld verwendet werden. Das gleiche gilt für die Bundesanstalt für Arbeit, die bis zu einem Drittel ihres Vermögens in solchen Papieren anlegen muß.

angingen: 1. ein gesicherter Frieden; 2. neue Beziehungen zwischen Nord und Süd; 3. die Menschenrechte.

In der auf dem Genfer Kongreß verabschiedeten Resolution über „Internationale Wirtschaftssolidarität", in der „der dritte Weg", zwischen Kommunismus und internationalem Kapitalismus, propagiert wird, fordert Brandt einen „bedeutenden Ressourcentransfer" zwecks „massiver Umverteilung von Reichtum und Einkommen".

Denn „wir müssen uns aktiver einschalten in das Verhältnis von Rohstoffproduzenten und Rohstoffverbrauchern. Auch weil unsere inländische Entwicklung in hohem Maße von den neuen Relationen zwischen Rohstoffpreisen und Preisen von Industriegütern abhängt."

Das private Kapital ist zwar scheu wie eh und je, aber die Investoren haben „Nerven bewiesen". Erstaunlich sei, das stellte der BDI nach einer Untersuchung fest, die „günstige Entwicklung der Privatinvestitionen" in den Ländern der Dritten Welt auch in Hinblick „auf kriegerische Auseinandersetzungen in einigen überseeischen Gebieten".

Die Reformisten scheuen keine Anstrengungen, dem Streben des Kapitals nach profitträchtiger Anlage die Bresche zu schlagen. „Der Bedarf ist da. Die Produktionsmittel sind da. Die Arbeiter sind da", befand Egon Bahr selbstzufrieden auf dem letzten IGM-Gewerkschaftstag. Es komme nur darauf an, solche Projekte zu fördern, die die Freizügigkeit des Kapitals garantieren.

Die Erfahrungen haben gezeigt, heißt es in einem Bericht der Bundesregierung über Rohstoffpolitik, „daß es bei gezielten Investitionen auch heute noch möglich ist, direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen und damit unmittelbaren Einfluß auf Vermarktung der Rohstoffe zu gewinnen". Internationale Kooperation nennen das die Reformisten der Sozialistischen Internationale. Wobei für die Rohstoffpolitik viel für die „Organisierung von Teilmärkten" sprechen würde. Wer verfügt eigentlich über die „gigantischen Rohölvorräte der arabischen Welt?" fragt Kreisky frech. Die Front der OPEC-Länder gegen die Imperialisten aller Schattierungen kann nur durch Spaltung durchbrochen werden. „Langjährige Beschäftigung mit diesem Problem" hat die Sozialistische Internationale dazu bewegt, „eine Zusammenarbeit zwischen der europäischen Sozialdemokratie und Befreiungsbewegungen herbeizuführen". Nur so könne sich die „reale Chance für ein friedliches Nebeneinander der arabischen Staaten und Israels vergrößern, denn den fortschrittlichen Kräften in den arabischen Staaten läßt sich durchaus begreiflich machen, daß ein halber Friede im Mittleren Osten auch eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Sozialdemokratischen Europa ermöglichen würde".

Anläßlich der Nahostkonferenz der Sozialistischen Internationale in der Wiener Hofburg im Februar des Jahres stellte Kreisky fest, er stehe in der Frage der PLO auf dem Standpunkt der Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten. Er wolle zwar nicht beurteilen, ob die PLO als Vertretung der Palästinenser restlos legitimiert sei, doch könne man das bei einer Auslandsorganisation nie sagen. Wer hätte während des Zweiten Weltkrieges sagen können, daß de Gaulle voll legitimiert war.

Systematisch versucht die Sozialistische Internationale Einfluß in den Organisationen und Parteien der Befreiungsbewegungen zu gewinnen. „Wenn wir solche Kontakte haben wollen, müssen wir Befreiungsbewegungen unterstützen können", erklärte Palme. Bislang hatte die Doktrin der Sozialistischen Internationale den Kontakt mit den Parteien und Organisationen „vieler Länder – wie etwa Schwarzafrikas – erschwert", das soll jetzt grundlegend geändert werden, denn der Einfluß „unserer Parteien in den einzelnen Ländern" soll den ökonomischen und politischen Interessen der westeuropäischen Imperialisten „einigermaßen entsprechen".

So garantiert Kreisky dem „Marshall-Plan für Afrika" besondere Chancen, da er den Absatz der „Güter der Industrieländer sichern würde". Nur so ist ein realer Ressourcenausgleich möglich. Gelänge dieser nicht, so beschwor Brandt die Delegierten des IGM-Gewerkschaftstages, „dann wird uns der Teufel holen, denn Milliarden von Menschen werden sich in Bewegung setzen gegen etwas, das sie nicht mehr für tragbar halten".




Zwei Bilder aus Peru: Das eine ein Propagandafoto des DED (Deutscher Entwicklungsdienst), so richtig aus dem Herzen der Imperialisten gesprochen. Ohne westdeutsche Hilfe keine Entwicklung. Das andere zeigt eine Demonstration von Genossenschaftsbauern in der Nähe von Lima aus dem Jahre 1975. Deutlich zu erkennen ein Transparent mit dem Bild Tupac Amarus, dem Indioführer, der den Aufstand der Indios gegen die spanische Kolonialherrschaft Ende des 18. Jahrhunderts anführte. Der revolutionäre Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern in den Ländern der Dritten Welt lehrt die Imperialisten das Fürchten.



## Die Sozialistische Internationale – Geschichte – Tagesordnung des 14. Nachkriegskongresses – als Beobachter geladene Parteien

z.hev. Recht unverfroren leitet die gegenwärtige „Sozialistische Internationale" ihre Existenz direkt von der im Jahr 1864 gegründeten 1. Internationa-

auf an, solche Projekte zu fördern, die die Freizügigkeit des Kapitals garantieren.

Die Erfahrungen haben gezeigt, heißt es in einem Bericht der Bundesregierung über Rohstoffpolitik, „daß es bei gezielten Investitionen auch heute noch möglich ist, direkten Zugang zu Rohstoffvorkommen und damit unmittelbaren Einfluß auf Vermarktung der Rohstoffe zu gewinnen". Internationale Kooperation nennen das die Reformisten der Sozialistischen Internationale. Wobei für die Rohstoffpolitik viel für die „Organisierung von Teilmärkten" sprechen würde. Wer verfügt eigentlich über die „gigantischen Rohölvorräte der arabischen Welt?" fragt Kreisky frech. Die Front der OPEC-Länder gegen die Imperialisten aller Schattierungen kann nur durch Spaltung durchbrochen werden. „Langjährige Beschäftigung mit diesem Problem" hat die Sozialistische Internationale dazu bewegt, „eine Zusammenarbeit zwischen der europäischen Sozialdemokratie und Befreiungsbewegungen herbeizuführen". Nur so könne sich die „reale Chance für ein friedliches Nebeneinander der

Ryosaku Sasaki (Japan), Mario Soares (Portugal), Reiulf Steen (Norwegen).

*Die Situation in Lateinamerika und in der Karibik:* José Francisco Pena Go-



Wiener Hofburg im Februar des Jahres stellte Kreisky fest, er stehe in der Frage der PLO auf dem Standpunkt der Mehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten. Er wolle zwar nicht beurteilen, ob die PLO als Vertretung der Palästinenser restlos legitimiert sei, doch könne man das bei einer Auslandsorganisation nie sagen. Wer hätte während des Zweiten Weltkrieges sagen können, daß de Gaulle voll legitimiert war.

Systematisch versucht die Sozialistische Internationale Einfluß in den Organisationen und Parteien der Befreiungsbewegungen zu gewinnen. „Wenn

einzelnen Ländern" soll den ökonomischen und politischen Interessen der westeuropäischen Imperialisten „einigermaßen entsprechen".

So garantiert Kreisky dem „Marshall-Plan für Afrika" besondere Chancen, da er den Absatz der „Güter der Industrieländer sichern würde". Nur so ist ein realer Ressourcenausgleich möglich. Gelänge dieser nicht, so beschwor Brandt die Delegierten des IGM-Gewerkschaftstages, „dann wird uns der Teufel holen, denn Milliarden von Menschen werden sich in Bewegung setzen gegen etwas, das sie nicht mehr für tragbar halten".

Die Sozialistische Internationale – Geschichte – Tagesordnung des 14. Nachkriegskongresses – als Beobachter geladene Parteien

z.hev. Recht unverfroren leitet die gegenwärtige „Sozialistische Internationale" ihre Existenz direkt von der im Jahr 1864 gegründeten 1. Internationa-

le ab. Die einzige Gemeinsamkeit besteht darin, daß auf dem Gründungskongreß der „Sozialistischen Internationale" am 30. Juni 1951 in Frankfurt unter dem Vorsitz von Kurt Schumacher auch eine programmatische Grundsatzerklärung vorlag, eine sozialdemokratische eben. Die ideologische Klammer für die 34 Gründungsparteien: „Alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens." Diese nichts- und allessagende Formel war das Ergebnis der Diskussion um die richtige Strategie im Kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die sozialistische Sowjetunion. Schon damals wurde eine „Strategie für die Dritte Welt" ausgearbeitet, die die „Sozialistische Internationale" auf ihren turnusmäßigen zweijährigen Sitzungen zunehmend in Anspruch nehmen sollte – Ergebnis der erfolgreichen Kämpfe der Völker der Dritten Welt um soziale Befreiung und nationale Unabhängigkeit. Dies läßt sich gut an der Tagesordnung des vom 3. – 5. November in Vancouver in Kanada stattfindenden 14. Nachkriegskongresses ablesen:

**3. November:**

Eröffnung des Kongresses durch Dave Barett und Ed Broadbent. Bericht des Generalsekretärs. Ansprache von Willy Brandt, Präsident der Sozialistischen Internationale.

*Weltwirtschaft:* Reden von François Mitterand (Frankreich), Willy Claes (Belgien), Leopold S. Senghor (Senegal).

*Nord-Süd-Beziehungen:* Michael Manley (Jamaica), Shimon Peres (Israel),

Ryosaku Sasaki (Japan), Mario Soares (Portugal), Reiulf Steen (Norwegen).

*Die Situation in Lateinamerika und in der Karibik:* José Francisco Pena Go-

mez (Dominikanische Republik), Felipe Gonzales (Spanien), Daniel Oduber (Costa Rica), Anselmo Sule (Chile).

**4. November:**

*Multinationale Gesellschaften:* Oskar Debunne (Belgien), Oscar Arias Sanchez (Costa Rica), Luigi Coccioli (Italien), Joop den Uyl (Niederlande)

*Südliches Afrika:* Olof Palme (Schweden), Bettino Craxi (Italien), Lionel Jospin (Frankreich), Hans-Jürgen Wischnewski (BRD).

*Abrüstung:* Kalevo Sorsa (Finnland), Robert Pontillon (Frankreich), Habib Thiam (Senegal), Inga Thorsson (Schweden).

*Die Situation in der Asiatisch-Pazifischen Region:* Roo Watanabe (Japan) George Fernandes (Indien), Tamio Kawakami (Japan).

**5. November:**

*Menschenrechte einschließlich Unterthema Terrorismus:* Ichio Asukata (Japan), Jan Mikardo (Großbritannien), Irène Pétry (Belgien), Pier Luigi Romita (Italien).

Fast noch aufschlußreicher als die Themen und die Referenten der Mitglieder der Sozialistischen Internationale ist die Liste der rund 50 Parteien und Organisationen, die nicht Mitglieder der Sozialistischen Internationale sind, aber die als Beobachter eingeladen wurden. Ein hinterhältiger Versuch der westeuropäischen, imperialistischen sozialdemokratischen Parteien, in die Reihen der revolutionären Organisationen der Länder der Dritten Welt zu infiltrieren:

International Federation of Free Trade Unions, Amnesty International, Front de Libération Nationale (Algerien), MPLA (Angola), Partido Intransingente (Argentinien), Unión Civica Radical (Argentinien), Movimiento Izquierda Revolutionario (Bolivien), Movimiento Nacionalista Revolucionario de Party (Botswana), Movimento Democrático Brasileiro (Brasilien), Partido Trabalhista (Brasilien), Izquierda Christiana (Chile), Parti do MAPU (Chile), Partido MAPU Obrero y Campesino (Chile), Izquierda Democrática (Ecuador), Arab Socialist Union (Ägypten), Union Revolucionario de Guinea Ecuatorial (Äquatorial-Guinea), Eritrean Liberation Front (Eritrea), Eritrean Peoples Liberation Front (Eritrea), People's Progressive Party (Gambia), Frente Unido de la Revolución (Guatemala), Partido Revolucionario Auténtico (Guatemala), PAIGC (Guinea-Bissau), Partido Revolucionario Hondureno (Honduras), National Front of Iran (Iran), Parti Progressiste Socialiste (Libanon), Parti Mauricien Social Démocrate (Mauritius), Partido Revolucionario Institucional (Mexiko), Istiqlal (Marokko), Union Socialiste des Forces Populaires (Marokko), FRELIMO (Mozambique), South-West African Peoples Organisation (Namibia), Frente Sandinista (Nicaragua), Partido Revolucionario Democrático (Panama), APRA (Peru), Partido Independentista (Puerto Rico), Somali Socialist Revolutionary Party (Somalia), African National-Congress (Südafrika), CCM (Tansania), Parti Socialiste Destourien (Tunesien), Mouvement d'Unité Populaire (Tunesien), Union Democratique (Obervolta), Union Progressiste (Obervolta), Partido Socialista (Uruguay), Socialist Party (USA), F.POLISARIO (Demokratische Arabische Republik Sahara), United National Independence Party (Sambia), Patriotische Front (Zimbabwe)

## „Weltinnenpolitik" der Sozialistischen Internationale

z.rua. „Es ist ein ermutigendes Zeichen, daß in Griechenland, Portugal und Spanien nach jahrzehntelanger brutaler Verfolgung und Unterdrückung die Menschenrechte heute wieder geachtet werden – und daß demokratische Sozialisten entscheidend daran mitwirkten, in diesen Ländern freiheitliche Strukturen wieder aufzubauen", schrieb Willy Brandt im Vorwort des Buches „Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale" 1977. In der Tat haben sich die Sozialdemokraten in den Ländern Südeuropas faustdick eingemischt, um die Revolution der Volksmassen zu verhindern und die Ausbeuterherrschaft zu sichern. Insbesondere die westdeutschen Sozialdemokraten haben sich da hervorgetan, in ihrem Tross die Sozialdemokraten der kleineren imperialistischen Länder, die selbst danach schielen, einen möglichst dicken Brocken zu schnappen.

Inzwischen laufen die Beitrittsverhandlungen Griechenlands, Spaniens und Portugals zur EG, die eigenständige Wirtschaft dieser Länder wurde weitgehend ruiniert, die Ausbeutungsbedingungen für das imperialistische Kapital wurden verbessert. Die BRD-Imperialisten wollen diese Länder möglichst schnell in die EG einsaugen, um sie vollständig unter der Fuchtel zu halten und mit der so geeinten EG wirkungsvoll in die Konkurrenz mit den beiden Supermächten treten zu können. „Ich wünsche mir, daß Westeuropa selbständig weltpolitische Verantwortung übernehmen kann", erklärte Brandt im Oktober 1975 in einem Interview mit der portugiesischen Zeitung „A Luta". Zwei Tage zuvor hatte er auf dem Kongreß der schwedischen Sozialdemokraten bescheiden verkündet: „Ich will uns nicht überschätzen, aber für mich ist kein Zweifel daran, daß wir Sozialdemokraten zu dem, was man sich entwickelnde Weltinnenpolitik nennt, einen wesentlichen Beitrag geleistet haben."

Sind erst die inneren Angelegenheiten eines Landes zur Weltinnenpolitik avanciert, ist es eine sozialdemokratische Leichtigkeit, Einmischung als „Interesse an den Geschicken der Bruder- und Schwesterparteien" zu deklarieren. Und sei es, daß diese Brüder und Schwestern erst selbst gezeugt werden müssen.

1973, als abzusehen war, daß die portugiesischen Volksmassen, angespornt von den um ihre Befreiung vom Kolonialismus kämpfenden Völkern, die Revolution vorbereiteten, wurde in Münstereifel von der SPD und ihrer Friedrich-Ebert-Stiftung die Sozialistische Partei Portugals unter Mario Soares gegründet. Viel war zu verlieren für die Imperialisten. Sie hatten Portugal zu ihrem Eldorado gemacht, mit Niedrigstlöhnen, Verbot gewerkschaftlicher Organisierung und uneingeschränkter Repatriierung der Profite. Auch die strategische Kontrolle über den Mittelmeerzugang, das alleinige Nutzungsrecht der Bundeswehr-Luftwaffe auf dem Stützpunkt Beja und die Azoren als NATO-Flugzeugträger waren gefährdet. Soares wurde hochgepäppelt und setzte sich gleich nach dem Sturz des Caetano-Regimes auf einen Ministerstuhl. Nach Sondierungsreisen verschiedener europäischer Sozialdemokraten erklärte der österreichische Generalsekretär der Sozialistischen Internationale im April 1975: „Natürlich kann man auf wirtschaftlichem Gebiet Handlungen setzen, die auch die politische Entwicklung beeinflussen." Gesagt, getan.

Am 2.8.75 gründete die Sozialistische Internationale das „Komitee für Freundschaft und Solidarität mit Demokratie und Sozialismus in Portugal". Vorsitzender wurde Brandt, weitere Mitglieder sind Kreisky (Österreich), Wilson (Großbritannien), Mitterand (Frankreich), Palme (Schweden) und den Uyl (Niederlande). Ein Aktionsprogramm über „wirtschaftliche und technische Hilfe" wurde verabschiedet. Soares, nunmehr Ministerpräsident, dankte es ihnen mit dem Versprechen auf erstklassige Investitionsbedingungen. Er hat sein Versprechen gehalten, inzwischen ist Portugal bis an den Hals vor allem bei den westdeutschen Imperialisten verschuldet, und die früheren Ausbeutungsbedingungen wurden fast vollständig wieder hergestellt. Um die von Soares eingeleitete Zerschlagung der Arbeiterorganisationen bemühen sich zur Zeit seine Nachfolger.

Nach dem Sturz des Franco-Regimes in Spanien verständigten sich die Regierungschefs der Sozialistischen Internationale im Januar 1976 über die Unterstützung der dortigen Sozialdemokraten. Ein Jahr später bestätigten sie ausdrücklich ihre volle Unterstützung der PSOE in „ihren Bemühungen um ein demokratisches Regime". Wie demokratisch, das bewies der Generalsekretär der PSOE kurz darauf in einem Interview, in dem er betonte, Spanien solle nicht der NATO beitreten, weil „gerade neutralistische Staaten trotz ihrer Verteidigungsbereitschaft ein großes Ansehen genießen". Gibraltar werde selbstverständlich für NATO-Übungen zur Verfügung gestellt.



rich-Ebert-Stiftung die Sozialistische Partei Portugals unter Mario Soares gegründet. Viel war zu verlieren für die Imperialisten. Sie hatten Portugal zu ihrem Eldorado gemacht, mit Niedrigstlöhnen, Verbot gewerkschaftlicher Organisierung und uneingeschränkter Repatriierung der Profite. Auch die strategische Kontrolle über den Mittelmeerzugang, das alleinige Nutzungsrecht der Bundeswehr-Luftwaffe auf dem Stützpunkt Beja und die Azoren als NATO-Flugzeugträger waren gefährdet. Soares wurde hochgepäppelt und setzte sich gleich nach dem Sturz des Caetano-Regimes auf einen Ministerstuhl. Nach Sondierungsreisen verschiedener europäischer Sozialdemokraten erklärte der österreichische Generalsekretär der Sozialistischen Internationale im April 1975: „Natürlich kann man auf wirtschaftlichem Gebiet Handlungen setzen, die auch die politische Entwicklung beeinflussen." Gesagt, getan.

Am 2.8.75 gründete die Sozialistische Internationale das „Komitee für Freundschaft und Solidarität mit Demokratie und Sozialismus in Portugal". Vorsitzender wurde Brandt, weitere Mitglieder sind Kreisky (Österreich), Wilson (Großbritannien), Mitterand (Frankreich), Palme (Schweden) und den Uyl (Niederlande). Ein Aktionsprogramm über „wirtschaftliche und technische Hilfe" wurde verabschiedet. Soares, nunmehr Ministerpräsident, dankte es ihnen mit dem Versprechen auf erstklassige Investitionsbedingungen. Er hat sein Versprechen gehalten, inzwischen ist Portugal bis an den Hals vor allem bei den westdeutschen Imperialisten verschuldet, und die früheren Ausbeutungsbedingungen wurden fast vollständig wieder hergestellt. Um die von Soares eingeleitete Zerschlagung der Arbeiterorganisationen bemühen sich zur Zeit seine Nachfolger.

Nach dem Sturz des Franco-Regimes in Spanien verständigten sich die Regierungschefs der Sozialistischen Internationale im Januar 1976 über die Unterstützung der dortigen Sozialdemokraten. Ein Jahr später bestätigten sie ausdrücklich ihre volle Unterstützung der PSOE in „ihren Bemühungen um ein demokratisches Regime". Wie demokratisch, das bewies der Generalsekretär der PSOE kurz darauf in einem Interview, in dem er betonte, Spanien solle nicht der NATO beitreten, weil „gerade neutralistische Staaten trotz ihrer Verteidigungsbereitschaft ein großes Ansehen genießen". Gibraltar werde selbstverständlich für NATO-Übungen zur Verfügung gestellt.



Stützpunkt Beja. Schmidt: „Denkmal germanischer Größe in Lusitanien."

An der Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO haben die Sozialdemokraten entscheidenden Anteil. Schließlich, so betonte Brandt, reichen die Einflüsse der sozialdemokratischen Partei Griechenlands weit in die Zentrumsunion des Ministerpräsidenten Karamanlis. Nachdem im Herbst 1977 in Achaia am Golf von Korinth der Bau einer westdeutschen Waffenfabrik begonnen wurde, wurde im Frühjahr in Bonn die 5. Tranche über Waffenlieferungen der BRD an Griechenland unterzeichnet und Ministerpräsident Karamanlis gab die Wiederaufnahme von Sonderbeziehungen zur NATO bekannt.

Bevor die US-Imperialisten ihr Waffenembargo gegen die Türkei aufhoben, hatte die Bundesregierung im Mai dieses Jahres mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ecevit einen Vertrag über Waffenlieferungen in Höhe von 1,2 Mrd. DM ausgehandelt, um einen „Ausgleich für das Embargo" zu schaffen. Für die Hälfte der Kreditsumme übernahm die Hermes-Kreditversicherung die Bürgschaft, ihre erste für militärische Lieferungen. Dieses Abkommen erfüllt den Zweck, einen „Ausgleich" für die BRD-Imperialisten zu schaffen, um gegen die US-imperialistische Supermacht stärker ins Geschäft zu kommen. Gleichzeitig wurden mehrere Verträge über westdeutsche Investitionen in der Eisenerzaufbereitung der Türkei abgeschlossen, und die Bemühungen, die Türkei ebenfalls in das EG-Bündnis einzubeziehen, werden intensiviert.

Seit Jahren bemühen sich die Sozialdemokraten unter Führung von Brandt, ihre „Brüder" aus der Sozialistischen Internationale zu einem „Marshall-Plan für Portugal, Griechenland, Spanien und die Türkei" zu bewegen. Nach den Vorstellungen des ehemaligen Juso-Vorsitzenden und jetzigen Mitglieds des SPD-Vorstandes Wolfgang Roth soll mit diesem „Solidaritätsprogramm Südeuropa" ein Fonds der Zahlungsbilanzüberschußländer Österreich, Schweden, Belgien und der Niederlande eingerichtet werden, über den, von einer internationalen Bank verwaltet, Kredite für „förderungswürdige Projekte" vergeben werden sollen. Das Projekt stockt. Schließlich will jeder sehen, daß er den dicksten Stich macht. In einen Topf einzuzahlen, aus dem dann der Stärkste profitiert, soweit reicht die Liebe unter diesen Brüdern nun doch nicht.

## Neubeginn des Wehrkraftzersetzungsprozesses in Flensburg

*r.clm.* Nach der Schlappe im ersten Anlauf zu diesem Prozeß wollte die Staatsschutzkammer unter Führung von Richter Sauer beim Neubeginn am 1.11. und 2.11. reinen Tisch machen. Schnell und ohne Fehler sollte bewiesen werden, daß der Angeklagte C.U. Monica tatsächlich presserechtlich Verantwortlicher der „Volksmiliz" Flensburg/Westküste ist und „die Verteilung gebilligt" und somit „planmäßig auf Angehörige der Bundeswehr eingewirkt' habe. Dabei wollte das Gericht zum zweiten Mal die Taktik einschlagen, die Öffentlichkeit soweit wie möglich einzuschränken, den angeklagten Genossen nicht zu Wort kommen zu lassen und die Beweisanträge der Verteidigung abzulehnen, um so die Auseinandersetzung um die Wahrheit der Aussagen der Volksmiliz zu vermeiden.

Daraus ist nichts geworden. Schon eine Woche vorher klebten in Schleswig-Holstein und insbesondere im Landgericht Aufkleber, die den Prozeß, den Vorsitzenden Sauer und den Kronzeugen „Kampfsau" Schmidt angriffen. Auf Kundgebungen wurden Agitationsstücke des Spielmannszuges Flensburg/Westküste aufgeführt. Am Ende des zweiten Verhandlungstages konnte das Gericht dann seinen ersten Zeugen vernehmen. Der konnte sich an nichts mehr erinnern. Kein Wunder. Als Gefreiter hat er jedes Interesse, solche Prozesse abzulehnen. Am Freitag, den 17.11., wird die Verhandlung mit der Vernehmung des Kronzeugen, der „Kampfsau" Oberstleutnant Schmidt, fortgesetzt.

## „Auflösung der Monopole"

*r.gör.* Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel strebt „die Auflösung der Monopole im Mittel- und Hochspannungsbereich" an. „Bisher hat sich das anscheinend noch niemand zugetraut." So ihre Worte in einem Interview mit der „Welt am Sonntag". Bloßer Unsinn und Wichtigtuerei?

Gemeint ist von vornherein mit „dem Thema Hoch- und Mittelspannung... die Versorgung von industriellen Sonderabnehmern". Weitere Senkung ihrer Strompreise ist das Ziel. Daß dieses Ziel durch die Ausplünderung der Volksmassen über deren Strompreise erreicht wird und werden kann, setzt die Beherrschung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) durch das mit dem Staat verschmolzene Finanzkapital voraus. Bei der Stromversorgung als allgemeiner Produktionsbedingung ist dieser Prozeß besonders weit vorangeschritten. 939 EVUs teilen sich den Markt in monopolistisch beherrschte Gebiete. Diese gelegentlich noch „an Kleinstaaterei erinnernden Gebietsmonopole" (Welt am Sonntag) sind bereits ein tendenzielles Hindernis *weiterer* Monopolisierung. Wenn die Dame aus Hannover – bekanntlich selbst Sproß des Finanzkapitals – von „Auflösung der Monopole" spricht, so ist das bloß verdreht-anbiedernde Ausdrucksweise für „mehr Wettbewerb". Konkurrenz ist die Bewegungsform, worin sich die Entwicklung kapitalistischer Monopole vollzieht.

# Westberliner Wissenschaftssenator Glotz auf Opportunistenfang

### Vorbereitung der Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes

*r.crw.* Am 23.11.1978 soll das Westberliner Abgeordnetenhaus dem novellierten und an das Hochschulrahmengesetz angepaßten „Berliner Universitätsgesetz" die zweite und dritte parlamentarische Weihe verleihen, so daß es ab 1.1.1979 „novelliert" zugehen kann. Die bedeutendsten Änderungen, die dieses Gesetz bringen soll, sind die Einführung der Regelstudienzeit als das Mittel, das Studium insgesamt zu verdichten auf 50 bis 60 Stunden wöchentlich, die Reform der Personalstruktur, die einen Teil der niederen Professorenränge und vor allem die Assistenten in abhängige und an Weisungen gebundene Erfüllungsgehilfen der ordentlichen Professoren verwandeln soll, sowie eine verbesserte Verwaltungsstruktur, deren Teil ein AStA sein soll, der an die dienstlichen Weisungen des Wissenschaftssenators oder Universitätspräsidenten gebunden ist.

Der für die Parlamentsvorlage verantwortliche Wissenschaftssenator Glotz, ehemaliger Staatssekretär unter Rohde und als solcher „Vater des Hochschulrahmengesetzes", unternimmt derweil große publizistische Manöver. Er setzt Streitschriften in die Welt und putzt sich ein wenig „links" heraus. Die Taktik wird massiv vorgetragen, ist aber nicht neu. Zu ihr gehört auch die „Kritik" seines Amtsvorgängers und jetzigen SPD-Vorsitzenden Löffler: er, Glotz, wäre kommunistenfreundlich und öffne der Unterwanderung der Universitäten Tür und Tor. Die Kritik an dem Gesetzentwurf seitens der Opportunisten erfuhr eine Wende. Man begann auf den AStA zu hoffen und in die Falle zu tappen: Glotz sei auf jeden Fall liberaler als alles, was sonst zu erwarten wäre.

An diesem Image wird jetzt gefeilt. Sei es, daß der Senator im „Spiegel" mit dem CSU-Minister Mayer aus Bayern über den Radikalenerlaß „streitet", sei es, daß er die CDU angreift, sie verderbe durch ihre Diffamierung den 70000 Studenten in Westberlin die Reputation und die Berufschancen.

Und während der Senator in den Reformkommissionen „reformierte Berufsbilder" entwerfen läßt, deren wesentlicher Kern die „Zerschlagung von A13", also die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst ist, findet er immer noch Zeit, die Frage aufzuwerfen, „wie man die resignierte und achselzuckende Abwanderung einer halben Studentengeneration in den Privatismus, in die aggressive Distanz zur Politik" verhindern kann.

Der Senator bastelt eine Koalition für die Durchsetzung seiner Absichten. Dabei scheut er die „Breite" nicht.

Auf der einen Seite wird dem liberalen Spitzenkandidaten der CDU, von Weizsäcker, Weitsicht bescheinigt für seinen Ausspruch: „Berlin soll zum Inbegriff der Qualität werden". Dem CDU-Landesvorsitzenden Lorenz bedeutete er, daß er sich von seinem Spitzenkandidaten „etwas abschneiden" solle.

Auf der anderen Seite zeigt Glotz sich erfreut über „die Schwierigkeiten, die die skandalöse Haltung der SEW zur Inhaftierung Rudolph Bahros dieser Partei bereitet". So erfreut, daß er zum Förderer des „Kongresses für und über Rudolph Bahro" wird, in dessen Präsidium neben dem TU-Präsidenten Berger, dem schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Matthiessen und SPD-Minister von Oertzen Pfarrer Albertz und Trotzkist Mandel sitzen. Dieses Projekt wird von ihm gewiß auch mit der Absicht unterstützt, wirklich für Wandel an „Berlins Universitäten" Sorge tragen zu können – einschließlich der Humboldt-Universität in Berlin (DDR).

All dies auffällig „linke" Werben verfolgt einen durchsichtigen Zweck. „Das wichtigste ist jetzt, daß die Hochschulen die Aufgaben, vor denen sie stehen, erkennen. Sie müssen zum Beispiel aktiv das Problem des Technologietransfers (der absolut kostenlosen Zurverfügungstellung der Forschungsergebnsse für die Kapitalisten, d. Verf.) angehen. Die Technische Universität hat dazu schon sichtbare Erfolge zu melden... Die Vorschläge der Freien Universität zum Teilzeitstudium lassen erkennen, daß man sich Gedanken über die Universität der Zukunft macht."

Effektivierung der Forschung und Verdichtung des Studiums, möglichst Teilzeitarbeit ohne jede Bezahlung bei doppelter Vernutzung der Arbeitskraft – das sind die „Berliner Modelle", denen der Senator zustrebt. Um sie auch durchsetzen zu können, ist er zu Manövern gezwungen, um „das Vertrauen der jungen Generation" zurückzugewinnen. Den richtigen Schaum zum Einfangen der Opportunisten hat er angerührt. Nur hat er mit den Opportunisten nicht die Studentenbewegung gefangen und die Angestellten für seine Vorhaben eingespannt.

An allen Fachbereichen hat es erfolgreiche Kämpfe gegen die verschärften Bedingungen der Indoktrination gegeben. Die Assistenten bereiten jetzt eine Teilpersonalversammlung gegen die Personalstrukturreform vor.




*r.kiu: Bielefeld.* Am Donnerstag, den 2. November, fuhren die Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Jöllenbeck in einem Auto-Konvoi von ihrem Jugendzentrum durch die ganze Stadt bis vors Rathaus. Seit sieben Jahren führen die Jugendlichen in diesem Stadtteil einen hartnäckigen Kampf um die Finanzierung des Jugendzentrums durch die Stadt. Seit einem Jahr sind sie dazu übergegangen, die Renovierung des Hauses selbst durchzuführen. Um die 50 Besucher täglich und bis 200 Besucher auf größeren Veranstaltungen kommen ins Jugendzentrum. Die Stadt hat durch die Baumaßnahmen der Jugendlichen bisher schon 200000 DM von vorgesehenen 400000 DM eingespart. Jetzt will sie die Hausmeister-Stelle und die dritte Sozialarbeiter-Stelle nicht bewilligen. Über 50 Jugendliche beteiligten sich an dem Konvoi und zogen ein Transparent mit ihren Forderungen zwischen den Fahnenstangen vor dem Rathaus hoch.

# „Wir müssen uns die Besten raussuchen können"

### Wozu Lehramtsprüfungen tauglich sind

fortgesetzt.

„Auflösung der Monopole"

r.gör. Die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel strebt „die Auflösung der Monopole im Mittel- und Hochspannungsbereich" an. „Bisher hat sich das anscheinend noch niemand zugetraut." So ihre Worte in einem Interview mit der „Welt am Sonntag". Bloßer Unsinn und Wichtigtuerei?

Gemeint ist von vornherein mit „dem Thema Hoch- und Mittelspannung... die Versorgung von industriellen Sonderabnehmern". Weitere Senkung ihrer Strompreise ist das Ziel. Daß dieses Ziel durch die Ausplünderung der Volksmassen über deren Strompreise erreicht wird und werden kann, setzt die Beherrschung der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) durch das mit dem Staat verschmolzene Finanzkapital voraus. Bei der Stromversorgung als allgemeiner Produktionsbedingung ist dieser Prozeß besonders weit vorangeschritten. 939 EVUs teilen sich den Markt in monopolistisch beherrschte Gebiete. Diese gelegentlich noch „an Kleinstaaterei erinnernden Gebietsmonopole" (Welt am Sonntag) sind bereits ein tendenzielles Hindernis weiterer Monopolisierung. Wenn die Dame aus Hannover – bekanntlich selbst Sproß des Finanzkapitals – von „Auflösung der Monopole" spricht, so ist das bloß verdreht-anbiedernde Ausdrucksweise für „mehr Wettbewerb". Konkurrenz ist die Bewegungsform, worin sich die Entwicklung kapitalistischer Monopole vollzieht.

hört auch die „Kritik" seines Amtsvorgängers und jetzigen SPD-Vorsitzenden Löffler: er, Glotz, wäre kommunistenfreundlich und öffne der Unterwanderung der Universitäten Tür und Tor. Die Kritik an dem Gesetzentwurf seitens der Opportunisten erfuhr eine Wende. Man begann auf den AStA zu hoffen und in die Falle zu tappen: Glotz sei auf jeden Fall liberaler als alles, was sonst zu erwarten wäre.

An diesem Image wird jetzt gefeilt. Sei es, daß der Senator im „Spiegel" mit dem CSU-Minister Mayer aus Bayern über den Radikalenerlaß „streitet", sei es, daß er die CDU angreift, sie verderbe durch ihre Diffamierung den 70000 Studenten in Westberlin die Reputation und die Berufschancen.

Und während der Senator in den Reformkommissionen „reformierte Berufsbilder" entwerfen läßt, deren wesentlicher Kern die „Zerschlagung von A13", also die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst ist, findet er immer



r.kiu: Bielefeld. Am Donnerstag, den 2. November, fuhren die Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Jöllenbeck in einem Auto-Konvoi von ihrem Jugendzentrum durch die ganze Stadt bis vors Rathaus. Seit sieben Jahren führen die Jugendlichen in diesem Stadtteil einen hartnäckigen Kampf um die Finanzierung des Jugendzentrums durch die Stadt. Seit einem Jahr sind sie dazu übergegangen, die Renovierung des Hauses selbst durchzuführen. Um die 50 Besucher täglich und bis 200 Besucher auf größeren Veranstaltungen kommen ins Jugendzentrum. Die Stadt hat durch die Baumaßnahmen der Jugendlichen bisher schon 200000 DM von vorgesehenen 400000 DM eingespart. Jetzt will sie die Hausmeister-Stelle und die dritte Sozialarbeiter-Stelle nicht bewilligen. Über 50 Jugendliche beteiligten sich an dem Konvoi und zogen ein Transparent mit ihren Forderungen zwischen den Fahnenstangen vor dem Rathaus hoch.

„Wir müssen uns die Besten raussuchen können"

Wozu Lehramtsprüfungen tauglich sind

*r.sof.* „Es ist nicht abzustreiten, daß die Schüler bei Ihnen gut lernen, es fragt sich nur was", äußerte sich in Lüneburg ein Fachleiter zu einer Referendarin und kritisierte beispielsweise an ihrem Unterricht, daß sie den Staat des alten römischen Reiches als einen der Großgrundbesitzer dargestellt habe.

Das Protokoll einer Dienstbesprechung vermerkt: „Eine Unterrichtsstunde ist dann ungenügend, wenn der Entwurf gravierende Mängel in der didaktischen Analyse aufweist, die in der Stunde und auch in der selbständig erbrachten Stellungnahme nicht korrigiert werden, so daß ein Lernerfolg unmöglich war oder einem Lernerfolg entgegengearbeitet wurde." Überprüft wird – das verbirgt sich hinter „didaktischer Analyse" –, ob die Referendare die Schüler „zu Lernzielen bringen, die ihrer Natur entgegengesetzt sind" (Ausspruch eines Fachleiters). Gegen die Natur verstößt in jedem Fall, wenn im Unterricht der Klassencharakter der Gesellschaft und die Ausbeutung als Grundlage dafür dargestellt werden. Noch der verschwommenste Gedanke an diese Tatsachen sei widernatürlich.

Zwecks Kontrolle und Unterdrückung der Referendare werden sie gezwungen, der Dienst- und Fachaufsicht ausführlichst über Lernziele und Stundenverläufe Rechenschaft abzulegen. Zudem müssen sie „Aussagen zum Leistungsbild und zur Interessenlage der Schüler, Arbeitsklima und Sozialstruktur der Klasse" machen (Richtlinien für die Ausbildung am Studienseminar). In einem *guten* Entwurf für eine Examenslehrprobe stehe dann z.B.: „können Christine und Petra durch gezielte differenzierte Fragestellung zu einfachen kurzen Beiträgen aktiviert werden, können Brigitte und Manfred auch Aufgaben, die reproduzierende Fähigkeiten erfordern, kaum bewältigen" usw. Die Kontrolle und Spaltung der Schüler, die Vergewaltigung ihrer Interessen und Entwicklungsfähigkeiten soll den Lehrern zu Fleisch und Blut werden.

Feinfühliges Mittel für diesen Zweck sind die Noten. Der Notendurchschnitt bei den Referendarsprüfungen an Gymnasien in Lüneburg (1.1.1978) war 3,09. Zwei Fünfen (nicht bestanden), fünf Vieren, neun Dreien, sieben Zweien, keine Eins. Die Rebellion gegen die Unterdrückung durch Dienst-und Fachaufsicht nimmt oft noch Formen des Streits über Noten an. In einem Brief an die Seminarleitung im September beschwerten sich 13 Fachlehrer darüber, daß die Noten dort im Durchschnitt viel schlechter seien als in anderen Studienseminaren; sie fragten nach den Bewertungsmaßstäben. In einem weiteren Brief von Lehrern wurden die *individuellen* Folgen des Notensystems angegriffen.

Freilich ließ das der Seminarleitung noch Raum zum Abwiegeln. Aber gewisse Auswirkungen der Anprangerung des Notensystems spiegelt bereits die Referendarsprüfung am 28. Oktober 1978 wider. Keiner fiel durch. Indessen, der Notendurchschnitt liegt mit 3,05 auf der alten Höhe, und vor allem hat sich die Spaltung mittels der Noten verschärft. Diesmal: zwei Einsen, eine Zwei, neun Dreien, sechs Vieren.

Das Kultusministerium äußert: „Wir müssen uns die Besten heraussuchen können." Das heißt: Die ihre Prüfung mit einer Eins bestanden haben, werden mit einem vollen BAT-Vertrag nach den Herbstferien eingestellt, die übrigen sind mindestens bis zum 1.2.1979 ohne Anstellung als Lehrer, viele länger. Ohne Zusammenschluß gegen das Notensystem kann die Forderung nach Übernahme aller Referendare in das Beamtenverhältnis nicht durchgesetzt werden. Die Forderung ist gerechtfertigt. Die Lehrer wollen sich nicht spalten und aussieben lassen, nicht Manövriermasse für den kapitalistischen Arbeitsmarkt werden; der Unterrichtsausfall ist groß. Der Elternrat der Volksschule in Scharnebeck, Landkreis Lüneburg, hat dem Schulrat ein Ultimatum gestellt: Werden bis zum Beginn der Schulzeit nach den Herbstferien nicht zwei zusätzliche Lehrer mit vollem Vertrag eingestellt, werden sie mit ihren Kindern den Schulbetrieb bestreiken.

## Manöver mit Leukämie

*r.mas.* Die Untersuchung des Hamelner Arztes Dr. Hermann Kater bestätigte, daß durch das 1977 stillgelegte Kernkraftwerk (KKW) Lingen in seiner Umgebung verstärkt Leukämie hervorgerufen wird.

Daß diese Blutkrebserkrankung durch radioaktive Strahlung verstärkt entstehe, wurde bereits 1965 anhand einer Untersuchung des KKW in Michigan (USA) bewiesen. Das niedersächsische Sozialministerium nennt den erneuten Nachweis dieser Tatsache „unverantwortliche Panikmache". Sozialminister Schnipkoweit antwortete auf die Frage, warum keine offiziellen Untersuchungen angestellt werden: „Uns ging es darum, daß man die Behauptung aufgestellt hat, daß im Einzugsbereich des KKW Lingen eben mehr Menschen an Leukämie sterben würden. Unsere Aufgabe war es..., in so kurzer Zeit festzustellen, (ob) das zutrifft oder nicht zutrifft." (Nordschaumagazin)

Nicht die Beseitigung der Ursachen interessiert den Sozialminister, vielmehr bloß die Tatsache, „*daß* man die Behauptung aufgestellt hat", daß die Veröffentlichung von Folgewirkungen des imperialistischen Energieprogramms dessen Durchsetzung schaden könnte. Deshalb manövriert die Landesregierung. Ministerpräsident Albrecht bezeichnet den Abriß des KKW Lingen als bisher größtes Experiment in der Geschichte der deutschen Kraftwerke. Sicher wird ihm die Leukämie noch als ein Argument für die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben

## ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz gegen Steuerreform und für Festgeldforderung

Die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Göttingen hat einstimmig folgenden Antrag gegen die Steuerreform beschlossen: „Die Kreisdelegiertenversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Göttingen lehnt die von der Bundesregierung geplante, zum Teil arbeitnehmerfeindliche Steuernovelle einschließlich der geplanten Mehrwertsteuererhöhung ab. Sie fordert, daß der Grundfreibetrag nicht auf 3690 DM, sondern um weitere 2000 DM auf 5690 DM erhöht wird. Prinzipiell strebt die Gewerkschaft ÖTV an, einen Steuerfreibetrag von 1500 DM im Monat durchzusetzen. Begründung: Der Reformertrag der von der Bundesregierung geplanten Steuerreform beträgt für die Masse der Lohnabhängigen 7,-DM in Steuerklasse I, II und IV bzw. 14 DM in Steuerklasse III. 1969 hat der damalige Bundeskanzler Willy Brandt das erstemal Steuergeschenke versprochen. Damals zahlte ein Metallarbeiter mit mittlerem Lohn 11,3% Steuern. 1978 zahlt er 13,4%. Der Ausgleich dieser 2% Verlust seit Brandts Versprechung ist das Minimum, unter das bei der jetzigen Reform keiner kommen darf. Um das zu erreichen, ist besagte Erhöhung des Grundfreibetrages auf 5690 DM erforderlich. 1500 DM im Monat muß jeder Lohnabhängige zur Verfügung haben. Deshalb darf nichts weggesteuert werden. Ein Steuerfreibetrag von 1500 DM muß durchgesetzt werden."

Genauso einstimmig hat sie den Hauptvorstand aufgefordert, zur Vorbereitung der anstehenden Tarifauseinandersetzungen der Mitgliedschaft einen Forderungsvorschlag in Mark und Pfennig für alle gleich zu unterbreiten. Der Kreisvorstand schlug in diesem Zusammenhang eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 450 DM auf 600 DM vor und der Vertreter des Bezirksvorstandes nahm diese Forderung zum Anlaß zu betonen, daß dafür Abstriche in der Höhe der Lohnforderung möglich seien. 33 Delegierte sprachen sich für eine Festgeldforderung zwischen 120 und 150 DM aus, während 38 Delegierte die Höhe der aufzustellenden Festgeldforderung noch nicht festlegen wollten.

## Grüne Liste als Partei gebildet. ,,Wachstumsverzicht'' durch Lohnsenkung

*b.wiv.* G°meinsam mit der evangelischen Akademie Nordelbien in Segeberg lud der Landesvorstand der Grünen Listen Schleswig-Holstein vom 27. bis 29. Oktober zu einem Wochenendseminar ein: ,,Kann man die Grünen wählen?'' Unter der Leitung des Grafen v. Bernstorff hatten sich dort um die 100 Teilnehmer einquartiert, z.B. Gyso von Bonin, Landwirt auf dem Hof Eichwerder, der Hausverwalter Friebe aus Lübeck, Pastor Kollenrott aus Borsfleth, sowie diverse Kleinbourgeois, Rektoren a.D. und andere Teile der Intelligenz.

Das Ergebnis des Seminars: Die Grünen werden zu den Landtagswahlen als Partei kandidieren. Was sich an diesem Wochenende konstituierte, war der Endpunkt der rechten Sammlungsbewegung, die zu den hessischen Landtagswahlen noch scheinbar selbständig begonnen hatte. Das konfuse Programm dieser Bewegung wurde am Samstag vorgestellt. Über Clausewitz, die Bergpredigt, Erich Fromm und Rudolf Bahro faßte Herbert Gruhl als Gastredner das so zusammen: Die Grünen sind die Partei der Gesamtproblematik der Welt.

In ihrem Programm äußern sich die Grünen zu vielen Dingen. Sie knüpfen geschickt mit kleinbürgerlich-sozialistischem Vokabular an den tatsächlich vorhandenen und sich verschärfenden Widersprüchen des Imperialismus an. Dabei ist ihr Programm gleichermaßen utopistisch wie reaktionär. Utopistisch, indem sie Forderungen wie Volksentscheid, Volksbegehren oder die Abwahl von Parlamentariern ausdrücklich auf dem Boden des Grundgesetzes durchsetzen wollen. Wichtigster Grundsatz ist dabei die absolute Gewaltfreiheit.

Der Kern des Programms ist aber reaktionär und direkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Hier haben sich die Grünen am Sonntag einträchtig mit den bürgerlichen Politikern von SPD und CDU getroffen: Nachdem ein Dr. Otto, grüner Gast aus Niedersachsen, die Gier der Kapitalisten nach ,,Vermehrung ihres Kapitals'' mühsam ins Gespräch gebracht hatte, griff der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Klingner ein: Zum Wachstumsproblem müsse man sich was einfallen lassen. Das sei aber kein Problem von Kapital und Arbeit, sondern der Lohnhöhe. Die Lösung ginge nur so, daß zwei Drittel der Arbeiter von ihrem Lohn abgeben müßten.

Begeistert sekundierte Boje Maaßen, grüner Kreistagsabgeordneter aus Nordfriesland, daß Wachstum nicht mehr Anwachsen der materiellen Produktion heißen könne, sondern Konsumverzicht nötig sei.

Und der Graf v. Bernstorff begründete die Notwendigkeit der Grünen damit, daß die ,,etablierten Parteien'' den Fehler gemacht hätten,

sich verschärfenden Widersprüchen des Imperialismus an. Dabei ist ihr Programm gleichermaßen utopistisch wie reaktionär. Utopistisch, indem sie Forderungen wie Volksentscheid, Volksbegehren oder die Abwahl von Parlamentariern ausdrücklich auf dem Boden des Grundgesetzes durchsetzen wollen. Wichtigster Grundsatz ist dabei die absolute Gewaltfreiheit.
Der Kern des Programms ist aber reaktionär und direkt gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet. Hier haben sich die Grünen am Sonntag einträchtig mit den bürgerlichen Politikern von SPD und CDU getroffen: Nachdem ein Dr. Otto, grüner Gast aus Niedersachsen, die Gier der Kapitalisten nach ,,Vermehrung ihres Kapitals'' mühsam ins Gespräch gebracht hatte, griff der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Klingner ein: Zum Wachstumsproblem müsse man sich was einfallen lassen. Das sei aber kein Problem von Kapital und Arbeit, sondern der Lohnhöhe. Die Lösung ginge nur so, daß zwei Drittel der Arbeiter von ihrem Lohn abgeben müßten.
Begeistert sekundierte Boje Maaßen, grüner Kreistagsabgeordneter aus Nordfriesland, daß Wachstum nicht mehr Anwachsen der materiellen Produktion heißen könne, sondern Konsumverzicht nötig sei.
Und der Graf v. Bernstorff begründete die Notwendigkeit der Grünen damit, daß die ,,etablierten Parteien'' den Fehler gemacht hätten,

den Ernst der Lage nicht rechtzeitig genug geschildert zu haben. Sonst wären heute mehr bereit, auf den Zuwachs ihres Einkommens zu verzichten. ,,Ökologisch'' begründeter Lohnraub und pfäffische Predigten über das Seelenheil zur Ergänzung: Für die 2-Prozent-Parole von Ex-Bundesbankpräsident Klasen haben sich weitere Propagandisten zusammengefunden.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27 – 29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

# Stoffbegrenzung, 40-Stunden-Woche, Lernmittelfreiheit!

### Erfolge der Studenten im Kampf gegen die Reaktion zu Semesterbeginn

*b.kas.* Eine Woche Semesterbeginn an den großen Hochschulen des Landes: Wie wir vorhergesagt haben, hat die Dreistigkeit der Professorenreaktion und der Kultusbeamten durch die Niederlagen der Studentenbewegung der vergangenen Semester ziemlichen Auftrieb bekommen. Die allseitige Verschärfung sämtlicher Widersprüche an den Hochschulen hat aber auch zu einer Ausdehnung der spontanen Kampftätigkeit geführt, die der Professorenreaktion bereits in dieser ersten Semesterwoche einige Zugeständnisse abnötigen konnte.

Nachdem am Fachbereich Sport eine drastische Senkung der Durchfallquoten in den Eingangstests erzielt werden konnte, organisiert jetzt die Fachschaftsgruppe eine Unterschriftensammlung dafür, daß alle, ohne die Voraussetzung des bestandenen Eingangstests in die praktischen Kurse zugelassen werden, auf der schon 200 Studenten unterzeichnet haben. Gleichzeitig hat sie der Institutsleitung ein Ultimatum gestellt, bis Mittwoch zu den Forderungen Stellung zu beziehen. Danach wird am Mittwoch auf der Vollversammlung über die nächsten Kampfschritte beraten.

Am Donnerstag ist bei Prof.Schindler in der Physikalischen Chemie die Klausur boykottiert worden. Am Freitag hat er darauf mit einer Aussperrung sämtlicher Praktikumsteilnehmer geantwortet. Die Forderung nach Stoffbegrenzung hat in vielen Lehrveranstaltungen eine entscheidende Rolle gespielt. In der Chemie-Vorlesung für Agrar- und Medizinstudenten wollte der Dozent Hadenfeld eine lange Latte von Büchern zur Grundlage machen, unter anderem den Hollemann-Wiberg mit 1300 Seiten für 78 DM. Auf die Forderung nach Herausgabe eines kostenlosen Skriptes, die von einem Fachschaftsvertreter der Agrarstudenten vorgetragen wurde, wollte er sich nicht einlassen. Als er dann zu seinem Vortrag auch noch keinerlei Fragen zuließ, verließen die Studenten geschlossen den Saal. In Sportpädagogik für das dritte Semester war das Ergebnis der Verhandlung über Stoffbegrenzung immerhin, daß die Professoren Haalck und Murawitz ihren Literaturkatalog ,,überprüfen'' und in der nächsten Stunde einen neuen Vorschlag unterbreiten wollen. Gefordert wurde von den Seminarteilnehmern eine Reduzierung der Seitenzahl um die Hälfte.

Keineswegs ist aber mit dieser Entwicklung gesichert, daß die Studentenbewegung in diesem Semester das durchsetzen kann, was ihrer Breite und Kampfkraft entspricht und was objektiv notwenig ist: Die Bundesregierung daran zu hindern, die mit den Schmude Orientierungspunkten abgesteckten Ziele der Verschärfung der Siebung, Zensur und Unterdrückung durch die Studienbedingungen durchzusetzen und das BAföG in seiner räuberischen und verelendenden Wirkung durch ,,Nichtanpassung'' oder Ausweitung des Lohnraubs durch die GEW-Forderung weiter zu entfalten, schließlich die Landesregierung daran zu hindern, mit der Durchsetzung des Landeshochschulgesetztes die dafür erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen und zu Streikaktionen für Bezahlung der Arbeitskraft überzugehen. Das kann die Studentenbewegung nur erreichen, wenn die spontanen Kämpfe in den Lehrveranstaltungen sich zugleich in einer kräftigen Steigerung der Mitgliederzahl der Fachschaftsgruppen niederschlägt und ihrem Aufbau zu Zusammenschlüssen, die alle diese Kämpfe praktisch führen.

Was in diesem Semester mindestens erreicht werden muß und auch erreicht werden kann, ist, einiges wenn auch an kleinen Erfolgen zu sichern. Es wird schon eine andere Lage schaffen, wenn jeder Student vom Vorschlag der Bundesregierung weiß, wie und um wieviel in Mark und Pfennig er die Wirkung des BAföG in Richtung Lohnraub verschärft, oder, wenn auf der Grundlage der Forderung nach Durchsetzung der 40-Stunden-Woche in den Lehrveranstaltungen der Kampf um Stoffbegrenzung geführt wird. Dies wird den Spielraum für die Studienreformpläne der Landesregierung gewaltig einengen. Die Aufstellung von Aktionsprogrammen in den Fachschaftsgruppen, die diese Forderungen enthalten, als Leitlinie für die Entwicklung der praktischen Kämpfe, versuchen gegenwärtig die Opportunisten mit allen Mitteln, bis hin zur Drohung mit Spaltung, zu verhindern. Immer offener betätigen sie sich damit selbst als Propagandisten der imperialistischen Studienreform. Lateinkenntnisse, bekommt man da zu hören, seien tatsächlich Voraussetzung für ein Geschichtsstudium, oder, der Kampf gegen die maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit durch Wiederholungsanalysen in der Pharmazie mit der Forderung: ,,Für alle die gleiche Analyse'' sei falsch, da damit der ,,Lerneffekt'' flöten ginge. Reformisten und Revisionisten haben die Arme für ein Bündnis mit diesen Kräften schon ausgebreitet, Spaltung der Fachschaftsgruppenbewegung im Hinblick auf die Wahlen ist ihr taktisches Ziel. Gründliche Abrechnung mit Reformismus und Opportunismus in den Fachschaftsgruppen ist wesentliche Bedingung für eine Wende in diesem Semester.



Mit der Wiederaufnahme des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Claus Udo Monica am 1.11. und 2.11., der im August vom Gericht wegen eigener Fehler abgebrochen wurde, sollte die Verurteilung durch die Staatsschutzkammer schnell erfolgen. Das Gericht mußte jedoch auch bei diesem Anlauf seine eigenen Zeugen zwei Tage lang vor den Türen warten lassen, darunter Oberstleutnant ,,Kampfsau'' Schmidt, es mußte sich stattdessen die Beweisanträge der Verteidigung und die Stellungnahme des angeklagten Genossen anhören. Die Aktionen für die Einstellung der Wehrkraftzersetzungsprozesse, das Theaterstück gegen das Gericht, seinen Charakter, und die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie fanden Unterstützung und werden zur Vorbereitung des nächsten Termins am 17.11. fortgeführt.

Die SV-Wahlen werden zeigen, inwieweit die Schüler und Lehrlinge
tag hat er darauf mit einer Aussperrung sämtlicher Praktikumsteilnehmer geantwortet. Die Forderung nach Stoffbegrenzung hat in vielen Lehrveranstaltungen eine entscheidende Rolle gespielt. In der Chemie-Vorlesung für Agrar- und Medizinstudenten wollte der Dozent Hadenfeld eine lange Latte von Büchern zur Grundlage machen, unter anderem den Hollemann-Wiberg mit 1300 Seiten für 78 DM. Auf die Forderung nach Herausgabe eines kostenlosen Skriptes, die von einem Fachschaftsvertreter der Agrarstudenten vorgetragen wurde, wollte er sich nicht einlassen. Als er dann zu seinem Vortrag auch noch keinerlei Fragen zuließ, verließen die Studenten geschlossen den Saal. In Sportpädagogik für das dritte Semester war das Ergebnis der Verhandlung über Stoffbegrenzung immerhin, daß die Professoren Haalck und Murawitz ihren Literaturkatalog ,,überprüfen'' und in der nächsten Stunde einen neuen Vorschlag unterbreiten wollen. Gefordert wurde von den Seminarteilnehmern eine Reduzierung der Seitenzahl um die Hälfte.
Keineswegs ist aber mit dieser Entwicklung gesichert, daß die Studentenbewegung in diesem Semester das durchsetzen kann, was ihrer Breite und Kampfkraft entspricht und was objek-
schärft, oder, wenn auf der Grundlage
in diesem Semester.
Mit der Wiederaufnahme des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Claus Udo Monica am 1.11. und 2.11., der im August vom Gericht wegen eigener Fehler abgebrochen wurde, sollte die Verurteilung durch die Staatsschutzkammer schnell erfolgen. Das Gericht mußte jedoch auch bei diesem Anlauf seine eigenen Zeugen zwei Tage lang vor den Türen warten lassen, darunter Oberstleutnant ,,Kampfsau'' Schmidt, es mußte sich stattdessen die Beweisanträge der Verteidigung und die Stellungnahme des angeklagten Genossen anhören. Die Aktionen für die Einstellung der Wehrkraftzersetzungsprozesse, das Theaterstück gegen das Gericht, seinen Charakter, und die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie fanden Unterstützung und werden zur Vorbereitung des nächsten Termins am 17.11. fortgeführt.

# Die SV-Wahlen werden zeigen, inwieweit die Schüler und Lehrlinge sich landesweit zusammengeschlossen haben

*b.thh.* An vielen Schulen haben die Schülervertretungswahlen stattgefunden. Dort, wo im letzten Jahr der Kampf gegen das Schulgesetz organisiert wurde, ist es weitgehend gelungen, die Wahlen zum Zusammenschluß für die Rechte und Interessen der Schüler und Lehrlinge zu nutzen. An der Kreisberufsschule Elmshorn z.B. existiert eine Liste, die auf den Forderungen des Streiks kandidiert. In Kiel hat die SV der Berufsschule II/III die Vorstellung der Kandidaten genutzt, um die Erfahrungen aus dem Kampf des letzten Jahres zu diskutieren. Der reformistische Schulsprecher wurde von einer großen Mehrheit abgewählt, diejenigen, die den Streik organisiert haben, vertreten jetzt die SV. 11 Mitglieder der SV gingen gleich daran, die Entlassung von 3 Baukollegen, die in Ahrensbök gegen die Heimunterdrückung vorgegangen sind, zu beraten. Einstimmig wurde von ihnen eine Resolution der Baublockklasse unterstützt; 4 Mitglieder wurden beauftragt, am nächsten Tag mit durchzusetzen, daß die 3 Kollegen die Berufsschule weiter besuchen können. Das gelang.

Dennoch stoßen die SV-Wahlen und der Kampf der Schüler und Lehrlinge auf Hindernisse. Die SV-Verordnung schreibt z.B. die Anwesenheit des Vertrauenslehrers auf SV-Sitzungen vor. Deswegen mußten die Wahlen an der BS 2/3 mehrfach verschoben werden. Das Landesschulamt weigert sich nach wie vor, die Flugblätter der LSV zum Streik zu zahlen und zwar, weil die SVen sich nicht zu schulpolitischen Fragen zu äußern hätten!

Solche Maßnahmen sollen zersetzen und spalten. In gewisser Weise gelingt das. Rechte ,,Schülervertreter'', die nicht abgesetzt wurden, arbeiten offen mit dem Staat gegen die Schüler. Der Schulsprecher der Gewerbeschule I in Lübeck z.B. hat sich beim Landesschulamt über den Landesschulsprecher wegen der nicht bezahlten Flugblätter beschwert.

Die Opportunisten, insbesondere der KB Nord, weichen zurück und betreiben die Liquidierung des einheitlichen Kampfes. Sie wollen von den Streikforderungen herunter, indem sie behaupten, diese seien ,,nicht durchsetzbar'' und die Schüler seien ,,abgeschreckt'' und ,,passiv''. Mit dieser Begründung haben sie in Kiel jetzt mit 1 Stimme Mehrheit KJB und KBW aus dem Stadtschülerkomitee ausgeschlossen und eine ,,Schülergruppe'' gegründet. Sie äußerten sich nicht zum Kampf gegen die Geldersperrung des Landesschulamtes: ,,Vielleicht kann man ja sammeln''.

Demgegenüber können sich die Schüler und Lehrlinge nur durchsetzen, wenn sie sich um ihre Rechte und Forderungen zusammenschließen und praktisch den Kampf gegen Unterdrückung und Aussieberei an den Schulen beraten und führen. Die SV der BS 2/3 wird z.B. beim nächsten Mal auf der Sitzung die Fälle von Unterdrückung im Unterricht und an der Schule diskutieren und Maßnahmen dagegen ergreifen.

Erforderlich ist jetzt, daß die Schüler und Lehrlinge die Kämpfe zur Durchsetzung ihrer Rechte und gegen die Unterdrückung an den Schulen landesweit führen, wie sie es vor den Sommerferien gegen das Schulgesetz getan haben. Dazu brauchen sie eine starke Landesschülervertretung. Bislang ist die Beteiligung an den LSV-Sitzungen nicht so groß wie letztes Jahr, an einigen Schulen existiert gar keine SV. Das zeigt, daß an den einzelnen Schulen und auf Landesebene eine alle Schüler und Lehrlinge vertretende SV erst aufgebaut werden muß.

Dazu müssen SVen und LSVen jetzt den Angriff des Landesschulamts auf ihre Sprecher und Gelder zurückweisen. Die Landesregierung will im November ihr SV-Musterstatut auf der Grundlage des Schulgesetzes vorlegen. Das wird genauso reaktionär sein, wie die jetzige SV-Verordnung und muß bekämpft werden. Die Schüler müssen ihren SVen die Statuten geben, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu vertreten.

Zusammengefaßt werden kann der Kampf in einem landesweiten Schüler- und Lehrlingskongreß, den die LSV durchführen muß. Im Mittelpunkt dieses Kongresses müssen die politischen Rechte, der Kampf gegen den Abbau der Berufsschulpflicht und für eine umfassende und einheitliche Ausbildung für alle Jugendlichen stehen. Die Kämpfe der Schüler und Lehrlinge haben die Unterstützung der Arbeiterklasse, daher muß die Gewerkschaft sie unterstützen und daran teilhaben.

## *Veranstaltungen und Termine*

**Montag, den 6.11.**

Fortsetzung des Kaltefleiter- oder Quarktopfprozesses
**Kiel, 9.00 Uhr**, Amtsgericht, Zi 108

**Dienstag, den 7.11.**

Prozeß gegen J. Graessner wegen ,,Beleidigung des Ministers Ehrenberg''
**Kiel, 11.00 Uhr**, Amtsgericht, Zi 112

Auf der UN-Seerechtskonferenz und der UNO-Generalversammlung erteilen die unterdrückten Völker den Plünderungsabsichten der Imperialisten eine Abfuhr. Veranstaltung mit M. Tomczak, zur Zeit Liverpool, ehemals wiss. Angestellter am Institut für Meereskunde Kiel
**Kiel, 20.00 Uhr**, Universität, Alte Mensa

**Mittwoch, den 8.11.**

Prozeß gegen M. Tomczak wegen ,,Verstoß gegen das Versammlungsgesetz u.a.''
**Kiel, 9.00 Uhr**, Amtsgericht

**Donnerstag, den 9.11.**

Prozeß gegen B. Balzer wegen ,,Beleidigung des Ministers Ehrenberg und des Stadtrats Lütgens, Kiel''
**Kiel, 9.40 Uhr**, Amtsgericht, Zi 106

**Freitag, den 10.11.**

Aktionseinheitsberatungen zur Demonstration: ,,Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees'' am 18.11. in Flensburg
**Kiel, 20.00 Uhr**, Gaststätte Stender, Waitzstraße

**Dienstag, den 14.11., bis Freitag, den 17.11.**

**Veranstaltungsreihe von KSB und KBW:** ,,Die ,Kritische Theorie': moderner Idealismus, altes Dunkelmännertum''

**Kiel, 14.11., 20.00 Uhr**, Universität, Alte Mensa:
*Arbeit macht eindimensional – die Theorie des Herbert Marcuse*

**Kiel, 15.11., 20.00 Uhr**, Universität, Alte Mensa:
*Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt*

**Kiel, 16.11., 20.00 Uhr**, Universität, Alte Mensa:
*Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – was die Kritische Theorie kritisiert, was nicht*

**Kiel, 17.11., 20.00 Uhr**, Universität, Alte Mensa:
*Vom Zins lebt sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch*

**Freitag, den 17.11.**

Fortsetzung des Prozesses gegen C. U. Monica wegen ,,verfassungsfeindlicher Wehrkraftzersetzung u.a.''
**Flensburg, 9.00 Uhr**, Landgericht, Staatsschutzkammer

stration: ,,Sofortige Einstellung aller Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees'' am 18.11. in Flensburg
Kiel, 20.00 Uhr, Gaststätte Stender, Waitzstraße
Dienstag, den 14.11., bis Freitag, den 17.11.
Veranstaltungsreihe von KSB und KBW: ,,Die ,Kritische Theorie': moderner Idealismus, altes Dunkelmännertum''
Kiel, 14.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Arbeit macht eindimensional – die Theorie des Herbert Marcuse
Kiel, 15.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt
Kiel, 16.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – was die Kritische Theorie kritisiert, was nicht
Kiel, 17.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Vom Zins lebt sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch
Freitag, den 17.11.
Fortsetzung des Prozesses gegen C. U. Monica wegen ,,verfassungsfeindlicher Wehrkraftzersetzung u.a.''
Flensburg, 9.00 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer

**Samstag, den 18.11.**

,,Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Aufhebung aller bisherigen Urteile!''
– Demonstration des KBW und der Soldaten- und Reservistenkomitees –
**Flensburg, 10.00 Uhr**

### Berufsschüler fordern Rücknahme der Kündigungen von R. Braungard, W. Tank und M. Tisztan

*b.Kiel.* Die Baukapitalisten Gebr. Claussen und Max Giese haben vor kurzem die genannten Lehrlinge entlassen, weil sie zusammen mit ihren Mitschülern die überbetriebliche Ausbildung und Einkasernierung der Baulehrlinge im Ausbildungszentrum Ahrensbök bekämpft haben. Am letzten Montag sollten sie aus dem Berufsschulunterricht entfernt werden. Die Klasse hat sich dem widersetzt. Der Baubereichsleiter verzog sich verunsichert zur Beratung mit dem Leiter der Berufsschule zurück. Ergebnis: Man wolle nicht ,,in ein laufendes Verfahren eingreifen''. Inzwischen haben elf Delegierte der letzten Gesamtschülervertretersitzung der Berufsschule, darunter der Schulsprecher, sein Vertreter und der Sprecher des Vollzeitbereiches sich der Erklärung der Klasse Bau Block U angeschlossen. Die Klassen ,,BFJ VZ 2'' und ,,Druck M'' haben ebenfalls mehrheitlich die Zurücknahme der Kündigungen gefordert und einen entsprechenden Brief an die Firma Claussen geschrieben.

### Verschärfung von Ausbeutung und Unterdrückung soll durchgesetzt werden

*b. Segeberg.* Seit Anfang des Jahres steht die Firma Onno Lüttmer (KG) in einem harten Existenzkampf, erklärte der Geschäftsführer Holz in einem Anhörungsgespräch dem Kollegen Smit, wobei er behauptete, daß der Kollege einen Artikel der KVZ Nr. 23/78 geschrieben habe. Dieser Artikel würde die Kreditwürdigkeit der Firma gegenüber den Banken untergraben und somit 250 Arbeitsplätze gefährden. Gern hätte es dieser Herr, daß sich die Kollegen für den Existenzkampf des Kapitalisten Lüttmer zur Schlachtbank führen ließen. Doch für die Arbeiter und Arbeiterinnen bei Lüttmer bedeutet dieser Existenzkampf niedrige Stundenlöhne, Überstundenarbeit, Sonderschichten, wie z.B. in der Strickerei, ständige Akkordverschärfung in der Näherei und im Zuschnitt. Die Abteilungsleiter treiben ständig zur Mehrarbeit an und versuchen, die Toiletten- und Rauchpause auf die Frühstücks- und Mittagspause zu begrenzen. Gegen diese Schikanen, Überstunden, und Akkordverschärfung gibt es Widerstand. In der Strickerei, in der der Kollege Smit arbeitet, lehnen von 12 Strickern fünf jegliche Überstundenarbeit ab. Diesen Widerstand versucht der Geschäftsführer Holz durch die Kündigungsdrohung zu unterdrücken, um für Lüttmer mehr aus den Knochen der Arbeiter herauszuholen.

### Erhöhte Rente durchgesetzt

*b.Kiel.* Am 1.11. fand vor dem Gericht in Schleswig der Prozeß des Rentners Mahler statt, der seit 1973 um die Anerkennung der in dem Jahr aufgetretenen Lungenentzündung als Verfolgungsleiden kämpfte. Die Lungenentzündung stand in direktem Zusammenhang mit der Lungentuberkulose, die Folge der KZ-Haft von 1933 bis 1934 war.

Der Vertreter des angeklagten Landes Schleswig-Holstein mußte angesichts der Haltlosigkeit des Gutachtens des Herrn Bernsmeier, Chefarzt der 1.Medizin der Universitätskliniken Kiel, und der Anwesenheit von 12 Zuschauern, davon 3 Rentner, einen Vergleich anbieten. Dieser Vergleich enthält 10000 DM als Nachzahlung und 376 DM monatlich zu seiner Rente von derzeit 868 DM.

Die Absichten Ehrenbergs, nämlich dem Rentner Mahler gar nichts zu zahlen, sind an dessen Hartnäckigkeit und zähen Kampf gescheitert.

### Die Kündigung H.A.Bergers muß zurückgenommen werden!

*b.* Am 1.11. fand der Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Kündigung des Assistenzarztes H.A.Bergers durch den Senat der Stadt Rendsburg in Kiel statt wegen seiner Äußerung auf einer Personalversammlung – ein Patient verblutete nach einer kleinen Operation auf Grund des Personalmangels. Anlaß dieser Äußerung war die Nichtverlängerung von Zeitverträgen von Beschäftigten durch die Verwaltung der Klinik.

nung der in dem Jahr aufgetretenen Lungenentzündung als Verfolgungsleiden kämpfte. Die Lungenentzündung stand in direktem Zusammenhang mit der Lungentuberkulose, die Folge der KZ-Haft von 1933 bis 1934 war.

Der Vertreter des angeklagten Landes Schleswig-Holstein mußte angesichts der Haltlosigkeit des Gutachtens des Herrn Bernsmeier, Chefarzt der 1.Medizin der Universitätskliniken Kiel, und der Anwesenheit von 12 Zuschauern, davon 3 Rentner, einen Vergleich anbieten. Dieser Vergleich enthält 10000 DM als Nachzahlung und 376 DM monatlich zu seiner Rente von derzeit 868 DM.

Die Absichten Ehrenbergs, nämlich dem Rentner Mahler gar nichts zu zahlen, sind an dessen Hartnäckigkeit und zähen Kampf gescheitert.

Die Kündigung H.A.Bergers muß zurückgenommen werden!

b. Am 1.11. fand der Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Kündigung des Assistenzarztes H.A.Bergers durch den Senat der Stadt Rendsburg in Kiel statt wegen seiner Äußerung auf einer Personalversammlung – ein Patient verblutete nach einer kleinen Operation auf Grund des Personalmangels. Anlaß dieser Äußerung war die Nichtverlängerung von Zeitverträgen von Beschäftigten durch die Verwaltung der Klinik.

Gegen diese Kündigung protestierten alle Assistenzärzte der Klinik und viele Beschäftigte. In der Stadt Rendsburg bildete sich eine breite Aktionseinheit gegen diese Kündigung, die innerhalb kurzer Zeit fast 300 Unterschriften gegen diese Kündigung sammelte. Aus Kiel gingen Protestbriefe von Beschäftigten der Unfallklinik Jensen und 22 Beschäftigten der Uni-Klinik Kiel und dem Städtischen Krankenhaus mit der Aufforderung der sofortigen Rücknahme der Kündigung beim Senat der Stadt Rendsburg ein.

In Kiel verfolgten ca. 35 Menschen den Prozeß gegen den Senat. Der Richter versuchte sich hin und her zu winden mit Äußerungen wie, wenn die Beschuldigung in der Öffentlichkeit gefallen wäre, dann wäre der Kündigungsgrund klar, aber eine Personalversammlung sei nicht öffentlich u.ä.

Der Vertreter der Stadt konnte dem so gut wie nichts entgegensetzen. Er versuchte, das gestörte Vertrauensverhältnis zwischen den Chefärzten und Berger ins Feld zu führen. Darauf sprang der Richter auch gleich an und schlug einen Vergleich in Form einer finanziellen Abfindung der Stadt an Berger vor. Dies lehnte der Vertreter der ÖTV, die Berger vertrat, mit der Begründung ab, daß das Vertrauensverhältnis bis zum letzten Tag bestanden hat, er operierte an seinem letzten Tag noch alleine. Berger besitzt das volle Vertrauen der ganzen Belegschaft. Der Richter schlug vor, Bergers Kündigung als gegenstandslos zu erklären und ihm vom Senat einen Verweis wegen der Form der Äußerung zu erteilen.

Zu dieser Entscheidung hat der Senat drei Wochen Zeit. Diese Entscheidung ist eine ziemliche Unverschämtheit. Sowohl das Gericht als auch Senat hoffen, daß sich die Bewegung gegen die Kündigung im Sande verläuft. Genau darin werden sie sich täuschen.

# Für einen Gotteslohn den Dienst verrichten?

## Der ÖTV-Tarifvertrag bei der Nordelbischen Kirche bleibt

*b.hel.* In den beiden großen Kirchen, evangelisch und katholisch, mit ihren caritativen und diakonischen Einrichtungen, arbeiten insgesamt ca. 480000 Arbeiter, Angestellte und Beamte. Beide Kirchen zusammen sind in der BRD der zweitgrößte Aufkäufer von Arbeitskraft. Dennoch haben die Kollegen im kirchlichen Dienst keine eigenen Tarifverträge, bis auf eine Ausnahme: die evangelische Landeskirche Schleswig-Holstein hat 1960 mit der ÖTV, der DAG und dem Verband kirchlicher Mitarbeiter einen Tarifvertrag abgeschlossen. Nach dem Beitritt der evangelischen Landeskirche zur Nordelbischen Kirche will sich die neue Kirchenleitung diesen Tarifvertrag vom Hals schaffen. Worauf die nordelbische Kirchenleitung hinaus will, das steht in der Empfehlung der EKD an ihre Gliedkirchen vom Dezember 1976: Ein Arbeitsrechtsregelungsgesetz soll einheitlich geschaffen werden, dessen zentraler Punkt ist, daß es die Kirche für ,,rechtlich zulässig hält, daß sich der Mitarbeiter im Anstellungsvertrag durch eine besondere Unterwerfungsklausel Änderungen der Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Vergütung, durch einseitige Entscheidung des kirchlichen Arbeitgebers unterwirft.'' Statt Tarifverträge will die Kirchenleitung den Unterwerfungsvertrag haben, weil er erlaubt, die Kollegen im kirchlichen Dienst per einfacher bischöflicher Anordnung z.B. in Krankenhäusern, Altersheimen oder Friedhöfen als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die Kollegen im staatlichen öffentlichen Dienst einzusetzen. Nonnen und Diakonissen z.B. sind in dieser völlig rechtlosen Lage und mögen den Bischöfen als Leitbilder dienen: sie sind immer im Dienst, immer verfügbar. Weil sie keinen Normalarbeitstag kennen, kennen sie keine Überstunden, heißt doch ihr Leitspruch: ,,Mein Lohn ist, daß ich dienen darf.''

Der Tarifvertrag mit der schleswig-holsteinischen Landeskirche ist ein Ergebnis der Klassenkämpfe der 50er Jahre. Während der großen Streiks, z.B. 1954 des ÖTV-Streiks in Hamburg oder 1956 des monatelangen Metallerstreiks, schickte die Bourgeoisie immer wieder die Kirche vor, um ,,Sozialpartnerbegegnungen'' zu arrangieren, um das Klassenbewußtsein der kämpfenden Arbeiter ideologisch zu unterhöhlen. Und die Sozialdemokraten gingen begierig darauf ein: Im Jahre 1956, in dem der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, ließ der Landesbezirk Nordmark eine Verordnung herausgeben, auf die Gottesdienste sei bei den gewerkschaftlichen Veranstaltungen Rücksicht zu nehmen. Und während des Streiks der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein hatte die Industriegewerkschaft Metall die Kirche gebeten, die Weihnachtsfeiern der IG Metall wesentlich mitzugestalten. ,,Es haben, da die Dinge ja sehr problematisch sind, sehr ernste Gespräche vorher stattgefunden, darunter auch im Landeskirchenamt. Und ich darf sagen, daß hier mehr als nur Taktik deutlich geworden ist, denn wer die Verhältnisse innerhalb der Metallarbeiterschaft kennt, weiß, daß dieses Unternehmen nicht nur ein Wagnis für die Pastoren gewesen ist, die diesen Dienst getan haben, sondern ein mindestens so großes Wagnis für die Leitung der Industriegewerkschaft Metall.'' Sehr offen spricht so 1957 ein Pastor auf einer Akademietagung.

Einerseits gab die Kirche mit dem Tarifabschluß 1960 dem Druck der Kollegen nach. Umgekehrt sollte dieser Tarifvertrag in Fortsetzung der ideologischen Zersetzungspolitik der 50er Jahre für die Bourgeoisie ein Mittel sein, den Kampf der Kollegen im Öffentlichen Dienst zu spalten und durch das Reden vom besonderen Charakter des kirchlichen Dienstes ideologisch unter Druck zu setzen. ,,Die positive Wendung, die dieses Verhältnis zwischen Kirche und Gewerkschaft in den letzten Jahren gewonnen hat, müßte also so verstärkt werden und so weiter entwickelt werden, daß die Gewerkschaften dazu geführt werden, de jure und de facto die Eigentümlichkeit der Ämter und der Dienstvollzüge innerhalb der Kirche Christi auch innerhalb der modernen Gesellschaft ihrerseits zu erkennen, wirklich wahrzunehmen und anzuerkennen.'' So empfiehlt 1957 ein Theologieprofessor den Abschluß von Tarifverträgen.

Wenn heute die EKD für die bei ihr beschäftigten Arbeiter und Angestellten einen Unterwerfungsvertrag durchsetzt, bzw. die Nordelbische Kirche den bisherigen Tarifvertrag abschütteln will, geht das nicht kampflos ab. Die Kollegen im kirchlichen Dienst arbeiten nicht bei der Kirche, um für Gotteslohn einen Gottesdienst zu verrichten. Sie müssen ihre Arbeitskraft als Gärtner, Hausmeister, Schwestern und Kindergärtnerinnen an die Kirche verkaufen, weil in der BRD die Kirchen in den Bereichen der ,,sozialen Dienste'' fast als Monopolisten auftreten können. Über die Hälfte aller Arbeitsplatzchancen sind vertan, ist man als Kindergärtnerin z.B. nicht in der Lage, weil man nicht der entsprechenden Glaubensrichtung angehört, in einem kirchlichen Kindergarten zu arbeiten. Die nordelbische Kirchenleitung, vorneweg ihre Bischöfe Hübner und Wölber, ist auf der letzten Synode nicht durchgekommen damit, die Tarifverträge nach dem 31.12.1978 abzuschaffen. Dieses ist vor allem ein Erfolg der Kollegen in der Fachgruppe kirchlicher Mitarbeiter in der ÖTV, die, seitdem es den Zusammenschluß der Nordelbischen Kirche gibt, mit Nachdruck die Ausweitung der Tarifverträge auf den gesamten Kirchenbereich fordert.

# Streik bei der Malereinkaufsgenossenschaft in Pinneberg

*b.chs.* Die Malereinkaufsgenossenschaft in Pinneberg ist ein Speditionsbetrieb mit ca. 100 Beschäftigten. Die 20 Fahrer, die mit Vier- bis Siebentonnern Malerartikel in ganz Norddeutschland ausliefern, werden vielfach zu Überstunden gezwungen.

Der Lohn eines Fahrers beträgt bei 40-Stunden-Woche 2100 DM brutto, aber es werden im Schnitt über 190 Stunden im Monat gearbeitet. Das erbringt einen Durchschnittslohn von 2350 DM brutto. Die Fahrer sind gezwungen, die Tour zu Ende zu fahren, auch wenn das länger als bis 16.30 Uhr dauert. Wer den Wagen dann einfach abstellt, oder halbvoll zurückbringt, kann sich schnell einen anderen Arbeitsplatz suchen. Ca. 40 Kunden soll ein Fahrer im kleinen Laster täglich schaffen, d.h. hinfahren, parken, ausladen, bei neuen Kunden kassieren. In der Stadt werden sechs Minuten pro Kunde berechnet. Das ist natürlich nicht zu schaffen und zwingt die Fahrer reichlich zu Überstunden und zu gefährlichem Fahren und zu großer Hetze beim Be- und Entladen. Besonders schlimm wird es, wenn morgens ab sieben Uhr die Touren noch nicht stehen und die Fahrer nicht loskönnen.

Hier macht der Kapitalist ein gutes Geschäft durch die Spaltung zwischen Lagerarbeitern und Fahrern, die er betreibt. Um Zeitverluste, Lücken und Irrtümer während der Touren zu vermeiden, hat er nach und nach das Lager nur mit ehemaligen Fahrern besetzt. Die kennen natürlich die Touren.

Er zahlt ihnen 100 DM mehr, und sie brauchen in der Regel keine Überstunden zu machen. Auch der Zusammenschluß der Fahrer soll so verhindert werden, indem die ,,Alten Hasen'' rausgenommen werden. Aber der Zusammenschluß entwickelt sich trotzdem, weil die Lage unerträglich ist. Als von den Fahrern verlangt wurde, die Paletten für die Touren selbst zusammenzustellen, weil am Abend vorher die Lagerarbeiter in der Spätschicht nicht alles geschafft hatten, streikten die Fahrer, bis die Paletten beladen waren, und machten trotzdem um 16.30 Uhr Feierabend, natürlich ohne, daß die Touren fertig waren. Im Augenblick wird die Forderung nach 100 DM mehr für die Fahrer, d.h. Bezahlung wie die Lagerarbeiter erhoben und nach einer Abteilungsversammlung, auf der die Fahrer gegen die Überstundenarbeit auftreten wollen.

,,Der Herzinfarkt kommt einem Todesurteil gleich''

Krankenhausplanung Lübeck

b.kaq. 1973 hat die Landesregierung ihren Krankenhausbedarfsplan bis 1980 vorgelegt. Er sah eine Erhöhung der Bettenzahl für Lübeck von bisher 1830 (planmäßig) auf 2200 vor. Inzwischen ist er für den Bereich Lübeck bereits durch den Regionalplan des Landes Schleswig-Holstein vom 15.September 1976 geändert worden. Hier finden wir nur noch ein Planziel von 2050 Betten. Vorgesehen ist der Ausbau der Medizinischen Hochschule

Priwall wird die Aufrechterhaltung des Krankenhauses mit seinen Abteilungen Inneres und Chirurgie für das Industriegebiet in Küknitz und Herrenwik, die Schlichting Werft auf dem Priwall und für den ganzen Fährbetrieb in Travemünde gefordert. Wird es geschlossen, so müßten alle Unfälle 20 km weit nach Lübeck transportiert werden. Bei einem Herzinfarkt: ,,Es gibt keinen Zweifel, daß für diese Kranken ein Transport nach Lübeck einem Todes-

zahlt, sind ihnen zu hoch. So werden zur Zeit von der Stadt Lübeck für das Priwall-Krankenhaus bei einem Ertrag von 6824400 DM jährlich ein Zuschuß von 181500 DM gezahlt und im Vergleich dazu für das Städtische Krankenhaus bei einem Ertrag von 39442800 DM nur ein Zuschuß von 195000 DM.

Mit der Zentralisierung der Krankenhausbetten wird der Abbau des Personals und die ,,wirtschaftlichere

wenn es gelingt, die Verweildauer in dem geplanten Krankenhaus der MHL mit 1400 Betten um einen weiteren Tag zu senken. Monatlich können bei Vollauslastung 260 Patienten mehr durch das Krankenhaus geschleust werden. Wenn dann einige dort gar nicht erst hinkommen, sondern gleich in die Leichenhalle, verbessert das nur die Rechnung dieser Bourgeoispolitiker.

Für den Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses Agnes-Karll gibt es

b.chs. Die Malereinkaufsgenossenschaft in Pinneberg ist ein Speditionsbetrieb mit ca. 100 Beschäftigten. Die 20 Fahrer, die mit Vier- bis Siebentonnern Malerartikel in ganz Norddeutschland ausliefern, werden vielfach zu Überstunden gezwungen.

Der Lohn eines Fahrers beträgt bei 40-Stunden-Woche 2100 DM brutto, aber es werden im Schnitt über 190 Stunden im Monat gearbeitet. Das erbringt einen Durchschnittslohn von 2350 DM brutto. Die Fahrer sind gezwungen, die Tour zu Ende zu fahren, auch wenn das länger als bis 16.30 Uhr dauert. Wer den Wagen dann einfach abstellt, oder halbvoll zurückbringt, kann sich schnell einen anderen Arbeitsplatz suchen. Ca. 40 Kunden soll ein Fahrer im kleinen Laster täglich schaffen, d.h. hinfahren, parken, ausladen, bei neuen Kunden kassieren. In der Stadt werden sechs Minuten pro Kunde berechnet. Das ist natürlich nicht zu schaffen und zwingt die Fahrer reichlich zu Überstunden und zu gefährlichem Fahren und zu großer Hetze beim Be- und Entladen. Besonders schlimm wird es, wenn morgens ab sieben Uhr die Touren noch nicht stehen und die Fahrer nicht loskönnen.

Hier macht der Kapitalist ein gutes Geschäft durch die Spaltung zwischen Lagerarbeitern und Fahrern, die er betreibt. Um Zeitverluste, Lücken und Irrtümer während der Touren zu vermeiden, hat er nach und nach das Lager nur mit ehemaligen Fahrern besetzt. Die kennen natürlich die Touren.

Er zahlt ihnen 100 DM mehr, und sie brauchen in der Regel keine Überstunden zu machen. Auch der Zusammenschluß der Fahrer soll so verhindert werden, indem die ,,Alten Hasen'' rausgenommen werden. Aber der Zusammenschluß entwickelt sich trotzdem, weil die Lage unerträglich ist. Als von den Fahrern verlangt wurde, die Paletten für die Touren selbst zusammenzustellen, weil am Abend vorher die Lagerarbeiter in der Spätschicht nicht alles geschafft hatten, streikten die Fahrer, bis die Paletten beladen waren, und machten trotzdem um 16.30 Uhr Feierabend, natürlich ohne, daß die Touren fertig waren. Im Augenblick wird die Forderung nach 100 DM mehr für die Fahrer, d.h. Bezahlung wie die Lagerarbeiter erhoben und nach einer Abteilungsversammlung, auf der die Fahrer gegen die Überstundenarbeit auftreten wollen.

# ,,Der Herzinfarkt kommt einem Todesurteil gleich''

## Krankenhausplanung Lübeck

*b.kaq.* 1973 hat die Landesregierung ihren Krankenhausbedarfsplan bis 1980 vorgelegt. Er sah eine Erhöhung der Bettenzahl für Lübeck von bisher 1830 (planmäßig) auf 2200 vor. Inzwischen ist er für den Bereich Lübeck bereits durch den Regionalplan des Landes Schleswig-Holstein vom 15.September 1976 geändert worden. Hier finden wir nur noch ein Planziel von 2050 Betten. Vorgesehen ist der Ausbau der Medizinischen Hochschule MHL von jetzt 1020 Betten auf 1400, sowie der Bau des Städtischen Krankenhauses mit 350 Betten und eines Regelkrankenhauses mit 300 Betten.

Bereits in diesem Bedarfsplan von 1973 und in dem Regionalplan ist die Stillegung des Krankenhauses Priwall bis 1980 vorgesehen oder wie es dort genauer heißt, bis zur Inbetriebnahme des Neubaus des Städtischen Krankenhauses.

Im angrenzenden Kreis Ostholstein soll ein ähnlicher Prozeß vonstatten gehen. Mit Aufstockung der Krankenhäuser Eutin von 288 auf 300 und des Kreiskrankenhauses Oldenburg von 240 auf 300 ist die Schließung des Allgemeinen Krankenhauses Agnes-Karll in Bad Schwartau verbunden. Auch diese Schließung wird von der Landesregierung an die Fertigstellung des Neubaus des Städtischen Krankenhauses Lübeck gebunden.

Zur Zeit teilen sich das Land Schleswig-Holstein und die Stadt Lübeck durch Vertrag die Betten in den Krankenhäusern Süd und Ost, so daß die MHL eine Bettenzahl von 1020 und die Stadt Lübeck eine Bettenzahl von 430 aufweist. Mit der Fertigstellung des Neubaus, mit dem Anfang 1979 begonnen werden soll und dessen Fertigstellung für 1980 geplant ist, wird die MHL ihre Sollstärke von 1400 Betten erreichen und das Städtische Krankenhaus 350 Betten aufweisen.

Nach Bekanntwerden der Schließungspläne hat sich der Widerstand in Lübeck und Bad Schwartau organisiert. In Bad Schwartau (20000 Einwohner) wurden 5000 Unterschriften gegen die Schließung des Agnes-Karll Krankenhauses gesammelt.

Auf dem Priwall hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. Vom leitenden Chefarzt des Krankenhauses Priwall wird die Aufrechterhaltung des Krankenhauses mit seinen Abteilungen Inneres und Chirurgie für das Industriegebiet in Küknitz und Herrenwik, die Schlichting Werft auf dem Priwall und für den ganzen Fährbetrieb in Travemünde gefordert. Wird es geschlossen, so müßten alle Unfälle 20 km weit nach Lübeck transportiert werden. Bei einem Herzinfarkt: ,,Es gibt keinen Zweifel, daß für diese Kranken ein Transport nach Lübeck einem Todesurteil gleichkommen kann'' (Chefarzt des Priwall).

Die Stadt Lübeck hält sich aus dieser Auseinandersetzung heraus. Der Schwarze Peter soll bei der Landesregierung bleiben. Für diese Haltung gibt es Gründe. Die Zuschüsse, die die Stadt Lübeck für das Krankenhaus zahlt, sind ihnen zu hoch. So werden zur Zeit von der Stadt Lübeck für das Priwall-Krankenhaus bei einem Ertrag von 6824400 DM jährlich ein Zuschuß von 181500 DM gezahlt und im Vergleich dazu für das Städtische Krankenhaus bei einem Ertrag von 39442800 DM nur ein Zuschuß von 195000 DM.

Mit der Zentralisierung der Krankenhausbetten wird der Abbau des Personals und die ,,wirtschaftlichere Auslastung'' der Krankenhäuser weiter vorangetrieben. In den Krankenhäusern Lübeck und hier voran die MHL ist die Verweildauer Jahr für Jahr weiter gesenkt worden. 1950: 25,6 Tage, 1961: 18,9 Tage, 1970: 16 Tage, 1975: 13,6 Tage, 1977: 13,3 Tage. Man kann sich ausrechnen, was es bedeutet, wenn es gelingt, die Verweildauer in dem geplanten Krankenhaus der MHL mit 1400 Betten um einen weiteren Tag zu senken. Monatlich können bei Vollauslastung 260 Patienten mehr durch das Krankenhaus geschleust werden. Wenn dann einige dort gar nicht erst hinkommen, sondern gleich in die Leichenhalle, verbessert das nur die Rechnung dieser Bourgeoispolitiker.

Für den Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses Agnes-Karll gibt es einen ersten Teilerfolg. Der Kreistag Ostholstein hat sich bemüßigt gefühlt die Wiederaufnahme in die Krankenhausplanung bei der Landesregierung zu beantragen. Für Lübeck wird es darauf ankommen, die Bürgerschaft zu zwingen, für die Beibehaltung des Krankenhauses Priwall einzutreten.

# Nach dem Krieg 110%, heute 140%

## Akkordschinderei bei der ILO Pinneberg

*b.ers.* Am 3.11. läuft bei den ILO-Motorenwerken der fünfmillionste Motor vom Band. Mit einer ,,kleinen Feierstunde'' in der Montage (für die Belegschaft erst nach Feierabend), zu der sich Stadtrat Karolus und andere ,,Persönlichkeiten'' geladen haben, will die Geschäftsleitung diesen Moment hervorheben. Die Kapitalisten können feiern: Mit jedem der fünf Millionen Motoren ist Lebenskraft der Arbeiter in Profit verwandelt worden.

In der Produktion wird fast nur Akkord gearbeitet. Auf Sekundenbruchteile wird die Leistung des Arbeiters bereichnet, z.B.: Bohrung und Gewinde in Zylinderbuchse für Stiftschrauben – Zeit 12/1000 Stunde, d.h. 120 Stück die Stunde bei 140% Akkordabgabe. Einspannen, Schwenken, Arbeitsgang der Maschine, Ausspannen, Weglegen, Reinigen, neue Zylinder nehmen, Einspannen usw., zwei Stück die Minute.

Ist die Maschinerie modern und halbautomatisch, so hat der Arbeiter mehrere Maschinen gleichzeitig zu bestücken. Er ist dann nur am Spannen und Packen und muß auf mehrere Maschinen gleichzeitig aufpassen. Bei primitiven Produktionsmethoden – wie z.B. Kolbenbolzen verrunden mit der Hand – werden dann Stückzeiten von 480 Stück die Stunde verlangt.

Wird vom Kapitalisten auf der einen Seite an alter, unhandlicher Maschinerie unerträglich schwere Arbeitsleistung verlangt, so wird andererseits jede neue Produktionsmethode benutzt, um die letzten Lücken zu schließen. So kommt es zu dem Nebeneinander von sogenannten ,,guten und schlechten Zeiten''. Viele Arbeiter schaffen ihre 140% im Monat überhaupt nur deshalb, weil sie zwischendurch immer wieder an Maschinen arbeiten, wo ein Plus zu machen ist. So wird durch den Akkord Spaltung betrieben, und so kann unter der Hand der Gesamtdurchschnitt der Akkordzeiten verschlechtert werden.

Der Akkord hat dieselbe Wirkung wie die Überstunden. Der niedrige Lohn zwingt dazu und gleichzeitig ist der Akkord ein Mittel, den tariflich gesicherten Lohn niedrig zu halten und die Arbeiter zu Mehrarbeit zu zwingen. Lag nach dem Krieg bei der ILO die Akkordhöchstabgabe bei 110%, so liegt sie heute bei 140%. Das macht in der Lohngruppe 6, in der die meisten Arbeiter sind, einen Stundenlohn von 12,05 DM, in der Lohngruppe 5, für angelernte Maschinenarbeiter, einen Stundenlohn von 11,20 DM.

Da der Akkord prozentual auf den Grundlohn gezahlt wird, erhöht er auch die Spaltung zwischen den Lohngruppen. Eine Bandarbeiterin auf der ILO in Lohngruppe 3 bekommt bei 140% 10 DM, das sind zwei Mark weniger als die Facharbeiterlohngruppe 6, während der Unterschied zwischen den Tariflöhnen noch bei 1,15 DM liegt.

Das Steuerpaket der Regierung spaltet ebenfalls genau die Lohngruppe 3 bis 5, d.h. bis 1900 DM brutto, von dem Facharbeiterteil der Belegschaft ab. Die Absicht der Kapitalisten ist klar. Durch Herabdrücken dieses unteren Drittels der Belegschaft den Zwang zur verschärften Akkord- und Überstundenarbeit zu erhöhen und von dieser Position aus die Ausbeutung aller Arbeiter zu verschärfen. In dieser Lage ist eine Festgeldforderung von mindestens 125 DM das, was auf jeden Fall in der Tarifrunde erreicht werden muß. Gleichzeitig werden wir ohne den Aufbau einer politischen Front für die Anhebung des Steuergrundfreibetrages und dem Verbot der Akkordarbeit nicht den Spaltungsplan der Kapitalistenklasse zerschlagen können.

# Christliche Reaktion neu aufpoliert für die Expansion

## Stoltenberg: ,,Schleswig-Holstein – heute und morgen''

### Askese gemäß Calvin

*b.ulh.* Gerhard Stoltenberg hat in weiser Voraussicht dessen, was ihn im kommenden Landtagswahlkampf erwartet, ein Buch herausgebracht. ,,Er gilt als einer der Wortführer der Protestanten in der Partei'', hat der Rheinische Merkur jüngst über Stoltenberg erklärt. Mit pfäffischem Betrug leitet Stoltenberg auch sein Buch ein: ,,Armut und Krankheit haben die Geschichte der Menschheit über Jahrtausende hinweg immer wieder geprägt. Es fällt uns Kindern der Wohlstandsgesellschaft schwer, das Ausmaß der Kargheit und Not zu begreifen, das auch in unserem Land bis vor etwa hundert Jahren für die meisten bestimmend war. Persönliche Bildung und bedeutende kulturelle Leistungen erwuchsen oft erst aus schweren persönlichen Entbehrungen und Askese.'' Das mit der Askese hat er von Calvin. In den Geschichtsbüchern finden wir über ihn: ,,. . . Calvin (1509 bis 1564)... Am Erfolg, und zwar eindeutig am sich mehrenden Reichtum, sei jedoch abzulesen, ob nicht doch die Mühe der Arbeit und des nüchternen Lebenswandels, Fleiß und Sparsamkeit belohne... Müßiggang wird jetzt zum Laster, wer nicht vorankommt, wer arm bleibt, hat selber schuld, ja, er beweist damit nur, daß er nicht gottesfürchtig ist und daß Gottes Gnade nicht auf ihm ruht.'' (Zitate aus : Geschichtliche Weltkunde, Verlag Moritz Diesterweg, Band 2, S. 42)

Calvin in Genf, das ist die Phase der ursprünglichen Akkumulation, das ist die Phase der brutalsten Arbeitshäuser des ausgehenden Mittelalters und des Arbeitsdienstes. In vier Jahren bei 15000 Einwohnern brachte es das Schreckensregime des calvinistischen Genfer Bürgertums gegenüber den besitzlosen Volksmassen immerhin auf erkleckliche 900 Verhaftungen, 76 Verbannungen und 58 Hinrichtungen. ,,Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott'', ,,Jeder ist seines Glückes Schmied'' oder ,,Wer arm ist, ist selber schuld'', mit solchen ,,christlichen Erinnerungen'' kommt hier auf leisen Sohlen die absolute Lohnsenkung und die imperialistische Gesellschaft als Zwangsarbeitshaus für die besitzlosen Klassen herangeschlichen.

Über solcherlei Theorien von arm und reich hat sich Karl Marx schon lustig gemacht: ,,In einer längst verflossenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr alles und mehr verjubelnde Lumpen . . .So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzten schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Von diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als ihre eigene Haut, und der Reichtum der wenigen, der fortwäh-

Gottes Gnade nicht auf ihm ruht.'' (Zitate aus : Geschichtliche Weltkunde, Verlag Moritz Diesterweg, Band 2, S. 42)

Calvin in Genf, das ist die Phase der ursprünglichen Akkumulation, das ist die Phase der brutalsten Arbeitshäuser des ausgehenden Mittelalters und des Arbeitsdienstes. In vier Jahren bei 15000 Einwohnern brachte es das Schreckensregime des calvinistischen Genfer Bürgertums gegenüber den besitzlosen Volksmassen immerhin auf erkleckliche 900 Verhaftungen, 76 Verbannungen und 58 Hinrichtungen. ,,Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott'', ,,Jeder ist seines Glückes Schmied'' oder ,,Wer arm ist, ist selber schuld'', mit solchen ,,christlichen Erinnerungen'' kommt hier auf leisen Sohlen die absolute Lohnsenkung und die imperialistische Gesellschaft als Zwangsarbeitshaus für die besitzlosen Klassen herangeschlichen.

Über solcherlei Theorien von arm und reich hat sich Karl Marx schon lustig gemacht: ,,In einer längst verflossenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr alles und mehr verjubelnde Lumpen . . .So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzten schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Von diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als ihre eigene Haut, und der Reichtum der wenigen, der fortwäh-

rend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten... Recht und ,,Arbeit'' waren von jeher die einzigen Bereicherungmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von ,,diesem Jahr'' (Karl Marx, Kapital I,S.741 f).

Stoltenberg singt in seinem ganzen Buch dies Hohelied auf die Entwicklung der Produktivkräfte durch die Bourgeoisie. Die Beispiele der Kapitalisten Hell, Lindenau, Koch ,,spiegeln etwas von der Dynamik und dem Fleiß wider, die den Neubeginn der Nachkriegsjahre bestimmten.''

Nicht die Arbeiter haben die Fabriken aufgebaut, die Produktion in Gang gesetzt, nein die Bourgeoisie selbst. Entsprechend wird die Arbeiterklasse in dem ganzen Buch unterschlagen, taucht sie auf, dann allemal nur in Gestalt der sozialdemokratischen Klassenversöhnler, deren ,,allgemein konstruktive und sachbezogene'' Beziehungen zu den ,,Arbeitgebern'' Stoltenberg lobt. Seine Taktik ist, die Arbeiterklasse zu isolieren, Kleinbürgertum und Bauern dem Expansionsprogramm der Finanzbourgeoisie zu unterwerfen und die drastischen Lohnsenkungen als Grundlage dieser Expansion zu verhüllen.

### Die Ziele des Finanzkapitals verhüllen

Verlogen preist er den Aufbau ,,selbständiger Existenzen'', den Mittelstand, der der Konkurrenz der imperialistischen Monopole gesetzmäßig zum Opfer fallen muß, als Idylle an. Soll man dem einstigen Krupp Manager und Atomminister in der Großen Koalition ernstlich glauben, daß er die ,,Wettbewerbsprobleme der Bundesrepublik Deutschland'' auf der Basis von Kleinproduktion lösen will? ,,Die Verkehrskosten und die Energiepreise'' hätten eine ,,erhebliche Bedeutung für unser Land''. Senkung der Transport- und Energiekosten für wen anders als für das Finanzkapital? Bauernlegen und Ausplünderung der Volksmassen sind die Schritte zu ihrer Durchsetzung. Bei den Industriebetrieben hält Stoltenberg die Großdruckereien, Elektronik-, Elektrotechnik-, Chemie- Maschinenbau- und Ernährungsindustriebetriebe für besonders profitträchtig. Der Grund ist einfach: Großdruckereien und Elektrotechnik saugen zu niedrigsten Löhnen ehemalige Landarbeiter und die von ihren Höfen vertriebenen Bauern auf, denn durch Rationalisierungsmaßnahmen werden gut ausgebildete Fachkräfte kaum noch benötigt. Die Chemiemonopole nutzen im wesentlichen die gute Verkehrslage, Maschinenbau ist für die Werften selbst und für ihre vorgesehene teilweise Umstellung notwendig, und der Ausbau der Ernährungsindustrie erfolgt parallel zum Bauernlegen und zur Beseitigung der Meiereien. Weiterer Ausbau dieser Branchen setzt im wesentlichen Lohnsenkung der Arbeiterklasse voraus, denn insbesondere in der Elektrotechnik sind wesentliche Fortschritte nur zu erreichen, wenn die Kapitalisten den Lohn weiter den Verhältnissen in den sogenannten Billiglohnländern annähern können.

Offen traut der Stoltenberg sich nicht, die Lohnsenkung zu propagieren, umso gehässiger macht er's durch die Hintertür. Einerseits ist ,,hoher Sachverstand und menschliche Zuverlässigkeit erforderlich, wenn der Betrieb technisch einwandfreier Großsysteme sicher funktionieren soll... Diese Verbindung von Sachkompetenz und Berufsethos, vor allem in den Schaltstellen moderner Großtechnologien, sind in der Tat entscheidend für einen wesentlichen Bereich unserer Sicherheit und des Schutzes unserer Umwelt.'' Den Produzenten dieser ,,technisch einwandfreien Großsysteme'' bietet er an: ,,Jungen Menschen und erfahrenen Arbeitnehmern wieder mehr Mut zur Gründung selbständiger Existenzen zu machen.'' Was heißt, reicht dem Arbeiter der Lohn nicht mehr, kann er ja Wirt in der expandierenden Fremdenverkehrsbranche werden oder einen Handwerksbetrieb aufmachen. Er wird schon sehen, was er davon hat, sowieso gehen schon mehr pleite als ,,neue Existenzen aufgebaut werden.'' 1960 gab es 43467 Bauernhöfe unter 30 ha, 1974 noch 16416. Die Zahl der Höfe über 30 ha wuchs in diesem Zeitraum von 13629 auf 16416. Dieser Prozeß sei ohne große soziale Spannungen abgelaufen, jetzt sei aber Schluß damit: ,,Das wichtigste Ziel der Landesagrarpolitik ist es, den fast

in der Elektrotechnik sind wesentliche Fortschritte nur zu erreichen, wenn die Kapitalisten den Lohn weiter den Verhältnissen in den sogenannten Billiglohnländern annähern können.

Offen traut der Stoltenberg sich nicht, die Lohnsenkung zu propagieren, umso gehässiger macht er's durch die Hintertür. Einerseits ist ,,hoher Sachverstand und menschliche Zuverlässigkeit erforderlich, wenn der Betrieb technisch einwandfreier Großsysteme sicher funktionieren soll... Diese Verbindung von Sachkompetenz und Berufsethos, vor allem in den Schaltstellen moderner Großtechnologien, sind in der Tat entscheidend für einen wesentlichen Bereich unserer Sicherheit und des Schutzes unserer Umwelt.'' Den Produzenten dieser ,,technisch einwandfreien Großsysteme'' bietet er an: ,,Jungen Menschen und erfahrenen Arbeitnehmern wieder mehr Mut zur Gründung selbständiger Existenzen zu machen.'' Was heißt, reicht dem Arbeiter der Lohn nicht mehr, kann er ja Wirt in der expandierenden Fremdenverkehrsbranche werden oder einen Handwerksbetrieb aufmachen. Er wird schon sehen, was er davon hat, sowieso gehen schon mehr pleite als ,,neue Existenzen aufgebaut werden.'' 1960 gab es 43467 Bauernhöfe unter 30 ha, 1974 noch 16416. Die Zahl der Höfe über 30 ha wuchs in diesem Zeitraum von 13629 auf 16416. Dieser Prozeß sei ohne große soziale Spannungen abgelaufen, jetzt sei aber Schluß damit: ,,Das wichtigste Ziel der Landesagrarpolitik ist es, den fast

32000 Betrieben bei ihren Entwicklungsinvestitionen angemessen zu helfen. Die Förderung von Verarbeitung und Absatz kommt hinzu.'' Die Bauern sollen vollständig abhängige Zulieferer einiger Nahrungsmittelmonopole werden, bis einige kapitalistisch geführte Großbetriebe übrig bleiben. So erklären sich auch die gepriesenen Ausbildungsplätze in der Landwirtschaft, die ja geschaffen werden sollen.

Ideologisch ist diese Lüge schon nütze: die Gaukelei mit dem ,,selbständig machen'' soll den Zusammenschluß der Arbeiterklasse unterminieren und kleinbürgerliche Konkurrenz schüren; sie soll zugleich nützen für die Einführung der Zwangsarbeit bei den unteren Schichten und der Jugend, die man zu ihrem ,,Glück'' (a la Calvin) zwingen muß: ,,Unter dem Vorzeichen der anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit müssen wir den jungen Menschen mehr Mut machen, die guten beruflichen Chancen in Handwerksbetrieben, auf Bauernhöfen und in Fabriken wahrzunehmen, in solchen Tätigkeiten, bei denen man sich auch mal die Hände schmutzig macht.''

Wollen sie nicht, dann kann auch nachgeholfen werden: ,,Zahlreiche Einrichtungen der Jugendfürsorge helfen jungen Menschen, deren Entwicklung gefährdet ist. Etwa 480 Jugendliche sind in Einrichtungen der freiwilligen Erziehungshilfe, rund 400 in Heimen der Fürsorgeerziehung. Ein besonderes Gewicht legen wir auf Hilfen im Vorfeld der Heime, die den Heranwachsenden den Verbleib im häuslichen Rahmen oder bei Pflegefamilien ermöglichen sollen. Dem dient auch der Ausbau der Erziehungsberatungsstellen der Kreise und die Tätigkeit hauptamtlicher Erziehungsbeistände.''

### Auf Luther gestützt die Geschichte fälschen

Das ganze ideologisch zu untermauern, macht Stoltenberg sich an die Fälschung der Geschichte. ,,Den entscheidenden Impuls für eine umfassende Volksbildung gab die Reformation.'' Freundlicherweise teilt Stoltenberg uns so mit, was er unter Volksbildung versteht, denn Luther hat sich in seinen ,,pädagogischen Schriften und Äußerungen'' dazu ausgelassen: ,,Wo will man Pfarrer, Prediger und anderer Personen zum Worte Gottes, zur Seelsorge und Gottesdienst nehmen? Wo wollen Könige, Fürsten, Herren, Städte und Länder nehmen Kanzler, Räte, Schreiber, Amptleute...?''

Was den Volksmassen beigebracht werden soll, legte Luther im Katechismus fest: ,,Und insbesondere treibe das Gebot und Stücke am meisten, das bei deinem Volk am meisten Not leidet: als das siebente Gebot vom Stehlen, mußt du bei den Handwerkern, Händlern, ja auch bei Bauern und Gesinde heftig treiben; denn bei solchen Leuten ist allerlei Untreu und Dieberei groß. Item, das vierte Gebot muß du bei den Kindern und gemeinen Mann treiben, daß sie stille, treu, gehorsam, friedsam sein, und immer viel Exempel aus der Schrift, da Gott solche Leute gestraft und gesegnet hat, einführen.''

Gegen derartige Bibelstunden erhoben die Volksmassen die Forderung, lesen und schreiben zu lernen, wie bei Thomas Münzer nachzulesen ist: ,,Mit allen Worten und Werken machen sie es ja also, daß der arme kleine Mann nicht lesen lerne vor Bekümmernis der Nahrung. Und so predigen sie unverschämt, der arme Mann solle sich von den Tyrannen lassen schinden und schaben. Wann wird er denn lernen die Schrift lesen?''

### Die Klassenwidersprüche unter den Tisch fegen

Unterschiedliche Klasseninteressen gab es in der schleswig-holsteinischen Geschichte angeblich nicht und darf es auch nicht geben. Breit läßt er sich daher über die verschiedenen Volksgruppen aus, wonach der Holsteiner ,,still, wenig beweglich, wenig empfänglich für die Gaben und die Schönheit des Genius ist...'' Dies zitiert er nach von Stein. Über die Angeliter läßt er Klaus Groth sprechen: ,,Slau, as en Voß un fliti as en Mus, as en Katteker bi Geschäft un Arbeit.'' Die Eiderstedter laut Caspar Danckwerth: ,,Sie synd von Gemüthe etwas hochtrabend, halten viel auf sich und ihre Nation, verachten die Fremdlinge, als ob sie nicht so ädel wären als sie.'' Dank der Taten der preußischen Bourgeoisie gelang es dann 1871, diese ganzen verschiedenar-

treiben, daß sie stille, treu, gehorsam, friedsam sein, und immer viel Exempel aus der Schrift, da Gott solche Leute gestraft und gesegnet hat, einführen.''

Gegen derartige Bibelstunden erhoben die Volksmassen die Forderung, lesen und schreiben zu lernen, wie bei Thomas Münzer nachzulesen ist: ,,Mit allen Worten und Werken machen sie es ja also, daß der arme kleine Mann nicht lesen lerne vor Bekümmernis der Nahrung. Und so predigen sie unverschämt, der arme Mann solle sich von den Tyrannen lassen schinden und schaben. Wann wird er denn lernen die Schrift lesen?''

Die Klassenwidersprüche unter den Tisch fegen

Unterschiedliche Klasseninteressen gab es in der schleswig-holsteinischen Geschichte angeblich nicht und darf es auch nicht geben. Breit läßt er sich daher über die verschiedenen Volksgruppen aus, wonach der Holsteiner ,,still, wenig beweglich, wenig empfänglich für die Gaben und die Schönheit des Genius ist...'' Dies zitiert er nach von Stein. Über die Angeliter läßt er Klaus Groth sprechen: ,,Slau, as en Voß un fliti as en Mus, as en Katteker bi Geschäft un Arbeit.'' Die Eiderstedter laut Caspar Danckwerth: ,,Sie synd von Gemüthe etwas hochtrabend, halten viel auf sich und ihre Nation, verachten die Fremdlinge, als ob sie nicht so ädel wären als sie.'' Dank der Taten der preußischen Bourgeoisie gelang es dann 1871, diese ganzen verschiedenar-

tigen Schleswig-Holsteiner zusammenzuschließen, wenn es auch ,,erhebliche Spannungen'' wegen der ,,zeitweise rigorosen preußischen Nationalitätenpolitik'' gab.

Schlau wählt Stoltenberg dieses Beispiel aus der Geschichte, denn damals hatten Arbeiterklasse und Bourgeoisie das gemeinsame Ziel, den Feudalismus zu beseitigen. Allerdings mit unterschiedlichen Interessen: die Bourgeoisie wollte alleinige herrschende Klasse werden, die Arbeiterklasse wollte die feudalen Hemmnisse der Entwicklung der Produktivkräfte beseitigen. Nichts Gutes ahnend angesichts der Kampfkraft der Arbeiterklasse, zog die Bourgeoisie jedoch das Bündnis mit den Feudalen vor zwecks gemeinsamer Unterdrückung der Arbeiterklasse. Das führte tatsächlich zu erheblichen ,,Spannungen''. Nach Stoltenberg bestand das Interesse aller Schleswig-Holsteiner in der ,,Einbeziehung in einen deutschen Bundesstaat'', für die Volksmassen tatsächlich von untergeordnetem Interesse. Dieses Märchen braucht er, um gemeinsame Interessen aller Schleswig-Holsteiner für die Gegenwart zu konstruieren: ,,Die Gründung eines selbständigen Landes Schleswig-Holstein war 1945 zunächst eine Entscheidung der Besatzungsmächte, von den neu entstehenden demokratischen Parteien bejaht, aber ohne starken Widerhall in der Bevölkerung.'' Die Bevölkerung war damals eben noch nicht so weitsichtig, die Bedeutung dieser Frage zu erkennen, ,,heute erkennen die meisten Schleswig-Holsteiner die Vorzüge eines selbständigen Bundeslandes.'' Er hätte es gerne, daß sich die Volksmassen darüber Gedanken machen, gemeinsame Interessen mit der Bourgeoisie entdecken würden und sich alle Schleswig-Holsteiner zusammen der gemeinsamen ,,kulturellen Tradtion'' widmen. Tradition Schleswig-Holsteins'' widmen.

Genau hat er erforscht: ,,Heute kann der Schleswig-Holsteinische Heimatbund mit seinen rund 40000 Mitgliedern einen Zustrom vieler junger Menschen verzeichnen. Junge Frauen gründeten in verschiedenen Teilen des Landes Trachtengruppen, Tanz- und Spielgruppen entstehen neu, das Plattdeutsche erlebt in einigen Teilen des Landes (besonders im schleswig-holsteinischen Landtag, d.Verf.) eine kräftige Wiederbelebung... Die Bürgermeister und Gemeindevertreter studieren alte Urkunden, um möglichst bald einen begründeten Anlaß in der Stadt- oder Dorfgeschichte für eine große, schön gestaltete Jubiläumsfeier zu finden.'' Stoltenberg wird's honorieren. Leicht können dabei die Volksmassen aber auch auf ihre tatsächliche Geschichte stoßen, weshalb Stoltenberg per Schulgesetz die Lehrer erneut aufs Grundgesetz und die Traditionen festnageln will: ,,Für die Landesregierung ist das Grundgesetz die verbindende und verbindliche Basis für unterschiedliche geistige, religiöse und politische Überzeugungen, die auch in der Schule ihren Ausdruck finden. Seine Grundwerte, wie Persönlichkeitsbildung, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln, müssen wieder in den Mittelpunkt des pädagogischen Auftrages gerückt werden. Damit behalten auch die Traditionen des Christentums und Humanismus ihre erzieherische Bedeutung.''

### Das Bündnis gegen die Arbeiterklasse schmieden

Will die Bourgeoisie ihr Programm der weiteren Lohnsenkungen und verschärften Ausplünderung der Volksmassen, der fortgesetzten Ruinierung der Bauern und Handwerker durchsetzen, muß sie die Arbeiterklasse von den Volksmassen isolieren. Gestützt auf Geschichtsklitterungen und Fälschungen und mit Hilfe der Religion will Stoltenberg dies erreichen. Verglichen mit vergangenen Wahlkampfzeiten enthält sein Buch nur ausgesprochen behutsame Polemik gegen die SPD, seine parlamentarischen Lehrjahre, an die er besonders gerne zurückdenkt, fanden in einem Ausschuß unter sozialdemokratischem Vorsitz statt. Die Parteien der Bourgeoisie will er fester gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes zusammenschließen, einbeziehen will er mittels Umweltschutz die diversen Opportunisten, die das Nullwachstum predigen, nachdem die Bourgeoisie selber diese

unterschiedliche geistige, religiöse und politische Überzeugungen, die auch in der Schule ihren Ausdruck finden. Seine Grundwerte, wie Persönlichkeitsbildung, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln, müssen wieder in den Mittelpunkt des pädagogischen Auftrages gerückt werden. Damit behalten auch die Traditionen des Christentums und Humanismus ihre erzieherische Bedeutung.''

Das Bündnis gegen die Arbeiterklasse schmieden

Will die Bourgeoisie ihr Programm der weiteren Lohnsenkungen und verschärften Ausplünderung der Volksmassen, der fortgesetzten Ruinierung der Bauern und Handwerker durchsetzen, muß sie die Arbeiterklasse von den Volksmassen isolieren. Gestützt auf Geschichtsklitterungen und Fälschungen und mit Hilfe der Religion will Stoltenberg dies erreichen. Verglichen mit vergangenen Wahlkampfzeiten enthält sein Buch nur ausgesprochen behutsame Polemik gegen die SPD, seine parlamentarischen Lehrjahre, an die er besonders gerne zurückdenkt, fanden in einem Ausschuß unter sozialdemokratischem Vorsitz statt. Die Parteien der Bourgeoisie will er fester gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes zusammenschließen, einbeziehen will er mittels Umweltschutz die diversen Opportunisten, die das Nullwachstum predigen, nachdem die Bourgeoisie selber diese

Idee in die Welt gesetzt hat, die die Entwicklung der Produktivkräfte für die Zustände unter der Herrschaft der Bourgeoisie verantwortlich machen und nicht die Herrschaft der Bourgeoisie selber. Am Beispiel des Energieprogramms rechnet Stoltenberg ihnen vor, daß sie schizophren enden werden, wenn sie sich nicht baldigst der CDU zuwenden, die ihre Ideen am besten vertritt. ,,Wir wollen weder als Arbeitslose in einem Naturschutzpark leben noch durch blindes Wachstum um jeden Preis unsere natürlichen Lebensgrundlagen vernichten.'' Wer will schon eine dieser Alternativen, also wende man sich der CDU zu, die durch gesundes Wachstum für eine saubere Umwelt und für Arbeitsplätze sorgt und auf diese Weise sogar noch den ,,unabweisbar wachsenden Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt'' nachkommen kann. Hat man erst mal mit der Bourgeoisie für sparsamen Umgang mit den Ressourcen, für Sparprogramme und für die Ausplünderung der Volksmassen zwecks Abfallbeseitigung in ein Horn gestoßen, warum dann nicht auch für das Programm der Bourgeoisie insgesamt?

Erfolgreich können die Kämpfe gegen die Reaktion nur auf der Grundlage des Programms der Arbeiterklasse sein, ohne die geringsten Abstriche daran und im vollständigen Bruch mit der Bourgeoisie und ihren Ideologen. Unweigerlich landet im Lager der Bourgeoisie, wer sich auf irgendwelche Händel in ihre Richtung einläßt. Darauf setzt der Stoltenberg und legt seine Leimruten aus.

## Für ihre Profite gehen die Baukapitalisten über Leichen

*b.wot.* Vor etwa zwei Wochen noch wurde in den Kieler Nachrichten die Schnelligkeit gelobt, mit der der Neubau der Brandkasse Provinzial am Sophienblatt vorangetrieben wird. Schnelligkeit, das heißt für die Baukapitalisten Erfüllung der Bautermine, d.h. schnelle Realisierung von beachtlichen Profiten. Für die Kollegen der Baustelle bedeutet es Akkord- und Nachtarbeit, zehn bis zwölf Stundenschichten und verstärkte Arbeitshetze.

Besonders davon betroffen sind zwei Kolonnen mit englischen bzw. jugoslawischen Kollegen. Diese machen inzwischen im wesentlichen die Nachtarbeit, nachdem die übrigen Kollegen im Zuge der Warnstreiks des letzten Frühjahrs zeitweise Nachtschichten und Überstunden verweigert hatten und die Kapitalisten wohl sehr unsicher waren, ob das nicht häufiger geschehen bzw. zum Dauerzustand werden könnte.

Diese ausländischen Kollegen sind von ,,Sklavenhändlern'' als Fremdarbeiter an die Arbeitsgemeinschaft Provinzial ausgeliehen. Sie wohnen zu jeweils fünf Mann in Bauwagen auf der Baustelle, haben zwar einen relativ hohen Stundenlohn (um 14 DM), müssen dafür aber alle anfallenden Arbeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit erledigen und sind der dreckigsten Ausbeutung ausgesetzt. So wurde einem englischen Kollegen das Bein geschient, nachdem ihm ein herabsausendes Kantholz die Kniescheibe erheblich verletzt hatte, er wurde krankgeschrieben und mußte zwei Tage später nach England zurück. Entlassen und abgeschoben, weil nicht mehr ausbeutbar für die Provinzial-Kapitalisten.

Überhaupt häufen sich bei dieser Schinderarbeit die Unfälle: um den Akkord nicht kaputtzumachen, nimmt ein Kollege nachts eine unbeleuchtete Abkürzung und stürzt ab; ein Kranfahrer verliert beim Besteigen seines Krans den Halt und bricht sich den Hals, von einem am Kran hängenden Fertigteil lösen sich die Ösen, das Ding saust herunter, zerschlägt ein Gerüst und landet drei Meter neben einem Kollegen im Sand; fünf Minuten vorher befanden sich an dieser Stelle zig Kollegen auf dem Wege in die Mittagspause. Nach unseren Informationen haben die Kapitalisten auf dieser Baustelle bisher insgesamt vier Tote auf dem Gewissen.

## Erster Tag im Kaltefleiter-Prozeß

*b.kas.* Am Montag fand vor dem erweiterten Schöffengericht der erste Tag des Kaltefleiter-Prozesses wegen Freiheitsberaubung und Nötigung von Kaltefleiter u.a. statt. Nachdem das Präsidium im Wintersemester 1976/77 die von über 2000 Teilnehmern der Universitäts-Vollversammlung beschlossene Urabstimmung über Streik gegen die Schließung des Studienkollegs verboten und die Verfolgung des Streiks durch das Ordungsrecht angekündigt hatte, wurde Kaltefleiter in der Mensa von über 200 Studenten gestellt und aufgefordert, das Verbot der

letzt hatte, er wurde krankgeschrieben und mußte zwei Tage später nach England zurück. Entlassen und abgeschoben, weil nicht mehr ausbeutbar für die Provinzial-Kapitalisten.

Überhaupt häufen sich bei dieser Schinderarbeit die Unfälle: um den Akkord nicht kaputtzumachen, nimmt ein Kollege nachts eine unbeleuchtete Abkürzung und stürzt ab; ein Kranfahrer verliert beim Besteigen seines Krans den Halt und bricht sich den Hals, von einem am Kran hängenden Fertigteil lösen sich die Ösen, das Ding saust herunter, zerschlägt ein Gerüst und landet drei Meter neben einem Kollegen im Sand; fünf Minuten vorher befanden sich an dieser Stelle zig Kollegen auf dem Wege in die Mittagspause. Nach unseren Informationen haben die Kapitalisten auf dieser Baustelle bisher insgesamt vier Tote auf dem Gewissen.

Erster Tag im Kaltefleiter-Prozeß

b.kas. Am Montag fand vor dem erweiterten Schöffengericht der erste Tag des Kaltefleiter-Prozesses wegen Freiheitsberaubung und Nötigung von Kaltefleiter u.a. statt. Nachdem das Präsidium im Wintersemester 1976/77 die von über 2000 Teilnehmern der Universitäts-Vollversammlung beschlossene Urabstimmung über Streik gegen die Schließung des Studienkollegs verboten und die Verfolgung des Streiks durch das Ordungsrecht angekündigt hatte, wurde Kaltefleiter in der Mensa von über 200 Studenten gestellt und aufgefordert, das Verbot der

Urabstimmung zurückzunehmen. Der Quarktopf, den er dabei abbekommen hat, hat ihn dem Gespött des gesamten bürgerlichen Lagers ausgesetzt. 22 Monate Ermittlungstätigkeit und 21 geladene Zeugen sind Ausdruck der politischen Probleme, die die Bourgeoisie mit diesem Prozeß hat. Kaltefleiter ist wegen seiner systematischen polizeilichen Verfolgung der Kämpfe der Studenten, als Apologet der Kriegsverbrechen des US-Imperialismus in Vietnam, als Gastgeber chilenischer Faschisten und heruntergekommener CDU-Wahlstratege der bestgehaßte Reaktionär an der Universität. Dementsprechend versuchte sich der Vorsitzende, Richter Haecker, mit einer zurückhaltenden Verhandlungsführung zu einer Verurteilung zu mogeln. Auf die Anträge der Verteidigung auf Pflichtverteidiger und Aussetzung, weil Bilder in der Akte fehlten, die den Zeugen vorgelegt worden waren, mußte er Farbe bekennen. Die Anträge wurden als ,,zur Zeit unbegründet'' abgelehnt. Am Montag wird die gesamte Universitätsspitze vernommen. Das ist die Gelegenheit, der Bourgeoisie diesen Prozeß gründlich zu verderben.

## Weitere Aktionen gegen die Entlassungen bei der HDW geplant

*b.Kiel.* Der Vertrauensleutekörper der IGM bei der HDW-Kiel hat auf seiner Sitzung am 30.10.78 beschlossen, am 14.11. eine Demonstration und Kundgebung in Gaarden gegen die 500 geplanten Entlassungen durchzuführen. Bezüglich der Streikaktionen am 23.10. ist die Vertrauensleuteleitung von den Vertrauensleuten wegen der schlechten Organisation kritisiert worden.

# Kampuchea – heute wie 1973 eine unbesiegbare Bastion im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus

## Auszüge aus dem Schwarzbuch des Demokratischen Kampuchea über die Geschichte der vietnamesischen Aggression

*z.ges.* Die Revisionisten nennen Kampuchea nicht unter den Ländern, die sich in den letzten Jahren vom Imperialismus befreit haben, wohl aber Angola, Äthiopien und Afghanistan. So machte es Herbert Mies auf dem Mannheimer Parteitag der DKP. Die ,,Befreiung'' Kampucheas soll wohl den vietnamesischen Aggressionstruppen vorbehalten bleiben und ihren Hinterleuten, den sowjetischen Sozialimperialisten, die die schweren Waffen liefern und die Militärberater, wie einst die USA für Thieus Überfall auf Kampuchea.

Wie seinerzeit steht Kampuchea heute an der entscheidenden Stelle der Verteidigung der Revolution und der Unabhängigkeit in Südostasien. Das Demokratische Kampuchea ist heute das entscheidende Hindernis für das Vordringen des sozialimperialistischen Hegemonismus in Südostasien, so wie es im Kampf gegen den US-Imperialismus zum entscheidenden Hindernis bei dessen Bemühungen, die Revolution in Südostasien zu zerschlagen, geworden war. Wie damals sind die beiden Supermächte durchaus bereit, gegen die Revolution und den Befreiungskampf zusammenzuspielen. Bekanntlich hat die Sowjetunion bis zum bitteren Ende diplomatische Beziehungen zu dem amerikanischen Putschregime Lon Nols unterhalten, während unlängst Senator McGovern in die Hetzkampagne der Sozialimperialisten gegen das Demokratische Kampuchea eingefallen ist.

Bei den jüngsten SALT-Verhandlungen in Moskau sollen die Sozialimperialisten Außenminister Vance zu verstehen gegeben haben, daß das Demokratische Kampuchea in drei Monaten vernichtet sei. ,,Bereits jetzt'', so gibt der ,,International Herald Tribune'' den Hinweis der Sozialimperialisten wieder, ,,sei ein Drittel des Landes in der Hand von Aufständischen, die von Vietnam unterstützt würden. (Das letztere sei aber mehr im Vertrauen gesagt!).''

Im folgenden veröffentlichen wir einen Ausschnitt aus dem Schwarzbuch, das die Regierung des Demokratischen Kampuchea über die Geschichte der vietnamesischen Aggression veröffentlicht hat. Wir haben den Abschnitt aus dem Französischen übersetzt.

Die Vietnamesen haben sich darauf eingelassen, mit den Amerikanern zu verhandeln und einen Waffenstillstand zu schließen, weil sie den Krieg nicht mehr fortsetzen konnten und von den Ködern der Amerikaner verlockt wurden. Gleichzeitig vergaßen sie nicht ihre Absicht, sich kampucheanisches Gebiet einzuverleiben. Sie wollten Kampuchea zu Verhandlungen zwingen, um es in einen Satelliten zu verwandeln. Sie wollten nicht, daß Kampuchea den Kampf fortsetzt, weil sie Kampuchea nicht mehr kontrollieren konnten, wenn es siegte und unabhängig wurde. 1954 in Genf waren Vietnam, Laos und Kampuchea zusammen bei den Genfer Verhandlungen. Die Vietnamesen wollten das auch bei den Pariser Verhandlungen 1972 so haben.

Deshalb übten die Vietnamesen auf Kampuchea Druck aus, damit es sich auf Verhandlungen einließe. Sie wollten alles tun, damit die Lage Kampucheas genauso schlecht würde oder schlechter wie ihre eigene. Das wichtigste für sie war, daß Kampuchea nicht unabhängig werden konnte. Sie hätten es hingenommen, zusammen mit Kampuchea zu verlieren, wenn sie sich nur eine Vormachtstellung gegenüber Kampuchea sichern konnten. Wenn sie sich erholen würden, würden sie sich schon in einer Vormachtstellung befinden. Ab Mitte 1972 fanden jeden Monat Verhandlungen zwischen Kampuchea und Vietnam statt. Da die Delegation Kampucheas zwei oder drei Sitzungen lang zu den Verhandlungen nichts sagte, fragten die Vietnamesen sie nach ihrer Meinung.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Kampucheas hat ihnen mit einer Frage geantwortet: ,,Mit wem sollen wir verhandeln?'' Sollte mit der Lon Nol Clique verhandelt werden? Aber sie befand sich schon im Zusammenbruch. Das Volk war gerade dabei, ihr vernichtende Schläge zu versetzen. 1972 waren die Khmerisierung des Krieges und die Vietnamisierung des Krieges bereits zerschlagen. Die Kommunistische Partei Kampucheas bereitete schon ihre große strategische Offensive vor. In einer solchen Situation brachte es keinerlei Vorteil, mit der Lon Nol Clique zu verhandeln. Sollte mit den Amerikanern verhandelt werden? Die kampucheanische Revolution hatte mit den Amerikanern nichts zu verhandeln, denn sie waren die Aggressoren Kampucheas. Sie mußten ihre Aggression beenden und sich zurückziehen. Im übrigen hatte die Kommunistische Partei niemand übrig, um Verhandlungen zu führen.

Die Vietnamesen antworteten: ,,Nach unserer Meinung sollten die kampucheanischen Genossen verhandeln. Wenn die Genossen von Kampuchea keine Kader haben, um mit den Amerikanern zu verhandeln, können wir für sie verhandeln.'' Die Schamlosigkeit der Vietnamesen war grenzenlos.

Im Oktober 1972 wurden die vietnamesischen Pressionen noch heftiger. Tatsächlich hatten die Amerikaner und die Vietnamesen das Pariser Abkommen in großen Zügen bereits ausgehandelt.

Pham Hung und Hay So wollten ein neues Treffen mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Statt der ursprünglich vorgesehenen zwei Tage dauerten die Verhandlungen vier Tage. Im Verlauf der Gespräche legten die Vietnamesen eine seltene Unverschämtheit an den Tag und glühten vor Zorn. Die beiden Parteien legten noch einmal ihre Standpunkte dar und hielten sich jeweils an ihre bisherige Position. Die Kommunistische Partei Kampucheas hat den Pressionen der Vietnamesen keinen Zoll nachgegeben. Die Weigerung der Kommunistischen Partei Kampucheas, sich dem vietnamesischen Druck zu unterwerfen, war der Grund, weshalb Kissinger sich im Oktober 1972 weigerte, das Pariser Abkommen zu unterzeichnen.

Im Januar 1973 wollte Pham Hung Genossen Pol Pot treffen. Im Verlauf der Beratung, die zwischen dem 24. und dem 26. Januar stattfand, sagte er, daß nach Mitteilung seines Zentralkomitees Kissinger und Le Duc Tho sich endgültig verständigt hätten. Der Text des Abkommens wäre bereits paraphiert und müßte nur noch unterzeichnet werden. Pham Hung legte Genossen Pol Pot eine vietnamesische Abschrift vor und machte einige Bemerkungen über die Wahlen, die nach Unterzeichnung des Abkommens zustandekommen sollten, und über die amerikanische Hilfe für Vietnam. Er fügte hinzu, daß die vietnamesische Partei sicher sei, die vietnamesische Bevölkerung nach den Wahlen zu gewinnen.

Die kampucheanische Partei hat daran erinnert, daß man nach dem Genfer Abkommen von 1954 die gleiche Überlegung gehabt hätte. Trotz der Unterstützung des Volkes von Kampuchea für die Revolution sei mit den Wahlen nichts erreicht worden. Die kampucheanische Seite hat nicht über die vietnamesischen Probleme gesprochen. Die Vietnamesen nahmen eine immer drohendere Haltung ein, was die Gespräche sehr gespannt machte. Aber da die Gespräche auf kampucheanischem Gebiet stattfanden, mußten sie sich vorsichtig verhalten.

Genosse Pol Pot antwortete Pham Hung: ,,Wir respektieren, was die vietnamesischen Genossen in ihren eigenen Angelegenheiten entschieden haben. Wir selber werden das Feuer nicht einstellen. Wir werden den Kampf fortsetzen und wir sind sicher, daß wir siegen werden.''

Am Ende der Beratung hatten die Vietnamesen nichts erreicht. Pham Hung war sehr erzürnt. Er warf zwei Probleme auf:

1. Er sagte, er werde die ganze nach Kampuchea zurückgezogene vietnamesische Armee in Kampuchea lassen, einschließlich Verwaltung und Tross. Das Verhalten der Vietnamesen ist schlimmer als das von Kolonialisten.

Sie haben die Kommunistische Partei Kampucheas überhaupt nicht danach gefragt, was sie von dem Vorschlag, ihre Armee auf kampucheanischem Gebiet zu lassen, hielte. Sie haben einfach festgestellt, daß sie die Armee in Kampuchea lassen würden. Als ihnen die kampucheanische Seite antwortete, daß Kampuchea bereits über ausreichende Streitkräfte verfüge, wurden die Vietnamesen rot vor Wut. Hätten sich die Gespräche auf vietnamesischem Boden abgespielt, hätte Pham Hung sicher auf den Tisch geschlagen.

2. Schon im Aufbruch sagte Pham Hung, daß er von der vietnamesischen Partei beauftragt sei, der Kommunistischen Partei Kampucheas mitzuteilen, daß Kissinger Le Duc Tho, als sie sich getroffen hatten, um die Texte des Abkommens unterschriftenreif zu machen, gebeten habe, die kampucheanische Seite zu unterrichten, daß die amerikanische taktische und strategische Luftwaffe Kampuchea in 72 Stunden vernichten würde, wenn es nicht das Feuer einstelle. Das war eine Drohung gegenüber der Kommunistischen Partei Kampucheas.

Am 27. Januar 1973 setzten die Vietnamesen und die Amerikaner ihre Unterschriften unter das Pariser Abkommen. Die Kommunistische Partei Kampucheas hatte bereits alle Maßnahmen ergriffen, um mit der neuen Situation fertig zu werden. Die ganze Kommunistische Partei Kampucheas, die ganzen Revolutionären Streitkräfte haben diese Lage untersucht und sich vorbereitet, um gegen alle Gefahren gewappnet zu sein.

Als Genosse Pol Pot in sein Quartier zurückkehrte, erfuhr er von einem Brief des Zentralkomitees der vietnamesischen Partei an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kampucheas. Dieser Brief enthielt nur die Bestätigung der Drohung Kissingers, daß er, wenn Kampuchea nicht das Feuer einstelle, die kampucheanische Revolution in 72 Stunden vollständig vernichten werde. Die Vietnamesen forderten die Kommunistische Partei Kampucheas auf, über dieses Problem tiefschürfender als bisher nachzudenken. Hat Kissinger wirklich solche Sprüche gemacht? Wahrscheinlich. Aber jedenfalls waren die Vietnamesen in diese Angelegenheit verwickelt.

In der Nacht des 26. Januar 1973 haben sich die Führer der Kommunistischen Partei Kampucheas getroffen, um eine kurze Erklärung vorzubereiten, daß Kampuchea den Kampf fortsetze, um die Unabhängigkeit zu erobern. Diese Erklärung enthielt keinerlei Anspielung. Der Verräter Lon Nol bereitete ebenfalls eine Erklärung vor. Er erklärte: ,,Der Gegner ist aufgefordert worden, innerhalb der nächsten drei Tage Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Wenn der Feind das Feuer nicht einstellt, werden Maßnahmen getroffen werden, um ihn zu vernichten...'' Diese Erklärung war auch eine Drohung. Sie war von den Amerikanern vorbereitet worden.

### Die Stellung der Kommunistischen Partei Kampucheas zu den Verhandlungen

Wie schon gesagt, wußte die Kommunistische Partei Kampucheas nicht, mit wem sie verhandeln sollte, denn Lon Nol ging schon zugrunde. Die Amerikaner aber waren die Aggressoren. Sie mußten ihre Aggression beenden. Im Verlauf der Gespräche im Oktober 1972 hatte Genosse Pol Pot, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas, den Vietnamesen gesagt: ,,Würde die Kommunistische Partei Kampucheas das Feuer auch nur für einen Tag einstellen, fände die Lon Nol Clique Zeit, Atem zu schöpfen. Wenn die Kommunistische Partei Kampucheas den Kampf fortsetzt, dann können die Amerikaner und die Lon Nol Clique nur 20 bis 30% ihres Waffen- und Nahrungsbedarfs heranschaffen. Aber wenn sie einen Waffenstillstand annehmen würde, dann könnte der Feind jeden Monat hunderttausende Tonnen heranschaffen, um die Armee zu verproviantieren. Im übrigen würde eine Feuereinstellung bloß die Kampfentschlossenheit des Volkes und der Revolutionären Streitkräfte Kampucheas stören.''

Zudem zeigte ein Gesamtüberblick über Südostasien, daß Ende 1972 die revolutionäre Lage in Kampuchea am besten war. Südvietnam war im großen und ganzen in den Händen der Thieu Clique. Ähnlich war es in Laos, wo die Regierung von Vientiane mit Ausnahme einiger Regionen das ganze Land kontrollierte. In Kampuchea dagegen beherrschte die Revolution die Gesamtlage und kontrollierte das Land. Wenn man eine Landkarte eingefärbt hätte, hätte man überall schwarze Flecken gesehen, außer in Kampuchea, wo das Rot vorherrschte. Das Ziel der amerikanischen Imperialisten war, diese rote Stellung zu nehmen und in eine schwarze zu verwandeln. Wenn sie in Kampuchea Erfolg hatten, dann konnten sie ihre Herrschaft über die schwarzen Stellungen auf jeden Fall festigen. Kampuchea spielte also eine Schlüsselrolle. Wenn die kampucheanische Revolution einen Waffenstillstand annehmen würde, würde sie erdrückt werden. Tatsächlich könnten die Amerikaner und die Lon Nol Clique dann die Gebiete unter ihrer Kontrolle ausdehnen, mehr Bevölkerung erfassen, ihre Wirtschaft entwickeln und sich fortwährend ausdehnen, bis die Revolution erdrückt würde. Wenn die Revolution in Kampuchea scheiterte, scheiterte auch die Revolution in Vietnam. Das würde auch den anderen Revolutionen in Südostasien widerfahren. Aber wenn die Revolution in Kampuchea den Kampf und ihren Vormarsch fortsetzte, würde sie auf jeden Fall ihren Beitrag zur Entfaltung der Revolution in Südostasien leisten können.

Das waren die Gründe, weshalb Kampuchea Verhandlungen über eine Feuereinstellung ablehnte trotz der Pressionen, Drohungen und Provokationen Vietnams und trotz der Versuche, die Führer Kampucheas umbringen zu lassen und trotz der Putschversuche.

Die Ablehnung Kampucheas hat die Vietnamesen sehr erschreckt. Im Oktober war Le Duc Tho voller Sorge, weil die Amerikaner ihren Druck auf die Vietnamesen verstärkten. Warum verschärften die Amerikaner ihren Druck derartig? Die Kommunistische Partei Kampucheas war über den Fortgang der Verhandlungen zwischen Amerikanern und Vietnamesen nicht unterrichtet. Wenn die Kommunistische Partei Kampucheas die Linie des kompromißlosen Kampfes und der Ablehnung jeder Feuereinstellung verfolgte, dann ausschließlich, um die Interessen der Revolution in Kampuchea zu verteidigen. Sie wollte sich nicht in die Angelegenheiten Vietnams einmischen. Aber die Vietnamesen selber haben sich während ihrer Verhandlungen mit den Amerikanern in ihren Manövern verstrickt. Die Vietnamesen hatten den Amerikanern gesagt, wegen Kampuchea bräuchten sie sich keine Sorgen zu machen, denn sie, die Vietnamesen, würden Kampuchea kontrollieren. Die Amerikaner sollten die vietnamesischen Vorschläge annehmen und Vietnam würde sich dann um die Lösung des kampucheanischen Problems kümmern. Das sagten die Vietnamesen den Amerikanern. In der ganzen Welt haben sie herumerzählt, daß die kampucheanische Revolution nur kämpfen könnte, weil sie die Waffen lieferten. Die Amerikaner haben das geglaubt. Sie wußten zwar von Widersprüchen zwischen der Kommunistischen Partei Kampucheas und Vietnam, aber sie wußten nicht, wie tief sie gingen. Als die Vietnamesen die Amerikaner unterrichteten, daß es nicht gelungen sei, Kampuchea zu Verhandlungen und Feuereinstellung zu zwingen, waren die Amerikaner wutentbrannt und beschlossen, ihre B 52 zu schicken, um im Dezember 1972 Hanoi zu bombardieren, bis die Vietnamesen sie baten, die Bombardierungen einzustellen und die Verhandlungen wieder aufzunehmen.